

Ralf U. Hill



DAS DEUTSCHLAND PROTOKOLL

 J.K. Fischer Verlag 

Ralf Uwe Hill

Das Deutschland Protokoll

J. K. FISCHER VERLAG



Originalausgabe 11/2007

Urheberrecht 2007 bei J. K. FISCHERVERLAG

www.j-k-fischer-verlag.de

ISBN 978-3-940845-88-7

Digitalisiert für Unglaublichkeiten.com / .info / .org
im Lenzing (März) 2008

Das Deutschland Protokoll

Ralf Uwe Hill

J. K. FISCHERVERLAG



DAS DEUTSCHLAND PROTOKOLL

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

*Garantiertes Grundrecht aus dem Grundgesetz
für die Bundesrepublik Deutschland*

Gesetz zu dem Vertrag vom 2. März 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

Artikel 1a Einschränkung der Grundrechte

„Die Grundrechte auf Leben und der körperlichen Unversehrtheit..., der Freiheit der Person..., der Freiheit der Versammlung..., des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und der Unverletzlichkeit der Wohnung werden nach Maßgabe dieses Gesetzes **eingeschränkt**.“

Bundesgesetzblatt 2006 Teil II Nr. 7, ausgegeben zu Bonn am 22. März 2006

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Die Bundesministerin der Justiz
Brigitte Zypries



„In einer Zeit allgegenwärtigen Betruges ist es ein revolutionärer Akt, die Wahrheit zu sagen.“

George Orwell

Ich saß mit meiner zukünftigen Frau Sandra im Flugzeug nach Miami. Als wir endlich nach einem abenteuerlichen Flug landeten, wußte ich noch nicht, daß die nachfolgenden Tage die turbulentesten meines Lebens werden sollten. In Miami angekommen, steuerten wir den nächsten Bus an, der uns zur Mietwagen-Station bringen sollte. Nach kurzer Fahrt und dem üblichen Papierkram standen wir vor unserem Mietwagen. Wir hatten die billigste Kategorie gewählt, welche die Leihwagenfirma im Angebot hatte und waren voller Freude, als wir vor einem nagelneuen Chrysler Sebring standen.

Sandra witzelte: „Dein künftiger Schwiegervater hat gut vorgesorgt.“

Ich drehte den Schlüssel herum, nachdem ich das elektrische Verdeck geöffnet hatte und fuhr in die Abenddämmerung Richtung Key West. Nach unendlich erscheinenden Meilen im Schneckentempo über die Highways und unzähligen Brücken kamen wir endlich an.

Als wir ins Haus eintraten, staunte ich nicht schlecht, in der Mitte der Eingangshalle hing ein riesiger Kristall-Leuchter, eine Galerie von Ölgemälden säumte den Treppenaufgang und die Decke strotzte vor Stuck und kunstvollen Ornamenten, die bemalt und vergoldet waren. Für meinen Geschmack etwas zuviel des Guten.

Sandra schritt voller Stolz voran. Ich kannte Sandra schon fast vier Jahre, aber war noch nie zuvor in ihrem Elternhaus. Nun, da wir uns vor einigen Monaten in San Francisco verlobt hatten und heiraten wollten, wurde *The Kraut*, wie sie mich nannten, zur Inaugenscheinnahme der Schwiegereltern eingeladen. Wir schritten durch das prachtvolle Haus und als wir dann in der Bibliothek standen, dachte ich mir, daß diese Leute wohl sehr reich sein mußten. Der Raum war rund 80 qm groß, etwa vier Meter hoch und mit edlem Mahagoniholz getäfelt, das von einer klassischen Messingleiter komplettiert wurde. Vor dem Kamin stand eine Sitzgruppe aus feinstem Leder.

„Welcome“, donnerte es hinter uns und wir zuckten unwillkürlich zusammen. Sandras Vater Michael stand hinter uns und umarmte mich herzlich. Michael grinste fröhlich. Er hatte mit Sicherheit 100 Kilogramm, die auf fast zwei Meter gut verteilt waren. Unter dem maßgeschneiderten Anzug konnte ich nicht den Ansatz eines Bauches feststellen. Insgesamt erschien mir sein Körper durchtrainiert und war noch bestens in Form.

Sandras Mutter Carroll gesellte sich zu uns. Von ihr hatte Sandra die Schönheit und die Eleganz geerbt, die ich immer an ihr bewunderte. Car-

roll war, das wußte ich von Sandra, 63 Jahre alt, die man ihr aber nicht ansah. Im Gegenteil, sie ging ohne weiteres als Fünfzigjährige durch. Nach dem Küßchen rechts und links, kam Michael mit einem Glas Whisky auf mich zu und drückte es mir mit der Bemerkung *Scotch* in die Hand. Sandra hatte ihm wohl erzählt, daß ich den so genannten Bourbon verabscheue. Nach dem ersten Schluck und einem Trinkspruch auf unsere baldige Vermählung, bot mir Michael einen Platz auf einem Sofa nahe dem Kamin an. Nach den üblichen Floskeln lud mich Michael für den nächsten Tag ein, eine Runde mit seinem *Boot* zu machen.

Puh, das war also das kennen lernen, dachte ich so bei mir, als ich den letzten Schluck Whisky austrank und mein Blick, nach der Whiskyflasche suchend, durch den Raum glitt. Da war sie, eine schöne Karaffe aus Kristallglas. Ich roch sicherheitshalber noch mal an der Karaffe, doch es gab keinen Zweifel: Es war Whisky. Ich machte mir das Glas gut halb voll und begab mich zu den Büchern. Es waren sehr viele alte Bücher, die aber noch alle gut erhalten waren, fand jedoch nicht einen einzigen Roman. Vielmehr standen da Bücher über Logen, Freimaurer, Militärgesetze, Völkerrecht usw. Und mittendrin *Secret Societies*, welches ich mal vor Jahren gelesen hatte und mich noch vage an dessen Inhalt erinnern konnte. Plötzlich umarmte mich Sandra von hinten - ich hatte sie nicht bemerkt, so tief war ich mit den Büchern beschäftigt. Doch nach dieser liebevollen Geste hatte ich fürs erste jegliches Interesse an den Büchern verloren und folgte Sandra nach oben in unser Schlafzimmer.

Es war ein wunderschöner Morgen. Als ich nach dem Aufwachen den Balkon betrat, konnte ich zum ersten Mal das gesamte Anwesen überblicken, zu dem auch ein Bootsanlegeplatz gehörte. Dort lagen vier kleinere Boote und eine Yacht vom allerfeinsten. Fast unter mir saßen Carroll und Michael beim Frühstück. Als Michael mich sah, winkte er freundlich zu mir hoch und bedeutete mir, mich zu ihnen setzen - ich durfte Sandra um Gottes willen nicht wecken: Ich kannte sie und wußte, das sie den ganzen Tag unausstehlich sein konnte, wenn sie nicht ausgeschlafen war. Also begab ich mich leisen Fußes auf die Terrasse zu meinen *Schwiegereltern* und frühstückte mit ihnen. Als wir das Frühstück beendet hatten, führte mich Michael zu seinem *Boot* - es war aus der Nähe noch beeindruckender als vom Balkon meines Schlafzimmers aus, maß es doch satte 26 Meter.

Michael konnte mich anscheinend gut leiden, denn er überließ mir das Steuer und ging unter Deck, um mit zwei Flaschen *Becks* zurück zu kom-

men. Wir prosteten uns zu und genossen die sanfte Brise, während wir an den Keys vorbeifuhren. Wir sprachen über die bevorstehende Hochzeit und über meine eventuelle Staatsbürgerschaft. Ich lachte, weil ich dies für einen Witz hielt und sagte, ich sei Deutscher. Michaels Miene verfinsterte sich, als er den nächsten Satz mit *FUCK* begann und mir erklärte, daß es keine Bundesrepublik Deutschland mehr gäbe und Deutschland weiterhin kein souveräner Staat sei, sondern immer noch unter der Fuchtel der USA stünde. Nach diesen Sprüchen wußte ich nicht, ob ich ihn für seine Überheblichkeit hassen sollte oder nicht. Was bildete sich dieser Ami eigentlich ein, die Existenz meines Staates in Frage zu stellen oder ihn anzuzweifeln? Und was sollte das mit meiner Staatsbürgerschaft? In meinem Kopf braute sich ein Hurrikan zusammen, der ebenso gut zur Küste Floridas hätte passen können.

Michael sah mir wohl meinen Unmut an und übernahm wieder das Steuer. So ein Spinner, dachte ich mir, was denkt er eigentlich, wer er und sein Ami-Land seien? Sollte ich etwa glauben, daß dem Boot gleich Flügel entwachsen und ich es auf dem Dach des Empire State Building bewundern durfte, weil hier alles möglich ist? Ich grollte. Mit Michael würde ich jedenfalls kein Schach spielen wollen, denn wer riskantes Schach spielt, sollte besser auf seine Türme achten. Oder hatten die Amis am 11. September nicht geschlafen, als sie ihren *Inside Job* durchführten? Was wollte er also von mir? Michael kam auf mich zu und erklärte mir, es sei nicht seine Absicht gewesen mich zu beleidigen oder in irgendeiner Weise anzumachen, aber was die Sache mit der Staatsbürgerschaft angehe und auch mit der Bundesrepublik, so habe er keine andere Wahl als mit mir einen *Crash-Kurs* zu machen.

Ich erinnerte mich schlagartig an die *Secret Societies*, die ich in der Bibliothek gesehen hatte und fragte Michael ganz frech, ob er auch glaube, die Welt werde von Geheimbünden regiert und die Regierungen seien nichts anderes als Marionetten. Michael grinste mich nur an. Er spürte, ich war auf Konfrontationskurs und wollte es jetzt wissen. Er entgegnete mir nur, daß er wohl doch besser über mein Land und seine Geschichte Bescheid wisse, als das, was ich brav in der Schule gelernt hatte. Zu dieser Zeit war ich felsenfest davon überzeugt, daß er nur einer der vielen Spinner sei.

Als ich mich wieder gefaßt hatte, verging mit Sicherheit eine Stunde und mir schossen Dinge durch den Kopf, die mich schier wahnsinnig

machten. Nach einer langen Periode des Schweigens sah ich Michael an und ihn fragte ihn, was er beruflich eigentlich mache, doch er gab mir darauf keine Antwort. Von Sandra wußte ich bis dahin nur, daß er pensioniert sei und bei der Regierung beschäftigt gewesen war. Aber näheres über seinen Beruf war ihr nicht zu entlocken. Irgendwie war sie mir immer ausgewichen wenn es um dieses Thema ging. Ich erfuhr nur, er sei für mehrere Organisationen der Regierung tätig gewesen.

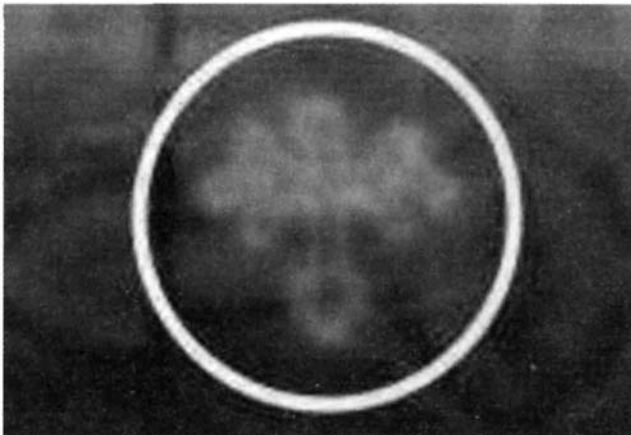
„Junge, wenn wir fertig sind, dann wirst du dein Weltbild überarbeiten müssen“, sagte Michael zu mir, als wir wieder den Hafen erreichten. Dieser Satz hallt mir noch bis heute in den Ohren. Mein Weltbild habe ich mittlerweile nicht überarbeitet, sondern es ist völlig in sich eingestürzt und es ist ein völlig neues und richtiges entstanden. Eigentlich beinahe traurig, wenn ich davon ausgehe, daß ich so viele Jahre an eine Geschichte geglaubt hatte, die genauso gut hätte von den Gebrüder Grimm sein können.

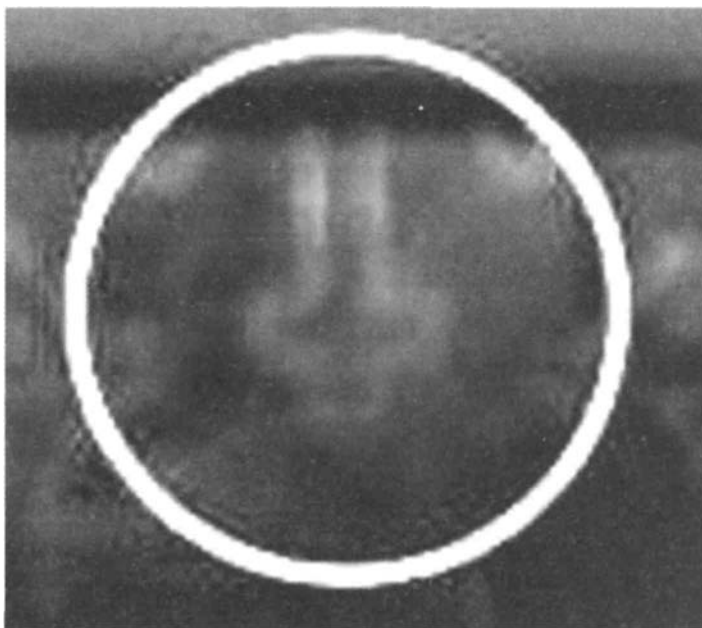
Unvermittelt stellte er mir die Frage: „Warum habt ihr denn auf eurem *Personalausweis* einen stilisierten Bundesadler mit einem Kreuz, das auf dem Kopf steht? Und was sucht der gehörnte Ziegenbock, der *Baphomet*, der den Teufel darstellt, auf deinem *Personalausweis*? Nach dieser Frage von Michael dachte ich, er hätte den Verstand verloren. Ich kannte meinen Personalausweis und so einen Blödsinn hatte ich noch nie gehört. Auf meine Gegenfrage, warum er mir so einen Schwachsinn erzähle, ging Michael wortlos unter Deck und kam mit zwei neuen Bier zurück. Während er die Flaschen öffnete, forderte er mich auf, ihm meinen Personalausweis zu geben. Ich kam mit Freuden seiner Aufforderung nach. Michael hielt die Rückseite meines Ausweises gegen die Mittagssonne Floridas. Ich erkannte die Wasserzeichen darauf, die mich blaß werden ließen: Es befand sich tatsächlich ein stilisierter Adler mit einem auf dem Kopf stehenden Kreuz darunter, das Zeichen des Antichristen. So viel ich wußte, bekreuzigen sich die Gläubigen in der katholischen Kirche mit dem gleichen Symbol.

Auch der Pfarrer malt es als *Segen* in die Luft. Als ich Michael fragte was das zu bedeuten hätte, grinste er mich nur an und ging näher auf die Symbolik des Ausweises ein, zog einen Folienstift und malte den *Baphometen* nach. Er fiel mir sofort ins Auge. Warum hatte ich das bisher nicht bemerkt, fragte ich mich. Nun war er nicht mehr zu übersehen. Michael, der immer noch grinste und meinen Blutdruck auf ein gefährliches Niveau brachte, regte an, wir sollten doch besser umkehren und uns in seiner Bibliothek weiter unterhalten - denn dort könne er mir alle Dinge die noch

kommen würden, *schwarz auf weiß* zeigen. Diese Zeichnung vom Baphomet stammt aus dem Buch *Wer regiert die Welt* von Des Griffin, das im Jahre 1976 erschienen ist, wie er hinzufügte.

Tatsächlich hat diese Zeichnung jedoch einen sehr viel früheren Ursprung. Laut dem Lexikon der Esoterik ist Baphomet der Dämon der Wollust des alten Ägypten und wird beschrieben als *eine ziegenköpfige Gestalt mit Flügeln und Brüsten, die ein Symbol für den Teufel ist*.





„Was soll das hier jetzt?“ ging ich Michael mit dieser Frage noch vor erreichen der Bibliothek an, als ich merkte, daß ich mich wohl etwas im Ton vergriffen hatte, denn er packte mich bei den Schultern und entgegnete mir in einem sehr freundschaftlichem Ton, daß er schließlich für den Baphometen und auch für das Satanistenkreuz nicht verantwortlich sei. In der Bibliothek angekommen, sah ich als erstes ein großes Ölgemälde von Abraham Lincoln unter dem eine kleine, auf Hochglanz polierte Messingtafel angebracht war, auf der stand:

Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, daß alle Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche, jedem Angriff auf die Freiheit und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo auch immer er auftreten möge.

Abraham Lincoln

„Das ist für den Rest der Welt, denn euch Deutsche hat wahrscheinlich einer vergessen.“ Michael grinste wieder und ich hörte mein Blut in den Ohren rauschen. Er sah mir wohl meinen hohen Blutdruck an und

drückte mir ein Glas Whisky in die Hand, das ich in einem Zug austrank, nur um mich danach nicht besser zu fühlen.“ Wo ist denn deine Selbstsicherheit, wo dein Glaube an dein Land?“ forderte mich Michael heraus. Dabei sah er mich nun ernst und besorgt an. Ich wanderte durch die Bibliothek und holte die Karaffe mit dem Whisky, schüttete mir noch einen ein und setzte mich diesem - ja was war er eigentlich - meinem zukünftigen Schwiegervater, einer vom, Geheimdienst, ein Spinner oder einen Deutschenhasser - gegenüber. Mir war schlecht, aber wenigstens begann der Whisky allmählich zu wirken und ich wurde nun etwas ruhiger.“ Eure Identitätskarte“, begann er, „ist nichts wert. Du solltest dich selbst fragen, warum sie bei euch *Personalausweis* und nicht *Personenausweis* heißt.“

Ich stutzte: „Und wo ist da der Unterschied?“

Michael seufzte.“ Eine Person ist ein Mensch, ein Wesen mit Gedanken und Gefühlen, diese Person steht für ein Individuum, das man schon an seinem Namen erkennt. Personal hingegen sind abhängig angestellte Menschen in einer Firma oder Institution. Sie verrichten eine Tätigkeit und werden dafür mehr oder weniger, gut oder schlecht bezahlt. Ein *Personalausweis* sagt demnach nur etwas über ein Personal aus, wie es von mir aus ein Zug-, Wach- oder Flughafenpersonal gibt. Personen verhalten sich zu einem Personal in etwa, wie sich Selbständige zu ihren von ihnen abhängig Beschäftigte verhalten. Oder gibt es bei euch seit neuestem auch natürliches, juristisches und Privatpersonal?“ An dieser Aussage war etwas dran. Ich kannte nur Begriffe wie natürliche, juristische und Privatpersonen. Mir dämmerte allmählich, daß jedes Wort eine ganz bestimmte Bedeutung hatte. Er zog aus einer Mappe mehrere kleine Dokumente und legte sie auf den Tisch. Nachdem ich mir diese Ausweise näher betrachtet hatte, begann ich den Unterschied zu verstehen. Ich wollte zuerst an einen Übersetzungsfehler glauben, doch wußte ich, daß die Deutsche Sprache sehr fein und genau genug ist, um Dinge zu beschreiben. Aber warum sollte meiner Behörde ein solcher Schnitzer unterlaufen? Michael fingerte in seinen Büchern und fragte mich in allerfeinstem Hochdeutsch, ob ich Deutsche oder Englische Literatur bevorzuge. Bei Michael wunderte mich nichts mehr, als ich ihn fragte wo er so gut Deutsch gelernt habe, machte er eine abweisende Bewegung und raunte, daß er mir das alles später erklären wolle.

Personalausweis

Personalausweis Nr. 725

Ort: **Dortmund**

Nachname: **Reich**

Vorname: **Walter**

Geburtsdatum: **15.7.19**

Geburtsort: **Braunberg**

Beruf: **Telegraphenmeister**

Wohnort: **Dortmund**

Wohnung: **Willemsstr. 47**

Dortmund, 1. Nov. 1937

Walter Reich
(Unterschrift des Inhabers)

Gültig bis zum: **1.1.49**
(Zwei Jahre vom Ausstellungsdatum an gerechnet)

Fernmeldebureau

(C) Personalausweis.de

Personen-Ausweis

Der trägt zum Verbleib innerhalb des Reichsgebietes,
zum Durchgang mit dem besagten Reichsgebiet oder
zu den Auslandspassagen zu/aus: Österreich und
dem Reichsgebiet;

Nr. **69/mw**

Gültig bis **19. Dezember 1927**

KERL WUCHERER
DER AUSSTELLENDEN
BEHÖRDE

LAUSANNE 1937

J 206108 *1

APP

**PERSONAL-
AUSWEIS**

BRITISCHE ZONE

FÜR PERSONEN UNTER 15 JAHREN

Er schichtete alle möglichen Bücher vor mir auf und ich dachte, er könne mir nichts Neues zeigen - doch einmal mehr sollte ich Unrecht behalten. Ich sah Titel, wie: *Die SHAEF-Gesetzgebung für Deutschland; Kontrollratgesetzgebung; Bundesgesetzblätter für die Bundesrepublik Deutschland; Wer regiert die Welt? Die Globalisierungsfalle, Schwarzbuch Banken; Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949; SMAD-Befehle, Der Morgenthau-Plan*, um nur einige von ihnen zu nennen. Michael schaute mich an und erhob sein Glas mit dem Spruch: „Ready to go“. Ich antwortete mit *sure* und Michael eröffnete mir Einblicke, die den meisten Menschen wohl für immer verborgen bleiben.“ Was glaubst Du eigentlich, wem Dein Land - also Deutschland - gehört?“ entgegnete er mit ernster Miene.

„Natürlich den Deutschen oder besser gesagt, dem Deutschen Volk.“ Er nickte mir zu, drehte sich zum Regal und zog einen Wälzer hervor, der mir schon wegen seiner Aufmachung aufgefallen war. Das Buch war in schwarzem Leder gebunden mit dem Titel *SHAEF-Gesetzgebung für Deutschland vom 12. 09. 1944; Herausgegeben von der US-Regierung für Deutschland* und hatte auf der Umschlagseite ein flammendes Schwert, welches in Gold gerahmt war.

Es mußte seiner eleganten und aufwendigen Aufmachung nach eine Sonderausgabe sein. Ich zog dieses mir schon sehr alt erscheinende Buch auf meine Tischseite. Ich fragte Michael, was wir in so einem alten Schinken über Deutschland erfahren sollten. Er setzte sich auf meine Seite, schlug das Buch auf und verdeckte mit seiner Hand die Seite.“ Was ist für Dich Beschlagnahme?”, fragte er mich.

Ich antwortete ihm: „Wenn man einem Anderen etwas wegnimmt. Warum fragst Du?“

Er nahm die Hand von der Seite und zeigte mir das ***SHAEF-Gesetz Nr. 52*** in diesem Buch.“ Lies es in aller Ruhe durch und ich frage zwischenzeitlich Carroll, was das Abendessen macht.“

SHAEF-Gesetz Nr. 52: Sperre und Kontrolle von Vermögen

„**Artikel I - Arten von Vermögen:** 1. Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes, das unmittelbar, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, wird hiermit hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der *Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrollen durch die Militärregierung* unterworfen:



Das Deutsche Reich oder eines seiner Länder, Gaue, Provinzen oder eine gleichartige staatliche oder kommunale Verwaltung, deren Dienststellen und Organe, einschließlich aller gemeinwirtschaftlichen Nutzungsbetriebe, Unternehmen, öffentlicher Körperschaften und Monopolbetriebe, die durch irgendeine der vorgenannten Organisationen kontrolliert werden. Regierungen, Staatsangehörige oder Einwohner von Staaten, mit Ausnahme des Deutschen Reiches, die sich mit einem Mitglied der Vereinigten Nationen zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem 1. September 1939 im Kriegszustande befanden, und Regierungen, Staatsangehörige und Einwohner von Ländern, die seit diesem Tage von den vorgenannten Staaten oder von Deutschland besetzt waren.“

Als Michael zurückkam, fragte ich ihn, was das im Klartext bedeuten soll, in einem Buch von 1944, das sei ja wohl alles schon lange her und nicht mehr relevant. Er entgegnete mir, daß dieses Gesetz wohl vor langer Zeit erlassen wurde, es aber noch immer uneingeschränkt Gültigkeit für

ganz Deutschland besäße. *SHAEF* sei ein Kriegsgesetz und erlaube unter anderem die Beschlagnahme Deutschlands bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Nur habe bis zum heutigen Tage die USA mit Deutschland keinen Frieden geschlossen.

„Was willst du mir denn da für eine Geschichte erzählen“, ereiferte ich mich, „die USA sind unsere Freunde und Verbündeten.“

Michael begann seinen Satz mit dem Wort: „FUCK. Wir sind also eure Freunde? Verbündete? Das wird ja immer besser. Ich dachte, Sandra würde einen intelligenten *Kraut* heiraten.“

Ich fragte, warum er mich denn so beleidige. Er entgegnete mir: „Junge, wer erzählt euch denn so einen Schwachsinn.“

„Das habe ich in der Schule so gelernt. Und warum nennst du das Schwachsinn?“

„Weil es Schwachsinn ist. Wir waren die Hauptbesatzungsmacht in eurem Land und sind es noch heute. Wenn du mir etwas von Deutsch-amerikanischer Freundschaft erzählen willst, dann sage mir, warum Deutschland und die USA sich heute noch im Krieg befinden.“

Jetzt war ich sauer: „Quatsch, wir haben Frieden mit den USA und allen anderen Ländern, mit denen wir uns im Krieg befanden. Wir haben den *2 plus 4-Vertrag* von 1990. Darin wurde alles Relevante geregelt.“ *Crazy Kraut*“, lachte er.“ Mit den anderen Ländern befindet ihr euch ebenfalls noch im Krieg. Dieser Wisch ist nichts wert. Ihr habt momentan lediglich einen Waffenstillstand. Zum Frieden, mein lieber Junge, gehört auch ein Friedensvertrag.“ Er warf mir eine Sammlung von Bundesgesetzblättern hin und empfahl mir das *BGBI. 1990 Teil II, Seite 1386, Ziffer 3*.

GEWISSE ANSPRÜCHE GEGEN FREMDE NATIONEN UND STAATSANGEHÖRIGE

Artikel 1

„Vorbehaltlich der Bestimmungen einer *Friedensregelung mit Deutschland* dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des *Fünften Teils* dieses Vertrags genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder

mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen.“

„Und was heißt das konkret? Ich bin kein Jurist.“

Er sah mich an: „Das heißt, daß dein Deutschland wie du es nennst, noch immer in unserem Besitz ist und ihr keinerlei Ansprüche irgendwelcher Art an uns oder die Kriegsgegner Deutschlands stellen könnt. Und zwar bis zu einem Friedensvertrag, welchen eure illegale Regierung mit der unsrigen nicht abschließen kann. Denn wenn sie einen solchen Friedensvertrag zur Zeit der *Wende* hätte abschließen können, warum haben sie es nicht gemacht? Antwort: Weil sie es nicht konnten. Hier stehen doch zwei völlig unterschiedliche Begriffe. Es ist von einer *vorbehaltlichen Friedensregelung mit Deutschland* die Rede. Und weiter, daß Deutsche, die der Herrschaftsgewalt der *Bundesrepublik* unterliegen, gegen die Staaten, mit denen Deutschland im Krieg stand, keine Ansprüche jeglicher Art stellen können.

Damit ist doch klar gesagt, daß deine Bundesrepublik Deutschland *nicht* Deutschland ist - die Bundesrepublik oder auch BRD genannt, hat nie Krieg geführt. Die BRD hat doch mit diesem Vertrag eindeutig zugegeben, daß sich *Deutschland* noch immer im Krieg befindet. Du tust dir selbst etwas Gutes wenn du dich fragst, warum dieser Vertrag noch immer Gültigkeit hat - und das, obwohl ihr euch so souverän nennt. Seit eurer so genannten *Wiedervereinigung* gibt es weder eine Bundesrepublik Deutschland (BRD), noch eine Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Diese Gebilde, die BRD und DDR genannt wurden, existieren völkerrechtlich seit dem *18. Juli 1990* nicht mehr, als die Außenministerkonferenz der Viermächte - also die Vertreter der vier Regierungen Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion - in Paris am *17. Juli 1990* zusammentrat und wieder einmal mehr über euer Wohl und Wehe entschied. Denn an diesem Tage strich unser Außenminister James Baker der III. den Artikel 23 eures Besatzergesetzes namens *Grundgesetz*, in dem der Geltungsbereich eurer Gesetze festgeschrieben war. Wenn es aber nicht ersichtlich ist, für wen und in welchen Grenzen ein Gesetz Geltung hat, dann ist es wertlos.

Zur selben Zeit löste der sowjetische Außenminister Eduard Schevardnadse die *Verfassung* der DDR auf. Damit ging sie ebenfalls unter.

Wie können nun zwei angeblich souveräne Staaten durch fremde Außenminister aufgelöst werden?"

Mit dieser Frage ließ er mich stehen und gab mir eine Seite aus unserem Grundgesetz vom Oktober 1990.

Ich verstand nichts mehr. Ich war mir sicher, daß unser Grundgesetz seit dem 3. *Oktober 1991* eine Verfassung sei.“ Tut mir Leid, Michael", warf ich ein, „aber ich komme nicht mehr mit. Das wird mir zuviel. Du redest von Deutschland, dann wieder von einer Bundesrepublik Deutschland, von einem Besatzergesetz, das Grundgesetz heißt und nicht unsere Verfassung sein soll, davon, daß wir keinen Friedensvertrag hätten - und von Ausweisen, auf denen heidnische Symbole versteckt sind. Ich schlage vor, wir brechen hier ab.“

„Einverstanden" gab er zur Antwort.“ Die Sache ist nur die, du willst meine Tochter heiraten und gehörst zur Familie, die es zu schützen gilt. Ich mag da konservativ sein und daher betrachte ich es als meine Aufgabe, diesen Part zu übernehmen. Also, wenn du meine Tochter zur Frau nehmen willst, dann hast du keine andere Wahl, als die, daß du von mir die Wahrheit über dein Land erfährst - denn du wirst sie nicht von Deinesgleichen erfahren. Es wird bald etwas geschehen und ich möchte dich und meine Tochter in Sicherheit wissen.“

Seine Worte trafen mich wie ein Donnerschlag.“ Und wenn ich es nicht erfahren möchte?"

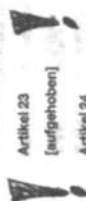
Michaels Körper straffte sich: „Dann mein Junge, wird es keine Hochzeit geben.“

Ich verbrachte den Rest des Tages mit Sandra. Es fiel mir schwer, seine Worte zu vergessen. Als sie mein nachdenkliches Gesicht bemerkte und mich darauf ansprach, erzählte ich ihr was sich zugetragen hatte. Sie küßte mich zärtlich und bat mich, ihrem Vater zu vertrauen. Er wisse, wovon er rede. Und ich mußte ihr mein heiliges Ehrenwort geben, das niemand je von mir erfahren würde, daß er ein hochrangiger CIA-Agent war.

Artikel 22

[Bundesflagge]

Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.



Artikel 23

[aufgehoben]

Artikel 24

[Zwischenstaatliche Einrichtungen]

- (1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.
- (2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen, er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.
- (3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit betreten.

Artikel 25

[Völkerrecht und Bundesrecht]

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Artikel 26

[Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges]

- (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.
- (2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und im Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 27

[Handelsflotte]

Alle deutschen Kauffahrteischiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte.

Artikel 28

[Bundesgarantie für die Landesverfassungen, Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung]

- (1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.
- (2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung.
- (3) Der Bund gewährleistet, daß die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Ich traf Michael am nächsten Morgen in der Bibliothek. Er hatte angeordnet, daß uns niemand zu stören habe und wir nicht zu sprechen seien. Ich mußte mich bei dem Gedanken zusammenreißen, daß ich mit einem CIA-Agenten in einem Raum saß. Es war beklemmend in seiner Nähe, doch wenn ich Sandra nicht verlieren wollte, mußte ich mich der Sache stellen. Ich war nicht mal sicher, was mich mehr beunruhigen würde: Daß er ein US-Agent war oder ich Dinge von ihm erfahren würde, die ich nur schwer verkraften könne.

Michael sah mir die Sorge an: „Ich weiß, daß ich dich ziemlich überumpelt habe“, eröffnete er das Gespräch, „aber es ist Zeit, daß du erfährst, wer du bist und woher du kommst - um dann entscheiden zu können, wer und was du ab dann sein möchtest. Die Welt ist im Wandel. Sie ist unruhig, sie ist zerrissen und voller Widersprüche - und das ist zum größten Teil dem Ereignis zu verdanken, das man den II. Weltkrieg nennt, den ihr verursacht haben sollt.“

„Natürlich haben wir den Krieg angezettelt“ widersprach ich, „wir haben furchterliche Verbrechen begangen. Und dafür büßen wir noch heute, was auch gerecht ist.“ Michael holte tief Luft und zeigte mir an der Wand einen eingerahmten Spruch:

„Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert, als diejenigen es sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen stehen.“

Benjamin Disraeli, englischer Politiker 1844

„Es ist gut möglich, daß ich dich gestern überfordert habe“, sagte er verständnisvoll.“ Das tut mir leid und lag nicht in meiner Absicht. Es ist auch nicht leicht für mich, dir die Dinge nahe zu bringen, die für euch und die Welt von größter Wichtigkeit sind. Doch um diese Dinge müßt ihr euch selbst kümmern. Diese Dinge haben Namen und heißen *Vergangenheitsbewältigung, Selbstbestimmung, Wahrheit, nationale Identität*, um nur einige zu nennen.

„Aber ich dachte, wir sind frei“, antwortete ich.

„Was ihr frei nennt, ist Knechtschaft. Ihr wurdet nicht befreit, sondern in ein Korsett gezwängt, das euch andere verpaßt haben, um gewisse Ziele fremder Mächte durchzusetzen. Ich muß von vorne beginnen damit du wirklich verstehst, was seit mehr als sechzig Jahren mit euch geschieht.“

Ich wurde nun neugierig. Michael holte einen Kartenständer, nahm das Tuch von ihm ab und es erschien eine Karte mit einem Satz:



Deutschland wird nicht besetzt, um befreit zu werden, sondern weil es ein besiehtes, feindliches Land ist. Es obliegt Ihnen nicht die Aufgabe, die Deutschen zu unterdrücken. Sie haben nur die Aufgabe, gewisse Ziele der Alliierten in Deutschland zu verwirklichen.

US-Direktive Nr. JCS 1067

Ich konnte nichts damit anfangen.“ Das ist Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, wie es von den Alliierten definiert wurde. Vergiß ab jetzt alles, was du bisher gelernt hast und zu wissen glaubst“, gab er mir zu bedenken.“ Alles was du ab jetzt von mir erfährst, ist gegenwärtige Tatsache.“ Mein Gefühl verriet mir, daß ich mich nun auf eine Reise machen würde, die ich niemals vergessen sollte.“ Ihr wurdet weder vom Nationalsozialismus befreit, noch von einer Diktatur. Wovon man euch wirklich befreien wollte, war euer Vermögen, eine ernsthafte Konkurrenz zu anderen Staaten darzustellen. Zunächst einmal war es wichtig, das

Deutsche Reich zu zerschlagen, wie es auf der **Konferenz der Großen Drei** am 5. Februar 1945 in Jalta vereinbart wurde.“

„Präsident Roosevelt eröffnete die Sitzung mit der Feststellung, daß nach seiner Auffassung heute die politischen Angelegenheiten, die Deutschland betreffen, besprochen werden sollten. Premierminister Churchill sagte, daß nach seiner Meinung keine Notwendigkeit bestünde, mit irgendeinem Deutschen irgendeine Frage über ihre Zukunft zu besprechen, daß die bedingungslose Übergabe uns das Recht gäbe, die Zukunft Deutschlands zu bestimmen, was am besten im zweiten Stadium nach der bedingungslosen Übergabe geschehen könnte. Er betonte, daß die Alliierten unter diesen Bedingungen sich alle Rechte vorbehalten über das Leben, das Eigentum und die künftige Tätigkeit der Deutschen.

Marshall Stalin sagte, daß er nicht der Ansicht sei, daß die Frage der Aufteilung eine zusätzliche Frage sei, sondern eine von höchster Wichtigkeit. Der Präsident sagte dann, es scheine ihm, daß beide über denselben Gegenstand sprächen und was Marshall Stalin meine, bedeute, ob wir nicht im Prinzip hier und jetzt uns über den Grundsatz einer Aufteilung Deutschlands einigen sollten. Er sagte, daß er persönlich, wie er schon in Teheran festgestellt habe, für eine Aufteilung Deutschlands sei.

Der Premierminister bemerkte, daß wir das Schicksal eines Achtzig-Millionen-Volkes behandelten und daß dies mehr als achtzig Minuten Überlegung erforderte. Dies könnte erst etwa einen Monat, nachdem unsere Truppen Deutschland besetzt hätten, entschieden werden.“

Die Konferenzen von Malta und Jalta. S. 573 ff

Ich war fassungslos: „Und wer gab ihnen dazu das Recht? Ich meine, es muß doch hierfür ein Rechtsmittel geben. Oder können sich Sieger alles erlauben"? „Natürlich nehmen sich Sieger immer mehr heraus, als ihnen zusteht“, antwortete er mir, „aber es gibt tatsächlich ein Gesetz, welches solche Handlungen erlaubt. Eines hast du gestern bereits kennen gelernt“.

Ich rief: „Du meinst die *SHAEF-Gesetze*?“

Michael nickte anerkennend.“ Richtig. Doch das *SHAEF-Gesetz* selbst braucht auch wiederum eine Vorlage.“ Er nahm einen Stift und ein Blatt Papier: „Ich erkläre dir zuerst die so genannten **Rechtsebenen**: Über allem Recht steht das **Völkerrecht**. Das ist allgemein anerkanntes Recht, was bedeutet, daß mehrere Staaten dieses Recht akzeptieren. Danach kommt das Kriegerrecht, dessen Grundlage die **Haager Landkriegsordnung (HLKO)** von 1907 ist. Diese **HLKO** regelt alles, was mit Krieg und

Frieden zu tun hat. Darunter steht das **Europa-Kontrollratsrecht**, das die Besetzung des gesamten Europäischen Kontinents erlaubt.

Daher haben wir unseren Hauptsitz für Europa noch immer in Stuttgart und nennen die dort ansässige Behörde **USEUCOM**, welche unter dem Kommando eines gewissen Colonel William K. Lietzau steht. Diesem wiederum folgt das **Besatzungsrecht**, das festlegt, was eine Besatzungsmacht auf ihrem eroberten Gebiet tun darf und was nicht, sowie das **Einzelbesatzungsrecht der Viermächte**: Darin wurden die Befugnisse der vier Besatzungsmächte auf deutschem Boden festgeschrieben. Erst zum Schluß folgt das **Staatsrecht** des besetzten Staates. Allerdings untersteht dessen Gesetzgebung immer dem Besatzer.“

„Der besetzte Staat kann also nicht über sich selbst bestimmen?“

„Ganz recht. Es gibt seit Kriegsbeginn kaum noch souveräne Staaten - weder in Europa, Afrika, noch auf dem südamerikanischen Kontinent. Sie unterstehen alle weiterhin der Kriegsgesetzgebung SHAEF. Und diese **SHAEF-Gesetze** wurden zu der Gesetzesgrundlage für die *Kontrollratsgesetzgebung für Deutschland*.“

So langsam begann mich die Geschichte sehr zu faszinieren. Zwar erkannte ich bis dahin noch nicht die Zusammenhänge, aber ich war sicher, daß mir Michael auf die Sprünge helfen würde. Ich mußte mir eingestehen, daß ich der Schüler und Michael der Lehrer war. Ich nahm den beschriebenen Zettel und studierte ihn.

„Und was steht in der **Haager Landkriegsordnung**?“

„Entscheidend“, so Michael, „ist der Artikel 53:

Beschlagnahme von Eigentum: Haager Landkriegsordnung Artikel 53 (HLKO)

„Das ein Gebiet besetzende Heer kann mit Beschlag belegen: Das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorrathshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlegungen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.“

Dieser Artikel ist die Grundlage für die besetzende Macht, alles bare Geld, Wertbestände jeglicher Art - seien sie nun Eigentum von Privatpersonen oder des Staates zu beschlagnahmen. Darunter fallen auch Radio- und Rundfunkstationen, die der Weitergabe von Nachrichten dienen. Lebensmittel, Fahrzeuge, Vorräte, Erfindungen, Patente, Steuern - einfach alles, was der Staat eintreiben kann. Demnach beansprucht also der Besatzer völlig legal sämtliches bewegliches wie unbewegliches Eigentum. Du hattest also vollkommen Recht mit deiner Aussage, daß Beschlagnahme *etwas wegnehmen* bedeutet. Da man aber z. B. Menschen nicht beschlagnahmen kann, unterstellte man sie der Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der USA.“

„Wenn das so stimmt wie du es sagst“, sagte ich nachdenklich, „dann wäre mein persönliches Hab und Gut Eigentum der USA und ich unterstünde dem Kriegsrecht?“

„Beinahe richtig“, korrigierte mich Michael.“ Eigentum ist nicht gleich Besitz. Kaufst du dir ein Auto auf Raten bei deiner Bank, dann hast du auch Schulden bei deiner Bank. Das Auto ist in deinem Besitz, aber die Bank ist die Eigentümerin deines Flitzers, bis die letzte Rate bezahlt ist. Bis dahin kann die Bank jederzeit das Auto wieder einziehen, wenn du mit den Raten in Verzug bist. Daher behält sie deinen Fahrzeugbrief ein, als Nachweis, daß die Bank die rechtmäßige Eigentümerin des Fahrzeuges ist.“

„Und wie steht es mit dem Kriegsrecht?“ fragte ich.

„Die Bank diktiert die Bedingungen, ob und wann das Auto dir gehört. Bis es in dein Eigentum übergeht, hast du dich an die Weisungen deines Kreditgebers zu halten.“

Das schien mir logisch, umso mehr, als daß Kriegsrecht alle Rechte - mit Ausnahme des Völkerrechts - bricht. Ich erinnerte mich an gestern, als ich sah, daß die Bundesrepublik selbst zugeben mußte, daß wir noch keinen Frieden haben. Und daß wir keine Ansprüche gegen andere Staaten stellen dürfen - selbst wenn es um unser Eigentum ging, welches beschlagnahmt wurde. Mir wurde langsam schlecht. Ich stellte mir die Frage, für wen und was ich denn Steuern und Abgaben zahlen mußte. Offensichtlich zuerst für jene, die sich noch heute an uns bereicherten. Aber irgend etwas regte Widerstand in mir. Ich hatte gelernt, daß das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 untergegangen sei. Wenn das stimmte, dann konnte die Geschichte meines zukünftigen Schwiegervaters nicht wahr sein.

Auf diesen Einwand konterte Michael jedoch: „Das hätten eure derzeitigen Regenten wohl gerne. Fakt ist, daß eine militärische Kapitulation nicht einem Staatsuntergang gleichkommt. In der Kapitulationsurkunde, welche Alfred Jodl in der Nacht vom 7. Mai in Reims und danach Wilhelm Keitel - zu dieser Zeit Generalbevollmächtigter der Regierung Dönitz - auf Druck Stalins in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst unterzeichnete, wurde lediglich zum Ausdruck gebracht, daß sich die Wehrmacht ergeben hatte. Diese Kapitulation galt allerdings nur für die Deutsche Wehrmacht. Da die SS ja nie dem Oberkommando der Deutschen Wehrmacht, sondern Hitler und Himmler unterstand, war sie dem Oberkommando gegenüber auch nicht weisungsgebunden und kapitulierte darum auch nicht. Sie entkam, setzte sich unter anderem in Südamerika ab und formierte sich neu.

Der *Schwarze Orden* Himmlers wurde reorganisiert und arbeitet noch heute im Hintergrund, infiltriert Regierungen und Organisationen und unterhält weiterhin reichsdeutsche Kontakte. Für die Alliierten kam dieser Umstand einer eigenen Niederlage gleich, weshalb sie noch immer den Krieg gegen *Das Reich* fortführen. Denn immerhin gilt der Schwur der SS weiterhin, die Feinde Deutschlands zu vernichten. Und diese Tatsache ist der eigentliche Grund für die Hexenjagden unter bundesdeutscher Beteiligung, alte, kranke Männer aufzuspüren, zu verschleppen und abzuurteilen, wie man unter anderem am *Eichmann-Prozeß* in Jerusalem sah. Männer, die das Pech hatten, einer Organisation anzugehören, die von den Siegern als verbrecherisch erklärt wurde und selbst Verbrecher waren. Männer, die nach Meinung ihrer Häscher nicht hoch und nicht lange genug am Baum hängen können. Wie dem auch sei: In der Kapitulationsurkunde selbst wurde festgehalten, daß die militärische Kapitulation nicht der staatlichen vorgreift, sie also *nicht präjudiziert*.

Kapitulations- Urkunde vom 07. Mai 1945.

„Auf Weisung des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht wurde am 07. Mai in Reims die Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Die Kapitulation wurde am 08. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst nochmals erklärt. Von östlicher Seite wird nur dieser Vorgang anerkannt.“

1. Der Unterzeichnende handelnd im Namen des deutschen Oberkommandos, erklärt hiermit die bedingungslose Kapitulation aller Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, gegenüber dem Obersten Befehlshaber der alliierten Ex-

peditionsstreitkräfte (SHAEF) und gleichzeitig gegenüber dem Oberkommando der Sowjettruppen (Rote Armee).

2. Das deutsche Oberkommando wird sofort an alle deutschen Kommandostellen der Land-, See- und Luftstreitkräfte und an alle unter deutscher Kontrolle stehenden Streitkräfte Befehle erteilen, Kampfhandlungen um 23 Uhr 1 mitteleuropäischer Zeit am 08. Mai einzustellen und in den zu dieser Zeit besetzten Stellungen zu verbleiben.

3. Das deutsche Oberkommando wird sich sofort mit dem in Betracht kommenden Befehlshabern in Verbindung setzen und die Ausführung irgendwelcher weiteren Anordnungen sicherstellen, die von dem Obersten Befehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte und von dem Oberkommando der Sowjettruppen erlassen werden.

4. Die Urkunde militärischer Übergabe **präjudiziert nicht** ihre Ersetzung durch ein allgemeines Kapitulationsinstrument, das von und im Namen der Vereinigten Nationen Deutschland und den deutschen Streitkräften in ihrer Gesamtheit auferlegt wird.

5. Falls das deutsche Oberkommando oder irgendwelche unter seiner Kontrolle stehenden Streitkräfte nicht entsprechend dieser Kapitulationsurkunde handeln, werden der Oberste Befehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte und das Oberkommando der Sowjettruppen die ihnen geeignet erscheinenden Strafmaßnahmen ergreifen oder in anderer Weise vorgehen.

Gezeichnet zu Reims um 2 Uhr 41 am 7. Mai 1945. Frankreich.

Quelle: Leland M. Goodrich and Mary J. Carroll: Documents on American Foreign Relations. Vol. VII: July 1944 - June 1945. Princeton University Press 1947, S. 185f.

Ich sah mir dieses Dokument an. Michael betonte, daß diese Urkunde wie jede andere auch, die von Staatsträgern unterzeichnet wurde, ein völkerrechtliches Dokument darstellt. Ich mußte mir erneut den Grundsatz einprägen, daß Völkerrecht alle Rechte bricht. Aber ich hatte noch weitere Fragen: „Was war mit der Regierung Dönitz? Wenn es keine staatliche Kapitulation war, was geschah dann mit den Staatsoberhäuptern?“

Michael zündete sich eine Zigarre an, sog genüsslich den Rauch ein, blies ihn langsam in den Raum und antwortete: „Sie wurden festgenommen. Dönitz wurde mitsamt seinem Kabinett an Bord des Linienschiffes *Patria* beordert, auf dem sie vom amerikanischen Chef des Protokolls Rooks, dem britischen Brigadier Ford, dem sowjetischen Generalmajor Truskow und dem Dolmetscher Herbert Cohn aus New York empfangen und verhaftet wurden:

„Auf Befehl General Eisenhowers habe ich sie hierher gerufen und ihnen mitzuteilen, das die deutsche Regierung und das Oberkommando der Wehrmacht samt allen Mitgliedern als Kriegsgefangene verhaftet werden. Das vorläufige deutsche Kabinett ist hiermit aufgelöst. Von nun an werden Sie als Kriegsgefangene angesehen.“

„Und weißt du, wann das war?“ Ich holte tief Luft. Mir war schon allein die Tatsache nicht bekannt, daß die Deutsche Regierung verhaftet wurde, noch weniger also, wann. Ich zuckte unwissend mit den Schultern. Michael ließ sich Zeit mit der Antwort, während seine Finger mit der Zigarre spielten.

„Es ist ein Datum“, unterbrach er endlich die Stille, „welches ihr noch heute als den Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland feiert.“

Es platzte es aus mir heraus: „Der 23. Mai?“

Michael sah mich lächelnd an, während er paffte. „Warum gerade dieses Datum?“

„Weil es keinen rechtsfreien Raum geben darf“, kam es lapidar zurück. „Und nun erkläre mir, was ein rechtsfreier Raum ist“, schob er hinter her.

Ich überlegte eine Weile. Schließlich kam ich zu dem Schluß, daß ein rechtsfreier Raum - wenn ich die beiden Wörter auseinander nahm - ein gewisser Zeitraum sei, in dem es kein Recht gäbe. Man könne ihn auch als Rechtsvakuum bezeichnen. Meine Antwort schien ihm zu gefallen, denn er zollte mir seinen Respekt mit Beifall. Nun wollte Michael es genauer wissen und bat mich, ihm mit meinen eigenen Worten diesen Begriff zu erklären: „Gesetze regeln unter anderem strafbare Handlungen wie Mord, Erpressung, Raub usw. Sie gelten für 24 Stunden am Tag, sieben Tage der Woche, 365 Tage im Jahr ohne Unterbrechung. Gäbe es auch nur einen einzigen Tag ohne ein solches Gesetz, so wäre eine Tat keine Tat und nicht strafbar. Ich könnte dann ungehindert und ungestraft morden, erpressen oder rauben. Nur verstehe ich nicht, was dies mit dem 23. Mai zu tun hat.“

Michael öffnete ein Fenster und blinzelte in die Sonne. Ich konnte auch frische Luft vertragen und trat neben ihn. „Da am 23. Mai 1945 die Regierung Dönitz verhaftet wurde, gab es niemanden mehr, der die Amtsgeschäfte für Deutschland hätte übernehmen können. Deutschland wäre handlungsunfähig geworden und damit tatsächlich erloschen. Das beabsichtigten die Alliierten allerdings nicht, sondern übernahmen treuhände-

risch die Amtsgeschäfte für das Deutsche Reich. Zu dieser Zeit war die Deutsche Reichseisenbahn das einzig funktionierende Organ im Reich.

Da sich die Alliierten darum nicht kümmern wollten, sollte der Ingenieur Dr. Julius Dorpmüller - der Reichsverkehrsminister war - im Juli 1945 wieder das Reichsverkehrsministerium leiten, was er auch tat, aber leider im selben Monat verstarb. Er hätte das Ministerium schlecht leiten können, wenn der Deutsche Staat untergegangen wäre. Die Besatzer standen nun vor einer neuen Situation und so beschlossen sie, die Verantwortung über dieses Ministerium den Sowjets zu übertragen.“

Etwas in mir machte *Klick*.“ Ach daher war es ihnen später möglich, die Zufahrtswege nach Westberlin zu blockieren, was zur Berliner Luftbrücke führte?“

Michael schnalzte mit der Zunge.“ Du bist intelligenter, als du weißt“, gab er zurück und fuhr fort: „Ja, denn da die Sowjets die Rechtshoheit über dieses Organ hatten, konnten sie nach Gutdünken darüber verfügen - natürlich nur bis zu einem gewissen Grad. Die Blockade war genau genommen ein Kriegsverbrechen. Wie wir wissen, kann es keinen rechtsfreien Raum geben und so gaben die Alliierten im Vorfeld eine Erklärung ab, wie sie in den *Londoner Protokollen* vom 5. Juni 1945 nachzulesen sind. Wie man den Protokollen entnehmen kann, handelte es sich auch hier nicht um einen Staatsuntergang, sondern nur um die Übernahme der Obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands.“

Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik:

„Die Regierungen übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der Deutschen Regierung, des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte oder Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt *nicht* die Annektierung Deutschlands. Die Regierungen werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil Deutschen Gebietes bildet, festlegen.“

„Laß mich raten“, unterbrach ich ihn.“ Die Grundlage hierfür war die *Haager Landkriegsordnung*?”

„Exakt. Der *Artikel 43* der *HLKO* um genau zu sein. Wie Du siehst, sollten über die Grenzen und Gebiete Deutschlands später verhandelt werden.“

„Und wo ist da der Unterschied zwischen Grenze und Gebiet?“, fragte ich.

Michael streifte die Asche von seiner Zigarre ab.“ Die Begriffe Gebiet und Grenze verhalten sich so zueinander, wie sich die Begriffe Fläche und Linie zueinander verhalten. Eine Grenze muß nicht gleich eine Staatsgrenze darstellen. Es gibt auch innerhalb eines Staates Grenzen: So genannte Binnengrenzen oder Demarkationslinien. Eine Fläche ist ein abgegrenzter geographischer Bereich. Nehmen wir als Beispiel den Vatikanstaat, es ist ein Staat mitten in Italien, aber dennoch ein eigener Staat, da er ein eigenes Gebiet besitzt. Es ist vatikanisches Gebiet, vatikanischer Boden, mit vatikanischen Gesetzen. Die Grenzen zu Italien sind hier demnach Staatsgrenzen und keine Binnengrenzen. Bei der Aufteilung des Deutschen Reiches sah das anders aus: Hier sollten die ostdeutschen Gebiete nicht abgetreten werden, sondern Polen und Sowjetunion nur zur Verwaltung überlassen werden, bis Deutschland fähig und die Alliierten willens waren, einen Friedensvertrag abzuschließen. Dies sagt auch das *Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945* aus.“

„Die Konferenz hat die Fragen, die sich auf die polnische provisorische Regierung der nationalen Einheit und auf die Westgrenze Polens beziehen, der Betrachtung unterzogen. Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darüber überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich vor Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils Ostpreußens, der nicht unter die *Verwaltung* der Union der Sozialistischer Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit der auf dieser Konferenz erzielter Vereinbarung gestellt wird und einschließlich des Gebiets der früheren Freien Stadt Danzig unter die *Verwaltung* des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“

„Moment“, unterbrach ich ihn.“ Erkläre mir das bitte genauer. Ich begreife immer noch nicht richtig, wie das mit den Gebieten funktioniert.“ Ein warmer Wind strich mir über das Gesicht, während wir noch am Fenster standen und ich den Garten bewunderte.

Michael deutete auf eine Pflanzenberankte Säule mitten im Garten: Mal angenommen, dieser Garten sei Deutschland und diese Säule die Botschaft der USA. Zwar liegt diese Botschaft auf deutschem Territorium, aber sie ist trotzdem US-amerikanischer Boden. Hier gelten ausnahmslos US-amerikanische Gesetze. Niemand kommt ohne Erlaubnis der US-Botschaft in diese Liegenschaft, auch hat niemand dieser Botschaft Befehle oder Weisungen zu erteilen - es sei denn, die USA selbst. Nur sie alleine übt innerhalb dieses Gebäudes ihre Gebietshoheit aus.

Mit den ostdeutschen Gebieten ist es etwas anders: Da Deutschland noch immer nicht handlungsfähig ist, werden dessen Ostgebiete weiterhin von Polen verwaltet.“

„Moment“, warf ich ein, „die Bundesregierung ist sehr wohl handlungsfähig.“ Michael machte eine beschwichtigende Geste.

„Langsam mit den jungen Pferden, mein Junge. Wir werden noch sehen, daß deine Bundesrepublik Deutschland nicht das Deutschland ist, wie es von den Alliierten definiert wurde. Aber weiter: Die Verwaltung deutscher Gebiete durch Polen heißt deswegen nicht, daß die deutschen Gebiete Polen gehören. Die Regierung Kohl konnte 1990 die deutschen Gebiete auch nicht an Polen verschenken, sondern nur die Potsdamer Protokolle bestätigen. Denn immerhin wird in diesen Protokollen immer nur von einer provisorischen Grenze gesprochen. Von Abtretung steht hier kein einziges Wort.“

Ich räusperte: „Und für wie lange bitteschön, soll das Provisorium gelten?“

„Bis ihr endlich aufwacht und eine vernünftige Regierung auf die Beine stellt, die euch nicht bekämpft, sondern unterstützt. Die euch das zukommen läßt, was euch von Rechts wegen zusteht. Eine Regierung, die nicht der *Neuen Welt Ordnung* in die Hände spielt. Es geht hier nicht um Moral, sondern um Recht - um euer Recht auf Selbstbestimmung. Aber ihr müßt euch beeilen, denn euch läuft die Zeit davon.“

Nach diesem Satz war mir, als hätte ich eine schallende Ohrfeige erhalten.

„Die zwischen ihnen bestehende Grenze, deren Verlauf sich nach dem Abkommen vom 6. *Juli 1950* zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze dem Vertrag vom 7. *Dezember 1970* zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen bestimmt.“

„Aber hier steht etwas von 1950 und nicht von 1990“, wandte ich ein. Michael zog ein Tischchen herbei und goß uns Kaffee ein.

„Das ist korrekt. Dieser Vertrag ist ein *Grenzbestätigungsvertrag* vom 14. *November 1990* mit Polen. Aber ein Grenzbestätigungsvertrag ist kein *Gebietsabtretungsvertrag*. Dieser Vertrag bestätigt lediglich den Warschauer Vertrag vom 7. *Dezember 1970*, den Polen und die Bundesrepublik Deutschland aufsetzten. Nimmst du Milch, Zucker?“

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.“

„Nur Milch, bitte.“ Ich war perplex. Je mehr Antworten ich auf meine Fragen erhielt, desto mehr Fragen hatte ich, die Antworten bedurften.

Michael fuhr fort, während ich an meiner Tasse nippte.“ Denk daran: Es werden hier nur die Grenzen bestätigt - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Da die Bundesrepublik Deutschland weder zu diesem, noch zu einem anderen Zeitpunkt souverän, und mit dem Deutschen Reich weder identisch war oder ist, übermittelt zuvor - nämlich am 19. *November 1970* - der bundesdeutsche Botschafter in Bonn den drei Westmächten folgende Verbalnote:

„Im Laufe der Verhandlungen, die zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über diesen Vertrag geführt worden sind, ist von der Bundesregierung klargestellt worden, daß der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, wie sie in den bekannten

Verträgen und Vereinbarungen ihren Niederschlag gefunden haben, nicht berührt und nicht berührt werden kann. Die Bundesregierung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann.“

Damit ist also gesagt, daß die Verantwortlichkeiten der vier Besatzungsmächte hinsichtlich Deutschlands nicht durch die Bundesrepublik Deutschland berührt werden und schon gar nicht berührt werden können. Die Bundesrepublik konnte auch nur im Namen und für das Gebiet der Bundesrepublik handeln und nicht für das Deutsche Reich. Natürlich stellte sich die Bundesrepublik immer wieder gerne als souverän und als eigenen Staat hin. Die Westmächte hatten dies auch immer wieder mißbilligt - wenn auch geduldet. Bevor wir fortfahren, erkläre mir doch bitte zuerst den Begriff *Souveränität*.“ Ich stellte meine Tasse ab und grübelte. Irgendwie wußte ich es, aber ich fand nicht die richtigen Worte dazu.

Michael nahm derweil zwei Stück Zucker, rührte fast liebevoll seinen Kaffee um, nahm einen beherzten Schluck und fragte mich: „Empfindest du mich als abhängig oder als souverän?“

„Natürlich als souverän“, kam es aus mir heraus.“ Warum?“

„Du stellst für mich eine unabhängige Autorität dar. Ich glaube nicht, daß du über deine Handlungen und dergleichen Rechenschaft ablegen mußt.“

Jetzt ging mir ein Licht auf. Souveränität hieß nichts anderes, als von irgend jemandem unabhängig zu sein, frei über alles befinden zu können. Als ich es genau betrachtete, dann stimmte es absolut, daß die USA ein durch und durch souveräner Staat ist. Wenn sie Kriege führen wollte, dann tat sie es. Aber warum konnten die USA tun und lassen was sie wollten, während alle anderen Staaten sich ihrem Diktat unterwarfen? Mich beschlich immer mehr das Gefühl, daß mich mein Agenten-Schwiegervater nicht lange allein mit dieser Frage stehen lassen würde.“ Aber unser Bundesverfassungsgericht...“

„Ist nichts wert.“ schnitt er mir das Wort ab.“ Die Bundesrepublik hat keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz, zu dem wir auch noch kommen. Im Übrigen hat dieses Gericht - wie du es zu bezeichnen pflegst - hinsichtlich eurer Gebiete nicht zu eurem Vorteil geurteilt. Als sich nämlich Widerstand gegen den Grenzbestätigungsvertrag von 1990 regte, befand euer angeblich höchstes Organ 1992 ernüchternd, daß *dessen Inhalt durch diesen Vertrag bestimmt wird*. Es stellte zudem fest, daß der Vertrag nichts anderes als die seit langem faktisch bestehende Grenze zwi-

schen Polen und Deutschland bestätige. Das Gericht befand nicht über die rechtlichen Aspekte, weil es das nicht konnte und nicht durfte. Und was heißt das? Das heißt, daß in diesen Vertrag, der alle anderen alliierte Verträge bestätigt, keine Gebietsabtretung hineininterpretiert werden darf. Dein Kaffee wird kalt. Denn im Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Juni 1992 (2 BvR 1613/91) hatte das Gericht über den Inhalt des deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrages zu befinden und stellte ernüchternd fest, daß dessen Inhalt durch diesen Vertrag bestimmt wird. Demnach sei also nur der reine Wortlaut des Vertrages maßgebend und darf nicht aus politischen oder anderen Umständen heraus etwa Gebietsabtretungen hineininterpretiert werden. So heißt denn auch der Wortlaut: *Der Vertrag bestätigt nur die jedenfalls faktisch seit langem zwischen Deutschland und Polen bestehende Grenze.*“

Ich nahm meine Tasse, trank den lauwarmen Kaffee aus und bemerkte, daß ich eine kleine Pause brauchte. Michael war damit einverstanden, denn immerhin hatte ich einige Informationen zu verdauen, die ich bisher in dieser Form nicht erfahren hatte. Er gab mir den Rat, mich etwas im Garten bis zum Mittagessen zu entspannen, um den Kopf frei zu bekommen. Und in der Tat: So wie es schien, hatte er noch mehr für mich auf Lager und würde mich wohl erst wieder gegen Abend entlassen. Ich stand allein im Garten. Mein Herzblatt war mit dem Rest der Familie einkaufen, was mir ganz recht war, denn so konnte ich in Ruhe durch den Garten schlendern. Es fiel mir allerdings schwer, ihn gebührend zu bewundern und noch schwerer, mich zu entspannen.

Woher, so fragte ich mich, hat mein zukünftiger Schwiegervater nur dieses enorme Wissen? Mochte er gar als CIA-Agent in Berlin gedient haben? Wenn dies stimmte, dann hatte er mit Sicherheit auch enge Kontakte zum damaligen KGB, Mossad und anderen Geheimdiensten, in denen er höchstwahrscheinlich noch heute freundschaftliche Kontakte zu anderen Spitzeln pflegte. Ich erinnerte mich an einen Spruch meines Großvaters: *Beziehungen schaden nur dem, der sie nicht hat und nicht pflegt.* Nach dem großartigen Mittagessen hätte ich gerne den restlichen Tag mit Sandra verbracht, doch Michael bestand darauf, daß wir dort fortfahren, wo wir geendet hatten. Sandra zeigte mehr Verständnis dafür als ich. Da ich sie aber nun mal heiraten wollte, biß ich in den sauren Apfel - nicht jedoch ohne mir vorgenommen zu haben, Michael zu *enttarnen*. Als wir in die Bibliothek eintraten, hatte die Sonne ihren Zenit erreicht.

Michael war anscheinend bestens vorbereitet, denn er schritt voraus und führte mich an den großen Tisch, auf dem eine Menge Bücher lagen. Manche kannte ich vom sehen her noch vom Vortag, andere wiederum waren mir gänzlich unbekannt. Er goß sich einen Scotch mit viel Eis ein und bot mir ebenfalls ein Glas an, das ich aber höflich ablehnte. Ich nahm mir vor, einen klaren Kopf zu bewahren.

„Was sagt dir die *Dreimächtekonferenz von Berlin*?" Michael schien keine Zeit verlieren zu wollen.

„Hat sie etwas mit den Protokollen zu tun, von denen du geredet hast?"

„Nein.“ donnerte es. „Überlege weiter.“

Ich dachte nach, wann und ob ich schon mal davon hörte. Natürlich. In Geschichte nahmen wir diese Konferenz durch, das heißt, wir schnitten sie kurz an. Ich lernte sie allerdings als *Potsdamer Abkommen* kennen. „Bullshit“, entfuhr es Michael. „Lernt ihr denn überhaupt nicht vernünftiges in eurer Schule? Mit wem wollen denn die Besatzer ein Abkommen getroffen haben? Mit euch etwa?"

„Warum nicht?“, sagte ich trotzig.

„Aha. Und du weißt nicht zufällig, wann genau dieses angebliche Abkommen getroffen wurde?"

Ich mußte verneinen - ich konnte mich nicht an das Datum erinnern und es schien mir auch nicht wichtig zu sein.

„Diese Dreimächtekonferenz“, er nahm einen Schluck und ließ seinen begonnenen Satz wirken, „ fand vom 17. Juli 1945 bis 2. August 1945 in der preußischen Provinz Brandenburg in Potsdam statt. Es war alles andere als ein Abkommen, denn ein Abkommen hätten nur zwei gegnerische Parteien treffen können - in diesem Falle also Deutschland und seine Gegner UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien. Und weshalb kam es zu keinem Abkommen?"

„Weil kein Deutscher Vertreter anwesend war.“

„Na also, es geht doch“, triumphierte Michael. „Und warum war kein Deutscher Vertreter anwesend?"

Die Frage hing wie ein Damoklesschwert über mir. Ich holte tief Luft: „Wenn die Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 verhaftet wurde, dann konnte es keinen Vertreter mehr für das Deutsche Reich geben, der hätte Deutschland vertreten können. Dorpmüller, der in Frage gekommen wäre, war zu dieser Zeit bereits verstorben“.

„Donnerwetter.“ Er nahm sein Glas und blickte mich nachdenklich an: „Du bist ein cleverer Junge. Nur fehlt dir gelegentlich ein Tritt in den Arsch.“

Das war es also, dachte ich. Michael wollte mir nicht alles klein kauen und mundgerecht servieren, sondern erreichen, daß ich mit einer handvoll Fakten selbst Rückschlüsse ziehen sollte. Wenn möglich, sollte ich alle Informationen zu einem gesamten Bild verbinden können, welches in sich völlig schlüssig ist. Da ich über den Inhalt des Dokuments nicht bewandert war, bat ich ihn, mir mehr darüber zu erzählen.

„Die Siegermächte trafen auf dieser Konferenz für Deutschland und den Rest der Welt einschneidende Entscheidungen. Diese Konferenz endete mit dem *Verwaltungsbefehl für Deutschland* für eine Übergangszeit bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

„Den wir angeblich nicht haben“, fügte ich hinzu.

„Den ihr definitiv nicht habt“, konterte Michael.“ Mach dich frei von dem was du glaubst zu wissen. Dann fällt dir alles viel leichter zu verstehen und du stehst dir und deiner Intelligenz nicht mehr im Weg.“ Das saß. Er nahm einen weiteren Schluck, goß sich nach und erläuterte weiter: „Auf dieser Konferenz nun“, er machte eine Pause und schritt hin und her, „wurde der Beschluß gefaßt, einen *Kontrollrat für Deutschland als Ganzes*, sowie den *Rat der Außenminister der Fünfmächte als Gesetzgeber der zu proklamierenden Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik bis zum Ural* zu errichten.“ Mir wurde mulmig. Irgendwie verhiß das nichts Gutes.“ Bereits am 5. Juni 1945 wurde gemäß den *Londoner Protokollen* der Vertrag in Kraft gesetzt, daß der *Rat der Fünfmächte* zu errichten sei. Jetzt kommt die Bonusfrage: Wer sind noch heute die fünf Außenminister?“

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

TEIL I:

„Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den Drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen W. M. Molotow, Herrn D. F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabchefs und anderen Beratern. In der Periode vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Während der Konferenz

finden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt. Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der auf dieser Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.“

TEIL II:

Die Errichtung eines Rates der Außenminister

„Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übertragen werden können. Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und den Vereinigten Staaten von Amerika.

2. (I) Der Rat tagt normalerweise in London, wo der ständige Sitz des Vereinigten Sekretariats sein wird, das durch den Rat zu schaffen ist.

(II) Die erste Sitzung des Rates findet in London nicht später als am September 1945 statt. Die Sitzungen können nach allgemeiner Übereinkunft in anderen Hauptstädten einberufen werden; diese Übereinkunft kann von Zeit zu Zeit herbeigeführt werden.

3. (I) Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.

TEIL III

Deutschland

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.

Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

Veröffentlicht im „Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats Deutschlands mit Ergänzungsblatt Nr. 1, Befehl VIII, S. 13“

Ich mußte passen. Michael zündete sich erneut eine Zigarre an und lief weiter auf und ab. Es mußte eine rhetorische Frage gewesen sein, denn er erklärte weiter: „Die fünf Außenminister sind die Vertreter der USA, der UdSSR, jetzt also Rußlands, Chinas, Frankreichs und Großbritanniens. Diese fünf sind die ständigen Vertreter im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Veto-Recht. Aber was sind denn nun die Vereinten Nationen, also die UN? Die UN sind alle Kriegsgegner Deutschlands, die die Charta der Vereinten Nationen unterzeichneten und sich unter anderem der Hauptsiegermacht des II. Weltkrieges USA unterstellten.“

Mir war jetzt, als explodierte in meinem Kopf eine Bombe. Mir dämmerte, daß eine Hauptsiegermacht in allen Fragen das letzte Wort haben würde. Was auch sonst? Ich stand auf und trat wieder ans noch immer geöffnete Fenster. Nun brauchte ich doch einen kleinen Drink und goß mir etwas Scotch ein. Michael öffnete den anderen Flügel des Fensters und sah mich beinahe besorgt an, bevor er fort fuhr: „Die UNO hingegen ist nur eine Institution der UN, also ein Organ. Die fünf Außenminister wurden mit der Regelung der Nachkriegsfragen betraut, die Antworten bedurften. Man ging davon aus, daß so schnell wie möglich jeder Staat einen Friedensvertrag erhalten würde, der sich im bewaffneten Konflikt befand und mit dem dann der Kriegszustand insgesamt beendet sei. Daher sprach man von einer Nachkriegsregelung.

Leider konnte Deutschland noch keinen solchen abschließen. Solange es sich also völkerrechtlich noch im Kriegszustand mit seinen Gegnern befindet, solange existieren die UN und mit ihr die UNO. Die Existenzgrundlage der UN ist der *fortbestehende* Kriegszustand der Unterzeichnerstaaten mit Deutschland. Interessant hierbei ist, daß damit die fünf Außenminister nach wie vor das Sagen haben. Und da jeder einen Chef braucht, der einem sagt, wo es lang geht, haben natürlich auch die Außenminister einen Boss: Den jeweils amtierenden Außenminister der USA - derzeit ist das noch Condoleezza Rice.“

Ich wußte nicht, ob ich gleich aus dem Fenster springen, oder mich lieber besaufen sollte. Ich dachte, das war es jetzt - aber Michael holte zum vernichtenden Schlag aus: „Und damit du jetzt richtig viel Freude an deinem so genannten Frieden und deiner Souveränität hast, gebe ich dir zwei Blätter aus der UN-Charta. Mit diesen zwei Artikeln ist es den Vereinten Nationen nämlich gestattet, bis heute gegen dein Land zu intervenieren - es ist die Feindstaatenklausel der UN.“

Der Feindstaat - Artikel 53 der UN- Charta

„(1) Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten. (2) Der Ausdruck *Feindstaat* in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.“

Der Feindstaat - Artikel 107 der UN- Charta

„Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“

„Was bedeutet diese Feindstaatenklausel genau für euch? Nun, sie sagt aus, daß jeder Staat der sich mit Deutschland im Krieg befindet und diese Charta unterzeichnet hat, jederzeit irgendwelche Zwangsmaßnahmen gegen euch ergreifen kann, ohne zuvor den Sicherheitsrat fragen zu müssen. Da der II. Weltkrieg völkerrechtlich ja aber noch im Gange ist und über 190 Staaten diese Charta unterzeichneten, bedeutet das was? Daß Deutschland sich nunmehr mit diesen über 190 Staaten ebenfalls im Krieg befindet. Man könnte meinen, daß die Liste der Deutschen Freunde recht kurz ist: Denn nicht ein einziger Staat hatte bisher gegen diese beiden Artikel protestiert, sondern im Gegenteil diese Artikel mit seiner Unterschrift

anerkannt und damit gefördert. Diese beiden Artikel sind nichts anderes als Blanko-Schecks, gegen euch in jeder Hinsicht - auch militärisch - intervenieren zu dürfen. Diese Maßnahmen gelten insbesondere für deine Bundesrepublik, da sie ja nur ein Organ der Besatzer ist. Und Intervention heißt nichts anderes, als in die inneren Angelegenheiten eines Staates oder einer Organisation gewaltsam einzugreifen.“

Michael bemerkte meine Anspannung und bot mir eine seiner Zigarren an. Obwohl Gelegenheitsraucher, nahm ich sie dankend und zündete sie an. Als ich mich etwas aus dem Fenster lehnte und die Ruhe und Schönheit des Gartens betrachtete, fiel es mir schwer zu glauben, daß sich Deutschland mit dem Rest der Welt zwar nicht faktisch, aber dennoch formalrechtlich im Krieg befand. Ich mußte daran denken, daß im Internet häufig von einem bevorstehenden III. Weltkrieg gesprochen wird. Welch ein Unsinn, dachte ich - wie sollte es zu einem dritten Krieg kommen, wenn der zweite noch gar nicht abgeschlossen war?

Michael legte mir väterlich von hinten die Hand auf die Schulter: „Ich weiß, daß dies alles viel für dich ist. Dennoch mußt du den ganzen Rest erfahren, es sei denn, du machst mir schlapp und kippst um.“ Ich bedankte mich für seine Fürsorge, wandte aber ein, daß ich es schon schaffen würde. Michael stellte klar, daß ich nicht alles sofort verstehen müsse und er nicht vorhabe, mir in drei Tagen ein Wissen einzuhämmern, welches er sich über Jahrzehnte angeeignet hatte.“ Be cool“, sagte er, „wir haben ja noch zwei Wochen Zeit.“ Ich war deswegen nicht weniger beunruhigt.

Wir plauderten zur Entspannung noch einige Minuten über Scotch, Zigarren und Sandra, als er für uns einen kleinen Imbiß bringen ließ. Auf einem einladend wirkenden Tablett lagen Roastbeef, Sandwichs, Käse, Obst und Karaffen mit Säften sowie einer Sodaflasche. Ich griff zu und hatte nun weniger Mühe, mich weiterhin zu konzentrieren.

„Du wirst feststellen“, führte er mich wieder in die Materie ein, „daß es gewisse Daten in eurer Geschichte gibt, die kriegsanhängig sind. Bevor es überhaupt die Potsdamer Konferenz gab, fand am 12. September 1944 ein anderes Treffen in London statt. Anwesend waren die Außenminister der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA, um über die zukünftige Behandlung Deutschlands nach dessen Niederlage zu konferieren. Hier wurde vor Errichtung des Rates der Außenminister die *Europäische Beratende Kommission - European Advisory Commission (EAC)* - beauftragt, alle im Zusammenhang mit Beendigung der Feindseligkeiten in Europa

auftauchenden Probleme zu untersuchen und ihren jeweiligen Regierungen gemeinsam ausgearbeitete Empfehlungen zu unterbreiten. Die Schaffung dieser Kommission wurde zuvor auf der *Moskauer Konferenz* vom 19.10. - 30.10.1943 beschlossen.

Die Kommission versagte aber aufgrund fehlender Instruktionen seitens ihrer Regierungen und wurde dann durch den Rat der Außenminister schließlich ersetzt. Das heißt, sie versagte nicht ganz, denn immerhin trafen sie die Entscheidung, einen Kontrollapparat für Deutschland zu schaffen und Deutschland in Besatzungszonen, *Zones of Occupation*, einzuteilen. Die Karte über diese Zonen hast du bereits gesehen. Im Hinblick auf die Ausführung des Artikels 11 der Urkunde der bedingungslosen Kapitulation der *Wehrmacht* (16) kam sie darüber überein, Deutschland *innerhalb* seiner Grenzen, wie sie zum 31. Dezember 1937 bestanden, zum Zwecke der Besetzung in drei Zonen einzuteilen und ein besonderes Berliner Gebiet, davon auszunehmen welches gemeinsam von den drei Mächten besetzt werden sollte. Dieser Artikel besagt:

„Die Alliierten Vertreter stationieren Streitkräfte und Zivildienststellen, in irgendwelchen oder allen Teilen Deutschlands nach ihrem Gutdünken.“

Insgesamt existieren noch immer vier Karten (A, B, C, D) zu den Londoner Protokollen. Vom 03.02.-11.02.1945 fand die so genannte *Krimkonferenz* der Alliierten statt. Hier wurden weitere sehr weit reichende Beschlüsse gefaßt, wie z. B.:

1. Die militärische Niederwerfung Deutschlands,
2. Die Besetzung und Kontrolle Deutschlands,
3. Die Wiedergutmachung durch Deutschland, sowie
4. Die Errichtung einer internationalen Organisation zur Friedenssicherung, also die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen.

Letztlich war der Krieg für Deutschland schon verloren, noch bevor er begonnen hatte. Alles was je in Deutschland und in Europa geschah und geschehen wird, ist von langer Hand präzise geplant. Damit du dir ein Bild über deine Befreier machen kannst, offeriere ich dir einen Ausschnitt aus den Beschlüssen der Krimkonferenz.“

„Wir haben die militärischen Pläne der drei Alliierten Mächte für die endgültige Niederwerfung des gemeinsamen Feindes erwogen und festgesetzt.... Diese

Zusammenkünfte waren von jedem Gesichtspunkt aus äußerst befriedigend und ergaben eine engere Koordinierung der militärischen Maßnahmen der drei Alliierten als je zuvor.... Zeitliche Folge, Umfang und Koordinierung von neuen und noch kraftvolleren, gegen das Herz Deutschlands von Osten, Westen, Norden und Süden her von unseren Heeres- und Luftstreitkräften zu führenden Schlägen sind in vollem Einvernehmen beschlossen und in allen Einzelheiten geplant worden.... Das nationalsozialistische Deutschland ist dem Untergang geweiht. Dem deutschen Volk wird seine Niederlage nur noch teurer zu stehen kommen, wenn es versucht, einen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen.

Wir sind über die gemeinsame Politik ... übereingekommen, die wir gemeinsam dem nationalsozialistischen Deutschland auferlegen werden, nachdem der bewaffnete deutsche Widerstand endgültig gebrochen ist. Diese Bestimmungen werden erst bekannt gegeben werden, wenn die endgültige Niederwerfung Deutschlands vollzogen ist. ... Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.

... Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nun dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen. Wir haben die Frage des Schadens, den Deutschland in diesem Krieg den Vereinten Nationen zugefügt hat, erörtert und für Recht befunden, daß Deutschland in größtmöglichem Umfange verpflichtet wird, in gleicher Form Ersatz für den verursachten Schaden zu leisten. Wir sind der Ansicht, daß der Sieg in diesem Kriege und die Gründung der vorgeschlagenen internationalen Organisation die größte Gelegenheit in der Geschichte bieten wird, in den kommenden Jahren die für einen solchen Frieden wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Ich wußte nicht, ob ich nun schallend lachen oder wie ein getretener Hund heulen sollte. Wie lange ist das alles schon her? Wie lange gibt es bereits die Vereinten Nationen? Wie lange gibt es keinerlei Frieden auf der Welt, wo sie sich doch diesen Frieden die Organisationen auf die Fahne schrieben? Wie lange sollte Deutschland noch bluten und bezahlen? Warum unternimmt niemand etwas dagegen? Warum unternimmt meine Regierung nichts? Ich verstand es nicht - ich verstand es beim besten Willen nicht. Was mochte da noch kommen?

Als ich Michael diese Fragen stellte, zuckte er mit den Schultern: „Ich weiß es nicht. Ich kenne leider nicht den Zeitpunkt, an dem eure Bundesrepublik aufgelöst werden wird oder werden muß. Denn aufgelöst wird sie früher oder später, so oder so. Das ist ein echtes Problem für euch, uns und

den Rest der Welt. Wir machen für heute Schluß, damit sich alles erst mal bei dir setzen kann. Meine Tochter ließ mir ausrichten, daß sie dich bereits auf der Yacht erwartet.

Wir sehen uns zum Abendessen.“ Mit diesen Worten ließ er mich stehen - nicht, ohne mir vorher einen Klaps auf die Schulter zu geben.

Ich stand noch eine Weile in der Bibliothek und aß etwas von dem Obst. Nach einer geraumen Zeit am Fenster stehend beschloß ich, mich auf den Weg zu Sandra zu machen. Als ich zu den Keys gelangte, winkte sie mir schon von der Yacht aus zu. Ich fragte sie scherzhaft, ob es erlaubt sei an Bord zu kommen. Es war schön ihr Lachen zu hören, auf meine Frage hin und noch mehr, mich in ihren Armen zu finden. Wir unterhielten uns über dieses und jenes, tauschten Zärtlichkeiten aus, während wir sanft durchs Wasser glitten. Nach einer Weile des Schweigens sagte sie zu mir: „Weißt du, es ist eine große Ehre für dich und ein Kompliment für mich, daß dich mein Vater unter seine Fittiche nimmt. Er liebt mich sehr und ist daher um mich besorgt. Er möchte sicher sein, daß uns und unseren Kindern nichts passiert.“

„Was soll denn passieren?“ entgegnete ich.

Sie seufzte.“ Es war für mich nicht immer leicht, einen Vater zu haben, der mit geheimen Projekten zu tun hatte und nie darüber reden durfte. Was du von ihm erfährst, ist nur ein winziger Ausschnitt dessen, was wirklich hinter den Kulissen gespielt wird. Du wirst irgendwann für dich entscheiden müssen, wie du mit diesem Wissen umgehst und ob du es verkraften kannst. Wenn wir wieder zurück in Deutschland sind, wird nichts mehr so sein wie es vorher war.“

Ich rutschte an die Reling und zog sie zu mir, um sie fest zu halten. Ich mochte jetzt nicht darüber nachdenken, welche Bedeutung ich ihren Worten geben sollte. Ich wollte jetzt einfach nur abschalten und genießen.

Zu meiner Überraschung fiel der Abend sehr harmonisch und entspannt aus. Wir lachten und tranken viel und erzählten uns gegenseitig peinliche Anekdoten aus unserem Leben. Selten hatte ich mich in einem Kreis so wohl gefühlt. Als Sandra und ich zu Bett gingen, war es schon recht spät und ich hoffte nur, daß ich am nächsten Tag keinen Kater mit mir herumtragen müsse. Nach einer erfrischenden Dusche und ergiebigem Frühstück am nächsten Morgen, fand ich mich wieder in der Bibliothek ein. Michael war noch nicht da, also nahm ich mir das Buch vor, daß mir

zu Anfang am meisten auffiel: Die *SHAEF-Gesetze*, die wohl noch immer für uns Gültigkeit haben sollten. Ich schlug eine Seite auf und las:

SHAEF-Gesetz Nr. 1; Aufhebung der National-sozialistischen Rechte.

Artikel 1

1. Die folgenden nationalsozialistischen **Grundgesetze**, die seit dem 30. Januar 1933 eingeführt wurden, sowie *sämtliche* Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Erlasse und Bestimmungen verlieren hiermit ihre Wirksamkeit innerhalb des besetzten Gebietes:

- a) *Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933, RGBL 1/283*
- b) *Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, RGBL 1/479*
- c) *Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933, RGBL 1/1016*
- d) *Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934, RGBL 1/1269*
- e) *Reichsflaggengesetz vom 13. September 1935, RGBL 1/1145*
- f) *Gesetz über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936, RGBL 1/993*
- g) *Gesetz zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre vom 13. September 1935 RGBL 1/1146*

... und vieles mehr. Ich las es noch einmal. Weshalb stand hier etwas von *nationalsozialistischen Grundgesetze*? Gab es ein *Grundgesetz* für das III. Reich? Ich begriff es nicht ganz, blätterte weiter und fand eine Notiz über das *Rechtsberatungsgesetz* von 1935. Ich konnte mir immer noch keinen Reim darauf machen, als plötzlich Michael hinter mir stand. Ich schmunzelte bei dem Gedanken, daß ein Spitzel einen Schnüffler ertappt hatte. Michael entschuldigte sich für die Verspätung und setzte sich zu mir an den Tisch. Ich sprach ihn auf die vor mir liegende *SHAEF-Gesetze* an und Michael schien erfreut zu sein, daß ich Interesse zeigte. Er meinte, genau darüber hätte er heute ausführlicher mit mir reden wollen, schüttete mir Kaffee und Milch in die Tasse und begann seine Lehrstunde.

„Wir wissen aus den vorangegangenen Tagen, daß viele Gesetze für Deutschland von den Siegermächten schon im Vorfeld erlassen wurden. Wir wissen auch, daß der Krieg für Deutschland schon verloren war, als er erst am Anfang war und wir wissen, daß Deutschland nie mehr imstande

sein sollte, den Frieden zu stören, was es aber ja nie tat. Nun, als die Regierung Hitler mit dem Segen des Parlaments der Weimarer Republik das *Ermächtigungsgesetz* einführte, ruhte die Verfassung des Deutschen Reiches. Sie wurde niemals aufgehoben.“

„Warum eigentlich nicht?“, staunte ich.

„Weil es nicht möglich und nicht nötig war, sie aufzuheben. Eine Verfassung entspringt immer dem freien Willen des Volkes. Das Volk beruft eine Nationalversammlung ein, wählt Vertreter, die eine Verfassung ausarbeiten und legt sie anschließend dem Volk zur Annahme vor. Eine solche Verfassung ist die Grundnorm eines Staates.“

„Und das ist überall so?“, fragte ich.

„Natürlich. Mag der Staat eine Monarchie, eine Diktatur oder eine so genannte Demokratie sein. Das Völkerrecht gilt gleichermaßen für alle. Damit ein Staat jedoch als ein Staat anerkannt werden kann, muß er drei wichtige Voraussetzungen erfüllen, zu denen wir noch kommen werden.

Auf diesem *Ermächtigungsgesetz* konnten die Nationalsozialisten mit ihren Gesetzen aufbauen. Die Deutsche Verfassung war hierfür nur eine Art Grundpfeiler. Zudem sollte das *Ermächtigungsgesetz* nach vier Jahren außer Kraft treten, oder wenn eine neue Regierung gewählt werden würde. Dazu kam es aber nie, weil der schlaue Fuchs Hitler bis dahin alle anderen Parteien auflösen ließ. Wie auch immer: Der eigentliche Unterschied eines *Grundgesetzes* zu einer Verfassung ist, daß das Volk eine Verfassung legitimieren muß. Ein *Grundgesetz* kann am Volk vorbei beschlossen, eingeführt, geändert oder aufgehoben werden.“

Ich mußte unwillkürlich schlucken, als ich daran dachte, daß in der Bundesrepublik sämtliche Entscheidungen ohne uns getroffen wurden. Und was sagte mir Michael ganz zu Anfang? Daß unser *Grundgesetz* nicht unsere Verfassung sei? Ich lehnte mich zurück.

„Ist ein Grundgesetz nicht ein anderer Name für eine Verfassung und kann es nicht auch zur Verfassung werden? Es gab auch die Verfassung der DDR.“ Michael sah mich verschmitzt an. „Tatsächlich gibt es auch Staatsgrundgesetze - aber auch die wurden vom Volk legitimiert. Die so genannte Verfassung der DDR war nur ein Diktat der Sowjetunion und blanker Hohn. Ein Besatzergesetz verdient den Namen Verfassung nicht. Was euer *Grundgesetz* angeht, so sieht die Sache so aus:

VIII. Die Bundesrepublik, die DDR und das Deutsche Reich

1. Der Fortbestand des Deutschen Reiches nach 1945

Trotz bedingungsloser Kapitulation und vollständiger Besetzung durch fremde Mächte bei Kriegsende ist das Deutsche Reich als Staat nicht untergegangen. Ein solcher Untergang wäre nur eingetreten, wenn eine Annexion² durch einen fremden Staat, eine Auflösung des Deutschen Reiches in unabhängige Einzelstaaten erfolgt oder die gesamte Bevölkerung ausgelöscht oder ausgesiedelt worden wäre. Die Sieger haben keine dieser auf die Vernichtung des Staates gerichteten Maßnahmen beabsichtigt und durchgeführt. Sie hätten zudem zu der am 14. 8. 1941 zwischen den USA und Großbritannien abgeschlossenen Atlantik-Charta, der bis Kriegsende auch die Sowjetunion und Frankreich beigetreten sind, in Widerspruch gestanden. In der Charta, von der nach Auslegung durch den britischen Außenminister Eden vor dem Unterhaus am 23. 2. 1944 bestimmte Teile in gleicher Weise auf Sieger und Besiegte Anwendung finden sollen, erklären die vertragschließenden Mächte, daß sie keine territoriale oder sonstige Vergrößerung erstreben und auch keine territorialen Veränderungen wünschen, die nicht mit dem frei geäußerten Willen der betroffenen Völker übereinstimmen. Auch die Beschlüsse von Yalta (3. bis 11. 2. 1945), die Berliner Deklaration vom 5. 6. 1945 und das Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 lassen erkennen, daß sie die oberste

² Einverleibung fremden Gebietes gegen den Willen des betroffenen Staates.

Regierungsgewalt in Deutschland, und zwar gemeinsam „in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten“, nur übernommen haben, weil es „in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung“ und „für die Verwaltung des Landes“ zu übernehmen, mehr gab. Wiederholt ist auch später von alliierter Seite erklärt worden, daß man Deutschland als Staatswesen nicht habe beseitigen wollen und daß es im Rahmen seines Gebietsstandes vom 31. 12. 1937 weiterbestehe. Vgl. die folgenden Erklärungen:

Molotow (Außenminister der Sowjetunion), auf der Pariser Außenministerkonferenz am 9. 7. 1946:

„Ich gehe davon aus, daß es nicht richtig wäre, vom Standpunkt der Interessen der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa, sich darauf einzustellen, Deutschland als Staat zu vernichten.“

Stalin (Staatschef der Sowjetunion), Tagesbefehl vom 23. 2. 1942:

„Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“

Byrnes (amerikanischer Außenminister), Stuttgarter Rede vom 6. 9. 1946:

„Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, daß Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte, sie bestimmten lediglich, daß es einstweilen noch keine zentrale deutsche Regierung geben sollte. ... Dies sollte nicht die Weiterentwicklung zu einer Zentralregierung verhindern, welche die erforderlichen Machtbefugnisse besitzt, um Angelegenheiten zu behandeln, die einheitlich für ganz Deutschland geregelt werden müssen.“

Die Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die Alliierten war also die Folge der Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches und nicht des Verlustes seiner Rechtsfähigkeit. Der Kontrollrat und die einzelnen Militärgouverneure hatten eine Doppelstellung. Sie übten die militärische Besatzungshoheit und zugleich als Treuhänder des deutschen Volkes die deutsche Staatsgewalt aus. Die Siegermächte hatten den Krieg mit dem Ziel einer politischen Intervention in Deutschland geführt, die gegen das nationalsozialistische Regime gerichtet war. Diesem Zweck entsprach die allmähliche Freigabe der treuhänderisch ausgeübten Staatsgewalt an die neugebildeten deutschen demokratischen Organe in den drei westlichen Besatzungszonen, vgl. oben S. 16 ff., 37 ff.

Auch im Parlamentarischen Rat (s. S. 39) bestand die Auffassung, daß Deutschland als Staat noch bestehe, weil alle Elemente eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt erhalten geblieben seien.

An dieser Rechtslage sollte die Errichtung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Willen ihrer Verfassungsgeber nichts ändern. Hierdurch sollte nur eine provisorische staatliche Teilorganisation in dem größeren geschlossenen Staatsgebiet

Quelle: Verlag Dr. Max Gehlen; Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Verfassung für Hessen mit Karten

Das III. Reich wurde, wie wir gesehen haben, mit der Verhaftung der nationalsozialistischen Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 handlungsunfähig. Da es niemanden mehr gab, der die Amtsgeschäfte hätte übernehmen können, taten das die Alliierten - natürlich in ihrem eigenen Interesse. Es galt zunächst, das Deutsche Reich - die Weimarer Republik - wiederherzustellen. Bevor dies aber geschehen konnte, lösten die Besatzer die Gesetz-

gebung der Nationalsozialisten auf, die ihnen ja erst die Machtfülle garantiert hatte. Somit war die alte Verfassung von den Manipulationen befreit. Die *Weimarer Verfassung* wurde im Übrigen bis zum 22. Mai 1949 korrigiert. Aber jetzt wird es pikant: Rudolf Heß war wie Adolf Hitler legales Staatsoberhaupt, da beide auf die Weimarer Verfassung vereidigt waren.

Nach dem Zusammenbruch des III. Reiches hätte also Heß völlig legal Anspruch auf den Posten des Staatsoberhauptes der Weimarer Republik gehabt. Wäre er nicht von den Briten ermordet worden vor seiner Haftentlassung im Viermächtegefängnis in Berlin-Spandau, wäre eure Wiedervereinigung ganz anders verlaufen.“

„Was heißt ermordet? fragte ich schockiert.“ Daß er im Knast saß, hatte seinen guten Grund. Er war Kriegsverbrecher und nahm sich das Leben.“

Michael zog seinen Stuhl näher heran.“ Eigentlich wollte ich mit dir die *SHAEF-Gesetzgebung* durchgehen, aber jetzt muß ich etwas ausholen, damit du endlich begreifst, um was es geht.“ Michael sah mich dabei ernst an, schenkte uns Kaffee nach und erklärte mir: „Bereits 1941 trafen sich schon der Präsident der USA, der Premierminister Großbritanniens und der Generalsekretär und Präsident der Sowjetunion - also die *Dreimächte* - außerhalb der Dreimeilenzone irgendeines Staates im neutralen Gebiet auf See. Anlaß des Treffens war die Errichtung einer neuen Friedensordnung für Europa. Um die Jahreswende 1942/43 bestand die größte Gefahr für einen Sieg der Alliierten über Deutschland im Auseinanderbrechen der Koalition zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion.

Im Oktober 1943 wurden in Moskau die *Rechtsgrundlagen* der zu errichtenden *Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik bis zum Ural* als ein Europa der Vaterländer geschaffen, die angeblich nichts mit der bereits bestehenden *Neuen Welt Ordnung*, oder der als für eine Übergangszeit geschaffenen *Europäischen Union* zu tun hat. Auf der *Konferenz von Casablanca* wurde von den Westalliierten die Forderung einer bedingungslosen Kapitulation gegenüber Deutschland und Japan erhoben. Waffenstillstands-Verhandlungen waren ausgeschlossen. Wer nun glaubt, daß Deutschland den Krieg mit allen Mitteln bis zum Endsieg führen wollte, der irrt. Denn von Deutscher Seite gibt es historisch verbürgt insgesamt 42 ernsthafte Bemühungen, den Krieg zu beenden, der Deutschland, den USA und Großbritannien durch Polen aufgezwungen wurde. Beispiele hierfür? Bitte schön: Im Frühjahr 1943 unterbreitete in Istanbul der Chef des Deutschen

Geheimdienstes Admiral Wilhelm Canaris dem NS-Gegner und US-Commander George Earle ein sofortiges ehrenhaftes Aufgeben des Deutschen Heeres. Earle war persönlicher Marineattaché von US-Präsident Roosevelt (Rosenfeld) und ließ diesen wissen, daß er nur noch einzuschlagen hätte. Tage später traf der Commander mit dem NS-Deutschen Botschafter Franz von Papen zusammen, der Canaris' Vorschlag bestätigte. Earle setzte Roosevelt über eine verschlüsselte Nachricht darüber in Kenntnis, erhielt aber dennoch nach 30 Tagen keine Antwort. Im Sinne des Kriegsendes traf Earle mit dem Leiter der Orientalischen Gesellschaft Baron Kurt von Lersner zusammen, der ihn im Bemühen der guten Sache bestärkte. Earles Nachricht an Roosevelt wurde ebenfalls nicht beantwortet. Als der Commander nach zwei Monaten den Dienstweg nahm, erhielt er die Order, die Vorschläge NS-Deutschlands mit General Eisenhower zu erörtern. Seit Beginn der NS-Deutschen Versuche, diesen Krieg frühzeitig zu beenden, stand in Istanbul ein Flugzeug parat, das noch bis heute stehen würde. Und gerade der Privatsekretär, Adjutant, Reichsminister und stellvertretende Parteiführer Adolf Hitlers, Rudolf Heß, setzte sich für den Frieden ein.

Nach zwei zuvor vergeblichen Anläufen gelang es ihm endlich am 10.05.1941, über England aus einem Flugzeug mit dem Fallschirm abzuspringen, um über einen vorzeitigen Friedensschluß zu verhandeln. Bist du der Meinung, er war Hobby-Fallschirmspringer und brauchte den Kick, sich über feindlichem Gebiet abzusetzen? Oder daß er ein Adrenalin-Junkie war? Unwahrscheinlich. Er war von seiner Sache zutiefst überzeugt, weshalb er über sein Vorhaben auch nicht seinen Führer unterrichtete. Er wußte, daß Hitler ausflippen würde, da Hitler früh erkannte, daß es den Feinden des Deutschen Reiches egal sein würde. Sie wollten Deutschland vernichten - und hierzu waren alle Mittel recht. Obgleich Heß diplomatische Immunität als Parlamentär zustand, wurde er verhaftet, was im Übrigen ebenfalls gegen das Kriegsvölkerrecht geht. Dieses Umstands sowie der Verunglimpfung der Person Heß nimmt sich die *Rudolf-Heß-Gesellschaft e. V.* an.

Die Briten wußten, daß sie einen Völkerrechtsbruch begingen, trotzdem wurde er nach kurzen Verhandlungen wegen *Verbrechen wider den Frieden* zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Gemäß § 32 ff der *Haaager Landkriegsordnung* vom 18. Oktober 1907 steht ein Parlamentär außerhalb einer Gefangennahme, Inhaftierung, eines Festhaltens, von Ankla-

gen und Verurteilungen. Welcher *Verbrechen* hatte Heß sich schuldig gemacht, so daß er vom Nürnberger Tribunal verdonnert wurde? Es waren:

1. Unterzeichnung des Gesetzes zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16.03.1935
2. Aufruf an die deutsche Bevölkerung, Opfer für die Rüstung mit der Parole „Kanonen statt Butter“ zu erbringen
3. seine Anwesenheit und Mitunterzeichnung beim Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich am 13.03.1938,
4. die Unterzeichnung des Erlasses zur Einsetzung einer Regierung des Sudetenlandes am 14.04.1939
5. die positive Beurteilung des Angebotes der Reichsregierung an Polen in einer öffentlichen Rede am 27.08.1939
6. Unterzeichnung der Erlasse zur Eingliederung Danzigs und zur Schaffung eines polnischen Generalgouvernements

Heß mußte verschwinden. Du mußt dir vor Augen halten, daß die Gesprächsprotokolle zwischen Heß und den Briten nie veröffentlicht wurden - statt dessen wurde von der britischen Regierung angeordnet, sie für weitere dreißig Jahre unter Verschuß zu halten und sollen erst 2017 veröffentlicht werden.“

„Du meinst, es soll uns etwas verschwiegen werden?“

Michael rieb an seinem Kinn: „Warum nicht? Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Es mußten wichtige Köpfe rollen und Heß' Kopf war der wichtigste, da er bestens über alles informiert war. Du darfst nicht vergessen, daß die Hauptfeinde Deutschlands, USA, UdSSR und Großbritannien, sich lange schon über die zukünftige Behandlung eures Volkes und Staates einig waren - und ganz sicher nicht zu eurem Vorteil. Heß stand im Weg. Warum sonst wurden vor dem *Internationalen Militär-Tribunal (IMT)* in Nürnberg nur jene Dokumente zugelassen, die die Kriegsschuld Deutschlands *bewiesen*? Im Gegenzug jedoch alles belastende Material zurückgehalten, welches die Alliierten in ein schlechtes Licht stellte?“

„Jackson, der US-amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, hat erklärt, daß soweit als möglich alle sich auf die Tatsachen beziehenden Schriftstücke bei den Sitzungen vorgelesen werden sollten. Leider hat der öffentliche Kläger sein Versprechen nicht gehalten, sondern seine Tätigkeit auf ein vorher sorgfältig aus-

gewähltes Dokumentenmaterial gestützt. Bewies das Dokumentenmaterial die deutsche Schuld, so war es zulässig; bewies es aber russische oder englische Schuld oder die sehr anrühige Tätigkeit Roosevelts, sein Land in einen Krieg zu führen den es gar nicht wollte, so wurde es abgelehnt....“

Quelle: Die US-Tageszeitung „Chicago Tribune“ am 14.06.1946

„Mir wurde beigebracht, daß alle anderen nur das Beste für uns wollten.“, sagte ich kleinlaut.

„Aber natürlich, mein Junge. Genau deshalb werden ja auch Kriege geführt, nicht wahr? Um andere Völker zu befreien, damit es ihnen hoffentlich besser als einem selbst geht. Aus diesem Grund ist der Irak den USA für seine *Befreiung* vom Ex-CIA-Agenten Hussein auch ewig dankbar. Ich bin sicher, sie planen zu Ehren unseres Präsidenten einen *George-Bush-Tag* - um ihre grenzenlose Dankbarkeit für das unnötige Gemetzel auszudrücken. Sie sind auf gutem Wege dahin, wie die dortige Bombenstimmung zeigt. Ansonsten wären die Iraker ein undankbares Volk.“

„So meinte ich das nicht“, warf ich ein.

„Dann erzähle hier keinen Bullshit“, kam es grantig zurück.“ Kriege wurden und werden nur aus einem einzigen Grund geführt: Es geht um die Ausdehnung und Sicherung der Macht. Und Macht wird nicht gewährt, sondern an sich gerissen. Geld spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle, es ist nur ein Mittel zum Zweck. Aber weiter: In Nürnberg verurteilte die Siegerjustiz Heß zu mehr als vierzig Jahren für so genannte *Kriegsverbrechen* und seine nationalsozialistische Mitgliedschaft. Freilich waren die Bombenangriffe der Alliierten auf zivile Ziele keine Kriegsverbrechen, sondern *Unfälle*. Daß nach Ende der Kampfhandlungen durch Vertreibung und Internierung in alliierte *Gefangenenlager* mehr Deutsche ums Leben kamen, als während der Kampfhandlungen, war auch nur ein *Versehen*.

Wenn zwei das gleiche tun, ist es eben noch immer nicht daß selbe. Äußerst pikant hierbei ist es doch, daß ein früherer Nationalsozialist im Jahre 1987 Sorge dafür trug, Heß' Haftzeit zu verlängern.“

Ich beugte mich über den Tisch zu Michael und sah ihn an: „Wie soll das denn möglich sein?“

Michael stand auf, nahm seine Tasse in die Hand und lief wieder auf und ab: „Als das Reich zusammengebrochen war, gab es nicht genug Deutsche Beamte, die nicht auf euren Führer vereidigt waren. Die Alliierten hatten doch die NS-Gesetze verboten. Man erließ *Entnazifizierungsgesetze*, die eurem *Grundgesetz* vorgehen. So ganz legal war das aber auch nicht:

Der Nationalsozialismus war nicht nur eine politische, sondern auch eine religiöse Weltanschauung, die ja bekanntlich frei sein soll. Hitler verband beides miteinander. Und was den Eid auf den *Führer* angeht. In den alten Monarchien stellte der Kaiser die Spitze des Staates dar. Ein Eid oder ein Schwur auf den Kaiser war bindend und ein Bruch dieses Eides bedeutete Hoch- und Landesverrat und wurde mit dem Tode bestraft. Hitler war eine solche Spitze des Staates. Er nahm für sich in Anspruch, was zuvor gang und gäbe war. Und ein solcher Eid war eine innere Angelegenheit, die vom Recht auf Selbstbestimmung gedeckt wurde.

Das wollten die Sieger aber nicht. Also nahm man ein paar clevere Köpfe, rehabilitierte sie mittels des so genannten *Persilscheins* und setzte sie später wieder in Amt und Würden. Ein besonderer Würdenträger von ihnen war Richard von Weizsäcker - seinerzeit Scharführer der *Waffen-SS*, welche von den Siegern zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde. Dieser SS-Mann, der später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland werden sollte, stellte sicher, daß Heß das Gefängnis niemals lebend verlassen sollte. Er sang mit vielen anderen das hohe C der Alliierten und erwirkte bei Gorbatschow immer wieder, Heß nicht vorzeitig zu begnadigen, was dieser durchaus ins Auge faßte. Der ehemals Kleine hingte hier also den ehemals Großen. Scheel, Carstens, Gehlen, Globke, Weizsäcker und viele andere mehr - sie waren alle erst dem III. Reich sehr verbunden. Als sie merkten, daß man ihnen ans Leder wollte, änderten sie ihre Gesinnung und biederten sich den Alliierten an. Wes' Brot ich eß', dess' Lied ich sing'."

Ich stand ruckartig auf. "Richard von Weizsäcker ein Nazi? Er war bei der SS?" Mir schnürte es die Kehle zu. Bisher hatte mir Michael nichts erzählt, was er nicht auch belegen konnte. Ich nahm meinen Kaffee, verfeinerte ihn mit einem kleinen Schuß Scotch und setzte mich auf die Tischkante.

Michael führte weiter aus: „Alle die im Weg standen, hingen bald am Galgen oder saßen ein. Aber jene, die gemeinsame Sachen mit euren Feinden machten, wurden hochgedient. Und daran hat sich bis heute nichts geändert.“ Er kramte in einer Mappe, welche am Tischende lag und gab mir eine Photographie:



Die Engländer haben einem Bericht zufolge der Rudolf-Heß-Gesellschaft e. V. einen Gedenkstein an der Stelle aufgestellt, an jener der ehemalige Stellvertreter Hitlers, der „tapfere, heldenhafte Rudolf Heß, mit seinem Fallschirm in der Nacht vom 10. Mai 1941 landete, in einem Versuch, den Krieg zwischen England und Deutschland zu beenden“, wie die englische Inschrift lautet.

„Und diesen Stein gibt es wirklich?“ fragte ich ungläubig.

„Worauf du einen lassen kannst. Es gibt nicht nur Speichellecker und Arschkriecher, weißt du?“, zwinkerte er mir zu.“ Wie dem auch sei“, sagte er weiter nach einer kurzen Pause, „sind **Nationalsozialisten** keine Nazis. Nazis sind **National-Zionisten** und das ist etwas völlig anderes - beide arbeiteten Hand in Hand, was aber hier jetzt nichts zur Sache tut. So und jetzt holst du mir sofort den Aktenordner aus diesem Regal“, befahl er mir in harschem Ton. Verunsichert wollte ich zunächst gehorchen, entschied dann aber doch, es nicht zu tun. Mir gefiel seine Tonart mir gegenüber nicht - sie als respektlos zu bezeichnen, traf die Sache nicht ganz.“ Worauf wartest du noch?“, donnerte es mir entgegen.

Ich stand zuerst wie versteinert da, fing mich aber dann und blaffte zurück: „Hol dir deinen Scheiß selbst.“ Es entstand eine unheimliche Stille.

„Wie würde es dir gefallen“, unterbrach Michael das Schweigen, „wenn du dir wie alle anderen in deinem eigenen Land, sich von uns diesen Ton gefallen lassen müßtest?“

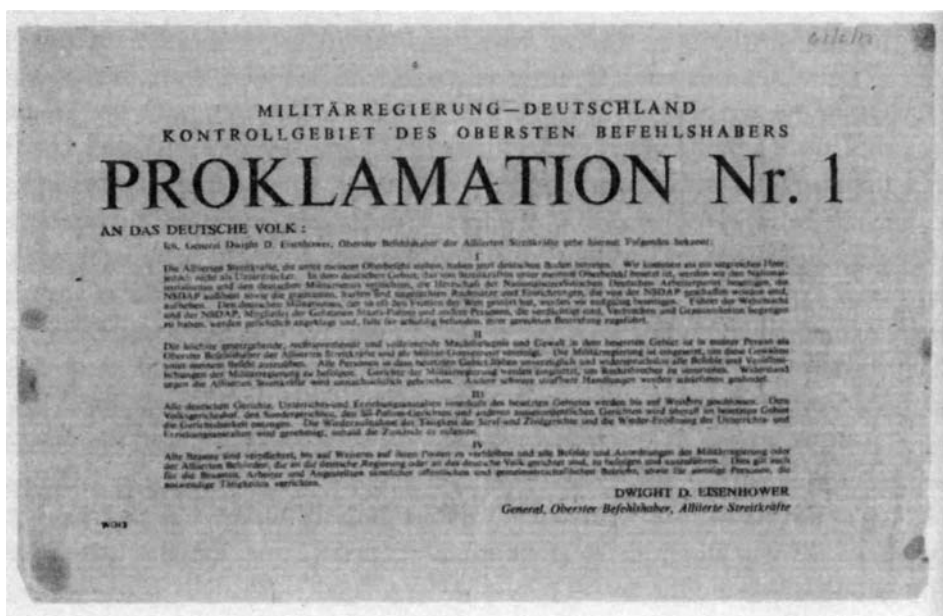
„Ich würde vor Freude in die Luft springen, tanzen und singen wie jeder andere - was sonst?“ bemerkte ich ironisch.

Michael sah mich verschmitzt an: „Das dachte ich mir. Seid ihr es doch seit sechs Jahrzehnten gewohnt, Befehle entgegenzunehmen, ohne es zu wissen. Ich sagte doch bereits, daß ihr der Kontrolle, Anweisung und Gerichtsbarkeit der USA untersteht. Natürlich hat euch eure Regierung darüber niemals informiert, um den Schein von Freiheit und Demokratie zu wahren. Glaube mir: Ihr wart nie freier von eurer Demokratie, als seit 1945 bis in die Jetztzeit.“

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein zurück mehr gibt.“

Ex-Premierminister von Luxemburg Jean-Claude Juncker im SPIEGEL 52/1999, der 2004 zum „goldenen Schlitzohr“ gewählt wurde, und seinen EU-Kollegen sein Demokratieverständnis erklärt.

Michael zog aus der Mappe ein altes Dokument, welches in fester Folie zu seinem Schutz eingeschweißt war. Es war zwar ein wenig vergilbt, aber dennoch gut zu lesen:



Proklamation Nr. 1 an das deutsche Volk:

„Ich, General Dwight D. Eisenhower, oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte, gebe hiermit folgendes bekannt: Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus vernichten, die Herrschaft der NSDAP beseitigen, die NSDAP auflösen, sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze... aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Die höchste gesetzgebende, Rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt im besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militärgouverneur vereinigt. Alle Personen im besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchslos alle Befehle und Veröffentlichungen der Militärregierung zu befolgen. Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf weiteres auf ihrem Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung oder der Alliierten Behörden, die an die deutsche Regierung oder an das deutsche Volk gerichtet sind, zu befolgen und auszuführen. Dies gilt auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten sämtlicher öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Betriebe sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten verrichten.“

„Du siehst“, sprach Michael weiter, während ich das Schreiben in Händen hielt, „daß diese Proklamation ein Teil des Militärgesetzes *SHAEF* ist. Und wofür steht *SHAEF*? Für *Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force* und heißt in deiner schönen Sprache *Oberbefehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte*. Das bedeutet, daß Eisenhower der Boss der Bosse in Deutschland war - und zwar aller Alliierten, nicht nur der Westmächte. Da also diese Proklamation Teil des *SHAEF* ist, *SHAEF* ein Teil des Kriegsrechts und das Kriegsrecht Teil des Völkerrechts ist, bedeutet das was?“

„Daß diese Proklamation noch immer für uns Gültigkeit hat. Na schön, ich lasse es mal so stehen, obwohl ich immer noch nicht verstehe, warum.“

„Immer langsam mit den Ponys. Wir kommen noch dazu. Eines nach dem anderen. Diese Proklamation gilt freilich nicht nur für euch, das einfache Volk - sondern für alle Personen im besetzten Gebiet. Mag er Schriftsteller sein, Dachdecker oder Politiker. Deine Regierung ist ebenso dieser Gehorsamspflicht unterworfen wie du, deine Familie, wie alle, die derzeit auf dem Gebiet der ehemaligen deutschen Selbstverwaltungen BRD und

DDR leben. Die Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze nicht, denn sie wird ja weiterhin von Polen nur verwaltet.“

Ich erinnerte mich. Aber ich hatte noch etwas Mühe, mir alles zu merken und in einen Gesamtkontext zu bringen. So nahm ich mir vor, am Abend in aller Ruhe ein Resümee zu ziehen. Notizen und Kopien hatte ich ja bereits von Michael erhalten. Er ging wohl davon aus, daß ich um ein Selbststudium nicht herumkäme. Als hätte er meine Gedanken gelesen, forderte er mich auf, alles zu rekapitulieren. Ich hatte jetzt zwar viele Fakten zusammen, aber ich mußte sie in verständliche und zusammenhängende Worte fassen. Ich nahm Stift und Papier, um mir Eselsbrücken zu bauen:

„Nach der Niederwerfung der Deutschen Wehrmacht und deren Kapitulation wurde also das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 besetzt und beschlagnahmt. NS-Gesetze wurden aufgehoben und die Deutsche Verfassung ruhte mangels einer handlungsfähigen Regierung. Das Deutsche Reich wurde in Besatzungszonen eingeteilt, die zunächst von den Siegermächten verwaltet wurden. Die Bevölkerung des gesamten besetzten Gebietes wurde durch die *Proklamation Nr. 1* der Weisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der USA unterstellt. Rudolf Heß wurde ins Loch gesteckt, weil er offenbar zu viel wußte und rechtmäßiges Staatsoberhaupt auf der Grundlage der Weimarer Verfassung war.

Er hätte nach Verbüßung seiner Haftstrafe also wieder einen legalen Anspruch als Oberhaupt Deutschlands gehabt, wurde jedoch von einem kleinen ehemaligen Scharführer der verbotenen *Waffen-SS* - der mittlerweile Bundespräsident der Bundesrepublik war - zu einer längeren Haftzeit verdonnert. Heß starb - oder wie du sagst - er wurde ermordet. Ich stelle mir aber jetzt die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage die Alliierten das *Militärtribunal* einberufen und Anklage gegen Heß und andere erheben konnten? Wer gab den Siegern das Recht, die ehemaligen NS-Leute mittels Tod durch den Strang zu ermorden? Fällt das nicht auch unter Kriegsverbrechen?"

Michael sah mich verblüfft an. "Jetzt beginnst du wirklich zu verstehen.", lobte er mich. "Es gibt keine Rechtsgrundlage für das *IMT*. Aber es gibt die Siegerjustiz - und wir wissen, daß es immer der Sieger ist, der die Gesetze schreibt. Der Sieger bestimmt, was ein Kriegsverbrechen ist und was nicht; wer dem Sieger dient und wer ihm zur Durchsetzung seiner Interessen im Weg steht. Der Sieger bestimmt letztlich über alles - ein-

schließlich darüber, was der Besiegte zu glauben hat oder nicht. Welchen Rechtsgrund hatte George W. Bush für seine Handlungen? Es ist ganz einfach. Alle Welt glaubt, daß er völkerrechtswidrig seinen Krieg gegen Afghanistan und den Irak geführt hat. Aber das stimmt so nicht ganz. Krieg hat mit Moral soviel gemeinsam wie Feuer mit Wasser. Der Krieg gegen den Irak ist Völker- und kriegsrechtlich gedeckt: Hatte doch damals der Irak ebenfalls die *SHAEF-Gesetze* und somit die USA als Hauptsiegermacht und Kriegsherren anerkannt. Alle, die sich unter das Joch der *SHAEF-Gesetze* begaben, bleiben solange Knechte der USA, bis die USA einen Friedensvertrag mit Deutschland abschließt. Und erst damit erhält Deutschland die Möglichkeit, mit seinen zahlreichen Gegnern einen völkerrechtlich anerkannten Frieden zu schließen.

Bis dahin darf die USA unter dem Mantel des Kriegsrechts weltweit walten und schalten, ohne sich irgend jemandem gegenüber verantworten zu müssen. Wir sehen doch, wie selbstverständlich sie sogar die UN übergehen. Überflugrechte, Seeblockaden, das Einfrieren von Konten anderer Staaten - all das und viel mehr ist den USA kriegsrechtlich gestattet und niemand kann etwas dagegen tun. Also: wann immer den USA etwas mißfällt - und das geht zur Zeit recht schnell - stigmatisiert sie alle Staaten, die ihr im Wege stehen, zu Schurkenstaaten, Achsen des Bösen und Terroristen, weil sie den Warlords in Washington nicht mehr länger den Hintern küssen wollen.

Als Deutschland kurz vor dem Zusammenbruch stand, erklärten ihm gerade die Staaten den Krieg, mit denen es zuvor fleißig Handel trieb. Da brach wie zu allen Zeiten im Menschen das durch, was ihm noch heute am meisten im Wege steht: Raffgier. Warum sich also nicht der Siegermacht unterstellen, wenn später fette Profite auf die Kriegsbeute wartet? Aber betrogen wurden sie alle, denn die USA haben noch nie mit jemandem etwas geteilt - sie haben sich immer genommen, was sie wollten, auf Kosten anderer, die den ausschweifenden *american way of life* finanzieren dürfen. Die USA gaben der Welt nur Elend, Kummer und Not.“

So hatte ich Michael noch nicht erlebt. Er schien mir aufgebracht zu sein und auf meine Frage, ob er denn nichts Gutes über sein Land zu sagen hätte, griff er in sein Jackett und holte ein Bild hervor. Es war aus dem Jahre 1942 und zeigte einen feschten jungen Mann in US-Uniform.“ Das ist mein Vater, der es in der Normandie weit gebracht hatte. Während die Deutschen ihre Stellungen verteidigten, starb ein Haufen Soldaten schon in

den Landungsbooten unter ihrem Beschuß. Mein Vater schaffte es wenigstens bis zum ersten Stacheldraht, bevor sein Körper durch eine Handgrana- te über den Strand verteilt wurde. Er war deutschstämmig und kämpfte wie viele deutschstämmige an vorderster Front für eine Sache, mit denen wir nichts zu tun hatten. Mein Vater starb für eine schlechte Sache - für einen Krieg, den niemand wollte und den niemand verstand. Die vielen Millionen ermordeten sich gegenseitig, weil es den Interessen einiger weniger diente. Sie schlachteten sich unter einem fadenscheinigen Vorwand ab, in dem Glauben, einer gerechten Sache zu dienen. Welch Bullshit. Kein Krieg, kein Opfer kann gerecht sein, wenn es einer ungerechten Sache dient. Und bisher waren alle Kriege ungerecht. Es geht immer nur darum, einen Krieg möglichst gut dem Volk zu verkaufen, damit es nach Waffen schreit und den Kopf für diejenigen hinhält, die ihn angezettelt haben. Und erst dann, wenn mehr Geld in die Kassen gespült ist als Blut vergossen wurde, wird das Volk kriegsmüde. Es ist bestialisch und im höchsten Maße pervers.“

Seine Worte stimmten mich sehr nachdenklich. Ich mußte ihm vollkommen beipflichten, denn von einem friedlichen Miteinander ist die Menschheit - wenn man sie so betrachtet überhaupt bezeichnen durfte - noch Dekaden entfernt. Es schien mir als eine Ironie des Schicksals: Warum handelte der Mensch nicht vernunftbegabt? Warum läßt er es immer wieder zum Exzeß kommen, um anschließend zu bereuen, damit er bei sich nächstbietender Gelegenheit wieder beweisen kann, nichts aus seinen Fehlern gelernt zu haben? Was trieb dieses Verhalten an?

Michael schlug eine Pause vor, da er noch einen Besuch erwarte und diesen persönlich empfangen wollte. Ich nahm mir einen Kaffee, ein Butterhörnchen und ging in den Garten. Ich mochte dort eine Stunde verbracht haben, als mich Michael wieder zu sich in die Bibliothek rief. Als ich eintrat, saß ein fremder, älterer Herr auf dem Sofa.“ Darf ich euch beide bekannt machen“, kam Michael auf mich zu, „dies ist Anatoly Borussow.“ Wir stellten einander vor und tauschten Höflichkeiten aus. Ich erfuhr, daß Anatoly aus Weißrußland stammte, wobei dieser Nachdruck darauf legte, daß Weißrußland Belarus heiße. Mich wunderte nicht, daß er akzentfreies Deutsch sprach und dachte, daß er ein ehemaliger KGB-Mann sein könnte.

Wir nahmen Platz. Anatoly schien sich fürs Erste zurückhalten zu wollen, denn er saß etwas abseits von Michael und mir. Jedoch - da war ich mir sicher - würde ihm nichts entgehen.

„Es gibt“, so begann Michael, nachdem er sich erneut eine Zigarre angezündet hatte, „nicht nur die *SHAEF-Gesetze* der USA, von denen wir immer wieder sprachen, sondern auch die *SMAD-Befehle* der UdSSR für ihr Gebiet. Damit ich dich jetzt aber nicht verwirre, konzentrieren wir uns zuerst auf die für euch wesentlichen *SHAEF-Gesetze*.“

„Welchen wir noch immer unterworfen sind“, vervollständigte ich den Satz.

Michael nickte. „Erinnerst du dich noch an die, über die wir sprachen?“ Ich hielt kurz inne. „Es ging um das *SHAEF-Gesetz Nr. 52*, welches die Beschlagnahme Deutschlands regelt und das *SHAEF-Gesetz Nr. 1*, in dem die nationalsozialistische Gesetzgebung aufgehoben wurde.“ „Sehr gut“ lobte mich Michael. „Natürlich gibt es noch jede Menge anderer, denn es wurde nichts dem Zufall überlassen. Ich habe dir eine Liste zusammengestellt.“

Ich nahm sie und las sie durch: ***SHAEF-Gesetz***

Nr. 2 der USA betrifft die deutschen Gerichte: Es regelt die vorübergehende Schließung und Wiedereröffnung deutscher Gerichte; die Auswahl der Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare durch Eid; die Beschränkung der Zuständigkeit von Gerichten; Rechte der Militärregierung; Anspruchsverjährung, Ausschlussfristen und die Strafen bei Verstößen gegen diese Gesetze

Nr. 3 der USA: Hier bestätigen alle 47 Kriegsgegner Deutschlands die USA als Hauptsiegermacht und *SHAEF-Gesetzgeber* und unterwerfen sich mit dieser Anerkennung ebenfalls dem Diktat der USA bis zum Friedensvertrag mit Deutschland. Ferner ist darin der Ausdruck *Vereinigte Nationen* definiert.

Nr. 52 der USA vom 12. 09. 1944 (Amtsbl. US Mil. - Reg. Deutschl. Ausg. A, S. 24)

Dieses regelt die Beschlagnahme, Sperre und Kontrolle von Vermögen des Deutschen Reiches, dem sowohl Staatsvermögen als auch Privatvermögen, sowie bewegliches und unbewegliches Vermögen bis zum Friedensvertrag durch das Deutsche Reich unterliegt. Das betrifft noch immer das Gebiet der *ehemaligen* BRD, der DDR und ebenso die deutschen Gebiete in den Grenzen vom 31.12. 1937. Demnach also ebenfalls die Ostteile des Deutschen Reiches, welche unter polnischer und russischer Fremdverwaltung stehen. Es definiert weiterhin: Die Arten von Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes; verbotene Handlungen Betreff des Vermögens; die Verpflichtungen zur Verwaltung des Vermögens; den

Betrieb geschäftlicher Unternehmungen und Benutzung öffentlicher Vermögen; nichtige Geschäfte; Gesetzeswidersprüche; Begriffsbestimmungen und natürlich Strafen bei Zuwiderhandlungen

Nr. 53 der USA vom 12.09.1944 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. A, S. 36)

Dieses regelt die Devisenbewirtschaftung und

Nr. 53 der USA in der Neufassung mit Wirkung zum 19.09.1949 (Amtsbl. Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. O, S.20) die Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs.

Nr. 60 der USA vom 01.03.1948 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. I, S. 10)

Legt die Errichtung der Bank Deutscher *Reichs*-Länder fest.

Nr. 61 der USA vom 20.06.1948 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. J, S. 10)

Das Währungsgesetz zur Abschaffung der Reichsmark und Einführung der D-Mark und heißt korrekt: *Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens*. Die D-Mark sollte für zunächst 60 Jahre für West- und Mitteldeutschland gelten. Demnach ist die D-Mark bis zum 19.Juni 2008 noch immer gesetzliches Zahlungsmittel.

Nr. 67 der USA mit Wirkung zum 20.03.1949

(Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. O, S. 5)1 sah und sieht die Ausstattung der Gebietskörperschaft Groß-Berlins mit Geld vor. Gemäß diesem Gesetz ist nach wie vor die Deutsche Mark alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel für Deutschland. Alternativ kann mit US-Dollar im Kurs 2: 1 bezahlt werden. Es wurde zuletzt am 21. September 1949 verkündet.

Nr. 76 der USA betrifft das Post-, Fernsprech-, Telegraphen-, Funk- und das Rundfunkwesen. Es wurde zuletzt am 29.01.1945 abgeändert und regelt das private Nachrichtenwesen, dessen Zensurbestimmungen und Strafen. Ich will hierbei betonen, daß der *SHAEF-Gesetzgeber* nach Ermessen Zuwiderhandelnder mit jeder erdenklichen Strafe, einschließlich der Todesstrafe, belegen kann.“

„Aber Michael, die Todesstrafe ist abgeschafft.“ „Immer mit der Ruhe. Wir gehen auf diese Gesetze näher ein. Wirklich für dich interessant sollten fürs erste die Gesetze Nr. 2, 3, 60, 61, 67 und Nr. 76 sein. Im Übrigen ist die Todesstrafe nicht abgeschafft, sondern lediglich auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Der Deutsche Staat - um es noch mal zu wiederholen - ging nicht unter, sonst hätte man diese Gesetze für Deutschland nicht gebraucht. Die Alliierten erließen *SHAEF-Gesetz Nr. 2*, weil sie das Gebiet besetzt hatten und sicherstellen wollten, daß kein nationalsozialistischer

Richter, Anwalt oder Notar handlungsfähig sei und gegen die Interessen der Besitzer handeln sollte.

Sie schlossen also vorübergehend alle Gerichte und trafen dann eine neue Auswahl der Justizbeamten, die ja bis dahin nicht auf die Weimarer Verfassung, sondern auf Adolf Hitler vereidigt waren. Die wenigen, die ihren Eid zuvor schon auf die Deutsche Verfassung abgelegt hatten, kamen natürlich eher wieder auf ihre Posten - auch wenn ihre Gesinnung weiterhin nationalsozialistisch war. Mit dem *SHAEF-Gesetz Nr. 3* bestätigten alle damaligen 47 Kriegsgegner Deutschlands die USA als Hauptsiegermacht und Kriegsrecht-Gesetzgeber. Aber das hatten wir schon ausführlich. Das *SHAEF-Gesetz Nr. 60* legte die Errichtung der Bank Deutscher Reichsländer fest. Es war bereits da schon klar, daß die Westalliierten eine neue Währung unter dem Namen Deutsche Mark herausgeben wollten - was letztlich zur Teilung Berlins und Deutschlands führte.“

„Und diese Währung unterstand natürlich ebenfalls der Kontrolle der USA.“

„Korrekt“, antwortete Michael.“ Die Sowjets fanden die Ausstattung Deutschlands und Berlins mit Westgeld der Kapitalisten überhaupt nicht toll und protestierten entsprechend. Den Westen beeindruckte das wenig. Mit dem *SHAEF-Gesetz Nr. 61* schließlich, brachten sie die Sowjets endgültig auf die Palme. Dieses Gesetz schrieb vor, daß die Deutsche Mark für zunächst 60 Jahre für West- und Mitteldeutschland gelten sollte, also den Teil Deutschlands, der als *Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ)* bekannt war, der einmal DDR hieß und den ihr heute irrigerweise Ostdeutschland nennt.

Das führte in die beiden angeblich souveränen Deutschen *Staaten* BRD und DDR. Die genauen Abläufe zu dokumentieren, wäre hier zu kompliziert. Es muß dir im Moment genügen, wenn ich sage, daß damit der Berlin-Status fiel. Der Status also, der festlegte, daß Berlin von allen vier Besatzungsmächten gemeinsam zu verwalten sei.“

„Aber wir kommen später noch einmal darauf zurück?“, fragte ich.
„Worauf du Gift nehmen kannst.“

„Ich muß noch auf die D-Mark zurückkommen, Michael. Mittlerweile haben wir den Euro, den niemand wollte. Ich kenne kaum jemanden, der nicht gerne die alte D-Mark wieder haben möchte. Wenn ich mir das Datum der Verkündung ansehe, dann dürfte es den Euro in Deutschland gar

nicht geben. Wir müßten diesem Gesetz nach immer noch mit D-Mark bezahlen - und das bis Juni 2008?"

„Genau. Und diese neue Währung namens Euro wird euch noch in arge Bedrängnis bringen. Abgesehen davon, daß der Euro keine Währung und noch weniger eine Banknote ist.“

Ich staunte. Der Euro ist keine Währung? Was sollte er sonst sein? Klar, sieht er etwas wie Spielgeld aus, aber es gibt auch andere bunte Währungen, denen man deswegen nicht ihren Wert abspricht, wie den Schweizer Franken z. B. Ich bat Michael, mir die Sache mit dem Euro zu erklären.

„Eine Banknote ist nichts anderes als ein Schuldschein eines Staates. Das internationale Recht sieht vor, daß auf jeder Banknote gewisse Merkmale aufgebracht sein müssen. Da ist zunächst das Wort *Banknote*, damit jeder weiß, daß es kein Spielgeld ist; die *Unterschrift des Bankpräsidenten*; die *Ausgabestelle der Banknote* und natürlich der Hinweis, daß das *Nachmachen und in Umlaufbringen* des Geldes strafbar ist. Siehst du dir den Euro, an wirst du feststellen, daß keines dieser Merkmale auf ihm vorhanden ist. Bei der D-Mark war das anders. Abgesehen davon, sind sämtliche Brücken, Fenster und Gebäude auf den Euro-Scheinen imaginär. Sie existieren gar nicht. Es ist auch nur einem Staat gestattet, eigene Währungen zu drucken, wie es auch der Vatikanstaat darf. Eine Kolonie oder ein besetzter Staat hingegen darf das nicht - er hat nur das Privileg, mit der Währung zu bezahlen, die ihm der Besitzer erlaubt und das ist in der Regel die Währung des Besitzers.

Die Deutsche Mark war ja nichts anderes als ein Besatzungsgeld, welches an den Dollar geknüpft und von ihm abhängig war. So stellt die Besatzungsmacht ihre Devisen sicher. Japan und China besitzen übrigens die größten Dollarreserven. Sollte sich Japan oder China jemals dazu hinreißen lassen, ihre gebunkerten Dollar massenhaft auf den Markt zu werfen, dann gäbe es an den weltweiten Börsen eine nie da gewesene Panik. Du kannst dir vorstellen, was das bedeuten würde.“

Ich konnte es mir vorstellen, aber ich mochte es nicht. Daß der Dollar künstlich gestützt wurde, war ja kein Geheimnis. Eine Weltwährung, die von heute auf morgen weniger wert sein würde als das Papier, auf dem sie gedruckt ist, würde eine weltweite Inflation auslösen, wie es sie in der Geschichte der Menschheit nie gab. Bei genauerer Betrachtung wurde mir klar, daß unser derzeit monetäres System der Zinswirtschaft dem Untergang geweiht war. Es war nur noch eine Frage der Zeit.

„Aber wenn der Euro in Deutschland illegal ist“, fragte ich Michael, „weshalb wird er dann geduldet?“

Ich hätte die Frage besser nicht gestellt, dachte ich, denn Michaels Antwort zerstörte erneut einen Teil meines Weltbildes: „Alles nur Politik, Geld ist nur ein Mittel der Macht. Als der Irak seinen Petrodollar auf den Euro umstellte, wurden einige Leute in Washington sehr nervös. Es sind dieselben Leute, die in Vorständen und Gremien der *Federal Reserve*, der *FED* standen und weiterhin stehen.

Diese *Staatsbank*, die in privatem Besitz einiger weniger ist, konnte es kaum zulassen, daß die Profite geschmälert wurden. Der Euro hätte dem Dollar in kurzer Zeit das Wasser abgegraben, sich im Wert erheblich gesteigert und etabliert. Welcher Staat hätte noch dem Dollar getraut? So mußten also Massenvernichtungswaffen des Irak herhalten, die er aber nie besaß. Kriegspropagandisten - also Menschen, die für den Krieg werben - sind hoch bezahlte und zumeist gewissenlose Zeitgenossen. Sie sind es, die dich in eine laufende Kettensäge springen lassen. Deutschland wurde im II. Weltkrieg in erster Linie mit Hilfe solcher Verbrecher besiegt und denunziert. Kriegspropaganda schadet nur dem, der sie nicht betreibt und die gegen ihn gerichtet ist.

Und im Falle der D-Mark konnten es die Sowjets nicht zulassen, ihre Beute an Deutschland Stück für Stück den USA in den Rachen zu werfen. Das ist der Grund des Eisernen Vorhangs. Das ist der Grund des kalten Krieges. Alles nur Vorwand und Spiegelfechtereie, um die *Neue Weltordnung* voranzutreiben, die nichts weiter als ein globaler Knast ist. Das ist der Grund, weshalb noch viele Tausende Menschen starben und weiterhin sterben sollten. Und es werden bald noch viele mehr sterben. Es ging nie um Ideologien - es ging einzig um Selbsterhalt - um politisches Überleben. Auch wenn die USA bis zum Scheitel aufgerüstet sind, konnten sie kaum einen Krieg aus wirtschaftlichen Interessen gegen Europa und seinen Euro beginnen.

Also fielen sie über ein Land her, das sie Jahre zuvor schon mit unsinnigen UN-Resolutionen in die Knie gezwungen hatten. Der Irak war leichte Beute. Afghanistan war leichte Beute. Nordkorea und Iran hingegen sind ernstzunehmende Gegner - dahin trauen sich die Kriegsgewinnler noch nicht, auch wenn sie sich noch so laut über die Schlechtigkeit der dortigen Regierungen erboßen. Leere Töpfe machen nun mal den meisten Krach.

Der besetzte Irak zahlt wieder mit US-Dollar und die *FED* ist seitdem zufrieden - das Blutgeld sprudelt wie die irakischen Ölquellen weiter.“

Ich verstand. Michael hatte eine Art mir Dinge nahe zu bringen, die ich auch begriff. Anatoly saß während der ganzen Zeit in seinem Sessel und trank Tee. Michael ließ einen Bediensteten kommen, der uns Erfrischungen brachte und ließ alle Fenster öffnen. Der Himmel war leicht bewölkt und die kühle Luft die hereinkam, war gesättigt vom Duft der Blumen im Garten.“ Mit dem *SHAEF-Gesetz Nr. 67* wollte die USA Groß-Berlin ebenfalls mit D-Mark ausstatten. Merk dir schon mal hier, daß der Begriff Groß-Berlin nichts mit dem späteren *Land Berlin* zu tun hat. Groß-Berlin nämlich unterstand bis dahin dem Sonderstatus, also unter Viermächte-Verwaltung. Das heißt: Wenn der Sieger einer fremden Macht die Hauptstadt des besetzten Staates eingenommen hat und dort seine Gesetze erläßt, so gelten diese Gesetze im gesamten Staat.

Zwar hatten die Sowjets Berlin ohne die Hilfe der Westalliierten eingenommen, aber sie standen ja bereits unter dem *SHAEF-Diktat* der USA. Außerdem hatten sie sich zuvor schon geeinigt, die Hauptstadt des Deutschen Reiches gemeinsam zu verwalten. Die Sowjets räumten daher ihre besetzten Gebiete und zogen sich auf das Gebiet zurück, wie es von ihnen auf den Konferenzen beschlossen wurde. Es war schon 1948 klar, daß es zu keiner für beide Seiten annehmbaren Lösung kommen würde. Dafür sorgten schon die Internationalen Bankiers. So beauftragten die Westalliierten die von ihnen ernannten Ministerpräsidenten der Reichsländer, eine Art Verfassung auszuarbeiten, die für den Westteil Deutschlands gelten sollte. Es sollte ein *besatzungsrechtliches Mittel der Westmächte auf Zeit* geschaffen werden, welches zuerst *Bund Deutscher Länder* heißen, später aber *Bundesrepublik Deutschland* genannt wurde. Die Deutschen Vertreter, die eine Gesetzgebung für dieses Provisorium namens *Grundgesetz* schufen, gaben sich dem Irrglauben hin, ganz Deutschland vertreten zu können.“

„Ich erinnere mich“, unterbrach ich Michael.“ Und wenn ich es richtig verstehe, änderte die Gründung der Bundesrepublik nichts an den Rechten und Pflichten der Westmächte.“

„Beinahe richtig.“ ergriff wie aus dem Nichts Anatoly das Wort.“ Die Rechte und Pflichten, die gesamten, gemeinsam beschlossenen Gesetze der drei Siegermächte galten und gelten noch immer für ganz Deutschland wie für Europa. Die BRD war und ist noch immer ein vorläufiges Produkt der

Westalliierten, wie die DDR ein vorläufiges Produkt der Sowjetunion war.“

Michael ergriff wieder das Wort: „Mit der Ausstattung der D-Mark für Groß-Berlin hätte also diese Währung für Deutschland - mit Ausnahme der polnisch bzw. sowjetischen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze - Gültigkeit gehabt. Das wollten die Sowjets nicht hinnehmen. Somit waren für den Westen die restlichen Gebiete verloren, während die Sowjets auf den Westen verzichten mußten, in dem sie den Kommunismus etablieren wollten. Der Status der Sieger hinsichtlich Deutschlands blieb völlig unberührt. Weißt du, wer eure Fernseh- und Zeitungsnachrichten kontrolliert?“

„Ich dachte, wir hätten eine freie Presse“, gab ich zur Antwort. „Aber ich bin mir fast sicher, daß es wieder ein Gesetz gibt, auf das wir keinen Einfluß haben.“

Michael legte seine Zigarre in den Aschenbecher, nahm sich ein Sandwich, hielt für einen Moment inne und erklärte mir: „In jedem Krieg ist die Kontrolle der Nachrichten das Entscheidende. Wer die Nachrichten kontrolliert, kontrolliert die Meinung der Bevölkerung. Daher ist jeder sich im Krieg befindliche Staat bestrebt, den Empfang von Feindnachrichten zu unterbinden und eigene Nachrichten in den Himmel zu loben.“

„Ja, das erzählte mir mein Großvater. Es war unter Strafe verboten, die Röhren des Volksempfängers auszutauschen, damit keine feindlichen Nachrichten empfangen werden konnten, um nicht das Volk zu beunruhigen.“

„Ganz recht. In der DDR war das nicht anders. Nur kann man Radio- und Fernsehwellen nicht verbieten, sich zu verbreiten. Aber man hat das Mittel der Zensur. Zensoren sitzen noch heute in staatlichen und privaten Sendeanstalten und sorgen dafür, daß das Volk nur das zu hören und zu lesen bekommt, was es hören und lesen soll. Und dieses Gesetz, an das sich in deinem Land jeder zu halten hat, ist das *SHAEF-Gesetz Nr. 76*.“

Ich goß mir Kaffee ein und lehnte mich zurück. Wenn ich annahm, daß Michael mit allem was er sagte Recht hatte, dann wunderte ich mich kaum noch über unsere Nachrichten. Mir fiel erst jetzt auf, daß eigentlich alle Sender - *staatliche* wie *private* - stets über den einen und anderen Einheitsbrei berichteten. Über Banalitäten, die keinen Wert besaßen. Ich vermißte Nachrichten aus der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und von unseren anderen Nachbarn. Sicher: Wenn es mal einen Waldbrand in Spanien, oder ein Zugunglück in einem schweizerischen Tunnel gab, dann

wurde schon mal ein Wort darüber verloren. Aber es war nichts im Vergleich zu den Nachrichten, die uns ständig von den USA, Irak, Palästina und Israel präsentiert wurden.

Es schien mir, als gäbe es keine anderen Länder mehr auf dieser Erde. Tagein, tagaus dasselbe. Hier ein Terrorakt, da ein kleiner Aufstand, und mittendrin inhaltlose Berichte über etwaige Sorgen der zu Göttern mutierten Stars und B-Promis. Ich merkte erst jetzt, daß ich im eigentlichen Sinne völlig uninformiert war und vom Rest der Welt nur das wußte, was ich wissen sollte. Der überwältigende Teil wurde mir einfach vorenthalten, und die wirklich wichtigen Angelegenheiten systematisch unter den Teppich gekehrt. Vielleicht, weil es zu gefährlich für mich war? Wer fürchtete sich mehr?

Michael riß mich aus meinen Gedanken: „Ich sollte noch etwas genauer auf das *SHAEF-Gesetz Nr. 2* eingehen. Das Gesetz, welches die deutschen Gerichte betrifft. Nehmen wir an, du führst einen Rechtsstreit gegen eine Person, eine Körperschaft oder was auch immer. Führst du diesen Rechtsstreit allein?“

„Das kommt darauf an“ antwortete ich. „In der unteren Instanz komme ich wohl ohne Rechtsanwalt aus. Aber in den höheren Instanzen muß ich mir einen Rechtsanwalt nehmen.

„Und auf welcher Rechtsgrundlage?“

„Ich weiß nicht“, gab ich zu.

„Nun, dann wird es dich sicher überraschen, daß dieser Anwaltszwang vor Gericht ein nationalsozialistisches Gesetz aus dem Jahre 1935 ist. Welches im Übrigen in Deutschland wie alle anderen NS-Gesetze verboten wurde. Dieses *Rechtsberatungsgesetz* wurde am 13. Dezember 1935 erlassen, um jüdischen Anwälten und Beratern die Ausübung ihres Berufes unmöglich zu machen. Sinn und Zweck war es, Vermögen von Nichtjuden dem Zugriff der Juden zu entziehen. Dieses *Rechtsberatungsgesetz* ist noch heute die Rechtsgrundlage der Juristen der Bundesrepublik Deutschland und deren Gerichtsvollziehern.“

Artikel 1 § 1 (1) Die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, einschließlich der Rechtsberatung und der Einziehung fremder oder zu Einziehungszwecken abgetretener Forderungen, darf geschäftsmäßig - ohne Unterschied zwischen haupt- und nebenberuflicher oder entgeltlicher und unentgeltlicher Tätigkeit - nur von Personen betrieben werden, denen dazu von der zuständigen Behörde die Erlaubnis erteilt ist. Die Erlaubnis wird jeweils für einen Sachbereich erteilt: Ren-

tenberatern; Versicherungsberatern für die Beratung und außergerichtlicher Vertretung gegenüber Versicherern bei der Vereinbarung, Änderung oder Prüfung von Versicherungsverträgen, bei der Wahrnehmung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag im Versicherungsfall; Frachtprüfern für die Prüfung von Frachtrechnungen und die Verfolgung der sich hierbei ergebenden Frachterstattungsansprüche; vereidigten Versteigerern, soweit es für die Wahrnehmung der Aufgaben als Versteigerer erforderlich ist; Inkassounternehmen für die außergerichtliche Einziehung von Forderungen (Inkassobüros); Rechtskundigen in einem ausländischen Recht für die Rechtsbesorgung auf dem Gebiet dieses Rechts. Sie (*die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten*) darf nur unter der der Erlaubnis entsprechenden Berufsbezeichnung ausgeübt werden. §8 (1) Ordnungswidrig handelt, wer 1. fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgt, ohne die nach diesem Artikel 1 erforderliche Erlaubnis zu besitzen, 2., 3. unbefugt die Berufsbezeichnung *Rechtsbeistand* oder eine ihr zum Verwechseln ähnliche Bezeichnung führt. (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden. Artikel 5 (1) *Die Ausführungsvorschriften werden im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern zu Artikel 1 dieses Gesetzes von dem Reichsminister der Justiz erlassen.* Hierbei können ergänzende Bestimmungen getroffen, insbesondere Einschränkungen oder Erweiterungen der Erlaubnispflicht bestimmt werden.

„Es darf doch wohl die Frage gestattet sein, weshalb deine Regierung ein Gesetz anwendet, welches von einem Militärgesetz verboten wurde, weil es eine Ungleichheit einer Person vor Gericht vorsieht? Und seit wann vertritt ein Bundesminister oder ein Bundesminister der Justiz einen NS-Reichsminister? Und weshalb wurde es zuletzt am 19. Dezember 1998 geändert (BGBl. I, S. 3836)? Du solltest dich wirklich und wahrhaftig fragen, ob du dich in deiner bundesdeutschen Justiz sicher und gut aufgehoben fühlst. Und nebenbei bemerkt: Dieses Rechtsberatungsgesetz ist völkerrechtswidrig, weil es den Menschenrechten widerspricht. Denn gemäß *UN-Resolution 217 A (III)* von 1948 hast du das Recht, jederzeit als rechtsfähig anerkannt zu werden. Euer Anwaltszwang bricht dieses Recht und spricht dir deine Mündigkeit ab. Es stempelt dich sozusagen zum Idioten.“

Während ich in mich hineinhorchte, verließ Anatoly die Bibliothek. Er hatte wohl vor, bald wiederzukommen, denn er ließ seine Zigaretten mit samt Feuerzeug auf dem Tisch liegen. Wie ich auf den ersten Blick erkennen konnte, mußte es ein recht teures Feuerzeug sein. Es war aus Gold und reichlich mit feinen Ornamenten verziert, die ich aber aus dieser Entfernung nicht erkannte.

Ich wußte von einigen Fehlurteilen der deutschen Justiz. Und manches Mal wunderte sich selbst mein Rechtsanwalt - der ein enger Freund meiner Familie ist - über Urteile, die er nicht nachvollziehen konnte. Er berichtete von einem Fall, bei dem die deutsche Justiz ihr Urteil aufheben mußte, weil ein US-Gericht anders entschieden hatte. Soweit ich mich erinnern konnte, ging es dabei um einen Bilderstreit und das US-Gericht entschied, daß das amerikanische Militär die Bilder behalten durfte. Es schien mir nicht wichtig und deshalb hatte ich damals nicht weiter nach. Warum auch? Das waren ja nicht gerade Themen, die öffentlich breitgetreten wurden. Und ich wußte jetzt auch, warum. Michael und ich machten eine Pause, die ich nutzte um Sandra zu sehen, die sich im Garten aufhielt. Ich wollte sie nicht mit den Sachen belästigen die ich erfahren hatte. Und so unterließ ich es, sie über Anatoly auszufragen, wenn es mir auch unter den Nägeln brannte. Wir genossen eine gute Stunde zusammen, bevor mich Michael wissen ließ, daß er mich in der Bibliothek erwarte.

„Nazi-Erben verloren Verfahren um Hitlers Aquarelle: Das Schicksal der Aquarelle des vor 57 Jahren verstorbenen Gründers des dritten Reiches wurde nun durch den US-Bundesgerichtshof entschieden. Die amerikanische Armee kann die Bilder behalten.“

Quelle: „*The Independent*“, London, am 5. Juni 2002

Anatoly ließ sich entschuldigen. Er hatte einen Anruf bekommen und traf sich mit jemandem, wollte aber spätestens zum Abendessen zurück sein. Seine Sachen hatte er mitgenommen. Michael nahm neben mir Platz.“ Wir haben viel über einen Staat geredet. Was ist deiner Meinung nach überhaupt ein Staat?"

Ich meinte zu wissen was ein Staat ist, vermochte aber nicht, diesen Begriff zu definieren. Ich antwortete unbeholfen: „Der Staat sind wir.“ Michael kratzte sich am Kinn. „Nicht schlecht. Nach der völkerrechtlichen Definition ist ein Staat ein Gebilde, das laut der Konvention von Montevideo von 1933 folgende *Mindestmerkmale* aufweist:

- eine mehr oder weniger stabile Kernbevölkerung namens *Staatsvolk*
- einen klar definierten oder abgegrenzten Landbesitz, genannt *Staatsgebiet, Territorium* oder *Hoheitsgebiet*
- eine Regierung, die aufgrund einer *Verfassung* eine *Staatsgewalt* ausübt
- die Fähigkeit, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten,

d. h. ein *Völkerrechtssubjekt* zu sein

Die klassische Staatsrechtslehre nennt nur die ersten drei Merkmale. Man sagt dazu auch *Drei-Elemente-Lehre*. Die Souveränität ist kein definierendes Merkmal eines Staates. Staaten können auch dann fortbestehen, wenn sie unter Besatzung stehen, also okkupiert sind. Das Deutsche Reich und der Irak z. B. sind okkupiert, stehen noch immer unter dem Willen der Alliierten, sind aber de jure dennoch existent. Was versteht man aber unter Staatsvolk? Das Staatsvolk ist dasjenige Volk, welches sich dauerhaft innerhalb seines Gebietes - also Staatsgebietes - aufhält und die Angehörigkeit zu diesem Staat besitzt. Man spricht dabei auch von einer *Staatsangehörigkeit*.

Das Staatsgebiet nun ist ein klar abgegrenzter Landbesitz, der in der Regel in der Verfassung definiert ist. Da die Verfassung der Kern aller Gesetze dieses Staates ist, muß für jeden ersichtlich sein, innerhalb welcher Grenzen denn nun diese Gesetze gelten. Schließlich benötigt dieser Staat eine Verfassung - von der wir oft geredet haben - und eine Regierung, die aufgrund dieser Verfassung zum Regieren befugt ist. Fehlt auch nur eines dieser drei Elemente, dann ist es völkerrechtlich kein Staat.“

Ich mußte räuspern.“ Und warum ist die Bundesrepublik kein Staat? Sie vereint doch alle drei Elemente.“

Michael sah mich an, als hätte ich nichts begriffen oder wieder alles vergessen.“ Ich erzählte dir doch vom Treffen der fünf Außenminister in Paris am 17. Juli 1990? Und davon, daß der Artikel 23 des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ersatzlos gestrichen wurde? Und den eure Bundesregierung anschließend aufgehoben hat?“

Jetzt fiel es mir wieder ein.“ Moment.“ , warf ich ein, „Wie kann etwas aufgehoben werden, wenn es zuvor schon gestrichen wurde? Wie kann ich etwas zweimal streichen?“

„Stopp.“ rief Michael.“ Wirf keine Begriffe durcheinander, die nichts miteinander zu tun haben. Eine Streichung ist befristet - sie kann immer noch aufgehoben werden. Ich kann einem Beamten seine Weihnachtsbezüge streichen, aber später wieder erstatten. Eine Aufhebung hingegen ist endgültig. Wenn ein Gesetz aufgehoben wurde, ist es aufgehoben. Die Bundesrepublik beschäftigt die besten und gewissenlosesten Juristen, die man für Geld kaufen kann. Sie wußten von dem Fakt. Warum sie aus einer Streichung eine Aufhebung machten, erfährst du noch. Da nun der Artikel

23 den Geltungsbereich der Bundesrepublik und ihrer Gesetzgebung fest-schrieb, dieser Artikel aber nicht mehr vorzufinden war, heißt das was?"

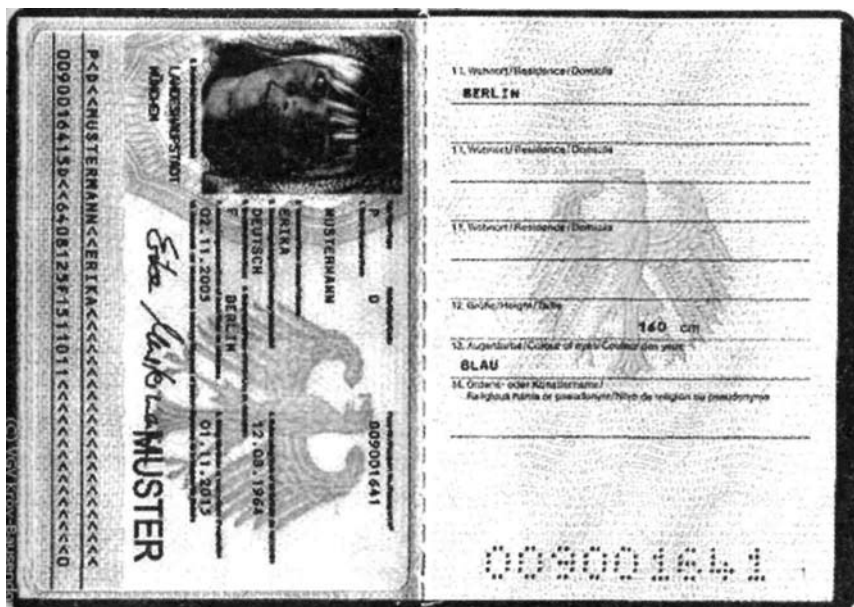
„Daß es keine Bundesländer mehr gab, in denen das *Grundgesetz* hätte gelten können.“ folgerte ich.

Michael klatschte in die Hände.“ Aber es kommt noch besser. Dieser Artikel wurde ersetzt, was aber nicht möglich ist. Deine angebliche Regierung hob also diesen Artikel auf und ersetzte ihn mit dem Begriff *Europäische Union*. Eine Rechtsnorm - zu dieser der Artikel 23 gehörte - muß jederzeit klar nach zu verfolgen sein, da sich ein Gesetz innerhalb eines Artikels immer wieder ändern kann. Ein Jurist muß daher jederzeit in der Lage sein, die Geschichte dieser Rechtsnorm zeitlich zurückverfolgen zu können, um Bezugnahme zu anderen Gesetzestexten nehmen zu können. Erst das gibt ihm die Rechtssicherheit zu einer gerechten Urteilsfindung. Einen solchen Ersatz eines Artikels nennt man *Überblendung* und ist kriminell. Hätte die Bundesregierung einen Artikel 23a geschaffen, wäre es in Ordnung gewesen. Aber so hat es den Geschmack der Vertuschung - und die ist ebenfalls kriminell.“

Ich hatte das Gefühl, als fiele ich vom letzten Rest meines Glaubens ab. Ich wollte schon fast nichts mehr hören, aber Michael kam jetzt richtig in Fahrt und nichts schien ihn mehr bremsen zu können: „So. Ein Element ist schon mal nicht mehr vorhanden. Kommen wir nun zu den anderen beiden. Wir sahen, daß ein Staatsvolk nur dann ein Staatsvolk sein kann, wenn es die Angehörigkeit zu diesem Staat besitzt. Welche Staatsangehörigkeit hast du?"

„Natürlich die Deutsche.“ sagte ich selbstbewußt.“ Fuck. Wie ich solchen Bullshit hasse.“ entfuhr es ihm. Obwohl es noch nicht mal Mittag war, nahm ich mir etwas Scotch.“ Es gibt keine amerikanische, deutsche, französische oder polnische Staatsangehörigkeit. Es gibt die Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika, die Staatsangehörigkeit Deutsches Reich, die Staatsangehörigkeit Republik Frankreich, die Staatsangehörigkeit Volksrepublik Polen, eine andere Bezeichnung für eine Angehörigkeit zu einem Staat ist Bullshit. Das macht doch erst den Sinn dieses Wortes aus. Ich bin Angehöriger des Staates USA, du bist Angehöriger des Staates Deutsches Reich. Denn Deutsches Reich ist der völkerrechtlich korrekte und anerkannte Name deines Staates. Gib mir noch mal deinen Paß.“

Ich war nicht sicher worauf er hinaus wollte und reichte ihn ihm.



„Ah ja.“ kommentierte Michael fast verächtlich. „Sehen wir mal von der Farbe des Passes ab, auf die wir gleich kommen. Wir haben schon einmal ein wichtiges Merkmal von dreien. Was steht unter dem Feld *Staatsangehörigkeit*?“

„Deutsch.“ antwortete ich. „Und warum nicht Deutschland, Deutsches Reich oder Bundesrepublik Deutschland?“

„Ich weiß nicht. Ich kenne nur diese Bezeichnung und habe mir darüber auch nie Gedanken gemacht“, erwiderte ich.

Michael nahm zwei Kartenrollen hervor, zog aus jeweils einer Rolle eine Welt- und eine Europakarte hervor und fragte: „Auf welcher Karte liegt der Staat *Deutsch*?“

„Natürlich nirgends, weil es einen solchen Staat nicht gibt“, gab ich fast genervt zur Antwort, weil ich nicht wußte, worauf er hinaus wollte.

Michael sah auf die Uhr und bemerkte, daß es gleich Mittag sei. „Ich erkläre bereits“, sprach er weiter, „daß eine Staatsangehörigkeit die Angehörigkeit zu einem bestimmten Staat beschreibt. Demnach muß nach den Gesetzen der Logik was in diesem Feld stehen?“

„Deutschland“, rief ich.

„That's right. Deutsch ist eine Sprache. Und Deutsch ist eine Nationalität. Ich sagte dir bereits, daß mein Ursprung deutscher Herkunft ist, ich somit deutscher Nationalität bin. Diesen Ursprung kann mir niemand nehmen: Ich erwarb sie bei der Geburt und sie endet mit meinem Tod. Meine Staatsangehörigkeit hingegen kann mir von Amts wegen erteilt, versagt oder entzogen werden. Meine Angehörigkeit zum Staat USA beinhaltet wechselseitige Rechte und Pflichten, wie zum Beispiel das Wahlrecht, aber ebenso meine Steuerpflicht den USA gegenüber. Ich genieße demnach den Schutz dieses Staates.“

Ich stutzte: „Und wenn nun kein Staat in meinem Paß steht, wie es offensichtlich der Fall ist?“

Michael holte tief Luft. „Dann mein Sohn, bist du staatenlos. Du hast keinem Staat gegenüber Pflichten, aber auch keinerlei Rechte. Genau betrachtet gleichst du einem Kurden, einem Palästinenser, dem man das Recht auf einen eigenen Staat verweigert und ihn somit staatenlos hält. Was nebenbei bemerkt, ein Verbrechen gegen die Menschenrechte ist. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf eine Staatsangehörigkeit, die immerhin das Recht vorsieht, den Schutz des Staates zu genießen.“

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948 Artikel 15

1. Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.
2. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen, noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Ich nahm die Karaffe mit dem Scotch. Wohin sollte das noch führen? Mich beschlich die Sorge, die USA als Alkoholiker zu verlassen, wenn mich Sandras Familie nicht zuvor in die Betty-Ford-Klinik einweisen würde. Oder vielleicht schlimmer noch, Drogen und dem Wahnsinn anheim zu fallen, sofern ich mich nicht mit einem kühnen Sprung vom Empire-State-Building von der Welt, wie ich sie bis dahin kannte, verabschieden wollte. Ich hatte das dringende Bedürfnis, zu kotzen, was ich aber meinem CIA-Spitzel-Schwiegervater ersparen wollte. Ich war mir zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sicher, ob ich ihn hassen sollte - hassen dafür, daß er alles zerstörte, woran ich all die Jahre geglaubt hatte. Oder ihm dankbar dafür sein müsse, daß er mir die Augen geöffnet hat.

Mir fiel ein Zitat ein, das ich vor langer Zeit gelesen hatte: *Wenn ihr eure Augen nicht benutzt um zu sehen, werdet ihr sie brauchen, um zu weinen.* Und mir kamen die Tränen.

Michael beschloß, daß wir uns zuerst zum Dinner einfinden sollten. Er hatte wohl Sorge, daß ich mich unpäßlich fühlen könnte, und legte Nachdruck darauf, daß er dieses Thema bis zum Abend abgehandelt haben wollte. Sandra fiel meine Geistesabwesenheit bei Tisch auf, sprach mich aber darauf nicht an, wofür ich ihr dankbar war. Das Essen war wie immer hervorragend und der kalifornische Wein besaß ein Aroma, wie ich es von unseren Weinen her nicht kannte.

Die lockere Atmosphäre nahm mir meine Beklemmungen und ich bemerkte, daß mich die Stimmung mitriß, was meiner Herzdame zu gefallen schien. Sandra und ich machten unseren obligatorischen Spaziergang nach dem Dinner im Garten, der mir an ihrer Seite sehr wohl tat. Was ist sie doch für eine phantastische Frau, dachte ich mir - und daß sie alle Mühe wert sei, die ich auf mich nahm. Mir mißfiel zwar der Gedanke, sie im Moment zu vernachlässigen, aber ich war jetzt an einem Punkt angelangt, an dem es kein Zurück mehr gab. Kurz bevor ich wieder in die Bibliothek zurückkehrte, beteuerte sie noch einmal ihre Liebe und versicherte mir, daß sie fest an meiner Seite steht, was auch immer kommen möge. Ich fühlte deutlich, daß dies keine hohlen Phrasen waren und diese Energie sollte mir die Kraft geben, die ich noch benötigen sollte.

Wie immer standen Erfrischungen bereit, als Michael und ich in der Bibliothek Platz nahmen. Wir rekapitulierten noch einmal, daß eine Staatsangehörigkeit nicht dasselbe wie eine Nationalität sei. Michael ergänzte, daß im diplomatischen Sprachgebrauch die Begriffe *Nation* und *Staat* im gleichen Zusammenhang gebraucht würden, es jedoch einen Unterschied zwischen einer *Kulturnation* und einer *Staatsnation* gäbe. So entsprängen zum Beispiel die Angelsachsen einer Kultur und hätten dennoch eigene Staaten gegründet. So gab es Großbritannien, Neuseeland, Australien und andere Staaten, deren Kultur der angelsächsischen entsprang. Die Staaten Österreich und Deutschland entstanden aus der germanischen Kultur. Und tatsächlich war Österreich über Jahrhunderte ein Teil Deutschlands, das auch als *Deutsche Ostmark* bekannt war.

Mit den Basken, Katalanen, Sarden, Kurden, Palästinensern und vielen anderen verhielt es sich ähnlich - bis auf die Tatsache, daß ihnen das Recht auf ihren eigenen Staat mit eigenen Gesetzen und damit ihr Recht

auf Selbstbestimmung verwehrt wurde. Es wurde mir klar, daß das palästinensische Volk gar keine andere Möglichkeit mehr hatte, als mit Gewalt zu antworten, wenn sich doch ihr Nachbar Israel wie die Axt im Walde verhielt. Gedeckt und unterstützt von den USA, nahm dieser Nachbar für sich Rechte in Anspruch, die er den Palästinensern verweigerte. Der Konflikt im Nahen Osten würde eines nicht fernen Tages eskalieren, wenn dieser offene Bruch aller garantierten Menschenrechte nicht bald beendet werden würde.

Und wen in der Weltgemeinschaft kümmerte es, daß es den türkischen und irakischen Kurden keinen Deut besser ging? Gab es nicht mal ein Kurdistan? Machte sich so gesehen, die UNO nicht der Mithilfe an Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig? War sie überhaupt noch handlungsfähig? Oder konnten Organisationen nur deshalb versagen, weil sie selbst nur ein Produkt des Menschen sind, der doch selbst am einfachsten aller Dinge nur allzu leicht scheiterte: An der Menschlichkeit. Das Geschöpf konnte unmöglich besser sein als sein Schöpfer, der Mensch. Und auch Politik war nur eines der vielen Geschöpfe eines von niederen Instinkten geleiteten Schöpfers.

Wir unterhielten uns auch noch einmal über den Geltungsbereich eines Gesetzes. Wir kamen überein, daß dieser Geltungsbereich einer Betriebs- oder Hausordnung glich. Ich nannte ihm das Beispiel der Platzordnung des Campingplatzes, auf dem Sandra und ich die Wochenenden verbrachten. Auf dieser Platzordnung war haarklein geregelt, für wen innerhalb des Platzes - welches ja auch ein Gebiet darstellt - diese Ordnung Geltung hatte. Ich war erleichtert, als Michael mir beipflichtete und ich war noch erleichterter, als dann das Eis zu schmelzen begann. Ich sah mich nun nicht mehr als den dummen *Kraut*, sondern als jemanden, der allmählich begriff, um was es wirklich ging. Wir fingen an, uns langsam auf einer Ebene zu bewegen, auch wenn er wesentlich mehr wußte. Ohne es bis dahin zu wissen, war er mein Mentor geworden, den ich zu bewundern begann, ohne mich aber dabei kleiner zu machen, als ich es war. Ich wollte ihm ebenbürtig werden.

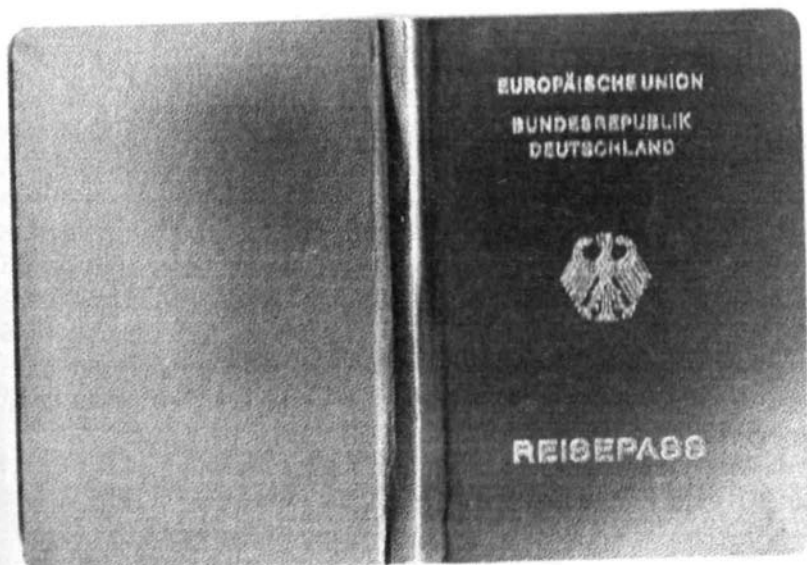
Michael nahm erneut meinen Paß, zeigte mir den Adler auf der Innenseite und ließ mich die Schwingen zählen. Ich kam auf vierzehn, also sieben Schwingen pro Flügel. Auf die Frage, ob ich die Bedeutung der Schwingen kannte, mußte ich passen. Es sollte wieder interessant werden: „Dieser Adler repräsentiert den Adler der *Nationalsozialisten*“, fing er an.

„Euer Staatswappen zeigt einen Adler mit insgesamt zwölf Schwingen, wobei jede Schwinge ein Reichsministerium darstellt.

Die drei Schwanzfedern symbolisieren die Gewaltenteilung: Die legislative (gesetzgebende), die Judikative (rechtsprechende) und die exekutive (ausführende) staatliche Gewalt. Im III. Reich waren diese Gewalten vereinigt und es kamen noch zwei Ministerien hinzu. Zum einen war es das *Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung* unter Dr. Joseph Goebbels - das andere Ministerium war das *Ministerium für besondere Verwendung* unter Rudolf Heß.“ Er klappte den Paß zu und zeigte mir die Vorderseite und legte mir zudem drei Blatt Papier hin, auf denen andere Adler zu sehen waren:



1)



2)



3)



4)



5)



6)



7)



8)



9)

- 1) *Reichsadler*
- 2) *Reichsadler auf bundesdeutschem Reisepaß*
- 3) *Bundestagsadler „Fette Henne“*
- 4) *Adler der Bundesministerien mit zehn Schwingen*
- 5) *Bundesschild (kein offizielles Wappen, darf auch privat geführt werden)*
- 6) *Euro-Münze*
- 7) *Bundesgrenzschutz/Bundespolizei*
- 8) *Standarte Bundespräsident*
- 9) *Bundespersonalausweis mit NS-Adler (14 Schwingen)*

Ich nahm sie ausführlich in Augenschein und war überrascht, wie viele Bundes-, Reichs-, oder was- auch- immer- Adler wir hatten. Der Adler auf der Vorderseite hat insgesamt zwölf Schwingen. Nur welcher war der richtige? Welcher war der Originale und welcher eine Fälschung?

Während ich mir diese Fragen stellte, nahm sich Michael wieder eine Zigarre und erläuterte: „Jeder Staat hat ein *Staatssymbol*, oder auch *Staatswappen* genannt. Dieses Wappen darf nur von diesem Staat geführt werden, da es einen hoheitlichen Charakter hat. Es ist in etwa so, als würdest du das Emblem eines fremden Unternehmens für dein eigenes Unternehmen verwenden wollen. Es wurde international festgelegt, daß ein Staat sein Symbol fälschungssicher und für jeden klar erkennbar auf die Vorderseite eines solchen Dokumentes aufbringen muß.“

„Ich verstehe“, kommentierte ich. Michael fuhr fort: „Darum sieht das Staatssymbol der USA genau so aus, wie es jeder kennt: “



Ich verglich beide Ausweise und wies Michael darauf hin, daß beide Pässe verschiedene Farben hätten. Ich entsann mich, daß mein zukünftiger Schwiegervater hierzu noch was sagen wollte. „Be cool. Step by Step“, kam seine Antwort. „Dämmert es dir, weshalb die Bundesrepublik Deutschland nicht auch nur eines ihrer Wappen auf dieses Dokument aufbringen darf?“

„Nun, wenn die Bundesrepublik kein Staat im Sinne des Völkerrechts ist“, so gab ich zur Antwort, „dann muß sie letztlich das Wappen aufbrin-

gen, das es auch tatsächlich gibt. Aber wie ist es möglich, daß sie es auch darf?"

Michael nahm sich etwas Scotch und zog an seiner Zigarre.“ Eine gute Frage. Wir können noch einen Schritt weiter gehen und uns fragen, wie die DDR ihr imaginäres Wappen benutzen durfte. Die Antwort ist ebenso einfach wie erschütternd: Weil es von den Siegern geduldet wurde. Beide Systeme - das kapitalistische wie das sozialistische - benutzten doch beide deutsche Organe namens DDR und BRD ausschließlich für ihre Zwecke. Durfte etwa die Mauer gebaut werden? Durften Menschen erschossen werden? Wie viele Ex-Volkspolizisten erhielten in der DDR eine Goldene Uhr für die Morde an der Mauer, wofür sie später sogar in den Dienst der BRD übernommen wurden? Es sind die Selben Gauner, die es sich in der BRD gemütlich gemacht haben und euch das Leben schwer machen. Die Geschichte wiederholt sich und kleidet sich immer nur wieder neu in ein anderes Gewand. Allen voran aber war es die Bundesrepublik, die für sich in Anspruch nahm, das ganze Deutschland zu vertreten. Die Besatzer lachten insgeheim und ließen die bundesdeutschen Vertreter gewähren - weil sie wußten, daß alles was Deutschland betreffen sollte, für unbestimmten Zeitraum in ihrer Gewalt verbleiben würde.

Nach der *Wende* konnte die Bundesrepublik natürlich nicht mehr von ihrem Kurs ab wegen der Vertreibung der 15 Millionen und Ermordung von 3 Millionen deutschen Menschen, sowie das verhungern lassen der Kriegsgefangenen und die Verschleppung von Zivilisten in die UdSSR usw. Dieser Paß ist nichts wert. Er ist ein Modell der *Europäischen Union*, mit dem Deutschland, wie es definiert wurde, nichts zu tun hat. Und wie wurde Deutschland definiert?" Michael wartete nicht auf meine Antwort, die ich ihm sowieso nicht hätte geben können. „Mit dem *Artikel VII (e) Begriffsbestimmungen des SHAEF-Gesetzes Nr. 52* wird der Begriff Deutschland so definiert: "

„**Deutschland** bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.“

„Der Begriff *Deutsches Reich* wurde von den Alliierten bewußt durch *Deutschland* ersetzt, damit ja kein Deutscher auf die Idee käme, in irgendeiner Hinsicht für das *Deutsche Reich* zu schwärmen. Es klang einfach zu opulent. Mit diesem psychologischen Kniff entfremdete man die Deutschen von ihrem Vaterland, denn *Deutsches Reich* war ein fester, nationa-

ler Begriff mit dem sich die Deutschen identifizieren konnten. *Deutschland* hingegen war eher abstrakt. Ein Wort, an das man sich erst noch gewöhnen mußte.“

Michael zeigte auf die Karte, die immer noch am Kartenständer hing. Mir dämmerte, daß die Alliierten wirklich wußten, was sie taten. Sie überließen nichts dem Zufall. Aber ich wollte noch etwas über die Farben des Ausweises erfahren.“ Ah ja, die Farben. Den meisten Menschen ist gar nicht bewußt, daß die Farben Blau, Rot und Grün auf den Ausweisen nicht zufällig sind. Es gibt nur diese drei Farben - nicht vier, nicht fünf, nicht zehn. Es gibt sie nicht in gelb, nicht in rosa und auch nicht in braun. Nach internationalem Recht bedeutet Blau: Souveräner Staat; Grün: Vorläufiger Ausweis mit einer maximalen Gültigkeit von einem Jahr; Rot: ein Staat, der sich in Abhängigkeit zu einer fremden Macht befindet, wie z. B. dies bei einer Kolonie der Fall ist. Also ist Deutschland als Verlierer, kriegsrechtlich gesehen, eine Kolonie der Hauptsiegermacht USA.“

Das saß. „Aber eines verstehe ich noch nicht ganz: Haben wir als Einzige den roten Ausweis, oder gibt es da auch andere Staaten?“

Michael sah mich ernst an: "Beinahe alle Staaten, die in Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg stehen, die *SHAEF-Gesetze* anerkannt haben und unter der Fuchtel der USA stehen, besitzen den roten Ausweis - selbst Großbritannien.“



„Allerdings“, so fügte er noch hinzu, „gibt es auch Ausnahmen von der Regel, das sind Diplomatenausweise. Ein Diplomat ist ein Abgesandter eines Staates oder einer Organisation und genießt ebenfalls den Schutz eines Parlamentärs. Diese sind ebenfalls Blau und die einzigen, die sie bekommen, sind eure Politiker.“

Ich sah mir den Diplomatenpaß ebenfalls genauer an. Und was fand ich im inneren unter dem Feld *Staatsangehörigkeit*? Natürlich *Deutsch*. Ich war schon fast soweit, meinen Paß und meinen Personalausweis aus dem Fenster zu werfen. Weshalb wurden denn Gesetze gemacht, wenn sich niemand daran halten mochte? Es wunderte mich nicht mehr, daß wir mit völlig belanglosem Kleinkram konfrontiert wurden, die sich *Nachrichten* nannten. Ich kam zu dem Schluß, daß wir einer Propagandamaschine aufsaßen, die alles andere wollte, als uns zum freien Denken zu ermuntern. In meinem Hinterkopf formten sich die Mosaiksteinchen nach und nach zu einem kompletten Bild.

„Ich will dir noch etwas zeigen“, riß mich Michael aus meinen Gedanken. Er führte mich an einen PC, der in der Ecke des Raumes stand. Ich traute meinen Augen nicht, was ich da sah.

Bayerisches Staatsministerium des Innern



Nachweis (Staatsangehörigkeitsurkunden)

Die deutsche Staatsangehörigkeit kann durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde (Staatsangehörigkeitsausweis) glaubhaft gemacht werden. Sie wird auf Antrag von der Staatsangehörigkeitsbehörde ausgestellt. *Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepaß sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, daß der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.* Der Antrag auf eine Staatsangehörigkeitsurkunde ist bei der Staatsangehörigkeitsbehörde (Kreisverwaltungsbehörde) einzureichen.

Den Antragsvordruck gibt es bei der Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt, kreisfreie Stadt). Im Antrag sind die persönlichen Daten des Antragstellers und seiner Vorfahren bis zum Jahr 1938 zurück darzulegen. Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wird dem Antragsteller bestätigt, wenn er nachweist oder zumindest glaubhaft macht, daß er und ggf. die Personen, von denen er seine Staatsangehörigkeit ableitet, *spätestens seit dem 01.01.1938* von deutschen Stellen als deutsche Staatsangehörige (Deutsche) behandelt wurden.

Das bedeutet, daß der Antragsteller zunächst seine Abstammungsverhältnisse nachweisen muß. Hierzu ist regelmäßig seine Geburtsurkunde und ggf. Heiratsurkunde erforderlich. Darüber hinaus kommen auch die Vorlage einer Heiratsurkunde der Eltern und gegebenenfalls deren Scheidungsurteil in Betracht. Weitere Personenstandsurkunden kann die Staatsangehörigkeitsbehörde bei Bedarf nachfordern. Zusätzlich hat der Antragsteller glaubhaft zu machen, von welchen deutschen Stellen er und gegebenenfalls seine Vorfahren als Deutsche behandelt wurden.

Hierbei wird die Staatsangehörigkeitsbehörde dem Antragsteller behilflich sein und von sich aus Auskünfte bei anderen Behörden und Stellen einholen (z. B. bei Meldebehörde, Paßbehörde, Standesamt, Wehrmachtsauskunftsstelle, Heimatauskunftsstelle usw.). Ergibt sich, daß der Antragsteller die deutsche Staatsangehörigkeit (Rechtsstellung als Deutscher) besitzt, wird die Staatsangehörigkeitsurkunde ausgestellt. Die Gebühr hierfür beträgt 25€. Weitere Informationen finden Sie im *Bayerischen Behördenwegweiser* bei den Behördenleistungen unter dem Stichwort "Staatsangehörigkeitsurkunde".

Quelle: www.stmi.bayern.de/buerger/staat/staatsangehoerigkeit/detail/05788

Ich schlug die Hände über den Kopf zusammen. „Michael“, sagte ich beinahe atemlos, „korrigiere mich bitte, wenn ich mit meiner Mutmaßung falsch liege.“

Michael nickte. „Wenn ich das jetzt hier alles richtig verstanden habe, dann werde ich von staatenlosen Personen registriert, wie ich selbst einer bin; das heißt auch, daß mir zuerst ein BRD-Beamter beweisen muß, ob er überhaupt BRD-Beamter sein kann. Das kann er aber laut Aussage des phantastischen BRD-Ministeriums nicht, weil im Ausweis ja kein Staat Bundesrepublik Deutschland, Deutschland, oder Deutsches Reich drin steht. Demnach ist diese BRD-Vereinskarte also ungültig und braucht auch nicht mitgeführt zu werden, wenn es keine rechtsgültige Aussagekraft hat. Dummerweise gibt es aber noch das so genannte *Ordnungswidrigkeitsverfahren bei fehlender Ausweispflicht* - soviel weiß ich auch. Donnerwetter. Wenn ich also ohne die nichts sagende Karte angetroffen werde, kann ge-

gen mich ein Bußgeld verhängt werden von denselben BRD-Personen, die sich selbst nicht als deutsche Staatsbürger ausweisen können, weil sie denselben wertlosen BRD-Ausweis besitzen wie ich.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Staatsangehörigkeitsausweis

Personenstand: ☐ Ledig ☐ Verheiratet ☐ Witwe ☐ Verheiratet

Der Herr **MUSTERMANN**

geboren am **01.01.1922** in **Siegburg**

Mutter: **Maria Margarete S. 53721 Siegburg**

der deutschen Staatsangehörigkeit

Seiner Führung gilt bis zum

24. April 2215

Zu Datum:

Siegburg, den 20. April 1933

MUSTER

AMER - 521
Zur L.
-33.11-
Der Auftrags

(Hilfskraft)

12.15-23:00

40-10-1000

Na, das macht Laune? Aber natürlich. Warum spielt keine Kapelle? Warum wird nicht getanzt? Ich bin ja so was von heilfroh, daß ich bis zur Klärung meiner Staatsangehörigkeit nicht noch eine BRD-Duldung, Aufenthaltserlaubnis oder -genehmigung mit mir herumtragen muß. Ich ge-

stehe, daß ich gottverdammtes Glück habe. Und was bedeutet schon das Wort *kann*? Es steht ja nichts davon, daß mir mit diesem Wisch meine Staatsangehörigkeit nachgewiesen ist. Es gleicht doch wieder nur den Phrasen wie *eventuell, unter Umständen, möglicherweise*. Es ist ein *Lust und Laune-Prinzip* ohne Aussagekraft.“

Ich mußte ziemlich komisch gewirkt haben, denn Michael fiel in schallendes Gelächter: „Es ist erfrischend wenn ich an dir sehe, daß die Mühe nicht vergebens war. Es ist keine Mutmaßung von dir, sondern die bittere Wahrheit, die schon so lächerlich ist, daß ich nicht anders kann als Lachen.“

Ich hätte gerne mitgelacht - stattdessen nahm ich mir ein Glas, die Scotch-Karaffe und goß uns beiden kräftig ein. Wir prosteten uns zu. Michael legte ein kleines Büchlein und ein Blatt Papier auf den PC-Tisch, an dem wir uns befanden. *Um die Sache abzurunden*, bemerkte er beiläufig. Michael bat mich, den Artikel 116 des *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* und den Artikel VII d (Begriffsbestimmungen) des *SHAEF-Gesetzes Nr. 52* zu vergleichen:

Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die Deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, oder als Flüchtling oder Vertriebener Deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Frühere Deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen Entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Ein „Staatsangehöriger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet ein Untertan, Staatsbürger oder eine Personenvereinigung, Körperschaft, oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder dieser Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Niederlassung hat.

„Hast du dazu noch Fragen?“

„Ich glaube nicht“, antwortete ich und fuhr fort: „Ich gehe von dem Grundsatz aus, daß die *SHAEF-Gesetze* unseren Gesetzen vorgehen.“ Michael nickte zustimmend.“ Wenn ich es richtig verstehe, dann spricht

das *SHAEF-Gesetz* von einem Gebiet eines Staates oder einer Regierung. Innerhalb dieses Gebietes - das Staatsgebiet - gibt es Gesetze, deren Rechtsgrundlage eine Verfassung ist. Diese Gesetze gelten für alle Personen, Personenvereinigungen usw. Diese sind auf Grund dieser Gesetze Staatsangehörige dieses Staates. Das Gebiet selbst wurde von den Alliierten in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 definiert. Das bedeutet demnach, ich bin Reichsdeutscher.“

Michael wurde blaß: „Jesus Christ“, entfuhr es ihm.

„*Reichsdeutscher* ist ein Begriff der Nationalsozialisten und verboten. Er entstand dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935. Ich sagte dir doch, daß sämtliche NS-Gesetzgebungen durch die *SHAEF-Gesetze* verboten und die Gesetze der Weimarer Republik wiederhergestellt wurden. Die Nationalsozialisten machten einen Unterschied zwischen einem Staatsangehörigen und einem Reichsbürger. Staatsangehöriger war, der dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehörte und ihm dafür besonders verpflichtet war. Diese Staatsangehörigkeit wurde mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 erworben.

Aber Reichsbürger konnte nur werden, der Deutschen oder artverwandten Blutes war. Hierzu erhielt er den Reichsbürgerbrief, der in etwa mit der so genannten *Staatsangehörigkeitsurkunde* der Bundesrepublik zu vergleichen ist. Reichsbürger konnte nur werden, wer einwandfrei seine arische Abstammung nachweisen konnte. Es galt das Abstammungsprinzip wie bei Zuchttieren - und das gleiche Abstammungsprinzip verlangen deine Behörden mit dieser *Staatsangehörigkeitsurkunde*, für die die Bundesrepublik 25 Euro verlangt. Sie wendet ein NS-Gesetz an und läßt es sich mit Falschgeld bezahlen. Meinetwegen fühle dich zugehörig wem du willst aber protze in der Öffentlichkeit besser nicht damit.“

Seine Worte schlugen wie ein Blitz in mein Gehirn ein. Aber worüber wunderte ich mich noch? Michael war nun in Fahrt: „Der Artikel 116 eures Grundgesetzes bestätigt doch gleich zweimal die *SHAEF-Gesetzgebung*: Zum einen, daß jede Person Deutscher Volkzugehörigkeit, Staatsangehöriger des Deutschen Reiches, jeder Flüchtling, jeder Vertriebener, dessen Ehegatte oder Nachkomme weiterhin die Staatsangehörigkeit Deutsches Reich hat, sofern sie sich innerhalb des Gebietes befinden, wie es festgelegt wurde. Das ist der Stand vom 31. Dezember 1937. Zweitens bestätigt dieser Artikel nichts anderes, als daß die NS-Gesetzgebung vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 aufgehoben wurde - und jeder, dem aus ir-

gendwelchen Gründen seine Staatsangehörigkeit entzogen wurde, wieder einzubürgern sei und damit wieder seine Staatsangehörigkeit erhält. Es sei denn, diese Person bekundet gegenteiliges. Diese Person muß also ihren Willen bekunden, keine Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches haben zu wollen.“

Deutsches Reich



Staatsangehörigkeitsausweis
(Der Verordnung im Juli 1933)

geb. am 27. Juli 1903 in Danneberg

geboren am 27. Juli 1903 in Danneberg

jetzt die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).
Wird die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund der Abgrenzung der Grenzen in der
bevorstehenden Zeit.

Danneberg, den 1. August 1934

 Der Regierungspräsident

Im Auftrag:


Druckbogen Nr. 10111-1

Jetzt ging mir ein Licht auf. Daher also konnten Polen und Russen *Deutsche* werden: Sie hatten entweder deutsche Vorfahren oder sie kamen aus deutschen Gebieten. Ich sah noch einmal auf die Karte mit den Besat-

zungszonen und stellte fest, daß die angeblichen Polen keine Polen waren, sondern Schlesier. Und daß das Gebiet Nordostpreußen samt Königsberg von Polen und Rußland gemeinsam verwaltet wurde. Daher sprach man also von *Deutsch-Russen*, die aber tatsächlich keine Russen, sondern Deutsche waren. Was sollte nur dieser Wirrwarr? Dort waren sie keine Russen, aber hier auch keine Deutschen. Die Menschen in diesen Gebieten hatte man schlicht und ergreifend ihrer Wurzeln beraubt.

Weshalb machte die Bundesregierung bei diesem Chaos mit? Ich verstand noch nicht den Sinn, aber ich war mir sicher, daß ich auch noch dahinter kommen würde. Gerade, als ich mich mit einer Frage an Michael wenden wollte, durchzuckte mich eine Erkenntnis: Zu Zeiten des Irak-Krieges kämpfte Polen mit den USA an vorderster Front. War es dann nicht auch möglich, daß Deutsche als Soldaten in polnischen Uniformen unter US-Führung kämpften? Schlesier starben für ein Land, das sie besetzt hielt? Ein Land, das aus Deutschen Polen gemacht hatte, obwohl es genau wußte, daß es ein Verbrechen war? Im Gegenzug machte dafür die Bundesrepublik aus Polen Deutsche? Wußte überhaupt noch jemand, wer er war und woher er kam? Wußte ich es bis zu diesem Moment? Und waren es nicht auch deutschstämmige Soldaten, die ihr Leben in der Normandie ließen, wie Michael sagte? Ich schüttelte den Kopf.

Offensichtlich waren wir Deutsche zu schlecht, um uns unsere Selbstbestimmung zu gewähren, aber immerhin gut genug, um für alle anderen unseren Hintern herzuhalten? Ich brauchte frische Luft und stellte mich mit einem neuen Glas Whisky ans Fenster. „Schon wieder Alkohol“, murmelte ich und beschloß noch im selben Moment, den Griff zum Glas zu lassen. Als ich mich wieder etwas beruhigt hatte, gingen Michael und ich wieder an den Tisch.

„Wir haben dieses Thema gleich abgehandelt“, tröstete er mich, weil er mir meine Verzweiflung ansah. Ich verstand ihn jetzt, weshalb er sich Sorgen um mich und seine Tochter machte und, daß er es als seine Pflicht betrachtete, seine Familie zu schützen.

„Die Bundesrepublik hielt an der einen Staatsangehörigkeit fest - wenn auch nur theoretisch. Sie machte aus dem nach wie vor für euch gültigen *Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG)* ein *Staatsangehörigkeitsgesetz (StaG)*, wozu sie aber nicht befugt war. Dieses *StaG* vom 17. März 2004 nahm jedoch wiederum Bezug zum Artikel 116 GG. Deine Regierung glaubte, damit die Deutschen in West- und Mitteldeutschland als

Bundesdeutsche deklarieren zu können. Ich kann nicht sagen, was in den Hirnen der Verantwortlichen vor sich ging, aber dieses Gesetz verursachte erst recht ein heilloses Durcheinander.“

Michael reichte mir einen Auszug aus dem *Staatsangehörigkeitsgesetz der Bundesrepublik Deutschland*:

„§1 (*Deutscher*) Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“

„§2 (gegenstandslos)“

„§3, 4a. durch Überleitung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (§40a).“

„§40a: Wer am *01.August 1999* Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, erwirbt an diesem Tag die deutsche Staatsangehörigkeit....“

BGBI. 2005 Teil I, S. 721

Jetzt konnte ich mich vor Lachen kaum noch halten. Es war nicht zu fassen: Es stand haargenau - nur mit anderen Worten - das darin, was der Artikel 116 des Grundgesetzes auch formulierte. §40a allerdings schlug dem Faß den Boden aus: Denn dieser Paragraph besagte nichts anderes, als daß ein Staatsangehöriger des Deutschen Reiches, der nicht die Staatsangehörigkeit Deutschland besitzt, die Staatsangehörigkeit Deutschland erwirbt. Natürlich konnte nur jemand diese Staatsangehörigkeit erwerben, wenn er am *1.August 1999* bereits Deutscher war, obwohl er es nicht war.

Ich konnte es drehen und wenden wie ich wollte. Dieses Gesetz war ebenso krank wie jene, die es sich ausgedacht hatten. Auf meine Frage, ob mein Schwiegervater nicht auch ein gültiges Gesetz zur Staatsangehörigkeit hätte, zog er unter erheblichen Anstrengungen zu meiner Überraschung aus der Bibliothek die *Verfassung des Deutschen Reichs und Reichsgesetzblätter von 1871 bis 1949*, schlug das Buch auf und zeigte mir:

§1: „Deutscher ist,... wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt. *RGBI. S. 583*

Ich staunte nicht schlecht über diesen Wälzer. Es mußte alle Verfassungen - vom Norddeutschen Bund bis hin zur Weimarer Republik - samt dazugehörigen Reichsgesetzblättern enthalten. Es gab wohl nichts, was er nicht hatte und nichts, was er nicht über Deutschland wußte. Meine Bewunderung ihm gegenüber stieg immer mehr.

„Nur einmal angenommen“, fragte ich ihn, „ich wollte es genau wissen und die Staatsangehörigkeit *Bundesrepublik Deutschland* beantragen?“

Michael schien sich köstlich zu amüsieren, als er mir antwortete: „Dann wirst du deine helle Freude daran haben.“ Er ging zum Telefon, sprach einige Worte und wenige Sekunden später warf das Faxgerät ein Schreiben aus, welches meine Frage hinlänglich beantwortete:

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

LANDKREIS DEMMIN
DER LANDRAT

Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 54 - 17102 Demmin

RAUFTRIEBKLASSE
Stempelamt
Aufsichtsbereich 10-11
17102 Demmin

Postfach 12 54 **Telefon** (0 39 98) 4 14 5
Fax (0 39 98) 4 14 6
Telefax (0 39 98) 4 14 5
Internet www.landkreis-demmin.de

NEU: www.landkreis-demmin.de

Am
Ordnungsamt
Der Antragsteller
Frau Affeldt
Einwohner
319
Von
Hansschofer 3
(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse

Datum und Zeichen des Schreibens
33.30.20
Mein Zeichen
33.30.20
Ort
Demmin
Datum
1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte [REDACTED]

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besaßen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordne public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUSSENWETZELLE ALTERNATIVSTAMP
Bismarckstr. 2
17102 Demmin
Telefon (0 39 98) 4 14 5
Telefax (0 39 98) 4 14 6

AUSSENWETZELLE ALTERNATIVSTAMP
Friedrichstr. 12 54
17102 Demmin
Telefon (0 39 98) 4 14 5
Telefax (0 39 98) 4 14 6

AUSSENWETZELLE ALTERNATIVSTAMP
Friedrichstr. 12 54
17102 Demmin
Telefon (0 39 98) 4 14 5
Telefax (0 39 98) 4 14 6

AUSSENWETZELLE ALTERNATIVSTAMP
Friedrichstr. 12 54
17102 Demmin
Telefon (0 39 98) 4 14 5
Telefax (0 39 98) 4 14 6

„Sehr geehrte Frau...“, eine Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist, daß der Antragsteller Ausländer ist. Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu

wollen. Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 21.Oktober 1987 - 2BvR 373/83 - BverfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, daß der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2.Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben,... deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (*RuStAG* jetzt *StAG*) von 1913 stets festgehalten.

Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, daß es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, *nicht* gibt. Ein Antrag auf Einbürgerung kann nur ein Ausländer stellen, also eine Person, die nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz ist. Ihre Antragstellung nach zu beurteilen, ist dies bei Ihnen offensichtlich nicht der Fall. Es wird Ihnen hiermit Gelegenheit gegeben Ihren gestellten Antrag schriftlich zurückzunehmen. Dieses Schreiben ist gleichzeitig eine Anhörung im Sinne des §28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. ...“

Landkreis Demmin der Landrat

Postfach 1254

17102 Demmin

Hauptdienstgebäude:

Adolf-Pompe-Str. 12 - 15

Tel.: 03998-434-0

Frau Affeldt in Zimmer 319

Hanseufer 3; Tel.: 03998 - 434 - 385

„Und um dieses Thema abzuschließen“, freute sich Michael, „gibt es ergänzend das Urteil eures Verfassungsgerichtes, welches das *Grundgesetz*, meint“, und reichte es mir:

„... Schon Art. 116 Abs. 1 Halbsatz 2 GG zeigt, daß das Grundgesetz von einer Regelungskompetenz über Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit von Personen ausgeht, für die eine Anknüpfung an den Gebietsstand des Deutschen Reiches am 31.Dezember 1937 - und damit auch über den räumlichen Anwendungsbereich des Grundgesetzes hinaus - gegeben ist....“

BVGU (Bundesverfassungsgerichtsurteil) 2 BvR 373/83, S. 18 des Bundesverfassungsgerichts von 1987

„... Das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 und der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 änderte am Fortbestand des deutschen Staates nichts; beide Vorgänge erfüllten *nicht* einen völkerrechtlichen Tatbestand des Staatsuntergangs. ... der Umstand, daß die Spaltung Deutschlands nicht vom Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gedeckt ist. Vielmehr hält das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit... an dem Willen fest, die Spaltung Deutschlands auf friedliche Weise zu überwinden und die *volle staatliche Einheit* wiederherzustellen...“

*BVGU (Bundesverfassungsgerichtsurteil) 2 BVR 373/83, S. 23/24u. 30
des Bundesverfassungsgerichts von 1987*

Was gab es da noch zu sagen? Mit diesem Urteil gab selbst das *Bundesverfassungsgericht* zu, daß die Fragen über die Staatsangehörigkeit nicht von der Bundesrepublik Deutschland, sondern von anderen Kompetenzen geregelt wurden. Nämlich von jenen, die Deutschland kontrollierten. Michael packte zusammen und forderte mich auf, mich zu beeilen, denn er hätte noch wichtiges zu erledigen. Als ich ihn fragte, ob das denn schon alles sei, antwortete er mir, daß wir uns erst wieder in drei Tagen sähen, ich diese Zeit mit seiner Tochter genießen solle und er mir dann ausführlich erklären würde, warum es keine *Deutsche Wiedervereinigung* gab. Er fügte hinzu, daß ich, um zu verstehen, was sich tatsächlich abspielte, das nötige Rüstzeug hatte.

Aber ich solle die gewonnenen Erkenntnisse zuerst verdauen und mir einen freien Kopf schaffen, da dieser die Grundlage zum Verständnis für einen der größten Schwindel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sei. Es rumorte in mir. Einerseits war ich begierig, endlich ein paar freie und ungestörte Tage mit Sandra zu verbringen; andererseits hatte ich schon genug Feuer gefangen, um noch mehr von Michael zu erfahren. Noch bevor ich reagieren konnte, war er verschwunden und im Türrahmen stand meine zukünftige Frau. Es wurde ein wunderbarer Tag. Vor dem Anwesen erwartete uns eine Limousine, die uns zuerst in die Stadt, dann zum Hafen bringen sollte. Sandra hatte einen Ausflug mit der Yacht ihres Vaters zu den Bahamas arrangiert und wollte noch einige Kleinigkeiten in der Stadt besorgen. Ich war begeistert: Hatte ich doch endlich Gelegenheit, mehr zu sehen als die Bibliothek. Als wir an einem Schaufenster eines Elektronikfachhandels vorbeikamen, liefen auf einem riesigen Plasmabildschirm die Nachrichten. Die Bilder, die ich sah, waren mir völlig neu: In

New York City nahmen mehrere tausend Demonstranten ganze Straßenzüge ein, was den Verkehr fast vollständig zum Erliegen brachte. Auf den Transparenten standen Forderungen wie: *Bush must go; Tell us the truth; What's really happened on 9/11? Give back our freedom;* und andere, weitaus heftigere Parolen.

Im Hintergrund befanden sich Sondereinheiten in Monturen und Fahrzeuge mit Aufbauten, die ich nie zuvor gesehen hatte. Die Szene schien mir gespenstisch und unwirklich. Ich wollte zuerst an ein Filmset glauben, an dem ein neuer *Blockbuster* in der Art von *Running Man* oder ähnliches gedreht werden würde. Doch als die Situation den Sicherheitskräften zu entgleiten schien, war mir die brutale Realität des Szenarios bewußt geworden: Einige hundert Demonstranten scherten aus, die es wohl auf die Sondereinheiten abgesehen hatten. Sie rannten geradewegs in Richtung Fahrzeuge, als ein sich dort befindlicher Uniformierter ein Zeichen gab. Sofort nahmen die Aufbauten die Demonstranten ins Ziel.

Was dann geschah, hätte ich niemals zu glauben gewagt, wenn ich es nicht selbst gesehen hätte: Wie mit einem Handstreich fielen die Angreifer zu Boden, hielten sich mit beiden Händen den Kopf, während ihre Körper zuckten. Sie schienen sich unter furchtbaren Schmerzen zu winden. Es mochte eine Minute gedauert haben, bis Sanitäter sich zuerst derer annahmen, die in ihrem Blut lagen, welches aus Nasen und Ohren tropfte. Mir wurde schlecht. Ich konnte mich nicht erinnern, wann ich ähnliche Bilder in unseren Fernsehnachrichten gesehen hatte - und erinnerte mich wieder an die *SHAEF-Gesetze*.

„Schallwaffen.“ bemerkte ein Passant, der kopfschüttelnd neben mir stand.“ Diese gottverdammten Dinger haben sie schon im Irak eingesetzt. Uranmunition, Schallwaffen, Mikrowellen - schlimmer als Gas. Mein Schwager war bei den Marines und geriet mit seiner Truppe versehentlich in den Wirkungsbereich dieser Scheißwaffen. Er war ein intelligenter Mann mit Hochschulabschluß - jetzt geifert er nur noch vor sich hin und ist ein Fall für die Klappe. Meine Schwester wartet noch immer auf Entschädigung. Seit drei Jahren wartet sie. Sie hat drei Kinder, von denen eines Leukämie hat und dringend das Geld für eine vernünftige Behandlung braucht.“ Der Fremde schien sich hineinzusteigern: „Und als ob es nicht genug wäre, daß sich die Menschen gegenseitig abschlachten, erprobt die US-Navy ihre Schallwaffen im Atlantik. Sie donnert Schallwellen im Infrarotschallbereich in Gebiete, in denen Wale ihre Gründe haben. Von solcher

Wucht getroffen, verlieren die Säuger ihre Orientierung und stranden an Küsten, an denen sie nie verkehren. Und was sagen die idiotischen Tier-schützer? Daß sich die Wale irgendwie aus irgendwelchen Gründen verirrt haben. Bullshit.

Der Orientierungssinn der Wale ist angeboren. Er wurde durch diese Scheißwaffen zerstört. Ich würde gern mal einen solchen Navy-Mann mit meinem Golfschläger aus dem Schlaf reißen und alle, die einen solchen Scheiß verzapfen. Danach möchte ich mit den Spinnern noch mal über das Thema Orientierung reden.“

Er wandte sich mir zu und bemerkte: „Und mit den *Krauts* haben wir noch viel mehr Scheiße gebaut, als wir es mit Korea, Vietnam und anderen taten. God bless america? Fuck“, fauchte er verächtlich, spuckte auf den Boden und verschwand. Ich stand reglos da und hatte Mühe, mich wieder zu fassen. Sandra bekam davon nichts mit, da sie bereits in einem Store verschwunden war.

Ich hatte genug. War es mir nicht gegönnt, nichts mehr von all dem Mist der mich umgab, mitzubekommen? Und sei es nur für ein paar Tage? Ich wollte so schnell wie möglich auf die Bahamas. Als mein Blick erneut auf den Bildschirm fiel, kam ein Bericht aus dem Gefangenenlager in *Guantanamo*, in dem es erneut zu schweren Übergriffen an Gefangenen kam. Bilder wurden gezeigt, wie sie schon einmal um die Welt gingen: Lynndie England und andere *Kameraden*, die offensichtlich die Begriffe *Menschenwürde und -rechte* für ein Steinzeitrelikt hielten, das für die USA keine Bedeutung hatte. „So sieht also ein Konzentrationslager aus“, brummte ich, „für das wir Deutsche noch heute gebückt am Pranger stehen.“ Gerade wollte ich mich auf den Weg zum Store machen, in dem Sandra verschwunden war, als sie mit Tüten voller Delikatessen heraustrat und mit mir in der Limousine Richtung Hafen fuhr. Ich genoß die Fahrt an Bord ausgiebig. Die Meeresbrise war sanft und roch würzig.

Es hätte immer so schön sein können. Mit Wehmut dachte ich daran, daß die Tage mit ihr viel zu kurz seien. Ich gab mir einen Ruck und machte mir selbst klar, daß es keinen Sinn machte, sich mit Dingen zu beschäftigen, die ich momentan nicht ändern konnte. Die Bibliothek und Michael würden nicht davonlaufen - das war Zukunft. Aber ich konnte mich mit den angenehmen Dingen des Lebens beschäftigen, die jetzt um mich herum geschahen - und das war die Gegenwart. Und sie war genau das, was ich annehmen, ablehnen oder verändern konnte. Es lag an mir, das zu säen,

was ich morgen ernten wollte. Mit dieser Sichtweise fielen mir die Perspektiven leichter.

Die Tage vergingen wie im Fluge. Sandra verstand es, mich immer wieder von trübsinnigen Gedanken loszureißen, wenn ich in ein Loch zu fallen drohte. Ich konnte seit langem wieder entspannen und genießen. Sandra hatte noch einen Tag länger für uns bei ihrem Vater rausschlagen können, der wohl damit rechnete und daher ohne weiteres zustimmte. Ich konnte nicht behaupten, daß Michael ein übler Kerl war. Nur war mir die Sache mit der CIA nicht ganz geheuer und welche Rolle Anatoly spielte, stand noch im Dunklen. Ich nahm mir während unseres Kurzurlaubs vor, Sandra auf dieses Thema keinesfalls anzusprechen. Ich ging davon aus, daß es unseren Ferien nicht förderlich war und ich sie womöglich verärgern könnte. Wir erreichten spätabends die Keys und fielen erschöpft ins Bett.

Beim Frühstück unterhielten wir die Familie mit unseren Erlebnissen auf den Bahamas, die meiner Unerfahrenheit wegen immer wieder für Gelächter sorgten. Überhaupt hatte ich den Eindruck, als würde im Hause generell viel gelacht werden. *Take it easy*, schien das Familienmotto zu sein. Michael verlegte die Lehrstunden von der Bibliothek in den Pavillon im Garten. An nichts mangelte es dort. Er hatte die Ausmaße von 15 mal 18 Metern und war mit sämtlichem Komfort versehen. Drinnen standen einige Pflanzenkübel, die ihn sehr gemütlich erscheinen ließen.

Wir nahmen vor einer Leinwand Platz und ich dachte, wir würden gleich einen Propagandafilm sehen, wie sie die Staaten zur Zeit der aktiven Kampfhandlungen im II. Weltkrieg ihren Bürgern zu zeigen pflegten. Stattdessen sah ich Bundeswehrsoldaten in Krisenregionen. Die Bundeswehr unter US-Mandaten im Kosovo, in Afghanistan, im Irak und überhaupt überall da, wo wir meiner Meinung nach nichts zu suchen hatten. Mit dieser Meinung stand ich selbst zuhause keineswegs allein da. Viele meiner Bekannten und Freunde hießen diese Einsätze nicht gut - umso mehr, als sich Geiselnahmen deutscher Staatsbürger häuften und mehr als einmal die Geiseln von der Bundesregierung freigekauft werden mußten, weil der diplomatische Weg durchweg versagte.

Ich hatte schon damals in Deutschland hin und wieder den Eindruck, daß es erbärmlich sei, Menschen frei kaufen zu müssen und stellte mir insgeheim die Frage, woran es liegen mochte, daß die Geiselnnehmer die Bundesregierung nicht ernst nahmen. Nun, seit Michaels Ausführungen

war mir das klar geworden. Michael zeigte mir Filmmaterial, das ich in den Deutschen Nachrichten nie zu sehen bekam: Verwundete, Tote und gefolterte deutsche Soldaten - teils in US-Uniform, teils in Bundeswehruniform waren zu sehen, die in US-Lazaretten versorgt wurden. Ein Militärsender berichtete von verschleppten und vermißten Deutschen Soldaten - ich befand mich in einer anderen Welt. Nach einem ca. 30minütigen Bericht fragte mich Michael, was ich davon halten würde. Ich sagte ihm meine Meinung dazu. Daß es unmöglich angehen könne, daß wir in solch gefährlichen Gebieten einen Dienst verrichteten, der mit unserem Land nichts zu tun hatte. Und daß ich nach diesem Bericht gerne die Nachrichtensender über diese Schweinerei aufklären mochte.

Michael winkte nur ab: „Vergiß es, Junge. Die Sender kennen diese Bilder ebenso wie wir beide. Und eher wird die Hölle zufrieren, bevor darüber auch nur ein einziges Wort über den Äther geht. Daß ich dir den Film gezeigt habe, hat einen besonderen Grund. Wer aus deinem Bekanntenkreis schiebt bei einer dieser Einheiten Dienst?"

Mir fiel sofort Erik ein. Ein früherer Klassenkamerad, der bei der Bundeswehr Karriere als Offizier machte und mittlerweile Oberleutnant war. Wir telefonierten immer wieder mal miteinander und ich kannte seine Frau recht gut. Er mußte nach Afghanistan, kurz bevor seine Frau eine Tochter gebär, die inzwischen vier Monate alt war. Seine Frau stand oft Todesängste aus, wenn sie von ihrem Mann länger als zwei Tage nichts hörte. Ich berichtete Michael davon und was er mir dann zur Antwort gab, riss mir fast den Boden unter den Füßen weg:

„Das, was die Bundesrepublik Soldaten nennt, sind Freischärler und Söldner. Das ist keine Erfindung von mir, sondern internationales Recht. Soldaten oder auch Kombattanten genannt, sind diejenigen Personen, die auf Seiten der *Krieg führenden Staaten* zum Einsatz im Kampf bestimmt sind. *Freischärler* sind Personen, die einzeln oder durch freiwilligen Zulauf im Rahmen militärischer Formationen an Kriegshandlungen teilnehmen, *ohne* hierzu durch die *Kriegführenden Staaten* ermächtigt zu sein oder die sonstigen Voraussetzungen rechtmäßiger Kombattanten zu erfüllen.

Wie wir sehen", schloß Michael den Satz, nachdem er mir einen Ausschnitt des bundesdeutschen Wehrrecht auf den Tisch legte, „nimmt es das Völkerrecht immer sehr genau. Hier steht *Kriegführende Staaten* und nicht

auch nur ein einziges Wort über *Kriegführende Parteien, Kolonien* oder *Organisationen*.

„Kombattanten sind Personen, die auf Seiten der Kriegführenden Staaten zum Einsatz im Kampf bestimmt sind. Die Bevölkerung eines unbesetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne zur Bildung regulärer Streitkräfte oder der genannten Gruppen Zeit gehabt zu haben, wird gleichfalls als K. anerkannt, wenn sie die Waffen offen trägt und bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhält (Art. 1, 2 HLKO, 13 I. und II. GA, 4 A III. GA). Wegen erlaubter Kriegshandlungen dürfen rechtmäßige K. - anders als *Freischärler* und *Nichtkombattanten* (Angehörige des Sanitätsdienstes, Seelsorgepersonal sowie Personen, die Aufgaben erfüllen, die eine unmittelbare Teilnahme an Kriegshandlungen nicht erfordern und die nicht nach innerstaatlichem Recht zu K. erklärt wurden, (Art. 3 HLKO, 13 Ziff. 4, 5 I., II. GA, 4 A Ziff. 4, 5 III. GA) nicht zur Verantwortung gezogen werden.... *Freischärler* sind Personen, die einzeln oder durch freiwilligen Zulauf gebildeten milit. Formation an Kriegshandlungen teilnehmen, ohne hierzu durch die *Kriegführenden Staaten* ermächtigt zu sein oder die sonstigen Voraussetzungen rechtmäßiger K. zu erfüllen.“

„Gehen wir noch etwas weiter und sehen uns andere, für im Ausland tätige Bundeswehrsoldaten äußerst wichtige Bestimmungen an.“

„Nach Art. 47 Zusatzprotokoll I gilt als *Söldner*, wer im In- oder Ausland zu dem besonderen Zweck angeworben ist, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen, tatsächlich unmittelbar an Feindseligkeiten teilnimmt, vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn und von oder im Namen einer am Konflikt beteiligten Partei tatsächlich die Zusage einer materiellen Vergütung erhalten hat, die wesentlich höher ist als die den *Kombattanten* der Streitkräfte dieser Partei in vergleichbarem Rang und mit ähnlichen Aufgaben zugesagte oder gezahlte Vergütung, weder Staatsangehöriger einer am Konflikt beteiligten Partei kontrollierten Gebiet ansässig ist. *Söldner* haben keinen Anspruch auf den Status eines *Kombattanten* oder eines *Kriegsgefangenen*. Ihre rechtliche Behandlung entspricht der der *Freischärler*.“

„Ich verstehe nicht“, sagte ich betroffen, „weshalb die Bundesrepublik so übereifrig ihre eigenen Landsleute sehenden Auges ins Unheil schick. Ich könnte beinahe meinen, unsere - ich weiß nicht, wie ich es nennen soll - Politiker arbeiten gegen uns statt für uns. Ich dachte, Minister leisteten vor ihrem Amtsantritt einen Eid? Sie legen doch sehr medienwirksam ihren

Eid ab, in dem sie geloben, Schaden vom deutschen Volk abzuwehren und seinen Nutzen zu mehren.“

„Ich sehe schon“, seufzte Michael, „du brauchst eine Sonderbehandlung, bis du wirklich begriffen hast, was hier tatsächlich läuft.“

Mir lief ein kalter Schauer über den Rücken. Der Gedanke, einen alten Schulfreund zu verlieren, gefiel mir genauso wenig wie der Gedanke, daß es die Bundespolitiker billigend und in Kauf nehmend fertig brachten, Familien zu zerstören, die mit den Angelegenheiten der Anderen nicht das geringste zu tun hatten. Die sich im kindischen Glauben von *humanitären Diensten* verlaufen hatten und sich unbemerkt verkaufen ließen. Gab es auch mal irgendwo ein Tabu? Waren Rechtsbrüche zu legalen Handlungen von Verbrechern geworden? Und waren diese Politiker nicht selbst... Verbrecher? Ich merkte, daß mich Michael immer weniger würde schonen wollen. Auf seine Frage, was ich denn überhaupt unter Kriegshandlungen verstand, gab ich ihm die Antwort, daß es sich hierbei um einen bewaffneten Konflikt zweier oder mehrerer Parteien handelte.

„Respekt“, lobte er, „das Völkerrecht definiert auch hier und interpretiert nicht. Euer Wehrrecht sagt dazu folgendes: “

„*Kriegshandlungen sind militärische Gewaltmaßnahmen in einem internationalen Konflikt zwischen den Kriegführenden Parteien zum Zwecke der Ausschaltung der feindlichen Streitkräfte. Ihr Beginn setzt in der Regel eine Kriegserklärung voraus. Beendet werden Kriegshandlungen durch Waffenstillstand und Kapitulation. Damit ist allerdings nicht automatisch der Kriegszustand beseitigt. Dieser endet - von anders lautenden Erklärungen abgesehen - erst mit dem Friedensschluß. Waffenstillstand ist die allgemeine oder örtlich begrenzte Unterbrechung der Kampfhandlungen und Feindseligkeiten kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien, wobei der Kriegszustand als solcher andauert. Bedingungen und Umfang sind im Einzelnen so genau wie möglich auszuhandeln und rechtzeitig in der notwendigen Form allgemein bekannt zu machen (Art. 38, 39 HLKO), ansonsten ist dessen Einhaltung in Frage gestellt. Die Kapitulation ist im Kriegsvölkerrecht eine Vereinbarung zwischen milit. Befehlshabern, mit der sich einer der beiden der überlegenen Gewalt des anderen beugt, jeden weiteren milit. Widerstand aufgibt und die Kampfhandlungen einstellt.*“

Ich studierte sorgfältig diesen Ausschnitt. Ich las ihn noch einmal und noch einmal. Irgend etwas störte mich, aber ich kam nicht darauf. Ich bat um eine Auszeit, nahm mir grünen Tee und setzte mich auf eine Bank, die vor dem Pavillon stand. Die Grübeleien trieb mich schier in den Wahnsinn.

Was zum Henker störte mich so penetrant? Gerade, als ich schon aufgeben wollte, fiel es mir wie Schuppen vor die Augen. Natürlich. Wieso kam ich da nicht gleich darauf? Ich rannte mit der halbvollen Tasse in der Hand zu Michael. Die Flecken, die der Tee auf meinem Hemd hinterließ, waren nebensächlich. „Michael“, schnaufte ich, „ich hab es. Der Friedensschluß, der Friedensvertrag, den wir nicht haben. Die *anders lautende Erklärung*, die die Bundesrepublik abgab.“

Michael bat mich, erst einmal zu verschnaufen. „Mein Gott, ich war schon mal besser in Form“, sagte ich. Michael lachte.

Als ich wieder zu Atem gekommen war, erzählte ich ihm was mir wie eine Erleuchtung erschien: „Ich erinnere mich an die neunziger und daran, als die Verhandlungen zum so genannten *2 plus 4-Vertrag* fast stündlich im Fernsehen gezeigt wurden. Unsere Bundespolitiker erklärten einhellig, daß dieser Vertrag einem Friedensvertrag gleichkäme und alle Fragen des II. Weltkrieg betreffend, ab jetzt obsolet - also nichtig - seien.

Ich weiß noch von der Schule, daß ein Krieg mit einer förmlichen Kriegserklärung beginnt. Und daran, daß eine Kriegserklärung nicht zwangsläufig zu einem sofortigen Waffengang führen muß. So wie ein Krieg eines Staates an einen anderen Staat förmlich erklärt werden muß, so muß auch ein förmlicher Friedensvertrag geschlossen werden, in dem Reparationen, Gebietsabtretungen und vieles mehr geregelt werden. Ohne Kriegserklärung ist ein Waffengang ein Überfall. Ich weiß es deshalb so genau, weil ich darüber eine Arbeit schreiben mußte. Es paßt alles zusammen. Die Kapitulationsurkunde - Waffenstillstand - die Feindstaatenartikel der UN. Wir haben nichts in der Hand. Nichts, aber auch gar nichts.“

Ich war völlig außer mir. Michael hatte Mühe, mich zu beruhigen und begann sich Sorgen zu machen. Er überlegte sogar, Sandra holen zu lassen. Ich begriff nicht, wie ich solch ein Narr gewesen sein konnte. Aber warum sollte ich mir Vorwürfe machen? Von wem hätte ich etwas erfahren sollen? Es war mir klar geworden, daß mir die Fülle meiner Arbeit, meine dürftige Freizeitbeschäftigung, meine vielfachen Verpflichtungen einfach nicht erlaubten, mich mit elementaren Dingen zu beschäftigen. Ich hatte nie Zeit. Mir kam der Verdacht, daß das Gerenne und die Hetzerei bewußt gesteuert und durchaus gewollt waren. Denn wer immer dieses Hamsterrad am Laufen hielt, hielt sich unangenehme Fragen vom Leib - Fragen, die nur der stellen konnte, der die Zeit dafür hatte, mit offenen Augen durchs Leben zu gehen.

Das alltägliche Leben war zu einem alltäglichen Daseinskampf degeneriert und Zeit ein Luxus, den sich nur noch die wenigsten leisten konnten. Je mehr ich darüber sinnierte, umso mehr wurde mir gewahr, daß wir das Denken verlernt hatten. Wir überließen das Denken *jenen*, - wie Rakowskij sie nannte - die es mit Freuden übernahmen. Wir als einfaches Volk hatten ein gewaltiges Problem. Wir vergaßen unser Gedächtnis und gedachten dem Vergessen. Es war erniedrigend und entwürdigend zu sehen, wie tief wir doch gesunken waren. Wir waren jetzt an einem Punkt angekommen, an dem uns *jene* einen Strohhalbm als einen Ausflugsdampfer verkaufen wollten. Und das schlimmste daran war die Tatsache, daß es ihnen mit überwältigendem Erfolg gelang.

Nachdem ich mich beruhigt hatte, nahm ich wieder Platz. Zu meiner Überraschung kam Anatoly hinzu, den ich schon fast vergessen hatte. Obwohl ich es mir nicht erklären konnte, freute ich mich über seine Anwesenheit. Anders als bei unserem ersten Zusammentreffen war er diesmal redseliger. Wir plauschten ein wenig über privates, wobei natürlich meine bevorstehende Hochzeit mit Sandra das Hauptthema war. Er erkundigte sich nach meinem Befinden und bekundete sein Wohlwollen für unsere gemeinsame Zukunft. Ich mußte mir eingestehen, daß selbst Spitzel nur Menschen waren - wenn auch von einem anderen Schlag.

„Wir nähern uns nun den Punkten, die in der Bundesrepublik als *Wende* und *Wiedervereinigung* bekannt sind“, sagte Michael. „Um aber zu begreifen, was wirklich 1990 geschah, bedarf es einiger vorangehender Erklärungen. In allen Dokumenten ist stets von *Mächten* die Rede, derer es aber fünf gibt. Natürlich reden wir in diesem Zusammenhang nicht von einer Wirtschafts- oder Finanzmacht - auch nicht von *dunklen Mächten*, obwohl sie die eigentlichen Strippenzieher sind. Nein, wir reden von anderen Mächten. Es ist sehr wichtig, sie zu kennen: Es gibt da die **Dreimächte**, die **Drei Mächte**, die **Viermächte**, die **Vier Mächte** und die **Fünfmächte**, von denen du vielleicht schon mal gelesen oder gehört hast. Was ist nun der Unterschied der verschiedenen Schreibweisen? Ganz einfach:

Dreimächte - dies sind die Drei *Siegermächte* mit der Hauptsiegermacht und *SHAEF-Gesetz geber* USA, Rußland und Großbritannien *hinsichtlich* Deutschlands, aller Alliierten, Assoziierten und Feindstaaten entsprechend *SHAEF-Gesetz Nr. 3*; Sie sind gewissermaßen die Hauptkriegsherren, deren Chef die USA bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland als Ganzes in den Grenzen von 1937 mit allen Kriegsgegnern

sind. *Assoziierte* sind die Staaten, die sich den Alliierten USA, UdSSR und Großbritannien angeschlossen haben. Danach kommen im Rang die:

Drei Mächte - sie sind die Drei *Besatzungsmächte* auf dem Gebiet des besatzungsrechtlichen Mittels der Westalliierten BRD: USA, Großbritannien und Frankreich als *geduldete* Besatzungsmacht. Da die BRD aber mit der Streichung des Artikels 23 alte Fassung (a. F.) durch die *Gebrauchmachung der Vorbehaltsrechte zum Grundgesetz* durch die USA am 18.07.1990 erloschen ist, findet der Begriff nur noch Anwendung für die Zeit davor. Die Drei Mächte waren und sind es noch sozusagen die Hauptverwalter ihres Konstrukts BRD. Deshalb unterhält die USA weiterhin besatzungsrechtliche Militärstandorte in Deutschland mit mehr als 70.000 Soldaten. Im Berliner Telefonbuch findest du interessanterweise noch immer einen Eintrag namens *Britische Schutzmacht*.

Viermächte - sind die Vier *Regierungen* Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und der USA, welche die oberste Regierungsgewalt *hinsichtlich* Deutschlands, oder *über Deutschland als Ganzes* übernommen haben und somit auch über die Reichshauptstadt Groß-Berlin als die *Besondere Zone Berlin*; Das bedeutet, daß diese Regierungen höher im Rang stehen als die

Vier Mächte - die lediglich *Besatzungsmächte* in ihren jeweiligen *Besatzungszonen* sind und Weisungen ihrer Regierungen in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes annehmen und sie demgemäß ausüben. Sie nehmen Bezug hinsichtlich der Regierungsgewalt ihrer Regierungen. Wir kommen gleich auf die Unterschiede *in Bezug* und *hinsichtlich* zurück.

Fünfmächte - sind die fünf Staaten USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China. Entsprechend der **Dreimächtekonferenz von Berlin** wurden sie mit der Regelung der Fragen des II. Weltkrieges betraut und errichteten gemäß dieser Konferenz einen Rat der Außenminister, deren Chef wiederum der jeweils amtierende US-Außenminister ist. Eben diese Fünfmächte sind die ständigen Mitglieder und damit der Weltsicherheitsrat der UN mit Veto-Recht gegenüber den anderen zehn nichtständigen Mitgliedern. Es wurde das Einstimmigkeitsprinzip der Fünfmächte festgelegt. Das bedeutet: Sobald sich diese Fünf in irgendeiner Sache geeinigt haben, können die anderen stimmen, wie sie wollen - der einstimmige Beschluß der Fünf bleibt Gesetz.

Zu den unterschiedlichen Begriffen *hinsichtlich* oder *über* und *in Bezug* bleibt noch folgendes zu sagen: *Hinsichtlich* oder *über* beschreibt die

Regierungsgewalt und Verantwortlichkeit der Sieger über das gesamte Deutsche Reich in seinen verbindlichen Außengrenzen vom 31.12.1937, wie sie von den Siegern rechtlich festgestellt und festgelegt wurden. *In Bezug* bedeutet hingegen, daß sich auf einen Teil des Ganzen bezogen wird. Zum besseren Verständnis ein kleines Beispiel: Du erhältst eine Klage *hinsichtlich* einer Körperverletzung, du liest diese Klageschrift und nimmst *Bezug* auf gewisse Punkte dieser Klage, weil du sie widerlegen kannst. Die Klage selbst bleibt so lange bestehen, bis diese definierten Punkte diesbezüglich, oder auf die du dich *bezogen* hast, hoffentlich zu deinen Gunsten geklärt sind.

In etwa sieht so ein Schreiben folgendermaßen aus: „*Hinsichtlich* Ihrer Klage gegen meine Person wegen Körperverletzung, nehme ich folgenden *Bezug* (oder Stellung) zu Ihrem Schreiben vom... Du *beziehst* dich also auf einzelne Aspekte *innerhalb* eines Ganzen um das es geht - du nimmst demnach Stellung dazu. Bitte merk dir diese Unterscheidungen, denn du wirst noch sehr häufig darüber stoßen und weißt dann, was genau damit gemeint ist. Und noch mal zur Klarstellung: Chef von allem und über allem ist und bleiben bis zum Friedensvertrag die USA.“

Er reichte mir ein Merkblatt, auf dem noch mal die Unterschiede der *Mächte* standen. Michael gab sich wirklich alle Mühe. Er hatte in weiser Voraussicht einen Aktenordner vorbereitet, in den ich alle Dokumente, die ich von ihm erhielt, sauber abheften konnte. Mein Schwiegervater dachte wirklich an alles. Michael fragte mich, ob ich mich zur Zeit der *Wende* - des Mauerfalls - nicht gewundert hätte, weshalb es nicht zu einem bewaffneten Konflikt zwischen der DDR und der BRD gekommen sei. Immerhin standen sich beide politischen Systeme mehr als vierzig Jahre Spinnfeind gegenüber.

„Und von diesem Fakt mal abgesehen“, fragte er weiter, „läßt es sich erklären, daß sich beide über alle Maßen hinaus, gegenseitig Gift und Galle spuckende Parteien beider Zonen, von heute auf morgen an einem Tisch wieder fanden und ihr Friedenspfeifchen rauchten? Was war der Grund, daß sich beide zuvor säbelrasselnde Gesellen mit einem Schlag wieder verliebt in die Augen sahen? Was war der Grund, daß sich die DDR der BRD und nicht umgekehrt anschloß - abgesehen davon, daß es mehr als nur illegal war und der *Anschluß* der DDR zur BRD eine *Annexion* war? Es ist ganz simpel, beide Seiten sahen ihre Felle davonschwimmen und wollten retten, was es zu retten gab.“

„Annexion", wiederholte ich das Wort.

„Annexion ist das Einstücken eines fremden Gebietes in sein eigenes", antwortete Michael.

„Und seinem Wesen nach immer eine Aggression", vervollständigte ich.

„Du bist ein helleres Köpfchen, als ich zuerst vermutet hatte", lobte mich Michael. „Nur immer weiter so - und du findest deinen Weg".

„Ehrenwort.“ versprach ich. Michael zog die linke Augenbraue hoch: „Solange es nicht das Ehrenwort eines Uwe Barschel oder eines Helmut Kohl ist, nehme ich es an. Aber mach dir nichts daraus: Das *Read my lips* eines US-Präsidenten wird auch bei uns noch gerne zitiert.“ Ich lachte laut auf - erinnerte ich mich doch an diese *Ehrenwörter*, die immer dann abgegeben wurden, wenn weniger als lauwarmer Luft dahinter stand. Je mehr etwas dementiert oder beteuert wurde, umso sicherer konnte man sein, daß damit das Gegenteil bekundet wurde. Was wurde von den Staatsführern nicht alles versprochen, solange es der Erhaltung der eigenen Macht diente? Aus Versprechen wurden Verbrechen und aus Verbrecher wurden Versprecher. Ich fand allmählich Gefallen an solchen Wortspielen, weil sie auf eine mir noch unbekannte Weise den Nagel auf den Kopf trafen.

„Mir bleibt nur noch zu hoffen", setzte ich noch einen drauf, „daß ich nicht eines Tages unter einem *Helmut-Joschka-Syndrom* leide und alles vergessen habe, was ich bisher gelernt habe.“

Michael und Anatoly brachen in tosendes Gelächter aus, wobei Anatoly vor Lachen die Tränen kamen. Nachdem sie sich wieder beruhigt hatten, klopfen mir beide anerkennend auf die Schulter, und Michael verlauten ließ: „Patriotismus mein Junge, ist heutzutage ein seltenes Gut. Und du bist in deinem Herzen ein Patriot. Wir Amerikaner sind fast durchweg Patrioten, was man von deinem Volk nun wirklich nicht behaupten kann - was, wie ich finde, sehr bedauerlich ist, da es euch gründlich ab erzogen wurde. Patriotismus ist eine Form des Idealismus. Man strebt einem Ideal entgegen, welches gleichwohl nicht zu erreichen ist, aber immerhin ein weitaus lohnenderes Ziel darstellt, als sich kein Ziel zu stecken und in Unterwürfigkeit zu versinken. Ein Idealist stirbt in dem Moment, an dem er aufgibt und sich unterwirft. Und in deinen Augen kann ich sehen, daß du leben willst.“

Es klang mir etwas zu pathetisch - aber heute weiß ich, daß mich Michael von da an nicht mehr nur als einen *Kraut* betrachtete, sondern als

einen ihm gleichgestellten. Ich fieberte nun dem entgegen, was die *Wiedervereinigung* betraf, doch Michael ließ mich noch etwas schmoren. Es sei von großer Wichtigkeit, so betonte er, daß wir uns zuvor noch mal mit dem Grundgesetz befaßten. Ich war der Meinung, daß es dazu nichts mehr zu sagen gab. Doch Michael bestand darauf, denn erst dann könne ich verstehen, wie es überhaupt der USA möglich war, den wichtigsten Artikel zu streichen und verbunden damit das Grundgesetz außer Kraft zu setzen, das bis dahin immerhin die Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland darstellte. Ich beschloß, dieses Thema über mich ergehen zu lassen, das sich im Verlaufe als interessanter gestalten sollte, als ich bis dahin glaubte.

„Wir sprachen darüber, daß euer Grundgesetz ein Besatzergesetz auf Zeit für einen Teil Deutschlands darstellte. Nun, ein Gesetz bedarf immer einer übergeordneten Grundlage und entsteht nicht originär - also nicht aus sich selbst heraus. Welches war die Rechtsgrundlage zur Schaffung des Grundgesetzes?“

„Natürlich die *SHAEF-Gesetze*“, erwiderte ich.

„Nein.“ kam es knapp zurück. Die Rechtsgrundlage hierfür war die *Haager Landkriegsordnung*, die Mutter des Grundgesetzes“:

Haager Landkriegsordnung: Artikel 43 Art. 43 (Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung).

„Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“

„Ich verstehe“, bemerkte ich beim Lesen. „Da der Deutsche Widerstand gebrochen war und das Volk durch Hunger und dergleichen lammfromm geworden war, ersetzten die *Dreimächte* die Militärgesetze durch das Grundgesetz.“

Michael bot uns Zigarren an, die wir genüßlich anzündeten. „Nur zum Teil“, korrigierte er. „Zu dieser Zeit war ein bewaffneter Konflikt gegen die UdSSR wahrscheinlich, der viel Geld gekostet hätte. Die Besatzungskosten mußten mit der D-Mark gedeckt werden; Westdeutschland sollte als Bollwerk gegen den Kommunismus dienen; ein Großteil der US-Truppen sollte abgezogen werden, damit die USA über genügend Kampf-

kraft gegen die Sowjets verfügte - alles in allem wollten sich die USA nicht mit noch mehr Problemen belasten.“

„Ich glaube, daß eine Teilung Deutschlands nicht vermeidbar ist. Praktisch ist das Land schon jetzt in zwei Teile gespalten. Die Westmächte fühlen schon heute, daß der östliche Teil Deutschlands für die Welt des Kapitalismus verloren ist. Deshalb werden sie alles versuchen, um wenigstens den westlichen Teil für ihre Gesellschaftsordnung zu retten. Sie werden so aus ihren westdeutschen Besatzungszonen wieder einen bürgerlichen, einen kapitalistischen Staat zimmern. Uns in der sowjetischen Besatzungszone wird nur die Alternative bleiben, darauf mit der Bildung eines eigenen deutschen Staates der Arbeiter und Bauern, zu antworten.“

Quelle: „Spaltung perfekt“, Deutschland-Archiv 17, 1984, S. 305f

Also schufen sie das *besatzungsrechtliche Mittel der Westalliierten BRD*. Das war keinesfalls ohne Eigennutz: Man wollte den willfähigen Politikern der Westzone Glauben machen, daß sie auf dem besten Wege seien, wieder ihre Souveränität zu erlangen. Es wurden ihnen Versprechen gemacht - Versprechen, von denen beide, die Deutschen wie die Westmächte - wußten, daß sie nicht das Schwarze unter den Nägeln wert waren. Es wurde dem Feind Deutschland weisgemacht, daß es nun ein Freund sein würde. Ein Freund, dessen Aufgabe darin bestand, seine Identität zu leugnen, sich und sein Volk zu verhökern, um die Interessen der Feinde Deutschlands auf eigenem Grund und Boden zu verwirklichen. Sie lachten offen einander an und spuckten sich insgeheim in den Rücken.“

„Die Gründung der Bundesrepublik fand unter der Vorspiegelung statt, daß die westlichen Besatzungsmächte mit den Deutschen gemeinsam das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit verfolgten. Dieser Täuschungsversuch ist auch im Grundgesetz von 1949 enthalten, welches besagt, daß die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei. In ihrem Herzen aber wissen die Deutschen, daß die Westmächte zusammen mit der Sowjetunion Maßnahmen gegen die Wiedervereinigung getroffen haben, weil das Reich dadurch Europa, wie einst, dominieren könnte. Die Deutschen müssen aber vortäuschen, das nicht zu wissen, so daß ihre Handlungen mit falschen westlichen Versicherungen übereinstimmen. Dadurch ist es soweit gekommen, daß der Gebrauch von absoluten Unwahrheiten, die jedermann zu glauben vorgibt, zum alltäglichen Standart politischen Handelns in Westdeutschland gehört.“

Der US-amerikanische Publizist Jim Hoagland am 26.12.1989 in der „Washington Post“

Michael ließ Dampf ab. Ich war mir mehr als sicher, würde *ich* diese Worte in Deutschland öffentlich gebrauchen, sie als *Hetzparolen gegen den Deutschen Staat und seine Verbündeten* gebrandmarkt werden würden. Und ganz sicher gab es gegen solcherart Meinungsäußerung im deutschen Strafgesetzbuch einen Paragraphen, der eine derartige Meinung unter Strafe stellte. Ich sollte erst später zu meiner Bestürzung erfahren, daß es diesen Paragraphen wirklich gab.

Michael schritt mit seiner Zigarre in der Linken, mit dem Scotchglas in der Rechten, wieder auf und ab und führte weiter aus: „Die *HLKO* sieht nun vor, daß der Besetzer unter Beachtung der Landesgesetze die Ordnung herzustellen hat. Da Deutschland die Weimarer Reichsverfassung hatte, mußten also die Besatzer eine ähnliche Form der Gesetzgebung schaffen, welches ein Bündnis mit seinem Feind festschrieb. Das eingesetzte Organ hierzu hieß *Parlamentarische Rat*, welches am Deutschen Volk vorbei eine vorübergehende Ordnung namens Grundgesetz zu schaffen hatte. Natürlich bestimmten im Wesentlichen die menschen- und deutschfreundlichen Westbesatzer, was in dieses Grundgesetz kam und was nicht. Das Grundgesetz durfte nicht in Konkurrenz zu den Besatzergesetzen stehen. Die Westalliierten behielten sich ein Vorbehaltsrecht vor, was bedeutete, daß sie jederzeit diese Grundordnung verändern, streichen oder aufheben konnten und können wie es ihnen beliebt. Natürlich mußten sie niemanden dazu fragen. War doch alles, was in den Westzonen beschlossen wurde, ausschließlich ein Produkt der Westmächte. Bevor nun eure angebliche Verfassung verabschiedet werden konnte, mußte sie zuvor von den Westalliierten genehmigt werden, wie dieses Schreiben beweist: "

Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz

Herrn Dr. Konrad Adenauer

Präsident des Parlamentarischen Rates Bonn

Sehr geehrter Herr Adenauer.

1. Das am *08. Mai* vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung des Artikels 144 (1) *genehmigen*, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen. In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden,... den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben, und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind....

4. Ein dritter Vorbehalt betrifft die Beteiligung Groß-Berlins am Bund. Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23 und 144 (2) des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens darstellt, demzufolge Berlin *keine* abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht *durch* den Bund regiert werden wird, daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaften benennen darf.

5. ...

6. ...

7. Um die Möglichkeit zukünftiger Rechtsstreitigkeiten auszuschalten, möchten wir klarstellen, daß wir bei der Genehmigung der Verfassungen für die Länder bestimmten, daß nichts in diesen Verfassungen als Beschränkung der Bestimmungen der Bundesverfassung ausgelegt werden kann....

8. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften,... die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist, und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt.

9. Nach Vollendung seiner letzten Aufgabe, wie sie in Artikel 145, Absatz 1 festgelegt ist, wird der Parlamentarische Rat aufgelöst....

„Das Schreiben selbst stammt von der *Alliierten Hohen Kommission für Deutschland*, wurde in Frankfurt am Main am 12. Mai 1949 verfaßt und in Hamburg am 07. September 1949 vom *Amtlichen Organ zur Verkündung von Rechtsordnungen der Zentralverwaltungen* als Nr. 50 ausgegeben.“

„Soweit begreife ich das alles. Auch, daß aus dem Grundgesetz hätte eine Verfassung werden können, wenn es durch das Deutsche Volk mittels Volksentscheid legitimiert worden wäre. Aber dennoch spricht man bei uns von einem Bundesland Berlin und Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik. Mir fällt erst jetzt auf, daß Berlin nur als ein Land Berlin genannt

wird. Die Bundesrepublik besteht aus 16 Bundesländern und dennoch ist Berlin darin nicht aufgeführt. Wie kommt es zu diesem Widerspruch?"

„Widersprüchen“, verbesserte Michael. „Euer gesamtes System widerspricht sich in Ausmaßen, wie es sie auf dem gesamten Planeten Erde nicht gibt. Der Freistaat Bayern zum Beispiel trat nie formal dem Grundgesetz bei. Aus gutem Grund. Denn die USA wußten - sollte die Reichshauptstadt Berlin unter sowjetische Herrschaft fallen - wäre ganz Deutschland verloren gewesen. Bayern ist noch völlig in der Hand der USA. Es lag daher nahe, aus München eine provisorische Reichshauptstadt zu machen, sollte der Berlin-Status nicht mehr zu halten sein. Euer Adenauer wurde hoch in den Himmel gelobt, obwohl er es doch selbst war, der dein Land verriet. Nach der Genfer Außenministerkonferenz im Oktober 1955 hatte der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Sir Ivone Kirkpatrick, dem deutschen Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, in einem Gespräch eine mögliche Veränderung der britischen Politik angedeutet, um die festgefahrenen Viermächte-Verhandlungen über Deutschland wieder in Gang zu bringen: Die Briten könnten sich vorstellen, mit der UdSSR einen Sicherheitsvertrag zu schließen, wenn diese ihrerseits eine Wiedervereinigung Deutschlands nach westlichen Vorstellungen, mit freien, gesamtdeutschen Wahlen und völlige Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung nach innen und außen, zustimmte. Bittenfeld teilte Adenauer die britischen Pläne mit und übermittelte dessen Reaktion Kirkpatrick am 15. *Dezember 1955*. Kirkpatrick schrieb am 16. *Dezember 1955* in einem streng geheimen Bericht folgendes: "

Michael gab mir ein weiteres Schreiben, das ich in meinem Ordner verstaute.

„Der Botschafter sagte mir, er habe diese Möglichkeit sehr vertraulich mit dem Kanzler erörtert. Dr. Adenauer wünschte mich (Kirkpatrick) wissen zu lassen, daß er es mißbilligen würde. Der entscheidende Grund ist, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. Er sei äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei. Wir (die Briten) sollten wissen, daß er in der ihm noch verbleibenden Zeit alle Energien darauf verwenden werde, dieses zu erreichen und er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden, um ihn bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Bei dieser Nachricht an mich betonte

der Botschafter nachdrücklich, daß der Kanzler wünsche, daß ich seine Meinung kenne, aber es würde natürlich katastrophale Folgen für seine politische Position haben, wenn seine Ansichten, die er mir (Kirkpatrick) in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden. Ich denke, er hat Recht. ...“
Quelle: „Adenauer und die Deutsche Frage“, 1988 S. 55 u. 289 ff

„... Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist nur möglich auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den vier Besatzungsmächten. Die Haltung der Sowjetunion läßt erkennen, daß nach der Ratifizierung der Pariser Verträge Verhandlungen über die deutsche Einheit nicht mehr möglich sein werden. Dies bedeutet: Die Bundesrepublik und die so genannte Deutsche Demokratische Republik bleiben gegen den Willen des deutschen Volkes nebeneinander bestehen. Zugleich werden dadurch die Spannungen zwischen West und Ost verschärft, deren schwerste Last vom ganzen deutschen Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu tragen wäre. Diese Lage erfordert nach Auffassung weitester Kreise des deutschen Volkes jede mögliche Anstrengung der Bundesrepublik, eine solche Entwicklung um der Einheit, der Freiheit und des Friedens unseres Volkes willen zu verhindern. Ohne eine solche Anstrengung bleibt im Ausland der Irrtum bestehen, als ob man in Deutschland die Wiedervereinigung in Freiheit nicht als das vordringlichste Ziel betrachte.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Überzeugung, daß noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, um vor der Ratifizierung der Pariser Verträge endlich einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, auf dem Wege von Vier-Mächte-Verhandlungen die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherzustellen. Die Erklärung der Sowjetregierung vom 15. Januar 1955 enthält hinsichtlich der in allen vier Zonen Deutschlands und Berlin durchzuführenden Wahlen Vorschläge, die Verhandlungen über diesen Punkt aussichtsreicher machen als während der Berliner Konferenz im Januar 1954. Die Sowjetunion hat in ihrer Erklärung außerdem zum ersten Mal dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Wahlen zugestimmt.“

Quelle: „Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955“, 1991 S. 479; Aus einem Brief des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer zu den Pariser Verträgen vom 23. Januar 1955

„Der Vorstoß zu einem Friedensvertrag kam also von den Sowjets. Ausgerechnet von den bösen Kommunisten. Und die Westallianz boykottierte mit Hilfe Adenauers dieses Vorhaben.“ „Fein“, kommentierte ich trocken.“ Und für diese überaus löbliche Tat Adenauers hat man zum Dank Straßen, Parks, Alleen, Schulen, Universitäten und andere öffentliche Ein-

richtungen nach ihm benannt. Allmählich begreife ich die Haltung der Sowjets, die sich über den Tisch gezogen fühlten.“

Ich nahm einen tiefen Atemzug und spülte den Ärger mit einem Schluck Whisky herunter. Ich kochte noch immer: „Für diesen Hoch- und Landesverrat hätte man Adenauer verurteilen müssen und es wäre kein Verbrechen gewesen. Ein Verbrechen war es, uns Deutsche mit seiner Hilfe in Knechtschaft zu stürzen.“

Michael und Anatoly sahen mich fast mitleidig an. Wir beschlossen einstimmig, daß es genug wäre bis zum Mittagessen.

Ich brauchte nun Abkühlung - ich zog meine Badehose an und schwamm ein paar Bahnen im Pool, indessen die Hitze Floridas an diesem Tag merklich stieg. Mir gefiel die Analogie: Während es in mir kochte und brodelte, stiegen im Verhältnis dazu die sommerlichen Temperaturen. Ein Gewitter schien nicht mehr fern, sollte sich die Hitze steigern. Als ich auf meinem Badetuch lag, kam Sandra zu mir. Wir sprachen über die Möglichkeit in den USA zu heiraten. Ihr Vater sei gerade dabei, eine kleine Kapelle im Garten errichten zu lassen und wollte ein rauschendes Fest veranstalten. Michael wollte aber nicht ohne meine Zustimmung seine Idee durchsetzen. Ich war begeistert von diesem Gedanken. Sandra und ich waren uns schnell über die wesentlichen Punkte der Hochzeit einig. Ich bestand lediglich auf eine einzige Sache. Daß statt des klassischen Hochzeitsmarsches für mich nur ein Lied in Frage käme. Ich war erleichtert als ich erfuhr, daß Michael und Anatoly kurzfristig beschlossen hatten, an jenem Abend ein Fest im Kreise der Familie zu veranstalten. Anatoly hegte den Wunsch, in seinen Geburtstag hineinzufeiern. Es sollte eine lange Nacht werden.

Als ich schließlich am nächsten Morgen das Gefühl hatte, mich im Wachkoma zu befinden, ließ ich die Feier noch einmal kurz Revue passieren. Es floß reichlich Wodka, russische Musik spielte, es wurde ausgeliebt gelacht und getanzt und Anatoly erzählte Anekdoten, die mich sicher noch für den Rest meines Lebens begleiten würden. Alles in allem war das Fest vollkommen gelungen. Nach einer Dusche, einigen Vitaminpillen und einem reichlichen Frühstück fühlte ich mich wieder als Herr meiner Sinne. Michael, Anatoly und ich gingen gemeinsam zum Pavillon. Auf dem Weg dorthin war der Garten wieder in jenem Zustand, als hätte es nie eine Geburtstagsfeier gegeben.

Ich sah mir noch einmal die Unterlagen vom Vortag an und rekapitulierte: In dem Film, den Michael mir gezeigte hatte, sah ich geschundene Bundeswehrsoldaten in gefährlichen Krisenregionen, die unter US-Kommando standen - Die USA und die Bundesregierung hatte deutsche Soldaten an Kampfhandlungen teilnehmen lassen, obwohl sie wußten daß dies illegal war; Da die Bundesrepublik Deutschland rechtlich gesehen kein Staat, sondern eine militärisch besetzte Kolonie der USA war waren deutsche Soldaten nicht als Soldaten - also Kombattanten - anzusehen, sondern als Freischärler und Söldner; Freischärler und Söldner aber haben keinerlei Anspruch auf die Behandlung eines Kombattanten. Sie werden also nicht als Kriegsgefangene angesehen, sondern als Terroristen. Söldnertruppen, die keinerlei Schutz vor Folter oder Verschleppung genießen und nicht frei gehandelt, sondern freigekauft werden mußten.

Weiter lernte ich die Unterschiede der verschiedenen *Mächte* und deren Hierarchie kennen - und den Umstand, daß diese Hierarchie blind durch die Bundesrepublik durcheinander gewürfelt wurde. Dann gab es noch die Begriffe *in Bezug* und *hinsichtlich* und daß *in Bezug* sich auf einen Teil des Ganzen konzentriert - sich also auf einen Ausschnitt eines Ganzen bezieht - und *hinsichtlich* das Ganze selbst darstellte. Eine *Annexion* war eine feindliche Einverleibung eines fremden Gebietes in sein eigenes: Die Bundesrepublik konnte Teile der DDR oder die DDR selbst nicht zu ihrem Staats - oder richtiger - *Bundesgebiet* erklären. Einfach deshalb, weil das Grundgesetz in Artikel 23 den Geltungsbereich der Bundesgesetzgebung vorsah und es diesen Artikel aber nicht mehr gab. Es gab also nichts mehr, dem man hätte *beitreten* können. So ganz genau verstand ich zu diesem Zeitpunkt die Sache immer noch nicht, aber Michael sollte mich noch darüber ausgiebig aufklären.

Darauf folgend besprachen wir den Artikel 43 der *Haager Landkriegsordnung (HLKO)*, der einer Besatzungsmacht befahl, im besetzten Gebiet alle Vorkehrungen zu treffen, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten: Dieser Artikel war die Rechtsgrundlage für das Besatzergesetz namens *Grundgesetz*, welches unterhalb der *SHAEF-Gesetze* stand, da der Westteil Deutschlands BRD ja immer noch militärisch besetzt war. Nach der Errichtung der Westdeutschen Selbstverwaltung BRD unter US-Oberhoheit wurde der *Parlamentarische Rat* - dessen Vertreter zu keiner Zeit frei gewählt, sondern von den Besatzern eingesetzt wurden - aufgelöst. Die Besatzer bestimmten zudem den Inhalt des

Grundgesetzes, um sicher zu stellen, daß deren Interessen nicht mit deutschen Interessen in Konflikt standen. Die Besatzer machten außerdem den bundesdeutschen Vertretern klar, daß Berlin kein Bundesland der Bundesrepublik sein würde und auch nicht durch die Bundesrepublik aus Bonn regiert werden würde. Michael betonte ausdrücklich, daß sämtliche Vorbehalte das Grundgesetz, die BRD und Deutschland betreffend, uneingeschränkt weiter gelten würden und die Bundesrepublik Deutschland nichts an den Beschlüssen der Westalliierten ändern, streichen oder aufheben konnte.

Schließlich und endlich kamen wir zu dem Vorstoß der Sowjets, mit Deutschland einen *Friedensvertrag* zu schließen, der der abnormalen Spaltung ein Ende bereiten sollte. Da aber die BRD als ein Organisationsprovisorium für den westlich besetzten Teil unter US-Herrschaft errichtet wurde, war die Mithilfe der Westalliierten nötig. Da sich nun eine kleine Gruppe - namens Bundesregierung unter Adenauer - nicht die Butter vom Brot und damit nicht ihre Macht nehmen lassen wollte, sperrten sie sich dagegen. Adenauer wollte statt der Wiederherstellung Deutschlands seinen eigenen Staat und verriet sein Land an die Westallianz, die ihm hierbei hilfreich zur Seite stand. Ich begriff zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz die Beweggründe - aber Michael versicherte mir immer wieder, daß er mir nach und nach alles erklären werden würde.

„Hervorragend.“ kommentierten Michael und Anatoly meine Ausführungen. Anatoly wandte sich mir zu: „Es steht aber immer noch die Frage von gestern im Raum, weshalb die DDR den Mauerfall am 9. *November 1989* nicht militärisch verhinderte.“

„Ich gehe mal davon aus, daß du mir den Grund dafür nennen wirst.“ Anatoly nickte: „Ich war Kommandant einer sowjetischen Einheit in Ost-Berlin, die sich bereits im Alarmzustand befand und bereit war, militärisch einzugreifen. Die damaligen DDR-Grenzer waren in Aufruhr: Sie befürchteten einen Überfall des Westens und sicherten an der Spree mit ihren Schnellbooten die DDR-Grenze. Alles wurde dicht gemacht, mehr noch als vorher. Sie konnten aber noch nichts unternehmen, da ihnen noch kein Befehl zum Eingreifen erteilt wurde. Die DDR-Führung wollte gerade reagieren, als ein sowjetisches Sonderkommando in Begleitung des KGB die DDR-Köpfe vorläufig in Arrest nahm, um ein eigenmächtiges Handeln zu verhindern und um schlimmeres zu verhüten.“

Die Sowjetunion unter Gorbatschow befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in telefonischen Verhandlungen mit Washington. Was genau besprochen wurde, weiß ich nicht. Aber der Kreml gab den Befehl, auf gar keinen Fall einzugreifen und sofort die Volksarmee zurückzupfeifen. Sie hatten unter Androhung der Todesstrafe alles zu unterlassen, was einen militärischen Konflikt hätte auslösen können. Ich selbst hatte dafür Sorge zu tragen daß - sollte sich jemand nicht an diesen Befehl halten - ihn an Ort und Stelle auf offener Straße zu erschießen.“

Ich schluckte. Mir war es mittlerweile egal, ob Anatoly ein KGB-Mann oder Sowjetgeneral war - wir waren befreundet und ich war froh ihn nicht als meinen Feind ansehen zu müssen. „Und wurde jemand erschossen?“ fragte ich.

„Nein“, antwortete Anatoly, „aber es wurden eine handvoll Obristen in ein sowjetisches Lager gesteckt. Zwei Dutzend von ihnen wollten unerlaubterweise über die Deutsch-Deutsche Grenze flüchten und konnten gestellt werden. Der KGB nahm sich ihrer an. Nach den Verhören waren nur wenige von ihnen gesundheitlich fähig, ihre Reise sofort anzutreten - manche von ihnen konnten nicht mal mehr einen Löffel halten. Einige verbrachten noch einige Zeit im Militärlazarett, andere gingen während des Transports *verloren* und wenige überlebten. Es stand zuviel auf dem Spiel, als daß der Kreml dies hätte durchgehen lassen können. Denn die *echte* Wiedervereinigung Deutschlands war wirklich gewollt. Die Zeit zum Handeln war gekommen. Die *Dreimächte* waren sich darüber einig. Aber es waren wieder einmal die Bundesdeutschen, die die Sieger und sich selbst betrogen haben. Und es tut mir leid, daß ich es dir sagen muß: Es war die Regierung Kohl selbst, die alles unternahm, um die politische und staatliche Einheit nicht stattfinden zu lassen. Und alle die nach ihm kamen, taten es ihm gleich. Es gab auch bundesdeutsche Richter, die bei diesem Betrug an euch und uns die Finger im Spiel hatten. Und die wenigen Anständigen, die bei dieser Sauerei nicht mitmachen wollten, wurden rasch entfernt.“

Es breitete sich eine unheimliche Stille aus, während Anatolys Worte in meinem Kopf nachhallten. Wenn seine Worte stimmten, dann wurden wir ganz offensichtlich einundvierzig Jahre nicht nur von den USA über den Tisch gezogen, sondern vom Beginn an von unseren eigenen bundesdeutschen Vertretern - Bundespolitikern, die seit der Errichtung der BRD niemals wirklich die Einheit wollte. Ich konnte es nicht fassen.“ Aber was war mit den Beteuerungen aller bundesdeutschen Parteien, daß die Einheit

Deutschlands das wichtigste Ziel bundesdeutscher Politik sei?" fragte ich Anatoly. Michael kramte in seinen Unterlagen und reichte einige Wahlkampfblätter dem General, der sie vor mir auf dem Tisch ausbreitete:







Wahlkampfplakate der SPD und CDU aus den 50er und 60er Jahren. Die SPD machte die Vertreibung der 18 Millionen Deutschen, von denen rund fünf Millionen ums Leben kamen, zum Wahlkampfthema. Diesen Opfern wird heute auf bundesdeutscher Seite nicht mehr gedacht - man hat ja auch wichtigeres zu tun. So gedenkt die BRD lieber den Gefallenen der Siegermächte

Ich staunte nicht schlecht: Auf den Plakaten wurde immer wieder das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937 propagiert, wie es laut Alliierten Beschlüssen bestand. Die Parteien wußten also genau von diesem Fakt. Und um Wählerstimmen zu ergaunern, trafen sie den Nerv des deutschen Volkes. Erinnerungen nach der Zeit von 1918 wurden in mir wach, als auch da Parteien sämtlicher Couleur die Grenzen von 1914 forderten; die Aufhebung des Versailler Schund- und Schanddiktats verlangten - und dennoch über fünfzehn Jahre lang nichts zuwege brachten. Anatoly steckte sich eine Zigarette an, goß sich Wodka in ein Glas, welches er mit einem Zug leerte und begann zu schimpfen:

„Das einzig Schöne an eurer westlichen Demokratie ist die Tatsache, daß es den Partei-Funktionären dank ihrer erlassenen *Parteifinanzierungsgesetze* Unmengen von Steuergeldern in die Taschen spült. In eurer westlichen *freien Welt* will der moderne Mensch nicht selbst denken müssen. Er will nicht mit komplizierten Sachverhalten belästigt werden, sondern Lohn,

Brot, Freizeit. Jederzeit. Brot und Spiele eben. Und das alles jetzt, sofort und immer auf Knopfdruck frei Haus bitte schön. Immerhin wurde ihm in Jahrzehnten eingeredet, daß er sich um nichts mehr kümmern müsse, der Staat alles im Griff habe und der wirtschaftliche Aufschwung endlos ungeahnte Blüten nie gekannter Flora sprießen lassen würde. Dauerfrühling an 365 Tagen im Jahr. Halleluja, das ist doch was - Amen, es lebe der Herr Jesu Christo und es erschalle der Engelschor.

Natürlich waren diese Versprechen nicht haltbar und jeder halbwegs mitdenkende Mensch wußte dies auch. Wer es bis jetzt nicht wußte, spürt heute zumindest unmittelbar an sich selbst, daß alle Versprechen nicht den erhofften Segen brachten. Wohlstand für alle wird nur noch verschämt hinter vorgehaltener Hand geflüstert, wenn der von der DM 1:1 umgerechnete Euro dreimal umgedreht werden muß, für dessen Einführung ihr nicht gefragt wurdet. Eure *Demokratie* ist schwer erkrankt - es ereilt sie das Schicksal der mittelalterlichen Pestilenz, während die parlamentarische Macht sich auf eure Kosten gesund stößt mit Geld, das längst nicht mehr vorhanden ist. Die Bankrotterklärung ist bereits unterschrieben. In jeder Hinsicht. Mit deren Stift und eurem Blut.

Ihr leidet an schwerer Anämie durch bundesdeutschen Aderlaß und der Notarzt schläft, während die Krankenschwester außer Haus Kaffeepause macht. Aber über unangenehme Themen spricht ihr nun mal nicht. Ihr wollt noch mehr Brot und Spiele. Irgendeiner wird es schon richten, so hofft ihr. Wer und wie es jemand richten will und vor allem was und wann es jemand tun will: Darüber erfahrt ihr nichts wirklich Neues. Die nachfolgende Generation wird sich dafür bei uns allen bedanken - von ganzem Herzen und mit blankem Hintern. Partei um Partei präsentiert euch - wenn es darauf ankommt - vor Wahlen ein Wunderheilkpaket, wie man es nur von Weihnachten aus der Wirtschaftswunderzeit kennt. Die Botschaft? Der Weihnachtsmann lebt doch und tanzt wie Hansdampf im Drogenrausch durch alle Gassen. Oh, du fröhliche - lasset erklingen die Harfen und Schalmeien, um lieblich zu küssen unsere tauben Ohren.

Und auch die Blinden lasset wieder sehen. Doch schnell entpuppt sich das Heilmittel als Placebo, welches auch wieder nur in homöopathischen Dosen verabreicht wurde. Wieder einmal und wie so oft. Und wenn gar nichts mehr hilft, wird trickreich die ultimative, kreative und innovative Wunderwaffe namens *Steuererhöhung* aus dem geflickten Filzhut gezaubert, die selbst den Allmächtigen ehrfürchtig in die Knie zwingt. Copper-

field läßt grüßen. Der *Bürger* muß eben Opfer bringen. Welche Opfer? Für wen und von wem? Opfern die Reichen und Mächtigen ihre Söhne an der Front für Kriege, die sie selbst anzetteln? Opfern sie einen Teil ihrer Macht zum Wohle aller und dem Ganzen? Eigentum verpflichtet? Das wären doch traumatische Aussichten für die *Elite*. *Mir das Brot - euch die Bomben*. Na denn Mahlzeit und gut kauen.

Der *freie Bürger eurer Demokratien* versteht die Welt nicht mehr. Hat er nicht gerade die *Regierung* gewählt, von der er sich sicher war, daß sie diesmal ihr Wahlversprechen einlöst? Einmal mehr dämmert es dem Einfaltspinsel: Wieder wurde er hereingelegt - und er wird wieder auf die falschen Versprechen herein fallen. Wie all die Jahre und Jahrzehnte zuvor. Her mit der Fernbedienung und mit Kopfsprung ins selig verheißende, kuschelbunte Fernsehprogramm. Noch mehr Brot und Spiele, bitte. Es dürfen gerne dreißig Kanäle mehr sein. Wen also wählen? Warum überhaupt wählen? Das Vertrauen der europäischen Bürger ist doch bereits zutiefst zerrüttet in die Fähigkeiten ihrer Staatsführung - zeigen sie doch alle durch die Bank hindurch, daß sie mehr Probleme schaffen, denn lösen. Denn zur Problemlösung bedarf es eines Verstandes, aber zur Problemerzeugung genügen Idioten, denen es am nötigen Verstand fehlt.

Der *freie Bürger* fühlt, daß seine Stimme weniger, als vielmehr sein Tribut an den Fiskus zählt. Längst wurde vergessen, wer wem zu dienen hat, da herrschen offensichtlich viel mehr Spaß macht. Eine Demokratie, welche nicht gelebt wird - mit Einbezug eines Volkes vor wichtigen Entscheidungen - ist soviel wert, wie ein asthmatisches Pferd für einen Reiter vor einem Turnier. Der Letzte mistet den Stall aus und der Metzger macht den Rest. Licht aus, Tür zu, endlich Feierabend.

Wie viele Menschen flüchten denn aus Verzweiflung in den Alkohol, in die Esoterik oder in Kirchen, Drogen und Parteien, die am liebsten gestern wieder den *Deutschen Gruß* eingeführt sähen? Sie sind immer am Limit und hart am Wind. Wer von den *Freien* übernimmt noch selbst Verantwortung? Wer steht für sich ein, seinen Nachbarn, Kollegen, Freunden, für sein Land? Nein, das ist zuviel verlangt - es wird Verantwortung abgegeben. Eure *Demokratie* - nämlich die viel gepriesene Volksherrschaft - ist in höchster Gefahr. Aber diese Gefahr kommt nicht von einigen vorvorgestrigen Kahlköpfen oder angeblichen Terroristen. Sie ist deshalb in Gefahr, weil sie von oben mit ungewaschenen Füßen getreten wird.

Mit Lügen und Korruption wird die Macht in den eigenen Reihen gefestigt und auf den Zinnen der Trutzburg verteidigt. Das Bollwerk des Unrechts steht mit seinen Scharfschützen vor den schwarzen Toren der Geldmacht kampfbereit. Ein Fingerzeig genügt. Der khasarische Sauron des Geldes hält mit Strenge Wache und versteht keinen Spaß - aber nicht den Geringsten. Die Welt lebt in einem erzwungenen Scheinfrieden und es ist nur noch eine Frage der Zeit, dann sehen wir, mit welcher Wucht dieser Schein verblassen wird.“

Mir blieb die Luft weg, denn so hatte ich *Den General*, wie ich ihn insgeheim nannte, nicht eingeschätzt - und noch weniger erlebt. Michael schien Anatolys Ausführungen zu amüsieren, denn er reichte uns beiden Wodka und sprach einen Trinkspruch aus, auf den wir anstießen: „Selig sind, denen der Herr den Verstand gegeben, ihn zu gebrauchen.“ Danach stimmte er das Lied *It's a hard Life*, der Rockgruppe *Queens* an, in das Anatoly und ich mit einstiegen. Es mußte für einen Betrachter von außen komisch oder gar schizophoren gewirkt haben, aber wir hatten trotz der traurigen Realität unseren Spaß - und darauf kam es an. Diese beiden wären sicherlich aufgrund ihrer Berufe mit der Zeit durchgedreht, hätten sie sich nicht ein Ventil geschaffen, um mit der Realität vernünftig umzugehen.

Ihre Realität war eine gänzlich andere als die unsrige: Wir lebten in einer Scheinwelt, einer Matrix, die zu dem einzigen Zweck geschaffen wurde, Milliarden von Menschen am Boden zu halten und sie gleichzeitig Glauben zu machen, sie seien frei. Es schien mir, als würde uns Hollywood mit jedem Film ein Stück mehr dieser Realität vor unseren mit Blindheit geschlagenen Augen vorführen und uns öffentlich verhöhnen. Auf diesen laut gedachten Gedanken von mir, tranken wir auch darauf. Es folgte noch der eine und andere Trinkspruch, bis die Flasche Wodka endlich geleert war.

Da das Gelage vom Vorabend - in Verbindung mit dem darauf folgenden zahlreichen Trinksprüchen - seinen berechtigten Tribut forderte, kamen wir überein, uns für ein paar Stunden am Pool zu entspannen. Meine zukünftige Braut komplettierte die Runde schließlich und sie hatte Gefallen daran, daß wir uns alle so prächtig verstanden. Bis zum Dinner ließen wir Vier den lieben Gott einen guten Mann sein.

Ausgeruht und durch Michaels hervorragende Küche gestärkt, trafen mein Schwiegervater, *Der General*, Sandra und ich uns im Pavillon ein. Ich freute mich sehr über ihre Anwesenheit. Sandra hatte die Aufgabe be-

kommen, im Internet zu recherchieren. Ich bemerkte, daß das Internet eine hervorragende Sache sei und vieles erleichtert. Michael wandte aber ein, daß das *Web* - wie er es nannte - auch erhebliche Gefahren in sich berge. Es sei mit wenig technischem Aufwand möglich, sensible Daten auszuspionieren und gab offen zu, daß dies beim CIA und anderen Geheimdiensten längst übliche Praxis sei.

Es sei niemand mehr sicher, der das *Web* nutze. Er empfahl mir, *sensibles Material* - wie er es nannte - zu meiner eigenen Sicherheit künftig nur noch von öffentlich zugänglichen Internet-Cafes aus zu recherchieren. In China seien seinen Angaben nach derzeit mehr als 50.000 Internet-Inspektoren eingesetzt, regimekritische Seiten aufzuspüren und zu eliminieren. Der Inhaber eines solchen Cafes, welcher solche Seiten nicht sofort bei den zuständigen Behörden meldete, mußte sich für Jahre nicht mehr um seinen Lebensunterhalt sorgen. Für Kost und Logis Sorge dann die Volksrepublik.

Ich wandte ein, daß China nicht gleich die Bundesrepublik sei, worauf Michael schallend lachen mußte, als er Sandra einen Zettel übergab, auf dem er eine Notiz machte. Sandra las ihn und machte sich an die Arbeit. „Ist dir eigentlich gar nicht aufgefallen“, so Anatoly zu mir, „zu welcher Zeit das Internet, die Mobiltelefone und der gesamte technische Schnickschnack seinen Siegeszug antrat?“

„Doch“, antwortete ich ihm, „das war zu Beginn der Neunziger.“ „Und du denkst, das ist Zufall?“ gab Michael zurück.

„Ich habe mir darüber nie Gedanken gemacht“, sagte ich, während im Hintergrund der Drucker lief und Sandras Arbeit in Form mehrerer Blätter ausspuckte.

Anatoly wandte sich mir wieder zu: „Die technischen Möglichkeiten, über die ihr heute so selbstverständlich verfügt, wurden euch nicht an die Hand gegeben, weil man es mit euch besonders gut meinte. Sie dienen der Kontrolle. Zu Zeiten der DDR und der BRD waren diese Dinge nicht notwendig, da ihr ja der unmittelbaren Kontrolle durch die Besatzer *vor Ort* ausgesetzt wart. Das, was ihr als *Hightech* bezeichnet, ist ein alter Schuh. *Plasmabildschirme, Gigabyte-Prozessoren, mp3-Mobiltelefone*. All das ist Schrott im Vergleich zu dem, was euch vorenthalten wird und wir besitzen. Wir verfügen seit Jahrzehnten über Generationen von Rechnern, die im *Quantenbereich* operieren; über *holographische* Kommunikationsmittel, deren Bild- und Tonwiedergabe so echt sind, daß sie dir den Eindruck

vermitteln, als unterhieltest du dich tatsächlich mit einer Person, die vor dir steht.

„Klingt mir eher nach Science-Fiction“, bemerkte ich trocken.

Der General sah mich ernst an: „Ah ja, Science-Fiction. *Star Wars* wurde zu neunzig Prozent am Rechner generiert, was ihm ja auch jeder ansieht“, konterte er.

„Nein, ich erkannte keinen Unterschied. Es wirkte real. Und ich erinnere mich an einen anderen, vollkommen Computergenerierten Film, der einem PC-Spiel entlehnt war: *Final Fantasy* schlug hohe Wellen und selbst namhafte Hollywood-Schauspieler sahen sich in naher Zukunft beim Arbeitsamt Schlange stehen.“

„Ihr seid nicht mehr in der Lage, mit den heutigen Möglichkeiten, die wir haben, Schein und Sein zu trennen - noch weniger, den Unterschied zu erkennen. Diese Möglichkeiten zaubern euch Bilder in eure gemütlichen Wohnzimmer, die ihr ungeprüft in euch einsaugt. Und ihr habt sehr wenige Mittel an der Hand, den Schein vom Sein zu überprüfen. Aber zurück zum Thema. Satellitengestützte Mobiltelefone, die periodisch Signale abgeben, mit denen sich euer Aufenthaltsort bis auf zwei Meter bestimmen läßt; eure deutschen Mautbrücken, die von Beginn an für Pkw gedacht waren; biometrische Daten in Biochips und RFID in euren Ausweisen und Pässen, die gegen ein kleines Honorar an Konzerne ohne euer Wissen verkauft werden; Kameras und Mikrofone an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln mit Restlichtverstärkern und Infrarottechnologie und anderen Möglichkeiten, von denen ihr auch nicht nur die geringste Ahnung habt. Ja, das ist Science-Fiction, wie sie in 1984 von *George Orwell* beschrieben wurden. Science-Fiction ist nichts anderes, als vorweggenommene Realität. Das Netz der globalen Kontrolle zieht sich immer mehr mit einer Perfektion zusammen, zu der eure Phantasie bei weitem nicht hinreicht. Es übersteigt schlicht und ergreifend euren Horizont.“

Ich fühlte mich wieder miserabel und dachte an die Schallwaffen. Welche Möglichkeiten gab es erst im militärischen Bereich? Wenn man Anwälte, Ärzte und andere helle Köpfe kaufen konnte, dann war es auch möglich, die besten Physiker, Astronomen und mehr zu kaufen. Jeder Kopf hatte seinen Preis. Ob er nun mit Geld und Vergünstigungen zur Mitarbeit bewogen, oder erpreßt wurde, spielte eine untergeordnete Rolle. Idealismus war ebenfalls ein Köder - man mußte höllisch aufpassen, nicht unbemerkt von jenen geschluckt zu werden, die man bekämpfte. Ich nahm

mir in diesem Moment vor, gut auf mich und Sandra acht zu geben und wann immer es möglich war, Organisationen und ähnlichem aus dem Weg zu gehen. Es muß dieser Augenblick gewesen sein, in dem ich mich zur Neutralität verpflichtete - auch und trotz meiner Ideale.

„Kommen wir noch auf deinen Einwand zurück, daß die Bundesrepublik und China nicht daß selbe seien. Du glaubst, bei euch kann man nicht so ohne weiteres verhaftet werden?“ stellte Michael mehr rhetorisch seine Frage.

„Solange ich mir nichts Zuschulden kommen lasse, könnte es schwierig werden“, trotzte ich. Michael ging zum Drucker, nahm den Stapel Papier in beide Hände und schlug ihn auf den Tisch.

„Lies.“ befahl er mir. Vor mir lag ein monströser Packen mit dem Titel:

Europäisches Haftbefehlsgesetz der Europäischen Union (EUHbG)

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Bundestagsdrucksache Nr. 15/1718 oder Bundestagsprotokoll 15/097)

Während ich mich mit diesem Monster befaßte, erklärte mir Michael dessen Inhalt und seine Folgen für jeden einzelnen Bürger der derzeitigen 27 EU-Mitglieder: „Es ist ja nun nicht so, daß euch nur die USA kriegsrechtlich mit allen erdenklichen Folgen belangen kann - die Europäische Union hat auch nicht geschlafen und ein Mittel gefunden, jeden unangenehmen Menschen aus dem Weg zu räumen. Im Grunde ist dieser Europäische Haftbefehl ein legales, strafrechtliches Mittel der *Zwangsdeportation*.“

Ich sah auf, weil mir dieser Paragraphendschunzel völlig unverständlich vorkam. Ich bat Michael um eine genaue Erklärung. Mir war immer noch schleierhaft, was es mit diesem Haftbefehl auf sich hatte. Noch ehe er ansetzte, öffnete er eine neue Flasche Wodka und goß jedem von uns mit den Worten „In memoriam of freedom - Cheers“ ein und lief auf seine gewohnte Art auf und ab: „Dieser Haftbefehl ist mit den *SHAEF-Gesetzen* wohl das menschenverachtendste Instrument, daß sich jemals kranke und Virenverseuchte Gehirne von Juristen ausdenken konnten - von der Erfindung und dem Einsatz von Bio-, Chemo- und Kernwaffen mal abgesehen.

Ist dir eigentlich wenigstens ein bißchen bewußt, was das speziell für dich als Deutscher bedeutet?"

Ich verneinte. Was konnte meinem Land noch angetan werden? Wir waren doch schon auf Gedeih und Verderb anderen ausgeliefert und besaßen nichts mehr.

„Ist das Demonstrieren in der Bundesrepublik gegen die Bundesregierung ein Verbrechen?"

„Bis jetzt noch nicht", gab ich zur Antwort. „Um dich in das dreckigste und verkommenste Loch auf Gottes Erde zu stecken und dort verrotten zu lassen, ist das auch nicht nötig.“ Ich mußte einen hilflosen Eindruck gemacht haben, denn Michael suchte sichtlich nach den richtigen Worten, um mir die Brisanz deutlich zu machen:

„Na schön. Du meldest eine Demonstration an, welche genehmigt und ruhig und gesittet verlief. Es gab keinen Ärger, du gehst nach Hause und freust dich, etwas getan zu haben. Nach Tagen steht die Polizei vor deiner Tür, du bekommst einen Haftbefehl aus irgendeinem EU-Staat gezeigt und gleichzeitig die Handschellen angelegt. Noch bevor du dich versiehst, stehst du in einem fremden Land vor einem fremden Richter, der mit dir in einer fremden Sprache spricht und dich für drei Jahre ins Zuchthaus oder einen Steinbruch ins Niemandsland verknackt, ohne Aussicht auf Erfolg eines anständigen Verfahrens. Weil du in deinem Beruf gut verdient hast, hast du dir ein kleines Vermögen zur Seite geschafft, mit dem du einen Anwalt samt seinen Kosten wie Hin- und Rückflug, Verpflegung usw. bezahlen willst, damit er dich aus dem Loch holt.

Dumm gelaufen ist nur, daß dein gesamtes Vermögen bereits von dem Staat eingesteckt wurde, der dich verhaftet hat. Während du dich fragst, was schief gelaufen ist, spielen deine Mithäftlinge in der Zeit mit dir *Blinde Kuh im Mienenfeld*, oder *bück dich tiefer nach der Seife*. Du hoffst und bangst, daß ein bundesdeutscher Diplomat dich da wieder herausholen würde, was er aber nicht tun wird. Dir fällt der Artikel 16 des Grundgesetzes ein, der eine Auslieferung eines Deutschen ans Ausland verbietet, und folgerst richtig, daß du verschleppt wurdest. Deiner Familie wurde der Kontakt mit dir verboten und auch das Auswärtige Amt zeigt nur ein sehr geringes Interesse an den Sorgen deiner Liebsten. Du giltst nun als Terrorist, der seine gerechte Strafe absitzt. Die bundesdeutsche Justiz allerdings hat sich gar nicht erst die Mühe gemacht, deinen Fall zu prüfen, weil sie es nicht muß und besseres zu tun hat. Was ist passiert? Die Demonstration

fand auf deutschem Boden unter deutscher Gesetzgebung völlig legal statt. Aber in deinem *Gastland* steht das Demonstrieren gegen die Regierung unter Strafe und wird als terroristischer Akt geahndet.

Dabei ist es völlig unerheblich, ob du gegen deine oder eine andere Regierung demonstriert hast. Die Tatsache, daß du überhaupt gegen eine Regierung angegangen bist, genügt für deine Deportation. Das dumme nur ist, daß sich die Gesetzgebungen aller EU-Mitglieder ständig ändern. Somit ändert sich auch ständig der Straftatbestand. Aber das Allerbeste an dieser Sache ist, daß dich jeder für eine Straftat anzeigen kann, die strafbar sein kann, aber auch nicht. Eine Prüfung einer Straftat steht dem ausliefernden Staat nicht zu. Er hat nur auszuliefern und das auch noch auf Kosten des Auszuliefernden. Jeder, dem du in irgendeiner Weise im Weg stehst, kann dich denunzieren und verschleppen lassen - und niemand greift ein. Da reicht schon der Nachbar, der nebenbei Politiker oder Polizist und scharf auf dein Vermögen und deine Frau ist. Ich sage es nicht gerne, aber das gab es nicht mal in *der* Vergangenheit. Im Übrigen kann man dich für ein und die Selbe Tat mehrmals belangen. Was bedeutet, daß du nach Verbüßung deiner Haftstrafe schnurstracks in dein nächstes Gastland übergeben werden kannst, wovon es ja reichlich in der EU gibt. Du darfst dann in ganz Europa *Reise nach Bethlehem* spielen.“

Ich versank in meinem Stuhl. Ich bekam Angst und hatte Mühe, Luft zu bekommen. Ich nahm mir eine von Anatolys Zigaretten und trank einen Wodka. Nachdem sich der erste Schock gelegt hatte, sah ich mir die Tatbestände an, die unter Strafe standen. Es waren 32 an der Zahl und die meisten so vage gehalten, daß man sie breit auslegen konnte. Ich las *Cyberkriminalität, Terrorismus, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Betrugsdelikte* usw. Woher sollte ich wissen, was, wann, wo, wie und in welchem Land eine strafbare Handlung vorlag? Bei allen EU-Mitgliedern? *George Orwell's 1984* war Realität. Wir waren mittendrin statt nur dabei und saßen in der ersten Reihe.

Es gab meines Wissens nach nicht einen einzigen Bericht in den Medien über diesen Beschluß, der vom Bundestag einstimmig beschlossen wurde. Niemand in der Bundesrepublik wußte, daß dieser Europäische Haftbefehl bereits seit August 2004 in Kraft war. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann man nach und nach unliebsame Menschen verschwinden ließ. Und unliebsam konnte jeder sein: Ein Arbeitskollege, ein Freund, der eigene Vater. Eigentlich jeder, den man nicht mochte. Nicht

ein einziger. Michael schärfte mir ein, das es bereits genüge, einen unlieb-samen Menschen anonym bei der Hotline des *Zollkriminalamtes*, des ZKA anzuzeigen um ihn langfristig los zu werden. Niemand war mehr sicher. Doch, eine Ausnahme gab es wirklich und diese Ausnahme beschränkte sich ausschließlich auf die Personen, die dieses menschenverachtende Ge-setz beschlossen hatten: Die Politiker der EU. Sandra forschte indessen weiter und fand ein Bundestagsprotokoll, in dem Siegfried Kauder zum Europäischen Haftbefehl Stellung nahm:

„Herr Präsident. Meine Damen und Herren. Nicht alles, was aus Brüssel kommt, ist Gutes. Das, was zum Europäischen Haftbefehl aus Brüssel kommt, ist nichts Gutes. Darin sind sich alle Fraktionen dieses Hohen Hauses einig. Deutschland muß einen deutschen Staatsbürger auch dann in ein europäisches Ausland ausliefern, wenn er dort einer Straftat beschuldigt wird, die in Deutschland keine Straftat ist. Wir dürfen also keinen Abgleich mit deutschem Recht vornehmen. Wir müssen den deutschen Staatsbürger sehenden Auges ins Ausland ausliefern, obwohl die Tat bei uns *nicht* strafbar ist. Dieser deutsche Staatsbürger kann nach der Verurteilung im Ausland nicht einmal beantragen, die dort verhängte Strafe in Deutschland verbüßen zu dürfen. Das geht nämlich nur dann, wenn diese Tat auch in Deutschland eine Straftat ist. Deutsches Recht läßt nicht zu, daß Strafen in der BRD verbüßt werden können, die im Ausland für in der BRD nicht unter Strafe gestellte Taten verhängt worden sind. Das heißt, dieser deutsche Bürger ist dann *schlechter* gestellt als nach dem derzeit bestehenden Recht. Ausgeliefert wird bei Straftaten, die in einem Katalog aufgeführt sind, den man nur als reines Tohuwa-bohu bezeichnen kann. Sehenden Auges liefern wir deutsche Staatsbürger in ungeklärte Verhältnisse im Ausland aus. Wir werden diesem Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses mit Tränen in den Augen und murrend zustimmen, weil wir keine andere Möglichkeit haben.“

Aus dem Protokoll der Bundestagssitzung vom 11.März 2004, Siegfried Kauder (CDU/CSU)

Analog dazu fand Sandra eine Seite des *Auswärtigen Amts Deutsche Außenpolitik 2003/2004*, in dem sich der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer äußerte:

„Ziel der deutschen Außenpolitik ist die Mitgestaltung einer stabilen nation-
alen Ordnung. Sie muß auf friedlicher Kooperation der Staaten, demokratischen Grundsätzen, Schutz der Menschenrechte und Sicherung wirtschaftlicher und sozialer Chancen für alle beruhen. Bei der Verwirklichung eines solchen Systems globaler kooperativer Sicherheit spielen die Vereinten Nationen die zentrale Rol-

le. Deutschland unterstützt ihre Arbeit vorbehaltlos. Denn um den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, müssen wir an seinen Wurzeln ansetzen.

Nach wie vor gilt es, die Vorgaben des Amsterdamer Vertrages vom 1. Mai 1999 und des Europäischen Rats von Tampere vom 15. /16. Oktober 1999 umzusetzen, wonach *ein europäischer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts* entstehen soll... Deutschland hat dazu wichtige Beiträge geleistet. Maßnahmen der Kriminalitätsverhütung und Strafverfolgung dürfen daher nicht an den nationalen Grenzen Halt machen. So waren die Mitgliedsstaaten der EU bemüht, den im Juni 2002 verabschiedeten *Rahmenbeschluß über den Europäischen Haftbefehl* in nationales Recht umzusetzen. Durch die Einführung des Europäischen Haftbefehls werden die bislang geltenden oftmals langwierigen und komplizierten Auslieferungsverfahren durch ein einheitliches Übergabeverfahren ersetzt. Ein besonderer Erfolg ist, daß für zweiunddreißig Deliktategorien das Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit künftig entfällt.“

Quelle: „Deutsche Außenpolitik 2003/2004“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland; Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

Ich ließ es mir noch einmal auf der Zunge zergehen. Ein Steine werfender, Haus besetzender und Taxi fahrender Abiturabbrecher wurde erst Minister für die Grünen, fiel die Treppe zum Bundesaußenminister unter Gerhard Schröder hinauf und unternahm alles, um uns Deutsche endgültig ans Messer zu liefern. Ich mußte Michael beipflichten, abgesehen vom Ami-Land, war dies nur bei uns möglich. Ich fragte mich ernsthaft, woher sich in Gottes Namen, solche Vertreter ihre geistigen Anleihen holten. Und auch mit dem Artikel 16 des Grundgesetz hatte Michael recht, denn er stieß mich auf folgenden Paragraphen:

EuHbG § 84 - Einschränkung von Grundrechten

„Die Vorschrift trägt dem Zitiergebot des Artikels 19 Abs. 1 Satz 2 GG Rechnung. Im Hinblick auf die nach dem Entwurf zulässige Aus- und Durchlieferung deutscher Staatsangehöriger an einen Mitgliedsstaat ist das Grundrecht des Schutzes vor Aus- und Durchlieferung nach Artikel 16 Abs. 2 GG als *eingeschränkt* zu nennen.“

Mit herzlichem Dank für die einfache Erklärung zum EuHbG: Verlag Anton A. Schmid; Postfach 22, 87467; ISBN 3-938235-00; www.verlag-anton-schmid.de

Ich brauchte dringend frische Luft und bat Sandra, mich nach draußen zu begleiten. Die ganze Sache glich einer Tragödie: So wie das Deutsche

Volk seit 1914 einen Schlag nach dem anderen versetzt bekam, so schlugen mir Michael und Anatoly die bittere Wahrheit ins Gesicht. Gab es für uns denn keine Möglichkeit, die Geschichtsfälscher zu entlarven? Und welche Lügen mochten noch über uns verbreitet werden? Wie viele gab es, die *Die Nazis* sagten und damit uns Deutsche meinten? Mir kam der Verdacht, daß noch andere belegte, *historische Tatsachen* auch Fälschungen sein konnten. Ich wußte, daß es Themen gab, die man öffentlich nicht in Zweifel ziehen durfte, da sie unter Strafe standen.

Gedanken schossen durch mein Gehirn, wie Blitze eines schweren Gewitters am Firmament. Alles begann plötzlich Sinn zu machen: Wie konnte es im mit Nachdruck propagierten *freiesten Land Deutscher Geschichte* so zugehen, wie es zuging? Weshalb gab es Strafen, wenn man gewisse Dinge hinterfragte und sie in Zweifel zog? Mußten Strafen nicht deshalb verhängt werden, weil man einen Dialog scheute? Konnte es sein, daß der Goliath der gesamten Gesellschafts- und Nachkriegsordnung wie wir sie kannten, auf tönernen Füßen stand? Und daß dieser Goliath bereits merklich im Schwanken war, weil sein ohnehin schwaches Fundament bereits deutliche Risse zeigte? Ich hatte so viele Fragen. Und ich wollte Antworten darauf.

Wir gingen wieder zurück in den Pavillon. Michael und Anatoly unterhielten sich angeregt und nahmen Sandra und mich nicht wahr. Erst nach meinem Räuspern unterbrachen sie ihr Gespräch und wandten sich wieder uns zu. Anatoly fragte mich auf väterliche Art, ob es mir gut ginge. Ich bejahte.

„Bevor wir nun endgültig zu den Ereignissen der so genannten *Wiedervereinigung* kommen, müssen wir zuvor über das Völkerrecht sprechen. Das Thema ist nur halb so trocken, wie du jetzt vielleicht annimmst. Was verstehst du unter diesem Begriff?“

„Daß es ein Recht der Völker für die Völker ist“, schloß ich. „Korrekt“, stimmte Anatoly mir zu. „Dieses Recht gilt für die Völker und nicht nur für Staaten. Es hat Geltung für alle Menschen. Obwohl das Völkerrecht ständig mit Füßen getreten wird, ist und bleibt es dennoch eine eintreibbare Rechtsgrundlage für den Einzelnen. Es ist die Garantie für seine Menschenrechte und Menschenwürde. Mit dem 1918 gebildeten Völkerbund und der von den Siegermächten 1945 gegründeten Nachfolgeorganisation UNO wurden internationale Ebenen eingerichtet, um für alle Nationen gleichermaßen verbindliches Völkerrecht zu schaffen. Wie ich meine, eine

äußerst begrüßenswerte Tat. In den meisten Staaten gelten deren eigenen Staatsrechte, also die Staatsgewalten. Diese greifen jedoch nicht bei Streitigkeiten zwischen anderen Ländern, die ja ihre eigenen Gesetze haben.

Sie sind nicht staatsübergreifend. Also wurden Staaten übergreifende Gesetze geschaffen - das Völkerrecht. Im diplomatischen Sprachgebrauch spricht man auch von *allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts*. Diese verbrieften Rechte für jedermann wurden in Konventionen nochmals definiert und von den einzelnen Staaten ratifiziert. Ratifizieren heißt nichts anderes, als daß diese Rechte mittels Unterschrift der Staats- und Regierungsvertreter anerkannt wurden. Das Völkerrecht umfaßt folgendes:

- Das Völkervertragsrecht
- Das von einzelnen Staaten begangene Unrecht
- Die Streitschlichtung und Gerichtsbarkeit
- Die Hoheitsrechte zu Lande, zu Wasser und in der Luft
- Die Rechtsstellung von Staatsfremden und nationalen Minderheiten
- Das Kriegsrecht und die Verfahren in Konfliktsituationen
- Die Menschenrechte

Es beruht außerdem auf vier Rechtsquellen:

Die völkerrechtlichen Verträge - sie sind die wichtigste Quelle, denn sie enthalten Vereinbarungen, die zwischen zwei oder mehreren Staaten geschlossen wurden.

Das Völkergewohnheitsrecht - Dies sind Rechte, die zwar nirgendwo ausdrücklich festgesetzt sind, sich aber erfahrungsgemäß bewährt haben und deshalb allgemein anerkannt werden.

Allgemein anerkannte Rechtsgrundsätze - sind rechtliche Prinzipien, die in den Rechtsordnungen der meisten Staaten verankert sind. Z. B. der Grundsatz, Verträge einhalten zu müssen oder das Recht auf Selbstverteidigung. Unter die allgemeinen Rechtsgrundsätze fallen auch die Satzung der UNO, die Menschenrechtskonventionen, sowie die Genfer Konventionen zum Schutze der Zivilbevölkerung, Gefangenen und Verwundeten in Kriegsgebieten.

Gerichtsentscheidungen und Lehrmeinungen der fähigsten Völkerrechtsexperten werden ebenfalls mit in den Entscheidungsprozeß einbezogen

Das Völkerrecht ist für alle Staaten bindend. Hier gibt es über seine Anwendung auf nationaler Ebene jedoch zwei Theorien:

Der Monismus ist die Auffassung, daß Völkerrecht und nationales Recht ein Gebilde ist, wobei das Völkerrecht aber höherrangig sei.

Der Dualismus hingegen ist der Meinung, daß Völkerrecht und nationales Recht zwei Rechtssysteme darstellen.

Eher verbreitet ist jedoch der Dualismus. Das heißt, daß Völkerrecht zuerst in nationales Recht umgesetzt sein muß, bevor es Gültigkeit erlangen kann. Im erloschenen GG waren die Artikel 25 und 59 Abs. 2 *vorrangige* Bestandteile des Bundesrechts. Die Rechtsgrundlage für das Völkerrecht überhaupt sind die zwölf Haager Friedensabkommen von 1907. Zur Durchsetzung dieser Rechte braucht man aber auch Organe, die diese Rechte durchsetzen:

Es gibt demnach zwei Organe: Zum einen ist es der *Internationale Gerichtshof* (International Court of Justice, kurz ICJ), und zum anderen ist es der *Internationale Strafgerichtshof* (International Criminal Court, kurz ICC). Auf Deutsch: *IGH* und *IStGH*. Sitz des IGH ist Den Haag, welches das Völkerrecht seit 1945 durchgesetzt wird. Außerdem ist der IGH die Gerichtsbarkeit der UNO und regelt die zwischenstaatlichen Streitigkeiten. In der Satzung der UNO ist seine Tätigkeit mit dem Artikel 92 ff festgesetzt.

Es können nur Staaten als Parteien vor dem IGH auftreten, müssen aber zuvor die UN-Charta und die Statuten des IGH anerkennen. Logisch. Die Rechtsprechung der 15 Richter aus verschiedenen Nationen ist für die Parteien bindend. Die BRD hat da also denkbar schlechte Karten, wenn sie Ansprüche geltend machen wollte - sofern sie überhaupt welche hätte, wenn es sie denn gäbe... Ebenfalls in Den Haag ist der IStGH ansässig. Dieser beschäftigt sich seit dem 01.07.2002 mit Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und Völkermord, wenn nationale Gerichtsbarkeiten nicht anwendbar sind.

Im Gegensatz zum IGH können hier auch Individuen angeklagt werden. Die Rechtsgrundlage seiner Arbeit ist das Rom-Statut vom 04.11.1950, eine internationale Vereinbarung zur Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschenrechte. Offiziell heißt es *Gesetz über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten* und gehört ebenfalls zu den völkerrechtlichen Verträgen. Es wurde am 7. August 1952 im BGBl. Teil II, S. 685, 953 veröffentlicht. Der Internationale Strafgerichtshof wur-

de bislang von Israel, USA, China und Rußland nicht anerkannt. Der bindende Vertrag besteht aus insgesamt 59 Artikeln und drei Abschnitten: Abschnitt I befaßt sich mit den *Rechten und Freiheiten*; Abschnitt II regelt den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* und Abschnitt III behandelt *verschiedene Bestimmungen*. Dann gibt es noch das *Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten* in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2002 im *BGBI. Teil II*, S. 1072 mit 6 Artikeln, dem sich weitere Protokolle anschließen:

Zusatzprotokoll Nr. 2 zur *Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten*, durch das dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Zuständigkeit zur Erstattung von Gutachten übertragen wird (*BGBI 1968 Teil II*, S. 1112 vom 6. Mai 1963), bestehend aus 5 Artikeln,

Protokoll Nr. 4 zur *Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten*, durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll enthalten sind, enthält 7 Artikel und wurde in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2002 im *BGBI. Teil II*, S. 1074 veröffentlicht,

Protokoll Nr. 6 zur *Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten* über die Abschaffung der Todesstrafe mit 9 Artikeln und wurde im *BGBI. Teil II*, S. 1077, in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2002 veröffentlicht.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte - Verfahrensordnung; ebenfalls am 17. Mai 2002 im *BGBI. Teil II*, S. 1080 veröffentlicht und stammt vom 4. November 1998. Es gliedert sich in drei Titel, zehn Kapiteln und 104 Artikeln.“

Anatoly reichte mir Merkblätter hierzu. „Hast du das alles auswendig gelernt?“, sah ich ihn staunend an.

Der General lächelte: „Als Kommandant sollte man nicht nur Kriegsspielzeug im Kopf haben. In meiner Position war es sehr wichtig zu wissen, wann und ob ich mich auf dünnem Eis befand. Ich habe immer die Meinung vertreten, daß zumindest die Grundzüge des Staats- und Völkerrechts in allen Schulen Pflicht- und Prüfungsfach sein sollte. Die Idee hat sich aber bis heute nicht durchgesetzt.“

„Aus der Sicht der Mächtigen wohl aus gutem Grund“, bemerkte ich. „Allerdings. Es wäre für die Mächtigen dann weitaus schwieriger, ihre zufriedenen Lämmer zu kontrollieren, aus denen recht schnell reißende

Wölfe würden. Es wäre ihnen bei weitem nicht das möglich, was sie sich heute als selbstverständlich herausnehmen. Natürlich kann niemand alle Rechte auswendig lernen - aber man könnte den Schülern der sechsten Klasse eine Broschüre aushändigen, in denen wenigstens die bereits genannten Rechte stünden. In wenigen Jahren wäre dann Schluß mit dem Machtmißbrauch, der allorts betrieben wird.“

Anatoly hätte gut als Dozent durchgehen können, dachte ich mir. Ich war mir nur nicht sicher, ob er als einsamer Rufer in der Wüste untergegangen wäre, oder als flammender Redner für die Durchsetzung seiner Idee den Friedensnobelpreis erhalten hätte. Sicher aber hätte er mehr Anhänger als Feinde gehabt. Und nicht wenige hätten ihn dafür in den Rang eines Idols erhoben. Mir gefiel der Gedanke eines Staats- und Völkerrechtsunterrichts für alle. Es war mit Sicherheit möglich, diesen Stoff spannend und packend zu vermitteln.

Noch während ich von dieser Möglichkeit schwärmte, unterbrach mich *Der General* in meinen Gedanken: „Leider gibt es auch Staaten, die das Völkerrecht nicht anerkennen wollen. So haben die Israel, USA, Russland und China die Gerichtsbarkeit des IstGH nicht anerkannt. Insbesondere die USA haben auch hier wieder das Bestreben, gegen alle zu intervenieren, die sich im Konflikt mit den Interessen der USA befinden“:

„Nach einem Bericht der niederländischen Tageszeitung *De Telegraaf* hat der US-Senat gestern eine Gesetzesvorlage der Bush-Administration gebilligt, die die Regierung der USA unter bestimmten Umständen ermächtigt, militärisch in den Niederlanden zu intervenieren. Das Gesetz ermächtigt die US-Regierung zur Invasion der Niederlande für den Fall, daß einem US-Bürger wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Prozeß vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag gemacht werden sollte.

Der genehmigte Gesetzentwurf enthält weitere Regelungen bzgl. des ICC. So unter anderem das Verbot der Zusammenarbeit mit dem ICC. Des Weiteren sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, militärische Hilfe an Länder zu verweigern, die den Vertrag über die Zusammenarbeit mit dem ICC unterzeichnet haben, mit Ausnahme der NATO-Mitgliedsstaaten. Die internationale Koalition für einen Internationalen Strafgerichtshof (CICC) wird in dem Artikel mit der Aussage zitiert, daß die Bush-Administration derzeit mit allen Mitteln versuchen würde, die Einrichtung des Strafgerichtshofes zu torpedieren. So würden diejenigen Länder, die dem Reglement beigetreten sind oder dies tun wollen, diplomatisch und finanziell von der US-Regierung unter Druck gesetzt. Formal soll der ICC am 1.

Juli diesen Jahres eingerichtet werden, derzeit gibt es allerdings noch Probleme hinsichtlich Räumlichkeiten, Personal und Finanzierung.“

Quelle: „*De Telegraaf*“ vom 7. Juni 2002

Ich las den Bericht und wunderte mich nicht, daß unsere *Weltpolizei* USA den Strafgerichtshof nicht anerkannte. Hatte sie doch selbst genug Dreck am Stecken, der gereicht hätte, den USA ihren Status als Staat abzusprechen? Aber es war nun mal so, wie es war: Die Hauptsiegermacht USA konnte sich solange alles erlauben, so lange die *SHAEF-Gesetze* Gültigkeit hatten. Es war mir immer klarer, daß wir dringender als alles andere einen Friedensvertrag brauchten, auf den wir jedoch noch lange würden warten müssen. Wir drehten uns im Kreis. Aber der Kreis glich eher einer Schlinge, die sich merklich um unseren Hals zog und unangenehm scheuerte. Daß China sich unter anderem mit Tibet strafbar machte, lag auf der Hand. Aber weshalb verweigerte Rußland dem IStGH seine Anerkennung?

Auf diese Frage gab Anatoly zur Antwort: „Da gibt es gleich mehrere Gründe. Stalins Massenmorde an seinem eigenen Volk; die Verbrechen der Roten Armee am Deutschen Volk; die Verbrechen an Afghanistan - um nur einige zu nennen. Rußland ist der Rechtsnachfolger der Sowjetunion und somit bleibt mit dem Blutvergießen auch die Verantwortung für die Sauereien an Rußland kleben. Wir sprechen von einem mehrstelligen Milliardenbetrag an Reparationen, Entschädigungen und Wiedergutmachungen, die dieser Staat zu zahlen hätte. Und wer will es sich zudem mit einem der größten Gaslieferanten verscherzen? Da bedient man sich doch lieber der legalisierten Zechprellerei nach US-Vorbild.“ Anatoly sah dabei schelmisch zu Michael hinüber, der daraufhin lachte.

Wir machten eine Kaffeepause und ich erfrischte mich mit Sandra im Pool. Zwar lief die Klimaanlage im Pavillon auf Hochtouren, aber die Sonne hatte gerade ihren höchsten Punkt überschritten und heizte ihn einem Glashaus gleich, auf. Nach ein paar Bahnen und Albereien mit meiner künftigen Frau fanden wir uns wieder im Pavillon ein.

„Kommen wir nun zu den Ereignissen der Geschichte, die die ganze Welt in Atem hielt und für euch dennoch zu einem Trauerspiel werden sollte“, begann Michael seine Einleitung. „Gorbatschows Satz an Erich Honecker, *wer zu spät kommt, den bestraft das Leben*, wurde häufig zitiert. Doch in seiner Essenz beinhaltete diese Aussage auch eine Warnung an die BRD und die Westalliierten. Gorbatschow war lange genug in der Politik,

um zu wissen, daß sich Chancen - die Welt zum besseren verändern können - nicht lauthals aufdrängen, sondern leise vorbeikommen. Wer sie nicht sofort ergriff, mußte lange auf eine Neue warten. In eurem Fall brauchte die Chance vierunddreißig Jahre, um sich erneut sehen zu lassen und ergriffen zu werden. Ihr Deutsche nennt euch noch heute ein Volk der Dichter und Denker und doch gedachtet ihr nicht euren Denkern, als es am nötigsten war. Ihr solltet langsam beginnen weniger zu dichten, aber dafür mehr zu denken.“ Michael zog ein Büchlein mit Zitaten hervor und wies mit dem Finger auf eines:

„Die Zeit zum Handeln jedes Mal verpassen, nennt ihr die Dinge sich entwickeln lassen. Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an, was man zur rechten Stunde nicht getan?“

Emanuel Geibel

„Helmut Kohl pflegte seine anstehenden Probleme *auszusitzen*, Gerhard Schröder gab der *Politik der ruhigen Hand* den Vorzug und eure derzeitige Kanzlerin Angela Merkel favorisiert die *Politik der kleinen Schritte*. Alles Bullshit. Da sind Bush und Putin andere Kaliber. Die reden erst gar nicht lange herum, sondern handeln und erst danach gibt es einen knappen Kommentar. Ob die Mittel und Wege immer richtig sind, bleibt dahin gestellt. Aber was tun eure Politiker? Sie reden und reden und sagen doch nichts. Keiner von ihnen hat auch nur im Ansatz den Schneid und das Format eines *Staatsmannes*. Und nicht nur das, sie können einfach nicht zu ihren gemachten Fehlern stehen. Wenn etwas schief gegangen ist - was die Regel ist - werden Wind und Wetter dafür verantwortlich gemacht, nur sie selbst wollen nichts damit zu tun haben. Und dies ist das erbärmlichste Schauspiel auf der politischen Kinoleinwand. Die Zuschauer freuen sich auf eine gelungene und kostspielige Vorstellung, nur um einen drittklassigen Film in Fremdsprache zu sehen, der auch noch mit fehlerhaften Untertiteln belegt ist.“

Michaels Rhetorik war umwerfend und ich konnte nicht widersprechen: Die CDU machte die SPD für Fehler fertig, wofür die SPD aber nichts konnte, weil ja zuvor die CDU noch mehr Mist gebaut hatte, und eben diesen Mist hätte wegräumen können, wenn nicht die FDP dies verhindert hätte. Aber die FDP wollte ja nur helfen und stand versehentlich im Weg, weil die CSU den Mistkarren vergessen hatte. Sie hatte ihn aber gar nicht vergessen, sondern die CDU ließ die SPD wissen, daß die FDP einen

viel größeren Karren gekauft hätte, diesen aber an die SPD verliehen hätte. Davon wußte aber die SPD nichts und... Ach, wer blickte da noch durch? Wenn sie sich über nichts einig waren, so waren sie sich in einem stets einig. Der Erhöhung ihrer Bezüge und Diäten, die sie innerhalb einer Minute mit einem einzigen Handstreich durchwinkten und kassierten.

Hohe Tribute für keine Leistung schnitt man jedem aus den mageren Rippen, der sich nicht dagegen wehren konnte. Ging es jedoch darum, wer für dieses oder jenes soziale Projekt aufzukommen hatte, so entstand ein großflächiger Brand, den nur noch ein tropischer Monsun hätte löschen können. Nein, es war mehr als erbärmlich: Es war entwürdigend und niveaulos. Die Regierungschefs hatten sich selbst zum Hampelmann Europas gemacht, den niemand wollte. Ich kam zu der Meinung, daß wir solche Regenten so dringend brauchten, wie wir ein Loch im Kopf oder Fußpilz brauchten.

Was soll es, dachte ich und nahm mir einen Kaffee. Ich hatte bisher schon ein gutes Programm gehabt und war auf alles vorbereitet - so dachte ich. Aber das Leben liebt am meisten die Überraschungen, gegen die man am wenigsten gewappnet ist. Sandra setzte sich neben mich und Michael begann mit dem Außenministertreffen am *17. Juli 1990*: „In Ohio hatte US-Präsident Reagan schon Gespräche darüber geführt, ob und in welchem Rahmen Deutschland wieder als einheitlicher Staat hergestellt werden sollte. Die BRD und die DDR wurden da natürlich außen vorgelassen. Nach vielen Vorgesprächen schließlich kam es zur ***Außenministerkonferenz der Viermächte am 17. Juli 1990 in Paris.***

Teilnehmer dieser Gesprächsrunden waren:

1. Die USA durch den Außenminister James Baker III.
2. Frankreich durch den Außenminister Roland Dumas
3. Großbritannien durch den Außenminister Douglas Hurd
4. Die Sowjetunion durch den Außenminister Eduard Schewardnadse
5. Die *Bundesrepublik Deutschland* vertreten durch H. D. Genscher
6. Die *Deutsche Demokratische Republik* durch Markus Meckel

Die Konferenz wurde in drei Gesprächsrunden durchgeführt und erst in der dritten Gesprächsrunde nahm auch Polen durch den Außenminister Krzysztof Skubiszewski teil, in der auch ausschließlich polnische Angelegenheiten und Fragen behandelt wurden.

Ein Hauptproblem bestand in den Grenzverläufen zu Polen, also der Oder-Neiße-Grenze, welches überhaupt zum Treffen der sechs Teilnehmer führte. In vorangegangenen Gesprächen in Ohio, Bonn und Berlin wurde vereinbart, daß mit der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Möglichkeit der staatlichen Souveränität geschaffen werden sollte. Aus der offiziellen Presseerklärung am 18. Juli 1990 geht auch immer wieder klar hervor, daß es sich um die Schaffung eines vereinigten Deutschland und nicht um den Anschluß der DDR an die BRD handelte. So sprach Skubizewski:

„Wie Sie wissen hat Polen vor einiger Zeit vorgeschlagen und zwar auf Basis eines von uns vorgelegten Entwurfs mit Grenzbedingungen und anderen Merkmalen. Um die Dinge zu vereinfachen, konzentrierten wir uns jetzt lediglich auf die Frage der Grenzen, allerdings im Rahmen der Gesetzestexte und Verfassungen internationaler Gesetzgebung und der nationalen Gesetze von Deutschland und Polen...“

Genscher erklärte daraufhin, daß es die Absicht der Bundesregierung sei, nach der Wiedervereinigung wie sie die BRD für sich interpretiert, und dem Erhalt der Souveränität womit die BRD sich meint, einen Grenzvertrag mit Polen aufzusetzen, der dann dem Parlament des vereinigten Deutschland, womit die BRD den Bundestag meint, zur Ratifizierung vorgelegt werden solle. Die Viermächte waren sich der Problematik bewußt, es galt, die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für das vereinigte Deutschland auszusetzen, ohne jedoch die Regierungsgewalt über Deutschland zu verlieren. Wichtig hierbei war es, der BRD und der DDR die Möglichkeit zu entziehen, sich für ein Deutschland als Ganzes zu verstehen. Eine Aussetzung ist aber auch hier keine Aufhebung.

Die Vertreter der Viermächte waren sich einig, daß eben aus diesem Grunde die Gesetzgebung der BRD und der DDR ihren Zweck für die Dauer des Ost-West-Konfliktes erfüllt habe und das neue, vereinigte Deutschland sich selbst eine neue Verfassung zu geben habe. Genscher selbst will zu Beginn der Verhandlungen darauf hingewiesen haben, daß die Bestimmungen im Grundgesetz - welche sich auf die Wiedervereinigung beziehen - geändert oder gestrichen werden müsse, da sich der Sinn und Zweck des Grundgesetzes mit der Wiedervereinigung erfüllt hätte. In diesem Zusammenhang tönte Meckel großspurig:

„Die Verfassung ist natürlich das höchste Gesetzesgut eines jeden Staates. Lebenswichtig für die Souveränität des Landes. Es wird also nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine gewisse Anpassung der Verfassung von Nöten sein. Hier wurde auch die Präambel erwähnt. Artikel 23 um genauer zu sein, wird in Zukunft nicht mehr im deutschen Grundgesetz zu finden sein... Wir sind uns darin einig, daß die Inlandsgesetze selbstverständlich den internationalen Gesetzen und Verpflichtungen entsprechen müssen, es ist auch nicht notwendig, dieses in einem Vertrag ausdrücklich zu spezifizieren...“

Quelle: 18/07/1990 EU- 308

Da die Vorgaben der internationalen Rechtsprechung klar sind, reagierten vorab Baker und Schewardnadse: Die BRD und die DDR wurden aufgelöst. Wäre die BRD ein Staat mit eigener Verfassung gewesen, so hätte über die Streichung des Art. 23 Grundgesetz im Bundestag durch Volksentscheid entschieden werden müssen. In der DDR hätte es einer Volksabstimmung bedurft, um ihre Verfassung außer Kraft zu setzen. Nichts von alledem geschah, weil es nicht geschehen mußte. Der Besatzer hat das Recht, erlassene Gesetze usw. jederzeit wieder zu ändern oder sie aufzuheben und ist nicht rechenschaftspflichtig gegenüber dem Besetzten. Mit der Streichung des territorialen Geltungsbereiches der BRD verlor deren Gesetzgebung an Bedeutung, während mit der Auflösung der Staatsverfassung der DDR diese ebenfalls ihre Existenzberechtigung mit Ablauf des 17. Juli 1990 verlor. Es entstand ein neuer Status Quo, ein neues besatzungsrechtliches Mittel: Das vereinte Deutschland. Es wurde damit aber nur der Teil Deutschlands wieder zusammengeführt, wie er vor der Errichtung der BRD und der DDR unter der Rechtshoheit des Kontrollrats für Deutschland bestand.

Es entstand das, was schon 1948 hätte geschehen sollen: Die *wirtschaftliche Einheit* der Besatzungszonen der Westmächte unter US-Kontrolle mittels der D-Mark und der sowjetisch besetzten Zone, die die UdSSR damals zum Anlaß nahm, aus dem Alliierten Kontrollratsgebäude in Berlin-Tempelhof auszuziehen, was damit in die Teilung Deutschlands, in die besatzungsrechtlichen Mittel BRD und DDR, als auch in die Teilung der gemeinsam verwalteten Reichshauptstadt Berlin führte, woraus dann in der SBZ *Ost-Berlin* und in der Westzone *Land Berlin* entstand. Jedes Kind bekommt seinen Namen. Dieser zutiefst abnormale Zustand sollte nun wieder korrigiert werden.

Noch vor dem Mauerfall ließ der Kanzler der Einheit *Dr. Helmut Kohl* Honecker wissen, daß dieser die Mauer bitte nicht fallen lassen solle. Honecker selbst war auch nur eine Marionette und hatte dies nicht zu entscheiden. Das tat Gorbatschow, der wiederum auch nur übergeordneten Interessen gehorchte. Aus dem Nachlaß des verstorbenen russischen Übersetzers Nogorny geht hervor, daß Kohl und Genscher Gorbatschow beknet haben die Mauer zu belassen, da sonst - so Genscher wörtlich - *unser System nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre*. Solange es die BRD und die DDR gab, erzählten die selbstgefälligen Damen und Herren Bundesverfassungsrichter immer wieder in ihrer phantasiereichen Märchenstunde, daß die Deutsche Einheit das *oberste* Ziel bundesdeutscher Politik sei. Wir werden gleich sehen, wie wichtig sie ihnen wirklich war.“ Michael gab mir einen weiteren Auszug:

„Das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 und der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 änderte am Fortbestand des deutschen Staates nichts; beide Vorgänge erfüllten nicht einen völkerrechtlichen Tatbestand des Staatsuntergangs...

... der Umstand, daß die Spaltung Deutschlands nicht vom Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gedeckt ist. Vielmehr hält das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit...

... an dem Willen fest, die Spaltung Deutschlands auf friedliche Weise zu überwinden und die *volle staatliche Einheit* wiederherzustellen...”

Urteil BVGU 2 BVR 373/83 des Bundesverfassungsgericht von 1987, Seiten 23/24 und 30

Mr. Baker betonte, daß mit der Wiedervereinigung Deutschlands - also dem Deutschland als Ganzes - auch die *Wiedervereinigung Europas* verbunden sei. Denn mit der Wiederherstellung Deutschlands als *politische* Einheit in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 erhalte Polen seine gestohlenen Gebiete von *Belarus* zurück. Der Weg zur Europäischen Einheit wäre frei gewesen. Es wurde schließlich vereinbart, daß die nötigen Vorbereitungen dazu bis zum Gipfeltreffen der *Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* im November 1990 in Paris beendet sein sollen. Auf Einladung des sowjetischen Außenministers fand das nächste Treffen der Außenminister am 12. September 1990 in Moskau statt, wie es am 17. Juli 1990 schon verabredet war. Obwohl die DDR zu diesem Zeit-

punkt nicht mehr bestand, beschloß die Volkskammer der DDR am 23. August 1990 den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland:

Beschluß der Volkskammer über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1990

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht davon aus, daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind, die *Zwei-plus-Vier-Verhandlungen* einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt und die Länderbildung soweit vorbereitet ist, daß die Wahl in den Länderparlamenten am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann...“

„Es mußte offenbar eine heillose Panik unter den deutschen Vertretern nach dem 17. Juli 1990 ausgebrochen sein, denn wie ließe es sich sonst erklären, daß sich beide Seiten in bisher nie da gewesener Weise in trauter Eintracht zusammenfanden, wo sich doch beide Systeme bis aufs Blut über Jahrzehnte angefeindet hatten?“, fragte ich Michael.

„Da war mehr als Panik dahinter. Beide Seiten hielten ohne Rücksicht auf Verluste an ihren Annehmlichkeiten fest.“, antwortete er. „Vielleicht aus Gewohnheit? Sicher. Aber auch Druck aus gewissen Kreisen ließ sie das verkümmerte Rückgrat brechen. Den ersten Faustschlag ins Gesicht der Alliierten - dem noch viele folgen sollten - verpaßten sie ihnen mit dem *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands*, der auch unter *Einigungsvertrag* vom 31. August 1990 (BGBl 1990 II S. 885) bekannt ist. Er gliedert sich in Neun Kapitel und 45 Artikel sowie diverse Anlagen. Hier zuerst ein Auszug aus dem Einigungsvertrag der entscheidenden Artikel 1, 2, 3, 4, 5 und 8: “

„**Artikel 1 Länder:** Mit dem Wirksamwerden des Beitritts... gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. ... Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.“

„**Artikel 2 Hauptstadt, Tag der Deutschen Einheit:** Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach

Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden. Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.“

„Artikel 3 In Kraft setzen des Grundgesetzes: Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland... sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.“

„Artikel 4 Beitrittsbedingte Änderung des Grundgesetzes: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert: „Im Bewußtsein vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern... haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk Artikel 23 wird aufgehoben.

„Artikel 5 Künftige Verfassungsänderungen: Die Regierungen der beiden Vertragsparteien empfehlen den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere... mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung....

„Artikel 8 Überleitung von Bundesrecht: Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt in dem in Artikel 3 genannten Gebiet Bundesrecht in Kraft, soweit es nicht in seinem Geltungsbereich auf bestimmte Länder oder Landesteile der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist und soweit durch diesen Vertrag... nichts anderes bestimmt ist....“

„Und beide Seiten wußten, daß ihr Vertrag nichts wert war.“ stellte ich fest.

Anatoly übernahm für Michael, der offenbar einen wichtigen Anruf erhielt und ihn draußen annahm. „Aber natürlich. Heißt *Einigungsvertrag* etwa *Wiedervereinigungsvertrag*? Die BRD konnte doch nichts vereinen, da sie ja nie von etwas getrennt war, sondern ein geschlossenes Besatzungssystem der Westmächte war. Beide Seiten unterhielten die besten Taschentrickjuristen, die man für Geld kaufen konnte. Niemand wollte, das irgend etwas durchsickerte von dem, was wirklich hinter den Kulissen lief. Und das war eine Menge. Darum unterschlugen sie euch unter anderem auch die Protokollerklärung zum Einigungsvertrag der folgenden Wortlaut enthielt: ”

„Beide Seiten sind sich einig, daß die Festlegung des Vertrages unbeschadet der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung noch bestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes sowie der noch ausstehenden Ergebnisse der Gespräche über die äußeren Aspekte der Herstellung der Deutschen Einheit getroffen werden.“

Diese Aussage ist starker Tobak. Denn es heißt im Klartext nichts anderes als: *Ja, wir kennen genau den Unterschied der Deutschen Einheit im Sinne des Völkerrechts und der Deutschen Einheit, wie wir ihn verstehen wollen. Aber was immer die Alliierten darüber denken, interessiert uns nicht die Bohne. Schließlich sind wir wer und pfeifen auf sämtliche alliierte Beschlüsse.*

Sehen wir uns diese Artikel etwas genauer an, welche die beiden deutschen Seiten hinter eurem und unserem Rücken ausgehandelt hatten: In Artikel 1 werden die Länder genannt, die der BRD gem. Art. 23 GG am 3. Oktober 1990 beitreten werden, obwohl Artikel 23 am 18. Juli 1990 gar nicht mehr bestand. Berlin allerdings ist darin nicht aufgeführt. Statt dessen wird von einem Land Berlin gesprochen. Damit kann nur ein Bundesland Berlin gemeint sein, daß es aber nie gab und nicht gibt. Außerdem waren die neuen Länder zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gebildet. Sie entstanden erst am 14. Oktober 1990. Und zu den *neuen Ländern*: Die untergegangene BRD brachte es doch tatsächlich fertig, gleich zwei aufgelöste nationalsozialistische Reichsländer *Mecklenburg-Vorpommern* und *Sachsen-Anhalt* als *Bundesländer* zu errichten.

Diese Reichsländer wurden mit dem *SHAEF-Gesetz Nr. 1* deshalb aufgelöst, weil die nationalsozialistische Gesetzgebung aufgehoben wurde. Hitler schuf die beiden Reichsländer mit dem Gesetz der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 und dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934. Preußen blieb Republik innerhalb des Reiches, bevor es mit dem *Kontrollratsgesetz Nr. 46* am 25. Februar 1947 aufgelöst wurde. Preußen sollte als ein Reichsland Preußen weiter bestehen und nicht mehr. Warum war Preußen den Alliierten ein Dorn im Auge? Weil Hitler mit Hilfe des preußischen Staates Kriegsmaterialien entgegen des Versailler Vertrages kaufen konnte. Es war eine schallende Ohrfeige, die der Fuchs den Alliierten verpaßte.

In Artikel 2 wird Berlin als Hauptstadt Deutschlands genannt - aber den Bestimmungen der Alliierten nach, ist das besatzungsrechtliche Mittel der Westmächte Land Berlin *nicht* die Reichshauptstadt Groß-Berlin und

die BRD ist *nicht* Deutschland. Berlin ist und bleibt Reichshauptstadt und wird *keine* Bundeshauptstadt. Bonn ist nicht Berlin und Berlin ist nicht Bonn. Berlin erscheint nicht als Bundesland. Wir wissen ja, daß Berlin nicht mehr gemeinsam verwaltet werden konnte, als die Sowjets wegen der D-Mark-Sache die Nase voll hatten. Also mußte von den Westmächten etwas Neues aus der Taufe gehoben werden, das den Namen *Land Berlin* erhielt.

Artikel 3 spricht von einem Wirksamwerden des Grundgesetzes für den Teil Berlins, für den es bisher nicht galt - dem Sektor der sowjetisch besetzten Zone. Leider wurde von bundesdeutscher Seite dabei übersehen, daß das Grundgesetz für Berlin und das Land Berlin nicht bindend war und der Westteil Berlins *kein* Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland war. Somit hatte das Grundgesetz nie und zu keiner Zeit für Berlin Geltung. Zur Erinnerung hierzu habe ich einen Auszug der Berliner Verfassung vom 1. September 1950, wie sie die BRD am 23. November 1995 (GVBl. S. 779) nach der Einheit übernahm:

„Artikel 1: (1) Berlin ist ein deutsches Land und zugleich eine Stadt. (2) Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. (3) Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend.“

Die Absätze 2 und 3 wurden jedoch bereits im Bestätigungsschreiben vom 29. August 1950 der *Alliierten Kommandatura zur Verfassung von Berlin* zurückgestellt (BK/O): BK/O (50) 75 (VOBl.) VOBl. IS. 440):

„... Die Alliierte Kommandatura ordnet an:
Die Alliierte Kommandatura Berlin hat den ihr am 22. April 1948 vorgelegten Entwurf der Berliner Verfassung zusammen mit dem am 4. August 1950 seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen und am gleichen Tage zur Genehmigung vorgelegten Nachträgen und Abänderungen überprüft. Bei der Erteilung ihrer Zustimmung zu dieser Verfassung sowie zu den vorgeschlagenen Abänderungen derselben macht die Alliierte Kommandatura folgende Vorbehalte: Der Stadtregierung übertragene Befugnisse sind den am 14. Mai 1949 veröffentlichten Bestimmungen der *Erklärung über die Grundsätze* oder irgendwelchen Abänderungen derselben unterstellt. Absätze 2 und 3 des Artikels 1 werden *zurückgestellt*.

Artikel 87 wird dahingehend aufgefaßt, daß während der *Übergangsperiode* Berlin keine der Eigenschaften eines zwölften Landes besitzen wird. Ferner finden die Bestimmungen irgendeines Bundesgesetzes in Berlin erst dann An-

wendung, nachdem seitens des Abgeordnetenhauses darüber abgestimmt wurde und dieselben als Berliner Gesetz verabschiedet worden sind.“

Anatoly sah mich an und erwartete eine Reaktion. Ich war erst einmal baff. Ich mußte mich konzentrieren und versuchte eine grobe Zusammenfassung: „Mal sehen, ob ich das hinbekomme. Am 17. Juli 1990 trafen sich in Paris die vier Außenminister der Regierungen, welche die oberste Regierungsgewalt über Deutschland in den Grenzen von 1937 übernommen hatten: Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA. Dabei waren die Vertreter der BRD und der DDR. Es gab drei Gesprächsrunden, von denen Polen nur an einer teilnahm, in der es ausschließlich um polnische Interessen ging. Die dringlichste Frage dreht sich hierbei um Polens Grenze und die Deutschen Ost-Gebiete. Die Vertreter der Viermächte waren sich einig: Die Verfassung der DDR und das Grundgesetz der BRD hatten ihren Zweck erfüllt.“

„Stopp“, fiel mir Anatoly ins Wort. „Das Grundgesetz wurde nicht von der BRD erlassen, sondern *für* die BRD - daher heißt es Grundgesetz *für* die Bundesrepublik Deutschland und nicht Grundgesetz *der* Bundesrepublik Deutschland. Dieses Besatzungsprovisorium entsprang nicht dem freien Willen des Deutschen Volkes. Es war ein Diktat.“

„Du nimmst es aber sehr genau, wie?“

„Wir interpretieren hier nicht, sondern definieren. Das Interpretieren überlassen wir den Vertretern der BRD - und selbst dabei machen sie noch Fehler, ohne daß es ihnen die Schamesröte ins Gesicht treibt. Sie machen noch Fehler beim zusehen“, konterte er zurück.

Ich fuhr fort: „Die nötigen Vorbereitungen zur Einheit Deutschlands und Europas sollten bis zum November 1990 abgeschlossen sein. Das nächste Treffen der Außenminister fand am 12. September 1990 in Moskau statt. Das Datum gleicht dem Datum der Potsdamer Beschlüsse. Den Zeitraum vom Juli 1990 bis September 1990 nutzten beide Deutsche Seiten für sich aus und hintergingen damit wissentlich die Bestimmungen der Alliierten. So weit habe ich es verstanden.“

Anatoly setzte sich neben mich. „Die BRD und die DDR hatten den Auftrag, das Nötige für die Einheit zu tun. Der erste Schritt wäre gewesen, eine Nationalversammlung einzuberufen, damit das Volk darüber abstimmen kann, ob es die Weimarer Verfassung möchte, oder ob eine neue Verfassung ausgearbeitet werden mußte. Aber diese Nationalversammlung hätte unter Einbezug aller Deutschen im Gebiet von 1937 stattfinden müs-

sen. Mit einem Schlag hätte die Welt begriffen, daß die angeblichen Polen in den Deutschen Ostgebieten - jenseits der Oder-Neiße-Linie - weiterhin Deutsche waren und abstimmungsberechtigt sind.

Die Republik Polen selbst wäre mit der BRD an den Pranger gestellt und sehr wahrscheinlich gesteinigt worden. Denn wo bitte schön, blieb das Selbstbestimmungsrecht? Es blieb auf der Strecke. Jedenfalls war die Verfassung von Weimar die einzige Rechtsgrundlage für die Deutschen in einem Deutschland als Ganzes. Freilich gab es Übergangsfristen, nur hatten die BRD und die DDR sich nicht daran gehalten. Die letzte Frist zur Herstellung des vereinten Deutschland gemäß alliierter Vorgaben endete am 31. Dezember 1994. Über den angeblichen Beitritt der DDR zur BRD schmunzelten zu anfangs die Alliierten noch.

Aber ab dem *Einigungsvertrag* kam den Mächten der Verdacht auf, daß die Deutschen Verrat begehen würden. Die BRD und DDR befanden sich doch bereit auf Schmusekurs. Den entscheidenden Fehler machten die Deutschen, indem sie Berlin zur Hauptstadt Deutschlands erklärten und die BRD sich seit Anbeginn anmaßte, ganz Deutschland vertreten zu können. Aber noch immer waren die alliierten Bestimmungen voll in Kraft: Berlin war kein Bestandteil der BRD und würde es auch nicht werden. Berlin war und blieb die Hauptstadt des Deutschen Reiches. Die BRD versuchte immer wieder, Verträge zu ihren Gunsten zu brechen und tat es oft auch: So wurde zum Beispiel am 8. Oktober 1951 in einem Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister betreffend die Übernahme von Bundesrecht unter der Bezeichnung BK/O (51) 56 nochmals unmißverständlich mitgeteilt:

„(a) Das Abgeordnetenhaus von Berlin darf ein Bundesgesetz mit Hilfe eines Mantelgesetzes, das die Bestimmungen des betreffenden Bundesgesetzes in Berlin für gültig erklärt, übernehmen. (c) Das Mantelgesetz muß festlegen, daß alle Hinweise in den Bundesgesetzen, Verordnungen und Bestimmungen auf irgendeine Bundesstelle oder Bundesbehörde als Hinweis auf die zuständige Berliner Stelle oder Behörde ausgelegt werden sollen. 2. Diese Auslegung berührt Absatz 1 und 2 (a) und (b) der Anordnung BK/O (50) 75 in keiner Weise und ändert auch die verfassungsmäßige Lage Berlins nicht. Solange Artikel 1, Absatz 2 und 3 der Berliner Verfassung zurückgestellt sind, kann Berlin *nicht* als ein Land der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden.“

Dieses Schreiben sagt folgendes aus: Berlin darf Bundesgesetze als Berliner Gesetze übernehmen. Dennoch blieben Bundesgesetze ausschließlich Bundesgesetze und galten auch nur für den Bund. Wenn also die BRD ein Gesetz beschloß, so galt es nicht automatisch in Berlin. Berlin mußte dieses Gesetz erst als Berliner Gesetz übernehmen. Und erst dann galt es für Berlin - und auch nur für West-Berlin oder das Land Berlin, wie es offiziell hieß. Im Prinzip lieferte die BRD immer nur die Vorlagen. Aber beide - BRD und Berlin - blieben voneinander unabhängig. Diese Tatsache wurde nochmals am 8. Juni 1990 - also vor dem Außenministertreffen in Paris und dem vermeintlichen Beitritt der DDR - im Drei Mächte-Schreiben klargestellt: "

„... Die Haltung der Alliierten, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher *kein* Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin *nicht* von ihr regiert werden, bleibt unverändert.“

Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 08. Juni 1990 zur Aufhebung ihrer Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat. Veröffentlicht im BGBl. 1990, Teil I S. 1068

Ich nahm das Schreiben entgegen und las es noch einmal. Hier stand, daß die Drei Mächte nur ihre Vorbehalte aufgehoben hatten, die sich auf die Direktwahl der Berliner Vertreter bezogen. Bundesabgeordnete hatten in Berlin kein Stimmrecht, konnten von Berlinern nicht gewählt werden und waren von daher nur einfache Delegierte. Bonner Vertreter waren in Berlin nur Gäste. So weit, so gut. Aber dieses Schreiben hatte noch zwei Aussagen: Nämlich, daß die Westsektoren nach wie vor weiterhin bestanden und weiterhin nicht von der BRD regiert werden durften. Das war harter Stoff. Ich konnte nur daraus schlußfolgern, daß die BRD Berlin ebenfalls annektiert hatte, wie mir Anatoly bestätigte:

„Die Hauptstadt der *alten* Bundesrepublik war Bonn. Die Bonner Vertreter schlossen also daraus, daß sie von Bonn aus keine Handhabe über Berlin hatten. Also lag es für sie nahe, nach Berlin zu marschieren, Berlin zu einem Land Berlin zu machen, für das nun das Grundgesetz Geltung hatte, aber dennoch kein Bestandteil der BRD sein würde und handelten dann ganz in ihrem Sinne und gegen das eigene Volk schließlich von Ber-

lin aus. Auf den ersten Blick war das sehr clever - nur verliert die BRD mit ihren selbst geschaffenen Widersprüchen den Überblick. Also noch einmal: Die BRD war nur ein organisiertes Staatsfragment der Westmächte und war und ist weder das vereinte Deutschland, noch Deutschland als solches. Ein Staatsfragment kann nicht über ein ganzes Land bestimmen. Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches - also Deutschlands - und kann für Deutschland keine völkerrechtlichen Verträge schließen. Berlin als neutraler Boden steht weiterhin unter Fremdverwaltung der Westmächte. Die Bestimmungen der Alliierten über oder hinsichtlich Berlins und Deutschland als Ganzes haben weiterhin uneingeschränkt Gültigkeit.“

„Und der Irrglaube, Berlin von Berlin aus mit bundesdeutscher Gesetzgebung zu regieren, war ein Schuß in den Ofen.“ bemerkte Michael. „Denn es ging ja nicht darum, von wo aus regiert werden würde, sondern über was. Die aggressive Annexion Berlins durch die Bundesdeutschen änderte ja nichts an den Beschlüssen. Im Gegenteil: Damit hat die BRD wiederholt Kriegs-, Besatzungs- und Menschenrechte gebrochen. Mit dieser Handlung erklärte sie sich selbst offiziell zu Kriegsverbrechern und Terroristen und wurde dadurch selbst zum Feind der Siegermächte. Und wenn die USA es wollen, wird sie ein zweites Nürnberg einberufen, welches dem ersten Militärtribunal in nichts nachstehen wird. Ein Grundsatz des Völkerrechts bleibt immer bestehen: Was in der eroberten Hauptstadt eines Staates gilt, gilt für den gesamten Staat. Der Versuch einer Eroberung Berlins seitens der BRD gelang faktisch, aber nicht rechtlich.

Und somit steht ihr schlechter da als am Anfang. Mit Berlin steht und fällt Deutschland - und das befindet sich jetzt noch tiefer am Boden. Es kriecht weiterhin auf erbärmliche Art und Weise auf dem Bauch und hat keine Chance, sich wieder vernünftig auf die Beine zu stellen. Gegen die gegenwärtige Situation sind der *Versailler Vertrag* und das *Nürnberger IMT* für euch ein Gute-Nacht-Märchen für Klein-Suse am Vorabend des ersten Kindergartentages. Man braucht nicht viel Phantasie um festzustellen, daß die BRD erpreßbar ist und erpreßt wird: Die USA hätten nicht das geringste Problem damit, Berlin erneut zu besetzen und die bundesdeutschen Verbrecher als Terroristen zu verhaften, sollte sich die BRD nicht den Wünschen der USA beugen.

Oder war der Irak ein Problem für die US-Neocons? Nein. Deshalb schreit die BRD nach der EU-Verfassung, die jetzt *Grundlagenvertrag* heißen soll; deshalb sind über 70.000 US-Soldaten in Deutschland weiter-

hin stationiert; deshalb gleicht die US-Botschaft in Berlin einer Festung - und deshalb wird die BRD bis zum Tag X zu Kreuze kriechen, damit das bundesdeutsche Lämmervolk von den Fakten nichts erfährt.“

Michael machte eine längere Pause, um mir Gelegenheit zu geben, das Gehörte zu verdauen. Nach den Gesetzen der Logik hatte sich die BRD selbst zum Kriegsgegner erklärt. Ich machte mir nun ernsthafte Sorgen, was in Zukunft aus Deutschland werden sollte. So wie die Dinge standen, waren wir nichts weiter als Sklaven, die auf Gedeih und Verderb unseren Herren ausgeliefert waren, davor konnte ich meine Augen nicht verschließen. Die BRD war der Sklaventreiber und die USA waren der Massa, der Obermottz und Hausherr, der nach Gutdünken über Strafen entscheiden konnte. Jetzt endlich begann ich die verheerende Situation zu verstehen. Die BRD konnte gar nicht anders handeln, als sie es tat. Sie hatte sich und ungefragter Weise uns in eine Situation gebracht, die mehr als gefährlich war. Was würde passieren, wenn diese Tatsachen ans Licht kämen? Würden dann auch bei uns Autos, Gebäude und Straßenzüge brennen? Würden die Menschen unsere Politiker lynchen? Würde der Reichstag erneut brennen? Wenn es soweit kommen würde, dann träte sofort das unmittelbare Kriegsrecht der USA in Deutschland in Kraft. Mir lief das Szenario wie ein Film vor meinem inneren Auge ab. Wußten die Mächtigen, daß früher oder später die Wahrheit ans Licht käme? Sicher, sie wußten es. Und weil sie es wußten, wappneten sie sich für den Ernstfall. Mit Kameras an öffentlichen Plätzen, biometrischen Ausweisen, Verschärfungen von Strafen und bedrohlichen Einschnitten in unsere Grundrechte, die gewollte Verteuerung von Sprit und Lebensmitteln.

Es war bald soweit, daß es uns unmöglich gemacht werden würde, zu fliehen oder sich zu verstecken. Reisen würden wegen Geldmangel fast nicht mehr möglich sein. Es schien, als wollte man die Herde unter scharfen Kontrollen beisammen halten. Die Polizei würde nicht mehr viel ausrichten können und so würde die Bundeswehr erhalten müssen. Die ständige Diskussion, ob die Bundeswehr als Berufsarmee im Inland eingesetzt werden solle oder nicht, machte jetzt Sinn. Und sollte nicht die Bundeswehr eingreifen, so würde sich sicher die EU in irgendeiner Weise einschalten. Mich beschlich Furcht bei dem Gedanken, es könne in absehbarer Zeit zu einem Bürgerkrieg kommen. Und einmal mehr würde die Welt uns Deutsche als unbelehrbar und gewalttätig denunzieren. Die Konflikte in Deutschland würden sich auf Europa ausdehnen. Mir fiel das Zitat ein, das

ich vor längerem las: *Volk steh auf und Sturm brich los*" Ich war mir sicher, daß nach diesem Sturm kein Stein mehr auf dem anderen der Kathedralen der Mächtigen stehen würde.

Anatoly gab eine Runde Zigaretten aus und fuhr fort: „Artikel 4 des Einigungsvertrages sagt aus, daß die Präambel sowie der Artikel 23 des Grundgesetzes geändert werden. Mit Ablauf des 17. Juli 1990 gab es aber nichts mehr, das man hätte ändern können. Und die Streichung des besagten Artikels wäre spätestens mit der Verkündung der angeblichen Aufhebung des Artikels 23 durch die BRD im Bundesgesetzblatt am 28. September 1990 in Kraft getreten, wie es auch im BGBl. 1990, Teil II S. 850, 890 bekannt gemacht wurde. Der angebliche *Beitritt* fand aber erst am 3. Oktober 1990 statt. Trotzdem beschloß das Abgeordnetenhaus von Berlin am 8. Juni 1995 die Berliner Verfassung, der die Berliner Bevölkerung per Volksabstimmung zugestimmt haben soll. Nur kann keine Bevölkerung etwas beschließen, da eine Bevölkerung eines Gebietes alles umfaßt: Einheimische, Touristen, Fremd- und Saisonarbeiter usw. Einen Beschluß kann nur ein Volk treffen, also das Staatsvolk. Der Begriff *Volk* ist demnach ein völkerrechtlicher Terminus für Staatsvolk oder Staatsangehörige. Jedenfalls fehlen vom 28. September bis zum 3. Oktober also immer noch fünf volle Tage.“

Ich stieß die Luft aus. Ich konnte verstehen, warum Anatoly Staats- und Völkerrecht an Schulen forderte. „Laß dich nicht von den Zahlen verwirren" bat mich Anatoly. „Sie tun erst mal nichts zur Sache. Nachdem also die erloschenen Gebilde BRD und DDR gemeinsam alle Rechte gebrochen hatten die man brechen konnte, trafen sich die Vier Mächte und die beiden Vertreter der BRD und DDR in Moskau. Deutschland sollte nach dem Willen der Alliierten seine volle staatliche Souveränität nach innen und außen zurück erhalten, wie es in der Nachkriegszeit ohne wenn und aber von ihnen selbst offiziell festgelegt wurde.

Völkerrechtliche Voraussetzung hierfür aber war, daß Deutschland in seinen Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden mußte, wofür das vereinte Deutschland lediglich die Vorbereitung hierfür war. Voraussetzung hierfür wiederum war, die BRD und DDR aufzulösen, die ihren Zweck erfüllt hatten. Das geschah auch, nur wollten beide das einfach nicht wahr haben und anerkennen. Wie wir aber gelernt haben, können Teile eines Ganzen nicht für ein Ganzes zeichnen und noch weniger darüber bestimmen.

Also wurden beiden Regierungen gewisse Fristen eingeräumt, um die Vorgaben der Alliierten in ihrem Sinne umzusetzen. Und jetzt kommt es: Der so genannte *2-plus-4-Vertrag*, also zwei deutsche Fragmente und die Viermächte, heißt offiziell *Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland* und eben nun mal nicht *Vertrag über die abschließenden Regelungen hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland (BGBl II, S. 1318)* und wurde am 12. 09. 1990 beiden deutschen Seiten in Moskau durch die Viermächte lediglich zur Kenntnis übergeben, die sie dann unterzeichnen durften - und mehr nicht. Mit dieser Kenntnisnahme war es der BRD oder der DDR nicht möglich, als vermeintlicher Rechtsnachfolger des Staates Deutsches Reich das Eigentum des Reiches zu erwerben, noch welches zu veräußern oder gar darauf zu verzichten, da es noch immer der Beschlagnahme unterliegt.

Doch was tat die BRD? Sie zerschlug Volks- und Staatseigentum im Namen der privaten *Treuhand*, welche von korrupten Politikern gegründet wurde, und verkaufte alles, um die Schulden bezahlen zu können, die ihnen ein angenehmes Leben ermöglichten. Nur weiß heute keiner so recht, wohin die Gelder geflossen sind. Der *Aufbau Ost* war ein Trick, sich selbst die Taschen voll stopfen und auf geheime Konten in Liechtenstein und sonst wo deponieren zu können. Das war mit der Grund, weshalb die USA 3.500 Tonnen Gold nach New York in die *Federal Reserve Bank* verbrachte, das sich bis dahin im Besitz der BRD befand. Die USA wußten, daß von dem Gold nicht lange etwas übrig bleiben würde. Nur sind alle Handlungen der BRD betreffend das Reichsvermögen, durch die *SHAEF-Gesetze* verboten, wie wir noch sehen werden.

„Man kann wirklich nicht behaupten, die Alliierten seien auf den Kopf gefallen“, kommentierte ich, während Anatoly fortfuhr:

„Auf den Kopf gefallen sind andere - und die saßen erlaubter Weise in Bonn und Ost-Berlin, sitzen heute verbotenerweise in Berlin und irgendwann gewünschter Weise auf einer Anklagebank eines US-Militärgerichts. Aber machen wir weiter mit dem Vertrag, der allen als *Friedensvertrag* verkauft wurde: Dem von bundesdeutscher Seite genannten *2-plus-4-Vertrag*. Offiziell heißt dieser: *Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*, vom 12. September 1990. In diesem Vertragswerk wird genau definiert, für wen dieser Vertrag in Kraft tritt. Mit keinem einzigen Wort wird darin erwähnt, daß der Vertragsnehmer die Bundesrepublik Deutschland, Deutschland oder die Deutsche Demokratische Republik

ist. Es ist ausschließlich von einem vereinten Deutschland die Rede. Des Weiteren ist bereits im Artikel 1 genau definiert, daß das vereinte Deutschland die Gebiete der BRD, der DDR und ganz Berlins umfaßt. In Satz 4 des Artikel 1 ist auch klar geregelt, daß die Regierungen der BRD und der DDR sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland gewisse Bestimmungen enthält. Damit ist gesagt, daß *ausschließlich* das vereinte Deutschland rechtmäßiger Vertragsnehmer ist, das die BRD und die DDR zur Kenntnisnahme unterschrieben haben. Die *erweiterte* BRD konnte diesen Vertrag nicht ratifizieren.

Quelle: BGBl. 1990 Teil II, S. 1317 ff

Diese Ratifikation hätte nur das *vereinte Deutschland* vornehmen können, dessen Regierung aus freien Wahlen hervorgegangen und deren Rechtsgrundlage eine Verfassung gewesen wäre. Im Vertrauen darauf sicherten die Alliierten zu, alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufzulösen und die Rechte und Verpflichtungen in Bezug auf Berlin und Deutschlands als Ganzes zu beenden. Es war ein Zugeständnis an das Deutsche Volk, gemäß des Selbstbestimmungsrechts der Völker unter Beachtung des Völkerrechts, seine Zukunft selbst in die Hand nehmen zu können. Um jedoch seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zu erhalten, hätte sich das vereinte Deutschland entsprechend der *Drei-Elemente-Lehre* verhalten müssen. Wie wir wissen, geschah dies nicht. Der Vertrag trat nicht in Kraft, da das vereinte Deutschland nicht hergestellt wurde und nicht identisch mit der BRD oder der DDR ist. Zu groß war wohl die Gier, mit der dann schlußendlich das Vertrauen der Alliierten in die Redlichkeit der Bonner Vertreter verspielt wurde. Die BRD und die DDR lechzten einfach danach, daß die vier Besatzungszonen endlich an Wirksamkeit verlören. Was steht denn so in diesem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland?

„Artikel 1 (1): Das *vereinte Deutschland* wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des *vereinten Deutschland* ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das *vereinte Deutschland* und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag...

Artikel 7 (2): Das *vereinte Deutschland* hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 8 (1): Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das *vereinte Deutschland*. Dieser Vertrag gilt daher für das *vereinte Deutschland*. (2) Die Ratifikations- oder Annahmehandlungen werden bei der Regierung des *vereinten Deutschland* hinterlegt...”

Nochmals zur Erinnerung: Völkerrechtliche Verträge lassen keinen Raum für Interpretationen. Weder ist die BRD noch die DDR mit dem vereinten Deutschland gemeint. Wäre die BRD mit dem vereinten Deutschland gemeint, so wäre der Vertrag in etwa so abgefaßt worden:

„Artikel 1 (1): Die Bundesrepublik Deutschland bildet mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik das Vereinte Deutschland und wird den Namen Vereinte Bundesrepublik Deutschland tragen. Die Außengrenzen der Vereinten Bundesrepublik Deutschland werden die der Bundesrepublik Deutschland, der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und Groß-Berlins umfassen. Diese Grenzen werden endgültig sein und von der Vereinten Bundesrepublik Deutschland bestätigt. (2) Die Vereinte Bundesrepublik Deutschland und Polen bekräftigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag und anerkennen ihre Territorien... Artikel 7 (2): Die Vereinte Bundesrepublik Deutschland erhält demgemäß ihre volle staatliche Souveränität.

Artikel 8 (1): Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch die Vereinte Bundesrepublik Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für die Vereinte Bundesrepublik Deutschland. (2) Die Ratifikations- oder Annahmehandlungen werden bei der Regierung der Vereinten Bundesrepublik Deutschland hinterlegt...”

Steht es etwa so im Vertrag? Nein. Dieser Vertrag galt für das vereinte Deutschland und mußte vom vereinten Deutschland auch ratifiziert werden, das aber nicht hergestellt wurde. Und was passierte? Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte ihn. Das bedeutet? Da dieser Vertrag für das vereinte Deutschland galt, er aber von der BRD ratifiziert und dann noch dazu von Deutschland verkündet wurde, trat er nie in Kraft. Das ist ein Tatbestand der Urkundenfälschung. Es gibt kein *vereintes Deutschland*, keinen Friedensvertrag und somit ist dieser Vertrag mehr als hinfällig. Es gibt nur die kriminelle Organisation BRD ohne jegliche Rechtsgrundlage, die sich auf ein erloschenes Grundgesetz beruft und Willkür betreibt. Die

BRD hat einen Grenzvertrag bestätigt, den sie nicht bestätigen konnte. Denn mit welchem Recht? Sie konnte nichts, aber auch gar nichts unterzeichnen, sondern lediglich alliierte Vorgaben umsetzen. Und am wenigsten von allem konnte und kann sie einen Friedensvertrag abschließen. Den Beweis zum *fehlenden* Friedensvertrag liefert uns hier das *Bundeskanzleramt-Protokoll Nr. 354 B II* zu den Verhandlungen in Paris:

„Die Bundesrepublik Deutschland stimmt der Erklärung der Vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse und Umstände *nicht* eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung *nicht* beabsichtigt sind.“

Und mit einer sensationellen Meldung machte 2001 die britische Zeitung *Sunday Telegraph* auf: „Deutschland in Geheimgesprächen, um Königsberg zurückzuerlangen“. Deutschland, so hieß es in dem nicht unterzeichneten Artikel, habe eine Geheiminitiative entwickelt, um die wirtschaftliche Dominanz über das Königsberger Gebiet zu erhalten. Als Gegenleistung wolle man angeblich auf die Rückzahlung der russischen Schulden von umgerechnet 70 Milliarden Mark verzichten, so das Blatt.

Nicht ohne einen stark beunruhigten Unterton fährt das britische Blatt fort, wenn solche Vorschläge verwirklicht werden sollten, würde dies Deutschland zum dominierenden Wettbewerber *in seinem früheren Stützpunkt* Ostpreußen machen. Die Zeitung macht ebenfalls auf die Tatsache aufmerksam, daß bislang jedwede öffentliche Diskussion über Ostpreußen bislang politisch und diplomatisch *tabu* gewesen sei. Dies sei insbesondere deshalb interessant, so das Londoner Blatt, weil Deutschland das Jahr 2001 offiziell zum Preußenjahr erklärt habe und inzwischen angeblich den von den Alliierten 1946 aufgelösten Staat einer umfassenden Neubewertung unterziehe.“

Quelle: „Das Ostpreußenblatt“ vom 3. Februar 2001

Mir war das jetzt zuviel und ich brauchte einen Kaffee mit Scotch. „Aber das Beste ist“, erklärte Anatoly weiter, „daß die BRD höchst selbst ein Dokument anerkennen mußte, das ihr am 25. *September 1990* vorgelegt wurde. In der Präambel - also einem Vorspruch, der einem Gesetzestext vorangestellt wird - steht folgendes: ... *In der Erwägung, daß es notwendig ist, hierfür in bestimmten Bereichen einschlägige Regelungen zu vereinbaren, welche die deutsche Souveränität in Bezug auf Berlin nicht*

berühren... Welche die letztlich *nicht* vorhandene deutsche Souveränität in Bezug auf Berlin nicht berühren, bedeutet hier nichts geringeres, als daß Berlin nichts mit der BRD und deren Grundgesetz zu tun hat. Diese Bestimmung stammt nämlich aus dem *Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin*. Zwar wurde das *Übereinkommen* im *BGBI. 1990 Teil II, S. 1274 ff* auch als *Berlinübereinkommen* veröffentlicht, aber dennoch vor der Öffentlichkeit totgeschwiegen. Ein Erdbeben oder ein Beben in der BRD der Stärke 11 auf der Richterskala hätte wohl weniger Unheil angerichtet, als wenn die nicht vorhandene Bundesregierung zugegeben hätte, daß alles, was sie dem Deutschen Volk bis hierhin verkaufte, keinen müden Pfennig wert war.



Die vier weiterhin fortgeltenden Besatzungszonen Berlins der Viermächte

„**Artikel 1 (1):** Der Ausdruck *alliierte Behörde*, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt a) den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der drei Staaten, die Militärgouverneure der drei Staaten, die Streitkräfte in Deutschland sowie Organisationen und Personen, in deren Namen Befugnisse ausgeübt oder - im Fall internationaler Organisationen

(und der Mitglieder der Organisationen) - mit deren Ermächtigung gehandelt haben, sowie Hilfsverbände anderer Staaten, die bei den Streitkräften gedient haben; b) die Alliierte Kommandantur Berlin, die Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors von Berlin sowie Einrichtungen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt haben.

(2) Der Ausdruck *alliierte Streitkräfte*, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt (a) die in Absatz 1 bezeichneten alliierten Behörden, soweit sie in oder in Bezug auf Berlin tätig waren; (b) Angehörige der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin; (c) nicht-deutsche Staatsangehörige, die in militärischer oder ziviler Eigenschaft bei den alliierten Behörden Dienst getan haben; (d) Familienangehörige der unter den Buchstaben b und c aufgeführten Personen und nicht-deutsche Staatsangehörige, die im Dienst dieser Personen standen...“

Wir sehen, daß es den Alliierten wichtig war, gleich zu Beginn den selbsternannten Deutschen Vertretern klar zu machen, wer und was die *Alliierten Behörden* und die *Alliierten Streitkräfte* sind. In Artikel 1 Absatz 4 erklären die Dreimächte:

„Soweit in diesem Übereinkommen auf das Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte Bezug genommen wird, ist dies als Bezugnahme auf die Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte oder, wenn *keine* Suspendierung erfolgt, das Inkrafttreten des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland zu verstehen.“

Gehen wir näher auf das Juristendeutsch ein und übersetzen diesen Text für den Normalsterblichen. Wenn sich also die BRD auf die Unwirksamkeit der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Besatzungszonen beruft, so bedeutet *Unwirksamkeit* lediglich eine Suspendierung der Rechte und Pflichten der vier Besatzungsmächte. Eine Suspendierung ist keine Aufhebung. Was bedeutet *Suspendierung*? Nun, eine Besatzungsmacht kann von ihrer Regierung für geraume Zeit von ihren Besatzungspflichten entbunden werden. Sie behält aber dennoch den Status der Besatzungsmacht bei, sie darf in dieser Zeit nicht aktiv als Besatzungsmacht auftreten und/oder als Besatzungsmacht ohne Erlaubnis ihrer Regierung handeln oder sprechen. Sie bleibt rechtlich noch immer Besatzungsmacht. Diese Suspendierung kann aber jederzeit wieder aufgehoben werden. Damit wäre sie wieder aktive Besatzungsmacht im Namen ihrer Regierung. Doch hier geht es um alle vier Besatzungsmächte.

Diese Suspendierung jedoch erfolgt erst und nur dann, wenn der so genannte *2-plus-4-Vertrag* in Kraft tritt. Aber wie wir sahen, konnte dieser Vertrag nicht in Kraft treten, weil er nicht vom vereinten Deutschland unterzeichnet wurde. Die BRD hatte diesen Vertrag nur zur Kenntnis mit ihrer Unterschrift zu nehmen und keinerlei Anspruch. Damit verpflichtete sie sich völkerrechtlich zur Herstellung des vereinten Deutschland. Das tat sie aber nicht und somit trat der Vertrag niemals in Kraft, da der Vertrag ausschließlich für das vereinte Deutschland galt, welches aus freien Wahlen auf der Grundlage der Weimarer Verfassung entstehen konnte.“

„Ich erinnere mich“, warf ich ein.

„Fein. Artikel 2 sagt aus, daß sämtliche Rechte und Verpflichtungen der alliierten Behörden, die in Berlin gesetzlich, gerichtlich und verwaltungstechnisch festgestellt wurden und sich auf Berlin beziehen, in jeder Hinsicht voll in Kraft bleiben. Diese Rechte und Pflichten gelten wie Deutsches Recht. Dies gilt auch für künftige Beschlüsse der alliierten Behörden. Somit ist Berlin nicht souverän und behält weiterhin seine Besatzungssektoren. Und so liest sich das für den Juristen: “

„Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der *alliierten Behörden* in oder in Bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.“

„Und weil das Beste immer zum Schluß kommt“, führte Michael weiter aus, „steht in Artikel 4 nichts anderes, als daß alle Urteile und Entscheidungen der alliierten Behörden ebenfalls wie Deutsche Gesetze zu behandeln sind. Dies schließt die Kriegsschuld Deutschlands ein; die Zahlung von Reparationen; die fortbestehende Hoheits- und Regierungsgewalt über Deutschland als Ganzes durch Frankreich, Rußland, Großbritannien und die USA. Im Klartext: Alles bleibt genau so bestehen, wie es seit 1945 bestand. Es muß spätestens jetzt jedem Blinden klar sein, daß die BRD eine Luftnummer ist, auch wenn sie sich nach innen und außen als Staat präsentieren möchte. Sie erfüllt schlicht und ergreifend den Tatbestand

einer Diktatur, die von privaten aber gut organisierten Tätern geleitet wird. Und so sieht der Artikel 4 aus: "

„Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die *alliierten Behörden* oder durch eine derselben eingesetzten Gericht oder gerichtlichen Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in Bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.“

„Wenn hier also von *allen* Rechten und Verpflichtungen, *allen* Urteilen und Entscheidungen der Alliierten die Rede ist, dann sind auch wirklich *alle* damit gemeint. Also *ohne* jegliche Ausnahme alle Gesetze, Beschlüsse, Anordnungen, Befehle und dergleichen, die jemals von den Alliierten in Berlin, hinsichtlich oder in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes beschlossen wurden oder noch beschlossen werden.“ Michael war fast außer Atem und gönnte sich ein Glas Wasser. Ich hatte aufmerksam zugehört und mir Notizen gemacht.

„Wie wir sehen“, faßte ich zusammen, „hat sich an der Haltung der Alliierten bis heute nichts geändert. Wenn nun also Berlin *kein* Bestandteil der BRD ist, was in Gottes Namen hat dann die Bundeswehr samt Kreiswehrrersatzamt auf Berliner Boden verloren, wenn dieser besatzungsrechtliche Status weiterhin fort gilt? Nichts. Und da das so ist, sind Einberufungsbescheide zum Wehrdienst in Berlin auch weiterhin verboten. Ein Berliner konnte ja deshalb nicht vor der Wende zur Bundeswehr einberufen werden, weil Berlin kein Bundesland der BRD war. Bundesgesetze haben nach besatzungsrechtlichen Vorgaben nach wie vor keine Gültigkeit in der Reichshauptstadt Berlin. Besatzungsrecht geht nun mal allen Rechten vor.“

Anatoly übernahm wieder: „Des Weiteren gibt es drei Arten des Besatzungsrechts: Befristet, aufgehoben und geltend. Entweder kennen Bundesbeamte, Bundespolitiker und dergleichen tatsächlich nicht den Unterschied zweier verschiedener Rechts-Ordnungen, oder sie setzen sich einfach darüber hinweg: So schreibt beispielsweise W. Boehm-Tettelbach - Vizepräsident des Bundesamtes für Wehrverwaltung - in seiner Einführung des Wehrpflicht- und Soldatenrechts vom 1. Juli 1994: "

„Mit dem Beitritt der DDR und Ost-Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 3.10.1990 und dem Wegfall der Vorbehaltsrechte der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf Berlin ist das Wehrrecht der Bundesrepublik Deutschland auch im Land Berlin und in den fünf neuen Bundesländern in Kraft getreten. Damit gelten die in dieser Ausgabe abgedruckten Gesetze und Verordnungen nunmehr in ganz Deutschland.“

Ich war nun in Fahrt gekommen: „Es ist nicht zu glauben, daß ein Vizepräsident des Bundesamtes für Wehrverwaltung nicht den Unterschied der Viermächte und der Vier Mächte kennt und zudem den Wortlaut des Berlinübereinkommens nicht begriffen hat oder nicht begreifen will. Noch dazu ist nicht von einem Wegfall der Vorbehaltsrechte der Siegermächte, sondern von einer Aussetzung der Vorbehaltsrechte der Vier Mächte die Rede. Eine Aussetzung ist etwas völlig anderes als ein Wegfall.“

„Genau so ist es“, bestätigte Michael. „Diesen Text hat ein hochrangiger und gut bezahlter Bundesbeamter verfaßt, dem man ein fundiertes Wissen über zumindest grundlegende Züge des Kriegs- und Besatzungsrecht zutrauen muß. Aber was kann man schon erwarten? Wir wurden alle hereingelegt. Es stellt sich nur die Frage, wer wirklich dahinter steckt und wer die Schweinerei deckt. Die Vorbehaltsrechte der Alliierten wurden mit Ablauf des 2. Oktober 1990 nicht *aufgehoben*, sondern direkt den Vier Regierungen USA, Frankreich, Rußland und Großbritannien übertragen. Die *Besatzer und Kontrolleure vor Ort* waren nicht mehr notwendig. Ab dem 3. Oktober 1990 nahm jeder bundesdeutsche Kanzler die Befehle direkt und ohne Umwege von den vier Regierungen entgegen.“

Ich verstand. Mir war nur schleierhaft, weshalb der 3. Oktober als der *Tag der Deutschen Einheit* bestimmt wurde. Diese Frage beantwortete Michael. „Das hängt mit der Erklärung der Außenminister der Viermächte zusammen, die am 1. Oktober 1990 in New York zusammentraten. Sie bezogen sich auf den von bundesdeutscher Seite genannten *2plus4-Vertrag* - jenen Vertrag also, in dem es um die Herstellung des vereinten Deutschland ging. Wie wir aus dem Vorausgegangenen aber sahen wurden die Vorgaben nicht umgesetzt. Die Erklärung selbst heißt offiziell:

Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier Mächte-Rechte und - Verantwortlichkeiten

Die Aussetzung, die aber nicht stattfand, hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierungen... vertreten durch ihre Außenminister, die am 1. Oktober 1990 in New York zusammengetroffen sind, unter Berücksichtigung des am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, der die Beendigung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes festlegt, erklären, daß die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland *ausgesetzt* ist. Als Ergebnis werden die Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte *ab* dem Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands ebenfalls *ausgesetzt*. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch ihren Außenminister und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, vertreten durch ihren Minister für Bildung und Wissenschaft, nehmen diese Erklärung zur *Kenntnis*.“

Quelle: BGBl. 1990 Teil II, S. 1317ff

Und wieder hatten die BRD und DDR diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. Sie hatten also kein Wörtchen mitzureden. Die *Aussetzung* der Rechte und Verantwortlichkeiten seitens der Vier Mächte war und ist lediglich eine temporäre und kann jederzeit durch die Viermächte ebenfalls wieder *ausgesetzt* werden. Sie wurden nie endgültig aufgehoben. Helmut Kohl und Konsorten nahmen diese Erklärung zum Anlaß der Beteuerung, daß Deutschland wieder vollständig souverän sei. Die Erklärung selbst trat nie in Kraft. Du weißt jetzt, warum.“

Ich war so vertieft in Anatolys und Michaels Ausführungen, daß ich Sandras Abwesenheit nicht wahrnahm. Sie war bereits auf dem Weg, um sich fürs Abendessen frisch zu machen. Wir drei beschlossen, es ihr gleich zu tun und trafen uns im Speisezimmer. Beim Essen unterhielten wir uns angeregt über die US-Politik, wobei ich allmählich das Gefühl hatte, Michael sei ein Datenspeicher auf zwei Beinen. Sandra und ich zogen uns an diesem Abend früh zurück. Wir wollten uns bei einem Film entspannen, aber - nun ja, wir kamen nicht soweit und schliefen eng umschlungen ein.

In dieser Nacht plagten mich Alpträume: Ich sah Uniformierte Straßensperren errichten, an denen allen Personen ohne einen speziellen Ausweis der Durchgang verwehrt wurde. Militärfahrzeuge sperrten großräumig ganze Straßenzüge und ständig wurde den Menschen per Megaphon mitge-

teilt, in den Häusern zu verbleiben. Die Nachrichten sprachen vom Ausnahmezustand und davon, daß US-Truppen Berlin abgeriegelt hätten, während im Hintergrund der Reichstag lichterloh in Brand stand. Die Menschen waren in Panik, weil keiner begriff, was vor sich ging. Es wurde von Plünderungen berichtet und von ersten Toten. Aktienkurse fielen ins Bodenlose. Die NATO befand sich im Alarmzustand und schickte ihre Flotte in den Atlantik und ins Mittelmeer.

Die EU war handlungsunfähig. Vor Wien standen russische Truppen, während in Moskau Attentate verübt wurden, die einige Kreml-Mitglieder das Leben kostete. Ost- und Westeuropa befand sich in hellem Aufruhr - überall wurde geschossen und es galt das Recht des Stärkeren. Die Hölle schien losgebrochen zu sein. Jeder ging gegen Jeden und keiner traute dem Anderen. Schweißgebadet wachte ich auf und torkelte ins Badezimmer. Ich nahm die Hände voll Wasser und warf es mir ins Gesicht, doch die Bilder gingen mir nicht mehr aus dem Kopf. Ich saß allein auf der Terrasse bis der Morgen graute. Als Sandra erwachte, schmiegte sie sich verschlafen an mich, bis sie meine Sorgenfalten bemerkte und mich darauf ansprach. Ich erzählte ihr von meinem Traum und der einhergehenden Angst, er könne in naher Zukunft Realität werden. Es dauerte etwas, bis ich mich wieder gefangen hatte und beruhigte.

Sandras Familie sah mir beim Frühstück meine Grübeleien an, vermied es aber, mich darauf anzusprechen. Michael, der *General* und ich gingen noch eine Weile wortlos im Garten spazieren, bis ich endlich das Schweigen brach und über meinen Traum berichtete. Sie hörten beide aufmerksam und interessiert zu. Als ich geendet hatte, erzählte Anatoly von geheimen Experimenten des KGB zu Zeiten des kalten Krieges. Von Menschen, die mit Drogen in Trance versetzt wurden, um an Geheimnisse der USA heran zu kommen; wie Menschen in Hypnose verborgene Schätze des III. Reiches ausfindig machten. Er sprach über Telepathie und Telekinese und darüber, daß zu allen Zeiten solche Methoden offiziell zu Spinnereien erklärt, jedoch eben jene Praktiken ausgiebig von Geheimdiensten erforscht wurden. Anatoly berichtete von einer Erfolgsquote von nahezu siebzig Prozent, die von Michael bestätigt wurde und deren Ergebnisse noch heute der strengsten Geheimhaltung unterlagen. Ich verstand nicht ganz, worauf beide hinaus wollten, bis sie mir erklärten, daß jeder Mensch mehr oder weniger über Fähigkeiten verfügte, über die er sich nicht im Geringsten im klaren war.

„Du willst mir aber jetzt nicht einreden, ich besäße die Gabe der Prophetie“, wandte ich mich scherzhaft an Anatoly.

„Ich weiß nicht, über welche Kräfte du verfügst“, antwortete er achselzuckend, „aber es ist gut möglich, daß du Dinge gesehen hast, die bereits im Geiste der Menschen Wirklichkeit sind. Es ist möglich, daß du ein feines Gespür für derlei Energien hast, es ist aber ebenso möglich, daß dein Unterbewußtsein übermäßig reagierte. Bei der Fülle an Informationen in der kurzen Zeit wäre es nicht verwunderlich. Jedenfalls tust du gut daran, dich nicht auf die schlechten Dinge zu konzentrieren, die dich nur deine Energien kosten, die du anderweitig viel konstruktiver einsetzen könntest. Manche Dinge lassen sich ändern, andere eben nicht. Es ist eine Kunst für sich, das Eine vom Anderen zu unterscheiden und entsprechend zu handeln.“

Als wir den Pavillon erreichten, waren wir alle viel entspannter, was nicht zuletzt Michaels Witzen zu verdanken war, mit denen er uns auflockerte. Ich blieb kurz vor dem Eingang stehen als ich sah, wie eine kleine Kirche in Fertigbauweise im Garten errichtet wurde, die wohl für meine Trauung mit Sandra gedacht war. Michael zwinkerte mir beim Vorbeigehen zu und meinte wie selbstverständlich, daß für seine Familie nur das Beste in Frage käme. Mir schwoll die Brust vor Stolz und ich trat schließlich mit einem breiten Lächeln ein.

Wir saßen gemeinsam am Tisch, als Anatoly ein paar Dokumente aus seinem Aktenkoffer zog, uns eine Zigarette anbot und zum Abschluß des *Lehrganges* überging: „Wir werden noch auf ein paar Kleinigkeiten eingehen müssen. Du hast selbst gesehen, wie selbstverständlich Völkerrechte gebrochen werden können, wenn sie gedeckt werden. Aber von wem werden Verbrechen gedeckt? Nun, das ist ganz einfach. Von allen, die mit allem Gewinne machen. Die BRD läßt man deswegen gewähren, weil es sich später besser abkassieren läßt. Im Übrigen gilt das generell für Staaten, die sich völlig überschuldet in den Fängen privater Banken befinden. Die Politmarionetten plappern nur das nach, was ihnen der Strippenzieher im Hintergrund vorsagt. Wir gehen daher noch kurz auf den Artikel II des *SHAEF-Gesetz Nr. 52* ein - jenes Gesetz also, welches die Beschlagnahme von Eigentum regelt: “

SHAEF-Gesetz Nr. 52 Artikel II - Verbotene Handlungen

3. Sofern nicht nachstehend etwas anderes bestimmt ist oder sofern nicht die Militärregierung ihre Ermächtigung oder Anweisung dazu erteilt hat, darf niemand Vermögen der nach bezeichneten Art einführen, erwerben, in Empfang nehmen, damit handeln, es verkaufen, vermieten, übertragen, ausführen, belasten oder sonst wie darüber verfügen, es zerstören oder den Besitz, die Verwahrung oder die Kontrolle darüber aufgeben:

Vermögen, das in Artikel I aufgezählt ist; Vermögen im Eigentum oder unter der Kontrolle eines Kreises, einer Gemeinde oder einer sonstigen staatlichen oder kommunalen Verwaltung; Vermögen im Eigentum oder unter der Kontrolle einer Institution, die dem öffentlichen Gottesdienst, der Wohlfahrt, der Erziehung, der Kunst oder den Wissenschaften gewidmet ist; Kunstbesitz und wertvolle oder bedeutende Kulturgegenstände ohne Rücksicht auf Eigentum oder Kontrolle.

„Wenn ich das richtig verstehe, Anatoly, dann ist der Privatisierungswahn der BRDaD ebenfalls ein Verbrechen.“ Anatoly sah mich fragend an. „BRDaD steht für Bundesrepublik Deutschland außer Dienst“, ergänzte ich. „Man kann daraus auch ein „BRDade“ ableiten.“

Anatoly und Michael lachten. Prustend nahm Anatoly den Faden wieder auf: „Der Sieger hat natürlich ein vitales Interesse, daß die Kriegsbeute an Wert gewinnt und nicht an Wert verliert. Mit der Beschlagnahme Deutschlands nach Errichtung der BRD sah es folgendermaßen aus: Um die Siegeransprüche zu wahren, ging das Eigentum des Deutschen Reiches in den Besitz der BRD über, blieb aber Eigentum des Reiches und damit Eigentum des Volkes. Die BRD hatte den Auftrag, das Vermögen treuhänderisch zu schützen, zu wahren und zu mehren. Es sollte also Gewinne abwerfen, was den Politikern natürlich nicht gelang, weil alle Welt ihre Ansprüche durch die BRD befriedigen wollte. Wie auch immer, mit der Beschlagnahme des Staatseigentums wurde die Reichsbahn als Sondervermögen eingeheimst. Die Reichspost, die Reichsautobahnen, die Reichsfernstraßen und die Reichswasserstraßen wurden zu Bundesbesitz und wurden zu Bundespost, Bundesautobahn usw. lediglich umbenannt.

Die Ausnahme stellt einmal mehr Berlin dar. In Berlin blieb die Reichsbahn als Reichsbahn bestehen, die durch die Westberliner Reichsbahnkommandanten unter Obhut der Westmächte in Betrieb gehalten wurde. Daher konnten Beamte des Landes Berlin keinerlei Hoheitsgewalt über die Reichsbahn oder Reichsbahner ausüben. Es war ihnen nicht einmal gestattet, Reichsbahngelände zu betreten. Die Reichsbahner selbst waren

Beamte des Deutschen Reiches. Und die meisten wußten es nicht einmal. In der DDR wurde die Reichsbahn ebenfalls erhalten.“

„Ah ja“, dämmerte es mir, „jetzt begreife ich: Nach der *Wende* unternahm die BRD alles Mögliche, um Reichseigentum zu verkaufen. Die Bahn, die Zerschlagung der Post in Telekom, Postbank und Deutsche Post, Verkauf von Wasserwerken, Elektrizitätswerken usw. - all das hat uns nur Arbeitsplätze und Existenzen gekostet. Noch nie waren die Privatinsolvenzen und Verschuldungen der privaten Haushalte so hoch wie heute. Und die Tendenz ist steigend. Es bildete sich eine Unterschicht, deren vorwiegend Leidtragende mehr als 10 Millionen verarmte Familien mit Kindern sind und brav die Kniebeugen vor dem ebenfalls privatisierten Arbeitsamt machen müssen, für das, was ihnen zusteht. Der Privatisierungswahn hat in Dimensionen in ganz Europa um sich gegriffen, die nicht mehr zu fassen sind.“

„All das hat Methode“, gab mir Anatoly zu bedenken.“ Ich wollte aber darauf hinaus, daß die BRD niemals befugt wurde zu verkaufen, was ihr nicht gehört. Wie wir gesehen haben, hat sich nichts geändert seit Ende der aktiven Kampfhandlungen. Die BRD ist den Westmächten noch immer Untertan, wie es zu beweisen war. Einen Vertrag habe ich dir vorenthalten, den die BRD 1955 unterzeichnen mußte: *Den Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen* oder auch als *Überleitungsvertrag* bekannt. Er wurde 1955 im *BGBI.* 1955 Teil II, S. 405 ff verkündet und Fragmente davon finden sich erneut im *BGBI.* 1990 Teil II, S. 1386 ff unter Ziffer 3, und wurde am 8. Oktober 1990 im *Bundesgesetzblatt* veröffentlicht. Michael hat dir zu Beginn eures Gespräches vor einigen Tagen bereits einen Ausschnitt davon gezeigt. Natürlich hat die BRD diesen Vertrag nicht an die große Glocke gehängt, zumal einige Bestimmungen voll in Kraft sind: "

Erster Teil: Artikel 1 Absatz 1 bis „... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern“ sowie Absätze 3, 4 und 5

Artikel 2 Absatz 1; Artikel 3 Absätze 2 und 3; Artikel 5 Absätze 1 und 3;

Artikel 7 Absatz 1; Artikel 8

Dritter Teil: Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs;

Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs

Sechster Teil: Artikel 3 Absätze 1 und 3

Siebenter Teil: Artikel 1; Artikel 2

Neunter Teil: Artikel 1

Zehnter Teil: Artikel 4

„Es interessiert mich brennend, was unsere Politiker noch alles unterschrieben haben, um ihren Arsch zu retten“, brummte ich. *Der General* beruhigte mich: „Werfen wir mal einen Blick hinein. So steht - na so was - in Artikel 2 Abs. 1.“

„Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungs-Maßnahmen der alliierten Behörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in *jeder* Hinsicht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen, gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige, nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.“

„Der Wortlaut ähnelt also stark dem des *Berlinübereinkommens*. Aber das ist noch nicht alles: Im sechsten Teil, Artikel 3 Abs. 1 und 3 des Überleitungsvertrages, welcher ausdrücklich in Kraft bleibt, heißt es weiter: ”

„(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft *keine* Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden *sollen*, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes oder aufgrund von Abkommen, welche die drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden. (3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die aufgrund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden *nicht* zugelassen.“

Während ich es las, dachte ich an die *Preußische Treuhand*. Diese Vereinigung, die von Polen Entschädigungen für die Vertriebenen verlangte und vor den Europäischen Gerichtshof zog, um ihre Ansprüche durchzusetzen, nachdem die BRD ihre Mitwirkung versagt hatte. Polen lachte darüber und ließ verlauten, daß solche Ansprüche auf keinerlei rechtlichen Grundlagen stünden. Hier stand doch klar und verständlich, daß Ansprüche und Klagen nicht zugelassen werden.

Es stach mir ins Auge und tat meiner Seele weh zu sehen, daß wir bis zu einer friedensvertraglichen Einigung noch lange würden warten müssen. Und daß wir nichts zurückfordern konnten, was uns gehörte. Wie mußten sich die Zwangsenteigneten vorkommen, denen man so ins Gesicht spuckte? Auf der Flucht vor der Roten Armee ließen Millionen ihr letztes Hab und Gut zurück, um ihr nacktes Leben zu retten - nur um am Ende mit nichts dazustehen. Die BRD war ihnen sicher keine Hilfe. Bevor mich die Wut packte, ging ich zur nächsten Bestimmung über.

Neunter Teil

GEWISSE ANSPRÜCHE GEGEN FREMDE NATIONEN UND STAATSANGEHÖRIGE

Artikel 1

„Vorbehaltlich der Bestimmungen einer *Friedensregelung mit Deutschland* dürfen deutsche Staatsangehörige, die der *Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen*, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrags genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen.“

Wortlos und ohne jeglichen Kommentar nahm ich diese Bestimmung zur Kenntnis. Es war genau so, wie es Michael sagte und ich zu Anfang nicht glauben wollte. Nun ja, ich war jetzt einiges gewohnt und so konnte ich mir gleich den nächsten Artikel hierzu ansehen. Zuerst überflog ich ihn flüchtig. Doch dann sah ich zum ersten Mal in einem Bundesgesetzblatt das *SHAEF-Gesetz Nr. 52* schwarz auf weiß unter Punkt i:

Artikel 3 „(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der *Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte* oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrags begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses

Vertrags die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt. (3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben: (a) in nichtstrafrechtlichen Verfahren, für die das Privatrecht maßgebend ist: (i) gegen juristische Personen, wenn die Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte vorher allein deswegen ausgeschlossen war, weil diese juristischen Personen der Kontrolle der Besatzungsbehörden nach den *Gesetzen Nr. 52 des SHAEF und der Militärregierung*, betreffend Sperre und Kontrolle von Vermögen, nach dem *Kontrollratsgesetz Nr. 9*, betreffend Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie, oder nach dem *Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission*, betreffend Aufspaltung des Vermögens der I. G. Farbenindustrie A. G., unterworfen waren.

Ich machte an dieser Stelle erst mal Halt. Anatoly erklärte sich sofort bereit, mir die Bestimmungen näher zu bringen als er bemerkte, daß ich damit Schwierigkeiten hatte: „Um alle Teile und Artikel durchzuarbeiten, bräuchten wir einige Tage. Daher beschränken wir uns auf das hier Wesentliche. Artikel drei Absatz zwei verbietet den bundesdeutschen Gerichten und Behörden die Zuständigkeit in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren. Und zwar bevor dieser Vertrag in Kraft trat, auch wenn Handlungen oder Unterlassungen der drei Besatzungsmächte vorlagen, für die die Bundesrepublik ohnehin nicht zuständig war.

Der Vertrag trat 1955 in Kraft und wurde 1990 auch wieder nur in seiner Gültigkeit bestätigt, damit die BRD sofort wußte, wer der Igel und wer der Hase ist. Noch immer steht die Besatzungsmacht über dem Besetzten. In Absatz 3 könnte man auf den ersten Blick meinen, daß die Bundesrepublik nun doch nach Deutschem Recht eine ihr zustehende Gerichtsbarkeit gegen juristische Personen hätte. Aber: Eine juristische Person ist zum Beispiel ein Gesellschafter einer GmbH oder ein Vorstand einer Aktiengesellschaft. Absatz drei trifft nur die Aussage, daß die Bundesrepublik im Namen der Drei Mächte für die Drei Mächte Forderungen eintreiben kann. Es ist ja klar geregelt, daß die Vorgaben der Westalliierten Vorrang haben und diese Vorgaben wie Deutsche Gesetze zu behandeln sind. Und diese Gerichtsbarkeit gilt ausschließlich für das oben genannte Unternehmen.“

Ich bedankte mich und las weiter. Anatoly hatte Recht: man brauchte für alle Artikel ein juristisches Grundwissen und man durfte sich nicht scheuen, es sich selbst zu erarbeiten. Man mußte ein Autodidakt werden. Artikel fünf sprach ebenfalls wieder von alliierten Entscheidungen, die wie Deutsches Recht zu behandeln seien. Ich arbeitete mich weiter durch, in-
dessen Michael eine Zigarre paffte und mir *Der General* einen Kaffee servierte.

(a) gegen natürliche Personen, es sei denn, daß solche Verfahren aus Pflichten oder Diensten für die Besatzungsbehörden entstehen oder Handlungen oder Unterlassungen im Zuge der Erfüllung solcher Pflichten oder der Leistung solcher Dienste betreffen oder aus Ansprüchen entstehen, auf die in Artikel 3 des Neunten Teils dieses Vertrags Bezug genommen wird. Für Unterhaltsklagen sind deutsche Gerichte jedoch nur zuständig, soweit Unterhalt für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Vertrags verlangt wird;

(b) in Strafverfahren gegen natürliche Personen, es sei denn, daß die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde.

Entsteht in einem strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, auf das in diesem Absatz Bezug genommen wird, die Frage, ob jemand in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden gehandelt hat, oder ob die Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat endgültig abgeschlossen haben, so wird das deutsche Gericht eine Bescheinigung des Botschafters oder in seiner Abwesenheit des Geschäftsträgers der betreffenden Macht als schlüssigen Beweis für diese Frage in dem in der Bescheinigung angegebenen Umfang anerkennen.

Artikel 5

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in *Deutschland* erlassen worden sind oder später erlassen werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln und auf Antrag einer Partei von diesen in der gleichen Weise wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden zu vollstrecken.

(3) Im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Urteilen können Einwendungen gegen einen durch Urteil festgestellten Anspruch durch ein Verfahren

nach §767 der deutschen Zivilprozessordnung vor dem zuständigen deutschen Gericht geltend gemacht werden.

Artikel 7

Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.“

Endlich kam ich zum Ende. Ich wollte fast schon die Papiere abheften, als ich plötzlich bei Artikel acht innehielt. Ich fragte Anatoly, was dieser Artikel konkret zu bedeuten hätte, worauf er mir antwortete: „Ja, ja. Die Immunität. Alle Richter, die für die Drei Mächte die Drecksarbeit erledigten, um die sich die Drei Mächte nicht kümmern wollten, genossen während ihrer Amtszeit diplomatische Immunität. Sie können für ihre Taten oder Untaten von bundesdeutschen Behörden und Gerichten nicht belangt werden. Das war ein kleines Dankeschön der Westmächte für die Arbeit gegen das eigene Volk. Es ist, wie mein Großvater sagte: *Auf hoher See und vor Gericht bist du allein in Gottes Hand*. Da die Richter Amtshandlungen im Namen der Drei Mächte ausübten, wollte man sie schützen. Hin und wieder kam es aber dann doch vor, daß der Eine oder Andere ungewollt früher vor Gottes Antlitz trat, als er beabsichtigte. Sie hatten mehr als genug Feinde, die - sagen wir mal - ihnen den Übergang in die andere Welt erleichterten.“

Ich konnte mir denken, was er mit seiner charmanten Umschreibung ausdrücken wollte. Schließlich kam ich am letzten Punkt an. Was ich bisher gelesen hatte, gefiel mir keineswegs - doch der Punkt *Ausländische Interessen in Deutschland* schlug dem Faß die Faust ins Astloch.

Artikel 8

Folgende Personen genießen in Bezug auf Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben, während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung im Bundesgebiet:

(a) Mitglieder der in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Teils bezeichneten Gerichte;

(b) Mitglieder der in Absatz (1) des Artikels 6 des Dritten Teiles dieses Vertrags bezeichneten Gerichte, an deren Stelle das Oberste Rückerstattungsgericht tritt;

(c) von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des gemäß Absatz (1) des Artikels 6 dieses Teils errichteten Gemischten Ausschusses und des in Absatz (5) des Artikels 7 dieses Teiles bezeichneten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses;

(d) von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des in Absatz (1) des Artikels 12 dieses Teils bezeichneten Prüfungsausschusses;

Während ihrer Amtsdauer genießen diese Personen im Bundesgebiet ferner die gleichen Vorrechte und Immunitäten, die Mitgliedern diplomatischer Missionen gewährt werden.

Zehnter Teil Artikel 4:

Ausländische Interessen in Deutschland

„Die Bundesrepublik bestätigt, daß nach deutschem Recht der Kriegszustand als solcher die vor Eintritt des Kriegszustandes durch Verträge oder andere Verpflichtungen begründeten Verbindlichkeiten zur Bezahlung von Geldschulden und die vor diesem Zeitpunkt erworbenen Rechte *nicht* berührt.“

Ich war platt und wollte beinahe nicht mehr leben. Das war der Hammer schlechthin. In diesem Artikel bestätigte die Bundesrepublik tatsächlich, daß alle Verträge der Kriegsgegner Deutschlands, die vor dem eigentlichen Kriegsgeschehen gegen Deutschland geschlossen wurden und Zahlungen jeglicher Art vorsehen, Deutschem Recht übergeordnet sind. Oder andersherum: Ein Kriegsgegner Deutschlands will von der BRD Geld. Er beruft sich dabei auf einen Vertrag, den er mit einem anderen Gegner Deutschlands vor Kriegsbeginn geschlossen hatte. Die BRD weigert sich, bis der Gegner Deutschlands der BRD diesen Artikel vor die Nase hält.

Die BRD knickt ein und überweist die Scheine. Und ganz toll war der Fakt, daß es sich hier auch um Verbindlichkeiten des I. Weltkrieges handeln konnte. Ich mußte es mir auf dem Gaumen zergehen lassen: Die BRD als Besatzungsprovisorium hatte nie Krieg geführt, stand ununterbrochen unter Fremdbestimmung und darf für Kost und Logis derer aufkommen, die das Deutsche Reich in die Knie zwangen. So sah also die *Nachkriegsordnung* aus. Ich fragte mich, wann denn endlich der finanzielle Kollaps kommen möge, damit diese Form der Wegelagerei beendet sein würde. Wirklich alles und jeder bediente sich im Supermarkt Deutschland frei Haus. Darauf stieß ich mit Michael und Anatoly mit einem Wodka an.

„Es ist mir unverständlich“, sagte ich, „wie Adenauer dazu kam, uns zu verschachern, obwohl Deutschland 1955 dem Frieden und der Freiheit näher war, denn je.“

„Adenauer hatte nach seinem eingeschlagenen Kurs gar keine andere Wahl mehr“, konstatierte Michael, „und seine politischen Nachkommen mußten weiterhin der Spur folgen, die er vorgegeben hatte, wollten sie politisch überleben. Man muß sich folgendes vor Augen halten: Seit 1953 hat die Bundesrepublik Deutschland mehr als 70 Milliarden DM an den Staat Israel und an einzelne *Opfer des Nationalsozialismus* als Teil einer geschichtlich einzigartigen Reparationszahlung für die *behaupteten* kollektiven Sünden des deutschen Volkes während der Hitlerzeit gezahlt. Wie begann dieses bemerkenswerte Zahlungsprogramm? Wie einträglich ist es gewesen? Was sind seine sozialen und politischen Folgen? Im September 1945, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, unterbreitete Chaim Weizmann im Namen der *Zionist Jewish Agency* den Regierungen der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs ein Memorandum, das mit den Worten der *Encyclopedia Judaica*, *Reparationen, Wiedererstattung und Entschädigung für das Jüdische Volk von Deutschland forderte*. Die westlichen Alliierten antworteten unverzüglich zustimmend auf Weizmanns Forderungen.¹

Die amerikanische Regierung war ziemlich begierig darauf, daß die Deutschen zahlen sollten.² Deswegen hatte die Regierung, die in Bonn 1949 durch die westlichen Alliierten eingesetzt wurde, niemals irgendeine andere realistische Wahl, als die behauptete Kollektivschuld des deutschen Volkes während der Hitlerzeit anzuerkennen und das Geforderte zu zahlen. Die westdeutsche Bundesregierung stand unter Druck, schnell eine Wiedergutmachungsvereinbarung zu verabschieden, die die Juden zufrieden stellte.

In seinen Erinnerungen schrieb Bundeskanzler Adenauer: *Es war mir klar, daß dann, wenn die Verhandlungen mit den Juden scheiterten, auch die Verhandlungen auf der Londoner Schuldenkonferenz, die zur selben Zeit stattfanden, einen negativen Verlauf nehmen würden, da die jüdischen Bankkreise einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den Verlauf der Schuldenkonferenz ausüben würden. Andererseits war es selbstverständlich, daß ein Scheitern der Londoner Schuldenkonferenz ein Scheitern der Verhandlungen mit den Juden nach sich ziehen würde. Wenn unsere deutsche Wirtschaft wieder kreditwürdig und leistungsfähig werden sollte,*

mußte die Londoner Schuldenkonferenz erfolgreich beendet werden. Nur dann würde unsere Wirtschaft die Entwicklung nehmen, die auch Zahlungen an Israel und an die jüdischen Weltverbände ermöglichen würde.³

Nahum Goldmann, Präsident des jüdischen Weltkongresses und Vorsitzender der *Claims Conference*, kündigte eine weltweite Kampagne gegen Deutschland an, wenn die Bonner Verantwortlichen die jüdischen Forderungen nicht erfüllten: *Die gewaltlose Reaktion der ganzen Welt, unterstützt durch weite Kreise von Nichtjuden, die mit dem Martyrium des jüdischen Volkes während der Nazizeit tiefe Sympathie empfinden, würde unwiderstehlich und vollkommen gerechtfertigt sein.*⁴ Der Londoner Jewish Observer war da plumper: *Das ganze materielle Gewicht des Weltjudentums wird für einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland mobilisiert werden, wenn Bonns Wiedergutmachungsangebot unbefriedigend bleibt.*⁵

¹ »Reparations, German«, *Encyclopaedia Judaica*, Jerusalem- New York, Bd. 14, S. 72f.

² Doerte von Westernhagen, »Wiedergutmacht«, in *Die Zeit*, Hamburg, Nr. 41, 5. 10. 1984, S. 33.

³ Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953-55*, Stuttgart 1966, Bd. 2, S. 14. Zitiert in: K Lewan, *Journal of Palestine Studies*, Sommer 1975, S. 53f.

⁴ Zitiert in: K. Lewan, *Journal of Palestine Studies*, Sommer 1975, S. 54.

⁵ J. Kreysler und K. Jungfer, *Deutsche Israel-Politik*, München 1965, S. 33. Zitiert in: K. Lewan, *Journal of Palestine Studies*, Sommer 1975, S. 54.

„Ich habe schon verstanden, Michael. Aber welche Möglichkeiten haben wir realistisch gesehen, uns dagegen wehren zu können? Vor ein bundesdeutsches Gericht zu ziehen, wäre ein Witz: Denn zum einen gibt es für ein BRD-Gericht keine Rechtsgrundlage mehr, zum anderen setzen die Bundesdeutschen die Befehle Anderer um. Was bleibt noch übrig, als auszuwandern? Die BRD liefert uns dazu doch die Steilvorlage.“

„Ganz so ist es jetzt doch nicht“, warf *Der General* ein. „Zwar seid ihr das unfreieste Land des Planeten Erde, in dem es mehr Buchverbote als Gewaltdelikte gibt, aber die Alliierten waren immer noch fair genug, euch einen wirksamen Rechtsbehelf an die Hand zu geben. Daß sich die bundesdeutschen nicht daran hielten, kann nicht Sache der Alliierten sein. Bereits am 2. November 1945 trat das *Kontrollratsgesetz Nr. 4* und die Kon-

trollratsproklamation Nr. 3 für Deutschland in Kraft. Was heißt das für euch? Nun, Kontrollratsgesetz Nr. 4 behandelt die Umgestaltung des Deutschen Gerichtswesens, indessen die Kontrollratsproklamation Nr. 3 die Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege zum Inhalt hatte.“ Anatoly reichte mir die Bestimmungen. „Und der Kontrollrat ist eine der Alliierten Behörden, dessen Anordnungen zu beachten sind, über die sich die Bundesrepublik hinwegsetzt, obwohl sie sie anerkennen mußte. Diese Bestimmungen wurden ja ebenfalls nicht aufgehoben, wären auch wieder seit dem 18. Juli 1990 in Kraft und hätten folglich Anwendung zu finden.“ „Exakt so ist es.“ stimmte Michael mir zu.

Kontrollratsgesetz Nr. 4

Umgestaltung des Deutschen Gerichtswesens vom 20. Oktober 1945 in Kraft getreten am 2. November 1945, für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Gesetz Nr. 13 (Gerichtbarkeit auf den vorbehaltenen Gebieten) der Alliierten Hohen Kommission vom 25. November 1949 (ABl. AHK S. 54) für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluss des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955.

„Im Anschluss an seine Proklamation Nr. 3 an das Deutsche Volk vom 20. Oktober 1945, die anordnet, daß das deutsche Gerichtswesen auf der Grundlage des demokratischen Prinzips, der Gesetzmäßigkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse, Staatsangehörigkeit oder Religion umgestaltet werden muß, erläßt der Kontrollrat folgendes Gesetz:

Artikel I. Die Umgestaltung der deutschen Gerichte soll grundsätzlich in Übereinstimmung mit dem Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 in der Fassung vom 22. März 1924 (RGBl. I S. 299) erfolgen. Folgende Gliederung der ordentlichen Gerichte wird wiederhergestellt: Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte.

Artikel II. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte und Landgerichte in Zivil- und Strafsachen richtet sich im Allgemeinen nach dem Recht, das am 30. Januar 1933 in Kraft war. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wird jedoch auf Ansprüche ausgedehnt, deren Gegenstand den Wert von 2.000 RM nicht übersteigt. Die Landgerichte sind zuständig für Berufung gegen Entscheidungen der Amtsgerichte. Die Oberlandesgerichte entscheiden nicht in erster Instanz, sondern sind endgültige Berufungsinstanz gegen Entscheidungen der Landgerichte in Zivilsachen; sie sind, soweit gesetzlich vorgesehen, für das Rechtsmittel der Revision gegen Entscheidungen der Amtsgerichte und Landgerichte in Strafsachen zuständig.

Artikel III. Die Zuständigkeit der deutschen Gerichte erstreckt sich auf alle Zivil- und Strafsachen mit folgenden Ausnahmen:

a) Strafbare Handlungen, die sich gegen die Alliierten Besatzungsstreitkräfte richten;

b) Strafbare Handlungen, die von Nazis oder von anderen Personen begangen wurden, und die sich gegen Staatsangehörige Alliiierter Nationen oder deren Eigentum richten, sowie Versuche zur Wiederherstellung des Naziregimes oder zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Naziorganisationen;

c) Strafbare Handlungen, in die Militärpersonen der Alliierten Streitkräfte oder Alliierte Staatsangehörige verwickelt sind;

d) Andere Zivil- oder Strafsachen, die der Zuständigkeit der deutschen Gerichte nach den Anordnungen des Alliierten Militärbefehlshabers entzogen werden;

e) Wenn eine strafbare Handlung ihrem Wesen nach die Sicherheit der Alliierten Streitkräfte nicht gefährdet, kann der Militärbefehlshaber sie den deutschen Gerichten zur Aburteilung überlassen.

Artikel IV. Zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazipartei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitlerregimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwälte enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden.

Artikel V. Es wird dem Ermessen des Militärbefehlshabers überlassen, in Ausführung dieses Gesetzes die Zuständigkeitsabgrenzung der deutschen Gerichte schrittweise mit diesem Gesetz in Einklang zu bringen.

Artikel VI. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Die Militärbefehlshaber der Zonen sind mit seiner Durchführung beauftragt.“
Ausgefertigt in Berlin, den 30. Oktober 1945.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. Koenig, Armeekorps-General, G. Schukow, Marschall der Sowjetunion, Dwight D. Eisenhower, General der Armee, und Montgomery, Feldmarschall, unterzeichnet.)

Quellen: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 26

© 26. April 2004 - 7. Juni 2004

„Machen wir keine halben Sachen und sehen uns die dazugehörige Proklamation Nr. 3 doch gleich mit an, damit wir nicht dumm sterben müssen“, witzelte Michael.

Kontrollratsproklamation Nr. 3

Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege vom 20. Oktober 1945 für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I. S. 437) für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955

„Mit der Ausschaltung der Gewaltherrschaft Hitlers durch die Alliierten Mächte ist das terroristische System der Nazigerichte abgeschafft worden. An seine Stelle muß eine Rechtspflege treten, die sich auf die Errungenschaften der Demokratie, Zivilisation und Gerechtigkeit gründet. Der Kontrollrat verkündet die folgenden Grundsätze für die Wiederherstellung der Rechtspflege. Sie haben für ganz Deutschland Geltung.

I. Gleichheit vor dem Gesetz. Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich. Niemandem, was immer seine Rasse, Staatsangehörigkeit oder Religion sei, dürfen die ihm gesetzlich zustehenden Rechte entzogen werden.

II. Gewährleistung der Rechte des Angeklagten.

1. Niemandem darf das Leben, die persönliche Freiheit oder das Eigentum entzogen werden; es sei denn auf Grund von Recht und Gesetz.

2. Strafbare Verantwortlichkeit besteht nur für Handlungen, welche das Recht für strafbar erklärt hat.

3. Kein Gericht darf irgendeine Handlung auf Grund von *Analogie* oder im Hinblick auf das so genannte *gesunde Volksempfinden* für strafbar erklären, wie es bisher im deutschen Strafrecht der Fall war.

4. In jedem Strafverfahren müssen dem Angeklagten die folgenden Rechte zustehen, wie sie die demokratische Rechtsauffassung anerkennt: Unverzügliches und öffentliches Gerichtsverfahren, Bekanntgabe von Grundlage und Art der Anklage, Gegenüberstellung mit den Belastungszeugen, gerichtliche Vorladung von Entlastungszeugen und Hinzuziehung eines Verteidigers. Strafen, die gegen das gerechte Maß oder die Menschlichkeit verstoßen und solche, die das Gesetz nicht vorsieht, dürfen nicht verhängt werden.

5. Verurteilungen, die unter dem Hitler-Regime ungerechterweise aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen erfolgten, müssen aufgehoben werden.

III. Abschaffung der Hitlerschen Ausnahme- und Sondergerichte. Der Volksgerichtshof, die Gerichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und die Sondergerichte sind aufgehoben. Ihre Wiederherstellung ist verboten.

IV. Unabhängigkeit des Richters.

1. In der Ausübung seiner richterlichen Tätigkeit ist der Richter frei von Weisungen der ausführenden Gewalt. Er ist nur dem Gesetz unterworfen.

2. Der Zugang zum Richteramt steht ohne Rücksicht auf Rasse, gesellschaftliche Herkunft oder Religion allen Personen offen, sofern sie die Grundsätze der Demokratie anerkennen. Beförderung des Richters erfolgt ausschließlich nach Maßgabe seiner Leistung und juristischen Befähigung.

V. Schlußbestimmung. Ordentliche deutsche Gerichte nach Maßgabe ihrer Rangordnung werden im Einklang mit dieser Proklamation in Deutschland die Rechtsfolge ausüben.“

Ausgefertigt in Berlin, den 20. Oktober 1945.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieser Proklamation sind von P. Koenig, Armeekorps-General, G. Shukow, Marschall der Sowjetunion, Dwight D. Eisenhower, General der Armee, und B. H. Robertson, Generalleutnant, unterzeichnet.)

Quellen: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 22

© 5. Mai 2004 - 2. Juli 2004

Nachdem ich die Bestimmungen gelesen hatte, reichte mir Michael mit der Bemerkung „Hier, das Hohelied des bundesdeutschen Rechtsverständnisses“, einen Abriß aus einem Zeitungsartikel, in dem Herr Schily am 23. Mai 1989 in der ZDF-Dokumentation zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes verlautbarte: „Es kann eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches - das wäre eine Wiedervereinigung - nicht geben.“

Worauf der Bundestagspräsident a. D. Dr. Barzel antwortete:

„Ich möchte Widerspruch anmelden, daß Herr Schily sich was nicht vorstellen kann. Also, hier in dem Saal war der Präsident (des Parlamentarischen Rates) Adenauer, der hätte jetzt gesagt: *Wenn uns jemand vor zwei Jahren gesagt hätte, daß Herr Sacharow in ein hohes Gremium der Sowjetunion gewählt wird, daß dort Herr Jelzin auftreten könnte, wie er das tut; daß Herr Walesa Erfolg hat - das hätte vor zwei, drei Jahren, wenn das jemand gesagt hätte, uns als naiven Kinderglauben weg geschrieben.* Deshalb wollen wir doch - im Vertrauen auf Freiheit - die haben wir doch erlebt und überlegene Kraft, in aller Geduld und Friedfertigkeit darauf setzen, daß dieser Weg weitergeht.“

Ich war außer mir und donnerte los: „Zur Erinnerung, Herr Schily ist Jurist. Im Zivilberuf, wenn er sich nicht gerade wieder neue Legierungen für neue Polizeiknüppel hat einfallen lassen, mit denen er neue *Terroristen* mit neuem Gedankengut prima in Schach halten konnte. Oder phantastische, neue Ausweise mit biometrischen Daten in Auftrag gab. Oder möglichst groß angelegte DNS-Proben von Männern ab Zwanzig haben wollte.

Oder sich freute wie ein Kind zu Weihnachten, weil er sämtliche E-Mails ohne Probleme lesen und speichern durfte. Oder öffentliche Plätze mit Hochauflösenden Kameras ausstattete, die mit hochsensiblen Mikrofonen ausgerüstet sind, damit ja kein Wort ungehört bleibt. Ach, ich komme mit der Aufzählung gar nicht mehr nach, weil sich die Temperatur des kalten Krieges kaum spürbar angenehm verbessert hat. Zuvor war er sich jedoch gut genug, die Terroristen der RAF - der *Roten Armee Fraktion* - zu verteidigen.

Wußten die RAF-Mitglieder Andreas Baader und Ulrike Meinhof etwa mehr über die politischen Machenschaften der geheimen Strippenzieher, als der Rest der Bevölkerung? Das stimmt nachdenklich, oder? Wie konnte ein Taxi fahrender Steinewerfer und Hausbesetzer namens Josef *Joschka* Fischer Minister werden und ein SS-Mann Bundespräsident? Zumal, wenn dann noch vollmundig vom freiesten Land der Deutschen Geschichte getönt wird. Die tönen und wir stöhnen. Manchmal ist die Geschichte einfach zu schnell, denn nun darf ein anderer Innenminister die frivole Arbeit Schilys fortführen. Schäuble legt sich da noch mehr ins Zeug als sein Vorgänger. Der weiß, was er will und wird sich sicher nach traditionsreicher BRD-Manier würdig erweisen.

Selbst ein Gerhard Schröder - ebenfalls Anwalt - vertrat den ehemaligen RAF-Anwalt Horst Mahler, dem man heute eine Rechtsgesinnung nach sagt. Ob zu Recht oder Unrecht, lasse ich offen. Davon wollen aber die Ex-Staatsbeamten der Ex-BRD nichts mehr wissen. Um ehrlich zu sein, ist dieses Kapitel für mich persönlich das traurigste. Wenn ich an den Amtseid denke, den unsere *Führungsriege* ablegte und gelobte, Schaden vom Deutschen Volke abzuwehren, dann bin ich innerlich zerrissen:

Weil es mich zum einen maßlos wütend macht, daß das genaue Gegenteil der Fall ist und zum anderen - und das ist das wirklich beschämende - es beinahe zum guten Ton trotz aller Mißklänge gehört, daß die Vorsänger das mißratene Liedgut namens *Rechtsbrüche* im großen Stil und mit geliehenem Chor noch dazu falsch absingen, während sie sich beim ungelenken Tanzen dazu schier die Beine brechen. Medienwirksame Auftritte sind halt eine schweißtreibende Sache wenn man sie nicht beherrscht, und gute Elvis-Imitate sind rar. Und teuer. Zu teuer. Der Kanzler-Komponist des BRD-Stückes ist unfähig, der Minister-Dirigent gekauft, der erste Amts-Geiger lustlos, der traurige Rest der Angestellten-Kapelle hat ir-

gendwelche andere Interessen und das wertvolle Volks-Publikum döst komatös gelangweilt weg. Alle hören irgendwie zu, aber niemand hört richtig hin.

Da freut sich aber der Bundeskapellmeister, weil sich noch nicht einmal der dazugehörige und ungehörige Text reimen mag. Hauptsache es sind herbe, schräge Töne und es klingt hübsch obszön.... Zwar für harmoniebedürftige Ohren unerträglich, aber was tut das schon zur Sache? Immerhin waren es Freikarten im Freiluftkonzert und da wird eben nicht gemault. Selbst dann nicht, wenn die geschenkten Platten Kratzer haben und uns arktischer Wind um die Ohren pfeift. Wer ein perfektes Gehör hat, muß sich die ollen Kamellen ja nicht anhören, wenn er keinen Hörsturz riskieren will.“

Völlig außer Atem und mit rotem Kopf ließ ich mich auf den Stuhl fallen, als Anatoly mir ein Glas Wodka reichte. Michael fand meinen Ausbruch zum Lachen, was ich zunächst überhaupt nicht verstand. Aber nachdem der Wodka seine Wirkung zeigte, war auch mir zum Lachen zumute, obwohl die Gesamtlage alles andere als rosig war. „Das Traurige daran, ist die Wahrheit darin“, murmelte ich vor mich hin, bevor ich mir noch ein Glas genehmigte.

„Man muß aber auch berücksichtigen, daß bundesdeutsche Juristen mit alliierterem Recht überhaupt nicht vertraut sind“, sinnierte Michael.“ Das soll jetzt keine Rechtfertigung für die Juristen sein, aber die Verantwortlichen entzogen sich allesamt ihrer Verantwortung, ausreichende Kenntnisse hierüber zu vermitteln. Wie du dir denken kannst, lag dieses nicht in deren Interesse.“

„Natürlich nicht“ bemerkte ich lakonisch, „denn so konnte die BRD wüten.“

„Nicht ganz.“ Warf Michael ein, „Eine Grünen-Abgeordnete namens Renate Künast stellte im September 1986 eine *Kleine Anfrage* mit der Nr. 1141, betreffend das Besatzungsrecht in Berlin-West an das Abgeordnetenhaus Berlin. Sie wollte wissen, wie der Berliner Senat die Notwendigkeit beurteilte, angehenden Juristen in Berlin Kenntnisse und Fähigkeiten im alliierten Recht zu vermitteln. Die Antwort des Senats war niederschmetternd: Der Senat selbst befand, daß alliiertes Recht nicht in gesonderten Veranstaltungen vermittelt werde, da es sich nicht um ein geschlossenes Rechtssystem handle - und weiter, daß auch spezielle Lehrgänge im Fachbereich Rechtswissenschaften nicht angeboten würden, da sich Juristen aufgrund ihrer genossenen Ausbildung in der Lage befänden, sich

diese Rechtskenntnisse selbst zu verschaffen, was der Senat voraussetzte. Das ist ein Wunschdenken, denn kein Jurist ist in der Lage, sich diese Kenntnisse schon allein ihrer Fülle wegen zu verschaffen.

Er steht vor den Bestimmungen des alliierten Rechts hilflos da und glotzt staunend wie ein Schwein in das laufende Uhrwerk. Geschweige denn, daß er nach etwas fragt, wovon er nichts wissen kann, weil ihm dieses Wissen vorenthalten wird. Wie man sieht, kümmerte man sich in Berlin - und erst recht in Bonn - herzlich wenig um die bestehenden Rechtsordnungen. Und heute ist es soweit, daß wirklich nur noch eine handvoll Juristen - wenn es noch so viele sind - in der Lage wären, das fortbestehende alliierte Recht umzusetzen und anzuwenden.

Wir reden noch nicht mal davon, daß es überhaupt noch einer von ihnen versteht oder verstehen will, weil der Großteil bundesdeutscher Juristen tatsächlich dem Wahn verfallen ist, die BRD sei ein souveräner Staat. Mit eurer angeblichen bundesdeutschen Justiz ist es daher denkbar schlecht bestellt: Kein bundesdeutscher Richter, Rechtsanwalt, Staatsanwalt und Notar ist von daher kompetent, wirklich Recht zu sprechen - wenn wir von deren Illegalität mal ganz absehen. Aber kein Grund zur Panik: Zwar wird die Bundesrepublik mit allen süffisanten Tricks diese Tatsache leugnen, aber jeder Deutsche steht gemäß den folgenden, von der BRD Höchstselt selbst verabschiedeten Gesetzen, der BRD exterritorial gegenüber: "

- *bürgerrechtlich gem. Art. 50, Abs. 1 EGBGB vom 29.11.1952 BGBl. I S. 780, bereinigt S. 843*
- *allgemein- und verwaltungsrechtlich gem. § 3, Abs. 1 FGG vom 12.09.1950 BGBl. S. 455*
- *straßprozeßrechtlich gem. § 11, Abs. 1, Satz 1, StPO vom 07.04.1987 BGBl. I, S. 1074, bereinigt S. 1319*
- *Zivilprozeßrechtlich gem. § 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO vom 12.09.1950 BGBl. I, S. 533, und*
- *gerichtsverfassungsrechtlich gem. § 71, Abs. 2, Satz 1, und gem. § 20, Abs. 1 GVG vom 09.05.1975 BGBl. I, Seite 1077*

Michael gab mir ein weiteres Blatt zum Abheften. Natürlich konnten Deutsche nicht der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit unterstehen. Es gab rechtlich weder die Bundesrepublik Deutschland, noch konnte ein Deutscher die Staatsangehörigkeit Bundesrepublik Deutschland erwerben. Jeder Deutsche im Gebietsstand vom 31.12.1937 stand der BRD so neutral gegenüber, wie ihr ein anderer Staat neutral gegenüber stand. Daß die Ver-

treter der Bundesrepublik diesen Umstand niemals anerkennen würden, zeugte einmal mehr von ihrer falschen Energie.

Wie konnten sie all das auch zugeben? Die Bundesrepublik befand sich im freien Fall Richtung gähnender Leere - und wir mit ihr. Anatoly erinnerte mich daran, daß wir Deutsche für die Verbrechen der BRD am eigenen Volk würden mithaften müssen, daß wir das System bereitwillig unterstützten. „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht und entbindet nicht von Schadenersatz“, kommentierte *Der General* hierzu.

Wir machen zuwenig Gebrauch von unserem Verstand. Wir sahen im TV *unsere Regierung*, die sich mehr als alles andere auf tiefstem Niveau gebärdete und das Schiff Deutschland auf Kollisionskurs Richtung Riff steuerte. Wie das deutsche Volk zu dieser Regierung wirklich stand, mußte nicht erörtert werden, da ein Umfragetief ein anderes jagte. Der Sturm peitschte uns ins Gesicht, drohte die Segel zu zerreißen, die BRD-Titanic zum Kentern zu bringen und die Mannschaft über Bord gehen zu lassen. Kein Land war in Sicht, kein Kurswechsel wurde erwogen, die Segel nicht eingeholt und kein Anker wurde geworfen.

Der Kapitän war taub, der Steuermann blind, der Ausguck stumm und die gesamte Mannschaft ratlos und rast- aber tatenlos. Das konnte ja noch was werden... Zu allem Überfluß befanden wir uns in feindlichen Gewässern, der Kahn leckte und der Proviant war bereits fast vollständig aufgezehrt, weil die Offiziere den Kompaß nicht lesen konnten und daher immer der Nase nach fuhren. Je nachdem wie gut es jeweils aus einer Himmelsrichtung roch, was aber schwierig war, da sich der Wind ständig drehte. Anstatt der Crew die Wahrheit zu sagen, wurde sie getröstet. Nämlich damit, daß der Sturm bald vorüber sei, der Silberschweif am Horizont bereits heller als die Sonne leuchtete, die Offiziere hervorragende Arbeit leisteten, aber die Crew sich eben noch ein bißchen mehr in die Riemen legen mußte.

Die Crew murrte bereits und bevor sie meuterte, bekam sie noch schnell einen alten Räucherfisch hingeworfen, während die Offiziere das Pökelfleisch unter sich aufteilten. Derjenige, der es zur Kenntnis nahm und lauthals anprangerte, durfte zur Erheiterung aller an Bord mit Nasenbluten und den Haien um die Wette schwimmen. Der Gewinner der Wette behielt dann feierlich beim anschließenden Festangeln sogar den Kopf des gefangenen Fisches als Trophäe. Ja, gute Laune an Bord eines s(t)inkenden Schiffes war enorm wichtig, wenn sogar schon die Ratten freiwillig über

die Planken in Sorge um ihr nacktes Leben gelaufen waren. Wäre all dies keine Tragödie in der Realität gewesen - ich hätte daraus eine Komödie gemacht.

„Ich sehe blühende Landschaften...“

Helmut Kohl, 1990

Mein Ordner hatte mittlerweile einen ansehnlichen Umfang. Ich ließ die vergangenen Tage vor meinem geistigen Auge noch einmal ablaufen und vermißte fast schon jetzt das Beisammensein mit meinen beiden neuen Freunden. Irgendwie fand ich mich hilflos. Michael und Anatoly hatten mir unendlich viele Dinge nahe- und beigebracht und nun würde ich künftig auf ihren Beistand verzichten müssen. Es machte sich eine Form von Leere in mir breit. Wir saßen noch eine längere Zeit zusammen und unterhielten uns angeregt über Gott und die Welt, bis uns die leere Wodkaflasche signalisierte, uns fürs Essen frisch zu machen.

Sandra und ich ließen den restlichen Tag ausklingen und besprachen die letzten Vorbereitungen für die Hochzeit. Wir hatten alle Hände voll zu tun, doch Dank Sandras Familie verliefen die letzten Tage relativ ruhig, was an Michaels und Carrolls Organisationstalent lag. Nach einigem hin und her über Fragen der Details kam endlich der große Tag. Es war eine Hochzeit, wie ich sie mir nie hätte träumen lassen. Als Sandra und ich nach der Trauung aus der Kapelle schritten und von Blumen überhäuft wurden, hatte ich das sichere Gefühl, daß ich in jeder Hinsicht in ein neues Leben treten würde. Und mein Gefühl sollte Recht behalten, denn Michael bat Sandra und mich, kurz stehen zu bleiben, um mir mit einer kleinen feierlichen Geste einen Umschlag zu überreichen. Ich nahm ihn, zögerte kurz, öffnete ihn schließlich und fand ein Dokument, welches mich nun als Staatsangehöriger der USA auswies. Noch bevor ich etwas dazu sagen konnte, hob Michael seinen Arm Richtung Musik-Corps, das daraufhin ein Lied spielte, wie es treffender nicht sein konnte. Die Menge johlte und sang schließlich *Wind of change* lauthals mit.

So etwas wie ein Nachwort

**„Man kann einige Menschen alle Zeit, alle Menschen einige Zeit,
aber nie alle Menschen alle Zeit zum Narren halten.“**

Abraham Lincoln

Nahezu drei Jahre intensiver Recherche und viele Gespräche waren nötig, damit das Buch in dieser Form vorliegen konnte. Während dieser Zeit wurde ich von Hoffnung und Zweifel, Frustration und Wut begleitet. Vieles mußte der Arbeit wegen zurückstecken. Allein ein volles Jahr brauchte ich, um als Nichtjurist die Daten und Fakten zu verdauen. Ich kann nicht behaupten, daß diese Zeit eine Leichte war. Es war zu Beginn der Arbeit ein ständiges Ringen, das Buch seiner Brisanz wegen überhaupt zu veröffentlichen. Nachdem ich jedoch diese eine Hürde von vielen genommen hatte, fand mein Manuskript bei den meisten Verlegern nur ein geringes Echo. Ich war mir beinahe sicher, daß es von keinem Deutschen Verlag angenommen werden würde. Zum Glück irrte ich.

Obwohl ich mit dem Thema sehr vertraut war, wurden mir die gesamten Konsequenzen erst bei den letzten Korrekturen richtig bewußt. Welchen Konsequenzen? Nun, es ist natürlich meine Hoffnung, daß dieses unser Land endlich wieder in einen akzeptablen Zustand hergestellt wird. Wir müssen eines bedenken. Die EU schnürt uns mehr und mehr die Luft zum Atmen ab - das kann sie aber nur so lange, wie die BRD sie dabei unterstützt. Noch mal zur Erinnerung: Alle Verträge, welche die BRD seit dem 18. Juli 1990 mit sämtlichen Organisationen, Parteien und Staaten abgeschlossen hat, sind null und nichtig. Was nicht existiert, kann nichts unterzeichnen. Betrachten wir bei dieser Gelegenheit die Schaffung der so genannten *Ein- Euro-Jobs*, um nur ein Beispiel zu nennen:

In der Bekanntmachung vom 17. Mai 2002, BGBl. Teil II, S. 1054: In Artikel 1 sichern nämlich alle Vertragsparteien in Abschnitt 1 bestimmten Rechte und Freiheiten zu, wie

- Art. 2 Recht auf Leben
 - Art. 3 Verbot der Folter
 - Art. 4 Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit
 - Art. 5 Recht auf Freiheit und Sicherheit
 - Art. 6 Recht auf ein faires Verfahren
- und vieles mehr.

Mit Artikel 4 ist es in der BRD so eine Sache. Hat doch die BRD mit der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten also den sklavischen *Ein-Euro-Jobs* - klar gegen diesen Artikel verstoßen, der eindeutig besagt, daß zu Zwangs- oder Pflichtarbeiten niemand gezwungen werden darf. Es sei denn, der Person wurde gem. Artikel 5 GG die *Freiheit* entzogen; die Arbeit im Rahmen einer *Wehrpflicht* oder *Ersatzdienst* ist, wenn *Notstände* oder *Katastrophen* das Wohl oder das Leben der Gemeinschaft *bedrohen*, eine Arbeit oder Dienstleistung zu den *üblichen* Bürgerpflichten gehört. Objektiv betrachtet liegt hier eindeutig ein Mißbrauch der Konvention vor, welcher allerdings in Artikel 17 verboten ist:

„Diese Konvention ist nicht so auszulegen, als begründe sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die darauf abzielt, die in der Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten abzuschaffen *oder* sie stärker einzuschränken, als es in der Konvention vorgesehen ist.“

In Artikel 18 der Konvention wird außerdem noch einmal klar darauf hingewiesen: „Die nach dieser Konvention zulässigen Einschränkungen der genannten Rechte und Freiheiten dürfen *nur* zu den vorgesehenen Zwecken erfolgen.“

Allein aus diesem einen Beispiel läßt sich klar ersehen, mit welcher Arroganz die *BRD* verbindlich festgeschriebene Rechte bricht, die sie doch selbst ratifizierte.

Aufgrund meiner Arbeit wurde ich oft gefragt, welche Prognose ich für die kommenden fünf bis sieben Jahre abgeben würde. Meine Antwort: In spätestens sieben Jahren ist die BRD ein Teil der Geschichte. Sei es, daß sie durch äußere Kräfte aufgelöst wird, oder durch uns selbst. Aber wie auch immer ihr Untergang aussehen mag. Es ist ein zweischneidiges Schwert. Da sich Deutschland bereits seit mehr als hundert Jahre unter dem auferlegten Joch fremder Mächte beugt, werden diese Mächte es nicht zulassen, daß Deutschland wieder seinen rechtmäßigen Platz einnimmt. Deutschland war und ist der Zahlmeister der Welt. Das Instrument hierzu ist die BRD. Was können wir aber dagegen tun?

Was jeder Einzelne tun kann und tun sollte...

Jeder wird wohl mehr oder minder die Erfahrung gemacht haben, daß jemand, der sich auf andere verläßt, verlassen ist - das zeigt schon unsere Geschichte. Daher ist Eigeninitiative gefragt. Wie könnte die aussehen?

Als erstes gehen wir nicht mehr zu Wahlen. Zeigen wir den Herren und Damen Abgeordneten, daß wir nicht mehr länger als ihr dummes Stimmvieh mit unserem Geld für deren Gehälter und Pensionen herhalten wollen, die sie zu Unrecht beziehen und dafür keine brauchbare Gegenleistung erbringen. Denn bei einer Wahlbeteiligung von unter 50% ist die Wahl ungültig und muß wiederholt werden (Es ist ja sowieso alles illegal).

Trommeln wir jeden unserer Verwandten, Bekannten, Nachbarn und Freunde zusammen. Stellen wir alle dann in großer Zahl (Wichtig hierbei: Jeder einzeln) Unseren *Bürgermeistern, Landräten, Kommunal-, Kreis-, Stadt-, Landes- und Bundespolitikern*, sowie *Parteifunktionären* möglichst geschlossen unangenehme Fragen. Beharren wir auf unser Recht und lassen uns nicht mit halbseidenen Antworten abspeisen. Wir zahlen jede Menge Steuern für deren private Vergnügen und haben einen legalen Rechtsanspruch darauf, daß wir dafür vernünftige Antworten bekommen.

Stellen wir Fragen zu unserer Staatsangehörigkeit; zum fälligen Friedensvertrag; zum Geltungsbereich des Grundgesetzes; zum Unterschied einer Verfassung und zum Grundgesetz; zur Definition eines Staates, einer Grenze, eines Gebietes, zur völkerrechtlichen Legitimität der BRD - stellen wir alle Fragen, deren Antworten wir aus diesem Buch erfahren haben. Greifen wir zur Selbsthilfe und gründen unsererwegen eine Bürgerinitiative.

Wenn wir ca. 80-100 Leute aus unserer nächsten Umgebung dazu bewegen können, haben wir schon gewonnen. Machen wir alle Aussagen, die uns widersprüchlich oder verfälscht gegeben wurden, im Internet oder in unserer Kommune, unserem Kreis usw. für jeden öffentlich. Prangern wir die Selbstherrlichkeit und Selbstgefälligkeit an. Legen wir unser Obrigkeitsdenken ab. Denken wir selbst voraus, selbst mit und selbst nach. Seien wir wieder mehr füreinander da. Denn das *Wir* gewinnt!

Empfehlen wir *dieses* Buch weiter. Machen wir uns selbst kundig: Nutzen wir hierfür alle erdenklichen Quellen. Werden wir in jeder nur erdenklichen Art und Weise aktiv. Denken wir auch stets daran: Die Mächtigen machen deshalb mit uns den Affen, weil sich niemand wehrt. Aber je mehr es sind die sich zur Wehr setzen, desto mehr folgen nach. Mahatma Ghandi hat auch ganz alleine angefangen: Er widersetzte sich einfach und hatte damit Erfolg. Martin Luther fing auch ganz alleine an - schließlich gaben ihm sogar die Fürsten Rückhalt und hatte damit Erfolg. Lassen wir jene, die uns alle betrügen, Rede und Antwort stehen. Decken wir sie mit

so viel Arbeit durch unsere penetrante Nachfragerei ein, bis der gesamte Verwaltungsapparat zum Erliegen kommt. Wir werden dabei aber nicht persönlich und pampig oder gar beleidigend, wir wollen nur präzise Auskünfte auf unsere präzisen Fragen. Nerven wir jede uns in den Sinn kommende Behörde. Machen wir mobil und enthalten uns bitte jeglicher Gewalt.

Ansonsten liefern wir genau die Munition, um unsere wenigen Grundrechte noch mehr und schneller einschränken zu können. Wir brauchen keine neue Kristallnacht, sondern mehr laute Stimmen. Je mehr wir sind, die ordentlich Druck und Dampf machen, desto eher kehrt wieder Ordnung ein. Und ganz wichtig. Vergessen wir bei der Gelegenheit auch die NPD, die DVU und die Republikaner oder eine andere Partei. Zum einen sind diese Parteien ebenso illegal wie alle anderen auch; zum anderen haben sie ebenso wenig brauchbare Konzepte wie die restlichen Parteien. Letzten Endes geht es auch hier wieder nur um Stimmen, welche die Vereinskasse füllen sollen. Populismus ist das Letzte, das wir brauchen.

Machen wir also nicht den Bock zum Gärtner und eine Herde Lemminge nicht zu Führern. Unterlassen wir auch die entwürdigende Bezeichnung *Ossi* und *Wessi*. *Ossis* sind Mitteldeutsche und keine Deutsche zweiten Grades. Wenn wir wirklich ein Volk sein wollen, dann muß diese diskriminierende Haltung abgelegt werden. Wir sind ein Volk, wenn wir uns dazu entschließen, ein Volk zu sein. Dazu gehören auch die Deutschen in den Ostgebieten jenseits der Oder/Neiße. Sie sind Preußen und Schlesier. Und glauben Sie mir. Die hatten und haben es auch jetzt nicht einfach: Die werden in den polnisch verwalteten Gebieten ebenso verfolgt, belogen und betrogen wie jeder einzelne von uns Tag für Tag über den Tisch gezogen wird. Auch die Schlesier werden von polnischen Nationalisten unterdrückt. Die so genannten *Deutsch-Russen* in Nordostpreußen wissen auch nicht, wohin sie denn nun wirklich gehören. In *ihrer* Heimat sind sie ebenso wenig willkommen wie bei uns.

Hier wie dort werden Sie nicht als Russen, aber auch nicht als Deutsche betrachtet. Wir sollten uns stets gewahr sein, daß dieser Umstand der jahrzehntelangen Trennung seinen Tribut gefordert hat. Niemand hat seine frühere Heimat gerne verlassen. Niemand ist gerne als Flüchtling oder als Vertriebener gestorben. Niemand hat sich gerne von seiner Familie gewaltsam trennen lassen. Niemand gibt gerne seine Wurzeln freiwillig her. Was

in den vergangenen Jahrzehnten geschehen ist, wurde uns aufgezwängt. Und viel zu lange haben uns *unsere* Politiker verraten.

Ob hier oder anderswo: Wir sind ein Volk, daß endlich in Frieden zusammenwachsen soll, was zusammengehört. Nur so ehren wir unsere Ahnen und deren Andenken für uns heute - und für unsere Nachkommen. Wir sind es uns selbst schuldig. Was Bismarck einst einte, entzweiten fremde Mächte. Wenn wir wirklich ein friedliches und stabiles Europa möchten, dann dürfen wir es nicht denjenigen überlassen, die so viel Zwietracht zwischen uns gesät haben. Uns sind die Rechte der Meinungs- und Informationsfreiheit garantiert - machen wir endlich davon Gebrauch.

Zugegeben, dies ist nur ein Anfang. Aber jeder Weg zum Neuanfang beginnt mit dem ersten Schritt. Wir alle fühlen doch, daß es so wie es seit Jahrzehnten läuft, einfach nicht weiter gehen kann. Nicht nur, daß es keinen hoheitlichen oder territorialen Geltungsbereich mehr für die BRD gibt, sondern zudem ersatzlos auch die Geltungsbereiche für die ZPO, das BGB, BBG, BVG, StGB usw. aufgehoben wurden, können BRD-Gesetze ohne definierten Geltungsbereich eben keine Geltung haben. Und? Interessiert es etwa die BRD-Justiz? NEIN. Richter und Staatsanwälte werden Sie weiterhin verfolgen und verknacken für Straftaten, die Sie nicht begangen haben oder rechtlich nicht begehen können, da hierfür jegliche Rechtsgrundlage fehlt. Spüren Sie bereits die Schlinge, die sich um ihren Kragen legt und ihren Hals schmückt? Damit die Konsequenzen wirklich klar sind: *Jede Inhaftierung, jede Verurteilung, jede Anklage, jeder Mahn- und Bußgeldbescheid, jede Ordnungswidrigkeit seitens der BRD ist illegal.* Sitzen Sie selbst oder einer Ihrer Bekannten, Freunde oder Familienangehöriger im Knast? Mit welchem Recht? Ihr Haus wurde gepfändet? Mit welchem Recht? Sie zahlen Steuern? Mit welchem Recht?

Alles, aber auch wirklich *alles*, was seit dem 18. Juli 1990 durch die BRD unternommen wurde, ist verbrecherisch, illegal und ungültig. Hier herrscht nicht das Recht, sondern die faktische Macht organisierter krimineller. Mein Verleger und ich sind uns einig, daß die BRD eine Hexenjagd gegen uns veranstalten wird, sollte das Buch eine weite Verbreitung finden. Natürlich gäbe uns die BRD mit ihren Handlungen Recht und es wäre uns ein Ansporn, jetzt erst recht weiter zu machen. Aufgrund der Gewalten, über die die BRD verfügt, stünden ihr reichliche Mittel zur Verfügung.

Wir werden als *Rechtsradikale* oder *Rechtsextremisten* eingestuft, womit wir gut leben können. Denn Beschimpfungen sind die Werkzeuge

der Dummen, die keine Argumente haben; Das Mittel *Europäischer Haftbefehl* würde sich da als eines der Wirksamsten anbieten, mit dem man uns ohne großes Aufheben verschleppen und deportieren kann; dann gäbe es natürlich die üblichen und nicht weniger effektiven Einschüchterungsversuche wie: Hausdurchsuchung, Beschlagnahme, Pfändung, Steuerfahndung usw. Die BRD-Organen wie BND, Staatsschutz, Kriminalamt und dergleichen hätten dann endlich wieder eine Lebensaufgabe. Es ist beinahe erfrischend zu sehen, wie angeblich kriminelle von tatsächlichen Kriminellen behandelt werden. Man kann es auch positiv sehen: Der EU-Haftbefehl gibt einem die Möglichkeit, vorwiegend weite Teile Osteuropas kennen zu lernen.

Falls nun Sie lieber Leser, von einem Buchverbot, einer Beschlagnahme oder ähnliches des Buches *Das Deutschland Protokoll* lesen sollten, dann wissen Sie, wie frei wir wirklich noch sind. Wenn Sie mit dem vorliegenden Werk vertraut sind und seinen Inhalt vollends verstanden haben, dann haben Sie auch die Begriffe *Freiheit* und *Menschenrechte* verstanden. Bitte merken Sie sich diese Begriffe gut, denn sie werden zur kostbaren Rarität.

Aufgrund meiner Arbeit wurde ich oft gefragt, welche Prognose ich für die kommenden fünf bis sieben Jahre abgeben würde. Meine Antwort: In spätestens sieben Jahren gibt die BRD den Löffel ab und ist ein Teil der Geschichte. Sei es, daß sie durch äußere Kräfte aufgelöst wird oder durch uns selbst. Aber wie auch immer ihr Untergang aussehen mag, es ist ein zweischneidiges Schwert. Da sich Deutschland bereits seit mehr als hundert Jahren unter dem auferlegten Joch fremder Mächte beugt, werden diese Mächte es nicht zulassen, daß Deutschland wieder seinen rechtmäßigen Platz einnimmt. Deutschland war und ist der Zahlmeister der Welt. Das soll es gefälligst auch bleiben. Das Instrument und willfährige Helferin hierzu ist die BRD. Noch Fragen?

BRD-Gesetze jetzt ganz ohne Geltungsbereich, also endgültig ungültig!

In den Einführungsgesetzen des GVG, StGB und ZGB sind seit Ende April 2006 tatsächlich die Paragraphen mit dem Geltungsbereich ersatzlos aufgehoben worden. Beweise und dort weitere Links zu weiteren Beweisen:

<http://dejure.org/gesetze/EGGVG/1.html>

<http://dejure.org/gesetze/EGStPO/1.html>

Die Aufhebung des Geltungsbereichs wird so begründet: "Vorschrift aufgehoben durch das Erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19.4.2006"

Der aufgehobene § 1 der StPO lautete bis April 2006:

§ 1 Die Strafprozeßordnung tritt im ganzen Umfang des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

Bereits dieser Geltungsbereich war seit 1945 zu unklar, weil seit 1945 nur die Grenzen von 1937 (alliierte Rechtsauffassung) oder von 1939 (Rechtsauffassung von Völker-/Kriegsrecht: Grenzen zu Beginn des Krieges sind gültig) gemeint sein konnten, was u. a. bzgl. seit 1945 polnisch verwalteter Reichsprovinzen unplausibel ist.

Im Freigeist Forum erläutert hier ...

<http://www.geistig-frei.com/forum/index.php?topic=8352.30>

jemand die Bedeutung so:

"Die Konsequenzen auf die laufende Rechtsprechung sind, daß die Gesetze wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig sind (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)!

Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können.

Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147).

...

Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegendem juristischen Inhalt lesen (BVerwG a.a.O.)."

Bitte auf weitere Beweise in der ganzen Debatte dort achten.

Der Deutsche Michel und sein Goldesel.

Einer der renommiertesten Nationalökonomien der BRD und langjähriger Professor der Wirtschaftswissenschaften an den Unis von Tübingen und Heidelberg, zudem Mitdirektor des Alfred-Weber-Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften, als auch Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, ist Prof. Dr. Franz-Ulrich Willecke nebenbei auch als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hervorgetreten. Respekt. Seinen Berechnungen zufolge, hat die BRD seit Bestehen der EU bzw. seiner Vorgänger Montanunion, EWG und dann EG, Nettobeiträge im Gesamtwert von sagenhaften fünfhundert Milliarden DM an die Brüsseler Demokratie geleistet. Das ist die Summe von 1958 an gerechnet. Zwei Drittel davon wurden allein im Zeitraum von 1990 - also der imaginären und nie stattgefundenen *Wiedervereinigung* - den Eurokraten in den Hals geworfen. Na, leuchtet bei Ihnen bereits ein kleines Lämpchen, wenn Sie an den Soli und andere raffinierte Tricks der Wegelagerei denken? Unter *Nettobeiträgen* der ohnehin verschwenderischen BRD an die noch verschwenderischere EU versteht man jene Summen, die vom deutschen Volk mehr in die EU-Töpfe gewandert sind, als wir aus eben diesen wieder zurückbekommen. Heute nennt man das Beiträge - früher hieß das Tribut. Da ich dieses Wort treffender finde, behalte ich es bei. Über einen solch bienchenfleißigen Dukatenesel schreibt der Professor in seiner Studie:

„Allein seit der Wiedervereinigung hat Deutschland im Zeitraum von 1990 bis 2002 an die Europäische Union Nettobeiträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, umgerechnet 142,6 Milliarden Euro entrichtet, wie sich aus einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank ergibt. Die unter Berücksichtigung des Preisniveaus nach oben korrigierten Nettobeiträge lassen es auch zu, eine güterwirtschaftlich, also real unverzerrte Aussage über das Gewicht der deutschen Nettobeiträge seit der Wiedervereinigung zu machen: Rund 62 Prozent aller bis 2002 geleisteten Nettobeiträge Deutschlands fallen auf die Zeit nach der Wiedervereinigung, nämlich 310 von 497 Milliarden DM (159 von 254 Milliarden Euro). Erstaunlich, daß darüber auf Deutschlands politischer Bühne hinweg geschwiegen wird.“

Einfach sympathisch, dieser Herr. Lassen wir die wissenschaftlichen Floskeln und diplomatischen Plititüden jetzt außer Acht und reden Klar-

text: Die BRD hat bekanntlich unter Kohls Federführung und Mithilfe seines Wasserträgers Theo Waigel massiven Sozialabbau betrieben, was sich nicht abwaigeln, äh, abwiegen läßt. Will heißen: Der abgegriffene BRD-Geldbeutel aus Zwiebelleder ist in desolatem Zustand mit geplatzten Nähten und gerissenen Flickern. Da aber die Damen und Herren von der Figur einer traurigen Gestalt weiterhin mit den großen Hunden pinkeln wollten, aber irgendwie nicht so recht das amputierte Bein heben konnten und derzeit noch weniger können, stellt sich die Sache so dar:

Mit der ominösen Wiedervereinigung, die uns bisher den einen oder anderen Pfennig unnötig gekostet hat, da sich fremdes Geld leichter verprassen läßt als das eigene, wurden im Gegenzug den öffentlichen Anstalten wie Büchereien, Schwimmbäder, Schulen, Kitas und dergleichen mehr, erst mal der finanzielle Tropf abgenommen und privatisiert. Der EU geht es gut, Danke der Nachfrage. Den Rentnern und zahlreichen gehetzten deutschen Befehlsempfängern hingegen, nicht so besonders. Die Gründe sind allgemein bekannt. Vielleicht aber auch nicht. Sehen wir uns doch mal eine kleine Tabelle an, in welchem Umfang unsere Wirtschaftskraft noch in Anspruch genommen wird: Eine Zusammenfassung der von Dipl. Volkswirt Karl Baßler aus amtlichen Veröffentlichungen ermittelten Lasten, Stand 31.12.1993; diese Lasten sind freilich inzwischen weiter um das bis zu 7- fache gestiegen.

A - Gastarbeiter: 2.100.000 Personen, davon 1.700.000 berufstätig, 400.000 arbeitslos: 1.) Direktkosten 39.000.000.000 DM, minus Abgaben und Steuern, 26.000.000.000 DM, Direktkosten netto 13.000.000.000 DM

2.) Indirekte Kosten: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitgeber-Beiträge Krankenversicherung und Gesundheit, Polizei - Justiz - Rechtskosten, Kriminalität, Schulen und Ausbildung, EU-Anteil für 7, 1 % Fremde, insgesamt 93.000.000.000 DM

3.) Allgemeine Staatsleistungen 26.000.000.000 DM

4.) Kosten der 2.100.000 deutschen Arbeitslosen 90.000.000.000 DM

Gesamtlasten durch die Gastarbeiter, netto DM 222.000.000.000

B - Asylanten: vorsichtig geschätzt von Baßler 4.000.000 Personen, 40.000.000.000 DM

C - Leistungen an die EU, netto 31.000.000.000 DM

D - Entwicklungshilfe 10.000.000.000 DM

E - Kriegsfolgelasten

Besatzung, Wiedergutmachung, UNO 10.000.000.000 DM
Zweitens: Von Baßler nicht erfaßte Lasten, weil für sie keine Zahlen
veröffentlicht werden:

F - Lasten für weitere 2.000.000 Asylanten 20.000.000.000 DM

G - Überbrückungshilfe für mindestens 100.000

neu eingebürgerte Juden 15.000.000.000 DM

Gesamte Fremdlasten pro Jahr:

348.000.000.000 DM/175.000.000.000 EURO

Das sind gut 75% des *Bundeshaushaltes*!

Aber machen Sie sich nichts daraus. Denn wenn Sie Mut zur Lücke mit Ihrer ramponierten Kauleiste beweisen müssen, weil Sie mit Nachnamen nicht Midas heißen, Sie in der Apotheke und beim Arzt Ihren kleinen Obolus abdrücken dürfen, weil es der AOK und Co KG so mies geht, Sie Ihr Kind immer öfter um sich haben, weil durch Lehrermangel Ihr Sonnenschein immer früher daheim sein wird und sich von Klingeltönen, Salesch und Co. verblöden läßt; am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig bleibt, weil die Rechnungen schneller hereinkommen als Sie mitkommen und fast dabei umkommen, dann - ja dann wissen Sie jetzt, wohin Ihre es-sigsauer verdienten Penunzen abwandern. Bilden Sie sich aber nicht ein, daß die bisherigen Tribute das Ende der Bundesfahnenstange sind. Denn: Es steht ja noch die geniale Osterweiterung an. Die Türkei will auch mit in die EU-Titanic gen nächstes Riff steigen und andere mit Volldampf strampeln oder rudern lassen. Und alle haben sie so viel Geld wie eine zahnlose Maus im hinterländlichen Franziskanerorden. Ist der Mensch vernunftbegabt? Handelt er nach der Vernunft? Und wenn ja, warum vergißt er sie so häufig? Es ist ein einziges Rennen und so heißt der endlose Hürdenlauf:

In der *Berliner Zeitung* vom 22. April 2006 gab es einen Gastbeitrag von Lüder Gerkon, seines Zeichens Vorsitzender der *Stiftung Ordnungspolitik* und der *Hayek-Stiftung*. Das *Forschungszentrum Generationenverträge* hatte errechnet, daß die BRD mit über 4,5 Billionen Euro (4.500.000.000 Euro) verschuldet ist und zwölftausend (das sind 12.000) Jahre benötigt, um dieses Geld samt Zins und Zinseszins, einschließlich Tilgung, zurückzuzahlen. Kein gesunder Mensch kommt auf die Idee, daß dies möglich sei. Zur Erinnerung: Vor zwölftausend Jahren gab es die letzte Eiszeit, in der man noch ungeschoren Mammuts erlegen und eine Frau mittels Keulenschlag zum Beischlaf überreden durfte.

Der Wettlauf gegen den Bankrott



Doch selbst diese Zeitspanne ist nur dann realistisch, wenn die *BRD* ab sofort keinen Pfennig (Cent) Schulden mehr macht und eine Million Euro *täglich* nur an Tilgung aufwendet. Für die Tilgung allein werden schon lächerliche *4.500 Jahre* benötigt - das war die Zeit der letzten Pyramidenbauten. Von diesen 4,5 Billionen Euro machen ca. 1,5 Billionen Euro die Direktverschuldung des *Bundes*, der *Länder* und *Gemeinden* aus - der Rest setzt sich aus Pensionen der *Beamten* und *Politiker* zusammen.

Zur Erinnerung: Ein Euro sind eine Deutsche Mark und sechsundneunzig Pfennige. Und jetzt dürfen Sie von Herzen weinen, wenn Sie einen unterbezahlten *Job* haben oder arbeitslos sind und mit ansehen müssen, wie andere Länder von uns Entwicklungshilfe beziehen. Oder Entschädigungen, oder *EU*-Strafen bezahlt werden. Und natürlich die aktuelle und magere Diätenerhöhung von lächerlichen neun Prozent der selbsternannten *Volksvertreter*. Die Liste ist endlos. Es darf die Frage gestattet sein, wohin uns alle diese Politik bringen wird und welche Konsequenzen sich für un-

sere und nachkommenden Generationen ergeben. Und seien Sie sich dessen sicher: Die BRD wird spätestens dann aufgelöst, wenn das deutsche Volk vollends ausgeblutet ist - finanziell, spirituell und kulturell. Wenn es nichts mehr zu holen gibt, wird sie fallengelassen wie eine heiße Kartoffel. *Freundschaften*, die nichts mehr einbringen, zählen speziell in der Politik nichts. *Alea eacta est* - Die Würfel sind gefallen. Seit langem. Hinter den Kulissen. Und bedrohlich für uns alle.

Wem gehört die BRD?

In der Sendung PANORAMA Nr. 612 vom 18. April 2002 - *Wem gehört Deutschland - Die Profiteure der Staatsverschuldung* - stellt die Moderatorin Anja Reschke die astronomischen Defizite in finanzieller und moralischer Hinsicht dergestalt heraus:

„Hans Eichel hatte es eilig: In zwei Jahren will er Schluß machen mit der Schuldenpolitik seiner Vorgänger. Der Sparkommissar im Wettlauf gegen die rasende Staatsverschuldung. 10.000, 11.000, 12.000, 13.000 Euro. In den wenigen Sekunden, die Eichel morgens bis in sein Büro braucht, hat Deutschland schon wieder 80.000 Euro Schulden mehr.

O-Ton Hans Eichel: „Da tickt eine Zeitbombe und das heißt, wir haben durch Schulden in der Vergangenheit einen Großteil unserer Zukunft verfrühstückt. Und deswegen können wir so nicht weitermachen.“

Kommentar: Eine Nobeladresse im Frankfurter Norden. Hier sitzen die Leute, die Deutschlands Schulden managen. So effizient wie möglich Geld für den Bund zu beschaffen - die Aufgabe der Elitetruppe in der *Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH*. Ganze sieben Händler jonglieren hier mit Staatsmilliarden. Hat der Bund etwa am Morgen zuwenig Geld, um seine Rechnungen zu bezahlen, wird das kurzerhand besorgt: Schnellverschuldung.

O-Ton Thomas Weinberg (Chefhändler, Finanzagentur): „Heute konkret war es zum Beispiel so, daß wir eine Summe von etwa vier Milliarden Euro im Markt aufnehmen mußten.“

Interviewer: „Also, die Bundesrepublik Deutschland braucht heute vier Milliarden Euro.“

Weinberg: „Wir rufen an und wenn der Kontrahent eben gerade dieses Volumen zur Verfügung hat, dann versuchen wir uns auf einen Zinssatz zu einigen. Und dann ist das Geschäft gemacht und das Geld fließt in unsere Kassen.“

O-Ton Gerhard Schleif (Geschäftsführer, Finanzagentur): „An diese Zahlen gewöhnt man sich, ob da drei Nullen mehr dranhängen oder drei Nullen weniger, das geht in Fleisch und Blut über, das läßt einen nicht mehr schlecht schlafen. Wir haben heute zum Beispiel sechsmonatige Schatz-Anweisungen verauktoniert. Das heißt: Wir bieten die einer bestimmten Bankengruppe an. Und wir wollten eigentlich fünf Milliarden aufnehmen und die Banken haben uns Gebote für 17,3 Milliarden eingebracht.“

O-Ton Hans Eichel: „Das machen wir jetzt seit über dreißig Jahren, zahlen auch nichts zurück. Wenn ein neuer Kredit fällig wird, wird ein neuer aufgenommen, um den alten abzulösen.“

O-Ton Knut Kage (Präsident, Bundeswertpapier-Verwaltung): „Wir streben keine höhere Bundesschuld an, etwa um Arbeitsplätze hier zu halten. Wir haben genug andere Aufgaben. Wir wollen ordentlich und flexibel weiterarbeiten.“

O-Ton Wolfgang Kitterer (Schuldenexperte Universität Köln): „Die Schulden werden immer höher sein auf Dauer, als das, was man sich durch Kredite erkaufte hat. Das heißt, es ist ja auch schon jetzt festzustellen, daß die Defizite, die man macht, auf Dauer nicht ausreichen können, um die Zinslast abzudecken. Was bedeutet das wiederum? Daß man zusätzliche Zinslasten wiederum über Steuern finanzieren muß. Also resultiert aus der Staatsverschuldung letztlich nur eine höhere Steuerlast. Man hat niemandem etwas Gutes getan, es sei denn den Wertpapierhaltern.“

O-Ton Friedrich Halstenberg (ehem. Finanzminister NRW): „Es ist auch durchaus möglich, daß wir unsere Staatsfinanzen ganz zu Grunde richten. Noch ein, zwei Jahrzehnte weiter in dieser Musik, dann gibt es einen anderen Staat.“

Und wenn Sie besonders aufgepaßt haben, dann ist Ihnen im Text sicher die *Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH* aufgefallen. Weshalb heißt es aber nicht *Bundesfinanzamt der Bundesrepublik Deutschland*? Ganz einfach: Die BRD ist eine *private* Finanz-GmbH, die beim Amtsgericht Frankfurt/Main, im Handelsregisterblatt 51411 eingetragen ist, und mit unserem Geld mißwirtschaftet. Sitz dieses Privatunternehmens: *Lurgiallee 5, D-60295 Frankfurt/Main, Telefonnr.: 0049-69-95114-113*. Dank der damaligen *Treuhand* ist das möglich. Mehr darüber unter www.brd-matrix.de

Nun ja: Jetzt wissen Sie, woher der eisige Wind weht und warum die bundesrepublikanische Märchensteuernerhöhung von 16% auf 19% 2007 im Jahre des Herrn angehoben wurde. Bis zum Ende des Jahres 2009 werden wir die offizielle Zwei-*Billionen*-Euro-Marke geknackt haben. Zum Verständnis: Eine *Billion* ist eine *Eins* mit zwölf Nullen. Oder auch: 1.000.000.000.000 Euro. Ein Euro-Stück ist ca. 1,5 mm oder 0,15 cm dick. Wir nehmen also Eine *Billion* Ein-Euro-Münzen und multiplizieren sie mit 0,15 cm. Was erhalten wir? 150 Milliarden Zentimeter oder 1.500 Millionen Meter oder 150.000 Kilometer. Diese 150.000 Km multiplizieren wir um den Faktor 4,5 und erhalten als Ergebnis eine Strecke von 675.000 Km. Das entspricht fast einer Reise zum Mond und wieder zurück, was bedeutet: Houston, wir haben ein Problem. Und wir schreiben das Jahr 2008. Liebe Nachfahren, bitte verzeiht uns diesen Wahnsinn!

Aber wer ein echter Europäer sein will, muß schon was abkönnen - immerhin konnten wir seit Anfang 2003 bis April 2005 dadurch weitere 20 Milliarden Euro für die vom Sozialismus gebeutelten Staaten, Diktaturen und Systeme *spenden*. Sie meinen, das sei ein Faß ohne Boden? Ich bitte Sie. Kaufen Sie sich ein Selbsthilfebuch, denken Sie positiv und beten Sie viel. Das hilft. Da Sie diese wahnsinnigen und über alle Sinne hinausgehenden Summen niemals freiwillig gespendet hätten, dürfen Sie die Ihnen noch zur Verfügung stehenden lumpigen drei Kröten für eine wirklich wohltätige Sache einsetzen. Denn es liegen einige tausend Krebs- und Leukämiekranken Kinder in unterbesetzten Kliniken mit miserabel ausgebildetem und überarbeitetem Personal in der menschenfreundlichen BRD, die auf Spenden aller Art angewiesen sind. Heimkinder ebenso, wie so viele andere Menschen auch, die ob ihrer Krankheit nicht im Sinne des Kapitalismus produktiv sind; die Wärme und Fürsorge bedürfen. Die Unterschicht grüßt Sie.

Und wer will mir erklären, daß dies nicht eine andere Form der Euthanasie ist? Es ist Menschenverachtend. Die oft zitierten Grundrechte unseres hoch gelobten Grundgesetzes sind hierzulande nur noch Makulatur einer Diktatur. Die Selbstgerechten sind asozial, die Gerechten sind arm, die Asozialen denken an sich selbst, die Armen sind ohnmächtig und die Ungerechten sitzen an der Macht. So rufen in Zukunft weiterhin die Kinderkrebshilfen und andere Organisationen zu *unserer* Mithilfe auf, da der *Sozialstaat* Bundesrepublik Deutschland für alles und jeden Geld hat - nur nicht für seine wirklich bedürftigen.

Aus dem Leben der Volksvertreter

Im Folgenden eine Abschrift eines bemerkenswerten Buches, welches es recht genau auf den Punkt der heutigen Verhältnisse bringt:

„Man muß bedenken, aus welch jämmerlichen Gesichtspunkten heraus so genannte *Parteiprogramme* normal zusammengeschustert und von Zeit zu Zeit aufgeputzt oder umgemodelt werden. Es ist immer eine einzige Sorge, die entweder zur Neuaufstellung von Programmen oder zur Abänderung der vorhandenen antreibt. Die Sorge um den nächsten Wahlausgang. Sowie in den Köpfen dieser parlamentarischen Staatskünstler die Ahnung aufzudämmern pflegt, daß das liebe Volk wieder einmal revoltiert und aus dem Geschirr des alten Parteiwagens entschlüpfen will, pflegen sie die Deichseln neu anzustreichen. So greifen sie zu den alten Rezepten, bilden eine *Kommission*, horchen im lieben Volk herum, beschnüffeln die Presseerzeugnisse und riechen so langsam heraus, was das liebe breite Volk gerne haben möchte, was es verabscheut und was es sich erhofft.

So treten die Kommissionen zusammen und *revidieren* das alte Programm und verfassen ein neues (die Herrschaften wechseln dabei ihre Überzeugungen wie der Soldat im Felde das Hemd, nämlich immer dann, wenn das alte verlaust ist), in dem jedem das Seine gegeben wird. Der Bauer erhält den Schutz seiner Landwirtschaft, der Industrielle den Schutz seiner Ware, der Konsument den Schutz seines Einkaufs, den Lehrern werden die Gehälter erhöht, den Beamten die Pensionen aufgebessert, Witwen und Waisen soll in reichlichstem Umfang der Staat versorgen, der Verkehr wird gefördert, die Tarife sollen erniedrigt und gar die Steuern, wenn auch nicht ganz, aber doch so ziemlich abgeschafft werden.

Manches Mal passiert es, daß man doch einen Stand vergessen oder von einer im Volk umlaufenden Forderung nichts gehört hat. Dann wird in letzter Eile noch hineingeflickt was Platz hat, so lange, bis man mit gutem Gewissen hoffen darf, das Heer der normalen Spießer samt ihren Weibern wieder beruhigt zu haben und hoch befriedigt zu sehen. So kann man innerlich also gerüstet im Vertrauen auf den lieben Gott und die unerschütterliche Dummheit der wahlberechtigten Bürger den Kampf um die neue *Gestaltung*, wie man sagt, beginnen. Wenn dann der Wahltag vorbei ist, die Parlamentarier für fünf Jahre ihre letzte Volksversammlung abgehalten haben, um sich von der Dressur des Plebs hinweg zur Erfüllung ihrer höheren und angenehmeren Aufgaben zu begeben, löst sich die Programm-

Kommission wieder auf und der Kampf um die Neugestaltung der Dinge erhält wieder die Formen des Ringens um das liebe tägliche Brot. Dieses heißt aber beim Parlamentarier Diäten.

Jeden Morgen begibt sich der Herr Volksvertreter in das Hohe Haus und wenn schon nicht ganz hinein, so doch wenigstens in den Vorraum, in dem die Anwesenheitslisten aufliegen. Im angreifenden Dienste für das Volk trägt er dort seinen Namen ein und nimmt als wohlverdienten Lohn eine kleine Entschädigung für diese fortgesetzten zermürbenden Anstrengungen entgegen. Nach vier Jahren oder in sonstigen kritischen Wochen, wenn die Auflösung der parlamentarischen Körperschaften wieder näher und näher zu rücken beginnt, beschleicht die Herren plötzlich ein unbezählbarer Drang.

Sie reden wieder zu den Wählern, erzählen von der eigenen enormen Arbeit und der böswilligen Verstocktheit der anderen, bekommen aber von der unverständigen Masse statt dankbaren Beifalls manches rohe, ja gehässige Ausdrücke an den Kopf geworfen. Wenn sich diese Undankbarkeit des Volkes bis zu einem gewissen Grade steigert, kann nur ein einziges Mittel helfen: Der Glanz der Partei muß wieder aufgebügelt werden, das Programm ist verbesserungsbedürftig, die Kommission tritt erneut ins Leben und der Schwindel beginnt von vorne. Bei der granitenen Dummheit unserer Menschheit wundere man sich nicht über den Erfolg. Geleitet durch seine Presse und geblendet vom neuen verlockenden Programm, kehrt das *bürgerliche* wie das *proletarische* Stimmvieh wieder in den gemeinsamen Stall zurück und wählt seine alten Betrüger. Es gibt kaum etwas Deprimierendes, als diesen ganzen Vorgang in der nüchternen Wirklichkeit zu beobachten, diesem sich immer wiederholenden Betrug zusehen zu müssen.“

Angi lernt Schweben.

„Die Kanzlerin plant einen Image- und Kulissenwechsel. Angela Merkel will künftig vor allem als Staatsfrau auftreten, um dem innenpolitischen Getümmel zu entschweben. Die kühle Reformrhetorik wird ausgemustert, Merkel möchte auch das tun, was sie bisher vermieden hat: Gefühle zeigen. Sie will präsidialer wirken und gefühliger reden. Aus Merkel, der kühlen Reformerin, soll Merkel, die tatkräftige Europäerin werden. Selbst zu Oppositionszeiten sei die Union geschlossener aufgetreten als heute, sagte Schäuble. *Die Leute erwarten, daß wir ordentlich regieren*, und dunkel fügte er an, ohne Besserung sei die Koalition im Jahre 2009 so

gut wie abgeschrieben. Auch deshalb will die Kanzlerin sich von den Problemen des Tages absetzen. In einer Großen Koalition entsteht ständig neuer Zündstoff, der sich aus den immer gleichen Zutaten zusammensetzt: Kompromißfrust und verletzte persönliche Eitelkeit. Die Kanzlerin soll dem entrückt werden, in der Hoffnung, daß es sich in den höheren Lüften besser leben läßt."

Quelle: *Der Spiegel*, Ausg. 42/2006

Kommen wir noch für einen klitzekleinen Moment zu unseren *amerikanischen Freunden*, die uns allen selbstlos den Frieden versprochen haben, seit sie die bösen und ganz fiesen *Nazis* zum Teufel geschickt haben. Ja, ja, die USA wissen ganz genau und mit unfehlbarer Sicherheit, wer böse, wer böse und wer böse ist. Denn nach deren Definition scheint es keine *Guten* mehr zu geben, wie die nachfolgende Tabelle ihrer *Friedens- und Befreiungsaktionen* zeigt:

Die Tage des Weltfriedens

Kalter Krieg, weltweit:	28.02.46 - 25.12.91
Korea-Krieg:	27.06.50 - 27.07.53
Suez-Krise, Ägypten:	26.07.56-15.11.56
Operation „Blue Bat“, Libanon:	15.07.58-20.10.58
Taiwan-Straße:	23.08.58 - 06.63
Kongo:	14.07.60-01.09.62
Laos:	19.04.61-07.10.62
Operation „Tailwind“, Laos:	1970
Operation „Ivory Coast/Kingoin“, Nord-Vietnam:	21.11.70
Operation „Endsweep“, Nord-Vietnam:	27.01.72-27.07.73
Operation „Linebacker I“, Nord-Vietnam:	10.05.72-23.10.72
Operation „Linebacker II“, Nord-Vietnam:	18.12.72-29.12.72
Operation „Pocket Money“, Nord-Vietnam:	09.05.72-23.10.72
Operation „Freedom Train“, Nord-Vietnam:	06.04.72-10.05.72
Operation „Arc Light“, Südostasien:	18.06.65-04.70
Operation „Rolling Thunder“, Süd-Vietnam:	24.02.65 - 10.68
Operation „Ranch Hand“, Süd-Vietnam:	01.62- 1971
Vietnam-Krieg:	15.03.62-28.01.73
Kuba-Krise, weltweit:	24.10.62-06.63
Operation „Powerpack“, Dominikanische Republik:	28.04.65-21.09.66
Sechs-Tage-Krieg, Mittlerer Osten:	13.05.67- 10.06.67

Operation „Nickel Grass", Mittlerer Osten:	06.10.73 - 17.11.73
Operation „Eagle Pull", Kambodscha:	11.04.75 - 13.04.75
Operation „Frequent Wind", Evakuierung aus Saigon:	29.04.75 - 30.04.75
Operation „Mayaguez", Kambodscha:	15.05.75
Operationen „Eagle Claw/Desert One", Iran:	25.04.80
El Salvador, Nicaragua:	01.01.81- 01.02.92
Golf von Sidra, Libyen:	18.08.81
US Multinational Force, Libanon:	25.08.82 - 01.12.87
Operation „Urgent Fury", Grenada:	23.10.83 - 21.11.83
Operation „Attain Document", Libyen:	26.01.86 - 29.03.86
Operation „El Dorado Canyon", Libyen:	12.04.86 - 17.04.86
Operation „Blast Furnace", Bolivien:	07.86 - 11.86
Operation „Praying Mantis", Persischer Golf:	17.04.88 - 19.04.88
Operation „Ernest Will", Persischer Golf:	24.07.87 - 2.08.90
Operation „Promote Liberty", Panama:	31.07.90
Operation „Just Cause", Panama:	20.12.89 - 31.01.90
Operation „Nimrod Dancer", Panama:	05.89 - 20.12.89
Operation „Ghost Zone", Bolivien:	03.90 - 1993
Operation „Sharp Edge", Liberia:	05.90 - 08.01.91
Operation „Desert Farewell", Südwest-Asien:	ab 01.01.92
Operation „Desert Calm", Südwest-Asien:	01.03.91 - 01.01.92
Operationen „Desert Sword/Desert Sabre", SW-Asien:	24.02.91 - 28.02.91
Operation „Desert Storm", Irak:	17.01.91 - 28.02.91
Operation „Imminent Thunder", Irak:	11.90
Operation „Desert Shield", Irak:	02.08.90 - 17.01.91
Operation „Eastern Exit", Somalia:	02.01.91 - 11.01.91
Operation „Productiv Effort/Sea Angel", Bangladesh:	05.91-06.91
Operation „Fiery Vigil", Philippinen:	06.91
Operation „Victor Squared", Haiti:	09.91
Operation „Quick Lift", Zaire:	24.09.91 - 07.10.91
Operation „Silver Anvil", Sierra Leone:	02.05.92 - 05.05.92
Operation „Distant Runner", Ruanda:	09.04.94 - 15.04.94
Operationen „Quiet Resolve/Support Hope", Ruanda:	22.07.94 - 30.09.94
Operation „Uphold/Restore Democracy", Haiti:	19.09.94 - 31.03.95
Operation „Golden Pheasant", Honduras:	ab 03.88
Operation „Wipeout", Hawaii:	ab 1990

Operation „Support Justice", Südamerika:	1991 - 1994
Operation „Coronet Nighthawk", Zentral- u. Südamerika:	ab 1991
Operation „Desert Falcon", Saudi-Arabien:	ab 1991
Operation „Southern Watch", Irak:	ab 1991
Operation „Provide Comfort", Kurdistan:	05.04.91 - 12.94
Operation „Provide Comfort II", Kurdistan:	24.07.91 - 31.12.96
Operation „Provide Hope I-V", GUS:	10.02.92 - 10.05.99
Operation „Provide Promise", Bosnien:	03.07.92 - 03.96
Operation „Maritime Monitor", Adria:	16.07.92 - 22.11.92
Operation „Sky Monitor", Bosnien-Herzegowina:	ab 16.10.92
Operation „Maritime Guard", Adria:	22.11.92 - 15.06.93
Operation „Desert Strike", Irak:	17.01.93, 26.06.93, 03.09.96
Operation „Deny Flight", Bosnien:	12.04.93 - 20.12.95
Operation „Steady State", Südamerika:	1994 - 04.96
Operation „Quick Response", Zentralafrik. Republik:	05.94 - 08.96
Operation „Able Sentry", Serbien-Mazedonien:	ab 5.07.94
Operation „Vigilant Warrior", Kuwait:	10.94 - 11.94
Operation „Sharp Guard", Adria:	15.06.93 - 12.95
Operation „Safe Border", Peru/Ecuador:	ab 1995
Operation „United Shield", Somalia:	22.01.95 - 02.07.95
Operation „Nomad Vigil", Albanien:	01.07.95 - 05.11.96
Operation „Quick Lift", Kroatien:	07.95
Operation „Outermind Effort", Bosnien:	07.95 - 12.95
Operation „Vigilant Sentinel", Kuwait:	ab 08.95
Operation „Deliberate Force", Republika Srpska:	29.08.95 - 21.09.95
Operation „Joint Endeavor", Bosnien-Herzegowina:	12.95 - 12.96
Operation „Decisive Enhancement", Adria:	12.95 - 19.06.96
Operation „Decisive Endeavor/Decisive Edge", Bosn.-Hrz.:	01.96-12.96
Operation „Nomad Endeavor", Taszar, Ungarn:	ab 03.96
Operation „Laxer Strike", Südafrika:	ab 04.96
Operation „Assured Response", Liberia:	04.96 - 08.96
Operation „Desert Focus", Saudi-Arabien:	ab 07.96
Operationen „Paelfle Haven/Quick Transit", Irak-Guam:	15.09.96-16.12.96
Operation „Guardian Assistance", Zaire/Ruanda/Uganda:	15.11.96 - 27.12.96

Operation „Determined Guard", Adria:	ab 12.96
Operation „Northern Waten", Kurdistan:	ab 31.12.96
Operation „Guardian Retrieval", Kongo:	03.97 - 06.97
Operation „Noble Obelisk", Sierra Leone:	05.97 - 06.97
Operation „Bevel Edge", Kambodscha:	07.97
Operation „Phoenix Scorpion I", Irak:	11.97
Operation „Noble Response", Kenia:	21.01.98 - 25.03.98
Operation „Phoenix Scorpion H", Irak:	02.98
Operation „Shepherd Venture", Guinea-Bissau:	10.06.98 - 17.06.98
Operation „Determined Falcon", Kosovo/Albanien:	15.06.98 - 16.06.98
Operation „Joint Force", Bosnien-Herzegowina:	ab 20.06.98
Operation „Joint Guard", Bosnien-Herzegowina:	20.06.98
Operation „Dellberate Force", Bosnien-Herzegowina:	ab 20.06.98
Operation „Resolute Response", Afrika:	ab 08.98
Operation „Infinite Reach", Sudan/Afghanistan:	20.08.98
Operation „Determined Force", Kosovo:	08.10.98 - 23.03.99
Operation „Eagle Eye", Kosovo:	16.10.98 - 24.03.99
Operation „Phoenix Scorpion III", Irak:	11.98
Operation „Phoenix Scorpion IV", Irak:	12.98
Operation „Desert Fox", Irak:	16.12.98 - 20.12.98
Operation „Cobalt Flash", Kosovo:	ab 23.03.99
Operationen „Sustain Hope/Allied Harbour", Kosovo:	ab 05.04.99
Operation „Shining Hope", Kosovo:	ab 05.04.99

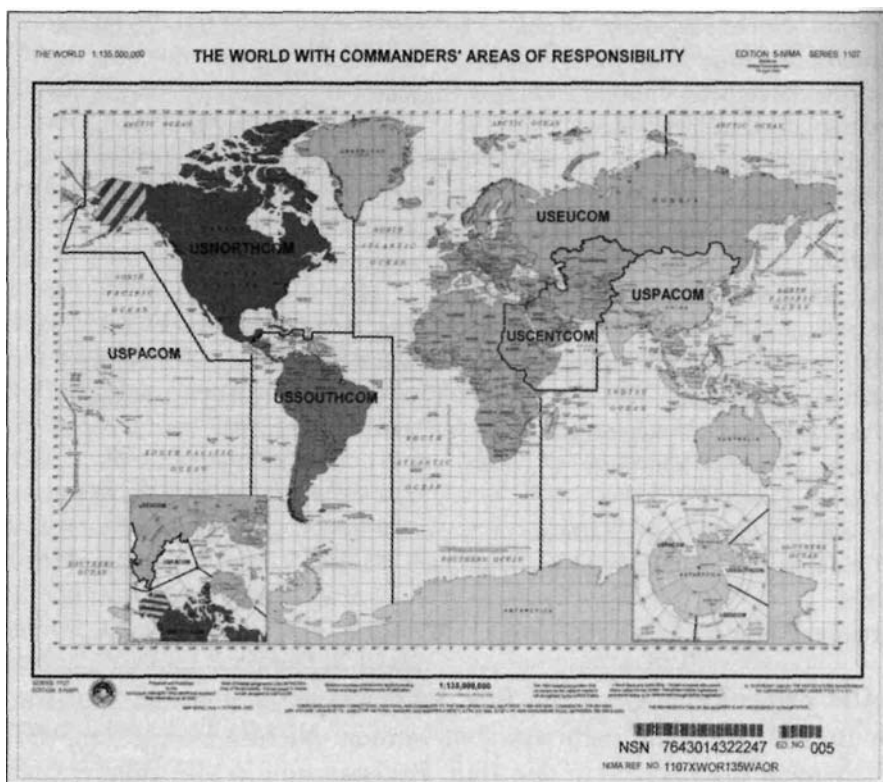
Die namenlose Operation: Seit Jahren regelmäßige Luftangriffe auf Ziele im Irak, die nicht mehr erwähnt werden. Nicht zu vergessen, die bevorstehenden Einmärsche in den Iran, Pakistan und in alle andere Staaten, die unsere *Freiheit* bedrohen.

Beinahe mag ich den Eindruck gewinnen, als seien die USA und Satan ganz besonders gut befreundet, wenn sie ihn so reichlich mit Seelen versorgen. Entschuldigung, ich muß mich irren: Denn die USA ist überaus christlich und die Seelen sind natürlich zu Gott gewandert, wo sie ja auch hin gehören, auch wenn sie fürchterlich böse und gottlose Islamisten sind.

Wie auch immer, vielleicht sollten mal die USA zum Teufel gehen - dann hätten wir unter Umständen wieder den Himmel auf Erden und auf unserer Seite. Oder fällt Ihnen sonst noch spontan ein anderes Land ein, welches sich so aggressiv verhält - außer Israel? Ach ja richtig: Deutschland ist

doch der Kriegstreiber schlechthin, wie General Eisenhower festgestellt hat. Und wir wissen ja, daß der Sieger immer Recht hat, weil er nun mal die Geschichte schreibt. Dank den USA kann ich viel beruhigter schlafen:

Gib mir die Welt. - Der Machtbereich der USA



Eine besondere Rolle neben Deutschland nimmt auch Österreich ein: Von Reparationen weitestgehend verschont, erhielt Österreich keinen *Friedensvertrag*, sondern einen *Staatsvertrag*, der es ebenfalls in sich hat und in den Verfassungsrang erhoben wurde: Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Staatsvertrag von Wien) (B.G.Bl. 152/1955) gemäß BVG vom 4. März 1964 (B.G.Bl. 59/1964) sind Teile des Vertrags in den Verfassungsrang erhoben geändert durch Erklärung der Republik Österreich vom 6. November 1990.

Nachdem der am 15. Mai 1955 in Wien unterzeichnete Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einerseits und Österreich andererseits, welcher also lautet:

Präambel

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, in der Folge die Alliierten und Assoziierten Mächte genannt, einerseits und Österreich andererseits. Im Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte.

Im Hinblick darauf, daß in der Moskauer Erklärung, verlautbart am 1. November 1943, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß sie die Annexion Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig betrachten, und ihrem Wunsche Ausdruck gaben, Österreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen und daß das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 16. November 1943 eine ähnliche Erklärung abgab.

Im Hinblick darauf, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Österreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschlands befreit wurde. Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum demokratischen Wiederaufbau seines Landes selbst machte und weiter zu machen haben wird, den Wunsch hegen, einen Vertrag abzuschließen, der Österreich als einen freien, unabhängigen und demokratischen Staat wiederherstellt, wodurch sie zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa beitragen.

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte den Wunsch haben, durch den vorliegenden Vertrag in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit alle Fragen zu regeln, die im Zusammenhange mit den oben erwähnten Ereignissen einschließlich der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege

als integrierender Teil Deutschlands noch offen stehen, und im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich zu diesem Zwecke den Wunsch hegen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, um als Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen zu dienen und um damit die Alliierten und Assoziierten Mächte in die Lage zu versetzen, die Bewerbung Österreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen. Haben daher die unterfertigten Bevollmächtigten ernannt, welche nach Vorweisung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen sind:

Teil I - Politische und territoriale Bestimmungen

Artikel 1. *Wiederherstellung Österreichs* als freier und unabhängiger Staat Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

Artikel 2. *Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs.* Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden.

Artikel 3. *Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland.* Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in Bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern.

Artikel 4. *Verbot des Anschlusses*

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland *verboten* ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiete und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen.

2. Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich *keinerlei* Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine *politische* oder *wirtschaftliche Vereinigung* mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politi-

sche oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Österreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu *fördern*, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.

Artikel 5. Grenzen Österreichs Die Grenzen Österreichs sind jene, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.

Artikel 6. Menschenrechte

1. Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Personen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern.

2. Österreich verpflichtet sich weiters dazu, daß die in Österreich geltenden Gesetze weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Anwendung zwischen Personen österreichischer Staatsangehörigkeit auf Grund ihrer Rasse, ihres Geschlechtes, ihrer Sprache oder ihrer Religion, sei es in Bezug auf ihre Person, ihre Vermögenswerte, ihre geschäftlichen, beruflichen oder finanziellen Interessen, ihre Rechtsstellung, ihre politischen oder bürgerlichen Rechte, sei es auf irgendeinem anderen Gebiete, diskriminieren oder Diskriminierungen zur Folge haben werden.“

Schon dieser Vertrag an sich ist ein Witz, wenn darin behauptet wird, Österreich sei frei und unabhängig. Wie soll ein Land unabhängig sein, wenn ihm von fremden Mächten gewisse Auflagen diktiert werden? Soviel auch hierzu zum Selbstbestimmungsrecht. Man mag sich fragen, wie fremde Mächte dazu kommen, Österreich ein Verbot auszusprechen, für alle Zeiten ein Bündnis mit Deutschland einzugehen, wo doch Österreich selbst über Jahrhunderte ein Teil Deutschlands (Deutsche Ostmark) war? Dasselbe dachten sich wohl Österreich und die BRD, als sie sich offen über diesen Vertrag hinwegsetzten:

„Am Wochenende haben deutsche und österreichische Truppen ein Großmanöver zur Vorbereitung auf EU-Armee-Einsätze unter Berliner Kommando abgeschlossen. Die Militärübung simulierte eine Gewaltoperation zugunsten ethnisch motivierter Aufständischer in einer nicht näher

bezeichneten Hochgebirgslandschaft. Dabei sollten *neuartige Kooperationsformen* erprobt werden, in deren Konsequenz es zum Bruch völkerrechtlich bindender Verträge kommt. Das Manöver reiht sich in zahlreiche Versuche ein, die österreichische Armee in die deutschen Europa-Pläne einzubinden. Nach Aussagen des Berliner Verteidigungsministers kommt Wien eine Stellvertreterfunktion in Südosteuropa zu. Kritiker sprechen von einem (un)heimlichen zweiten Anschluß Österreichs an die wiedererwachte deutsche *Großmachtpolitik*. Sehr realistisch. Das Großmanöver mit dem Namen *Peace Summit* begann unter Beteiligung von rund 5.600 Soldaten am 27. März (2005) in den österreichischen Alpen und ging dort am vergangenen Freitag (7. April) zu Ende.

Laut Manöver-Regie hatten die in einem fremden Staat einmarschierenden deutsch-österreichischen Truppen von der sezeessionswilligen Bevölkerung *erfreut* umringt und *begrüßt* zu werden.¹

Die Bedeutung des Geschehens erschließen Äußerungen des neuen österreichischen Streitkräftekommandanten Günter Höfler. Laut Höfler ist das *Endziel Wiens* eine europäische Armee. *Heißt: Aufgabe der nationalen militärischen Identität.*² In Österreich stößt die enge verteidigungspolitische Anbindung an Berlin auf massive Kritik. Nach wie vor ist das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs in Kraft, das es Wien verbietet, militärischen Bündnissen beizutreten.“ Dem deutschen Botschafter in Wien werden abfällige Äußerungen über den neutralen Status seines Gastlandes zugeschrieben: *Solange ihr mit uns in den Krieg zieht, ist uns euer Status egal.*⁴ Ihm sekundiert der österreichische Streitkräftekommandant Höfler: *Die Neutralität ist ein sentimentales Gut, aber sie ist kein Hindernis.*⁵ Für den Wiener Streitkräftekommandanten Höfler ist die österreichische Territorial-Integration längst vollzogen: *Wenn man heute nach Deutschland fährt, ist das keine Auslandsreise mehr.*

¹ „Deutsche und Österreichische Soldaten üben gemeinsam “;

www.deutschesheer.de

² „Kleine Zeitung“ 14.12.2005

³ Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs vom 26. Oktober 1955 gem. BGBl. Nr. 211/1955 Artikel I (1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

⁴„Der (un)heimliche Anschluß geht weiter: Österreichisch-deutsches Großmanöver in den Tiroler Alpen“; Rundbrief der Werkstatt Frieden und Solidarität Linz Nr. 10/2006

^{5,6}„Kleine Zeitung“ 14.12.2005



Noch seltsamer mutet es an, wenn sich der österreichische Ex-Bundeskanzler Schüssel mit Vehemenz für die *EU-Verfassung*, also dem heutigen *Grundlagenvertrag* ausspricht. Ganz offensichtlich versuchen mehr und mehr Staaten, die unter der Zuchtrute der *SHAEF-Gesetzgebung* ihr Dasein fristen, dieser Falle mit allen Mitteln zu entkommen. Das Beispiel Deutschland mag da als Mahnmal gelten. Das österreichische Verteidigungsministerium ist deswegen in arge Bedrängnis: Dachte doch das russische Außenministerium laut darüber nach, daß Rußland entsprechende Maßnahmen ergreifen müßte, sollte Österreich die *EU-Verfassung* anerkennen. Das ist alles längst kein Spaß mehr. Betrachten wir uns die Auf-

rüstung der EU, USA und Rußlands, dann kommt dieser Mobilmachung größere Bedeutung zu, als man uns Glauben machen will. Das erneute Wettrüsten ist in vollem Gange. Wer heute noch der allerliebste Verbündete ist, kann morgen schon ein Schurkenstaat, eine Achse des Bösen oder eine terroristische Vereinigung sein, wie sie die angeblich radikale Hisbolah sein soll. In den Augen der Mächtigen gilt eben: Wer die Macht hat, hat auch Recht.

„Wenn aber der Verkehrte das rechte Mittel gebraucht, so wirkt das rechte Mittel verkehrt.“

Theophostus Bombastus Paracelsus

Es ist auch ein natürliches Gesetz, daß sich nichts von alleine löst. Probleme sind Wirkungen einer Kausalität, einer Ursache. Wenn also ein Verursacher mit einer Handlung eine Ursache setzt, entwickelt sich etwas daraus. Im Laufe dieser Entwicklung treten so genannte *Störungen* auf. Diese *Störungen* können aber auch Hinweise sein, daß das erstrebte Ziel nicht auf diese Art und Weise oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erreicht werden kann.

Es ist gut möglich, daß die *Störung* gar keine ist. Aber sie wäre dann immer noch ein guter Indikator um nachzusehen, ob etwas funktioniert oder etwas nicht funktioniert. Vielleicht können wir eine Regel ableiten. Je lauterer die Absichten eines Verursachers sind, desto lauterer sind die Ergebnisse, sofern er dabei nicht die entstehenden Wirkungen außer Acht läßt.

Zum Heulen: Bei jeder sich bietenden Gelegenheit rufen die Gewerkschaften zwecks Selbsterhalt zu Warnstreiks auf. Ja, da wird das deutsche Volk so richtig munter, wenn es darum geht, gegen eine unbezahlte Überstunde die Woche dicke Arme zu machen. Hut ab. In Frankreich legen sie halbe Städte in Schutt und Asche, wenn ein Politiker auch nur Sozialkürzungen erwähnt. In Ungarn zeigen die Menschen auch ihren Unmut. Und bei uns? Da geht der brave Michel von Bundesbürger allenfalls dann auf die Straße, wenn Fifi Häufchen machen muß und der Zigarettensautomat auf dem Weg liegt. Die systematische Beschneidung seiner Freiheit kümmert ihn nicht. Die Gehirntätigkeit scheint sich nur noch im Alpha-Bereich zu bewegen. Das wahrhafte Interesse an seiner Umwelt gleicht dem eines Asketen in einer Bar. Die Sache ist nur die: Eines Morgens wachen wir inmitten einer wohldurchdachten und gut vorbereiteten Diktatur auf - und

fragen uns erst dann, wie so etwas hat geschehen können. Vielleicht öffnen wir morgens apathisch ob knurrenden Magens den Rolladen in unserem militärisch gesicherten Sozialhilfeviertel mit einer minimalen Grundrente in der Tasche und lesen dann ungläubig auf einem B-5 Plakat, bevor wir zu einem *staatlich verordneten* Sklaven-Job gehen:

Willkommen in der Europäischen Union. Genießen Sie unsere Demokratie. Fühlen Sie sich wohl bei uns - wir machen den Rest. Gehen Sie regelmäßig zur Wahl und unterstützen Sie aktiv unseren wachsenden Wohlstand, den Frieden und die Freiheit für eine bessere Zukunft. Wir brauchen die Europäische Union.

Bleiben Sie wachsam, geben Sie auf sich Acht und bleiben Sie in Ihrer Mitte. Und tun Sie in Gottes Namen, was immer Sie tun können, um den Frieden zu fördern - nur wer sich selbst bewegt, bewegt etwas. Nur wer Freiheit nicht vermißt, tritt nicht für sie ein - bis es zu spät ist.

Der größte Feind der Freiheit ist ein glücklicher Sklave

Ihr R. U. HILL

Anhang

Die Entstehung Deutschlands

Das I. Deutsche Reich - Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation



Die ältesten Nachweise von Menschen auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands finden sich bei einigen keltischen und germanischen Stämmen, bei den Griechen und Römern in der vorchristlichen Zeit. Der Rhein bildet dann 58 v. Chr. die Grenze zum römischen Reich. Der römische Schreiber Tacitus lieferte eine erste Geschichte Gesamtgermaniens im Jahre 98. Demnach verteilten sich zwischen dem ersten und sechsten Jahrhundert die germanischen Stämme über Europa und vermischten sich mit den nicht ausgewanderten Kelten. Bis ins hohe Mittelalter waren weite Teile Mitteldeutschlands slawisch geprägt. Man sprach dabei von *Germania Slavica*. Mit Karl dem Großen als erstem westlichen Kaiser nach den Römern entstand das Frankenreich mit Anspruch auf die Führungsmacht in Europa im Jahre 800 als Mutter der europäischen Christenheit.

Doch aufgrund von Streitigkeiten währte sein Reich nicht lange und ließ es bald in das Westfrankenreich und Ostfrankenreich zerfallen. Als traditionelles Gründungsdatum Deutschlands als Staat gilt der 02.02.962, an dem Otto der I. als erster ostfränkischer König in Rom zum Kaiser gekrönt wird. Staat von *il stato* - das Bestehende oder auch Zustand. Wortstamm ist Status.

Heiliges römisches Reich, später Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation war die offizielle Bezeichnung für das Reich, das sich im zehnten Jahrhundert aus dem römischen Ostfrankenreich herausbildete und bis 1806 bestand. Die Formel *Römisches Reich* - Imperium Romanum - gehörte schon zum Reich Karl des Großen. Erst unter der Zeit Kaiser Friedrichs dem I. erschien 1157 der Zusatz *Heiliges* Römisches Reich in der Kaisertitulatur. Ab 1438 findet sich der Zusatz *Deutscher Nation*, und wird 1486 erstmals in einem Gesetz verwendet.

Seit 1512 ist die öffentliche Titulatur des Reiches *Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation* - Sacrum Romanum Imperium Nationis Germanicae. Mit der Niederlegung der Reichskrone Kaiser Franz II. am 06.08.1806 erlosch das Heilige Römische Reich. Das westfränkische Reich entwickelte sich zu einem Nationalstaat (dem heutigen Frankreich), während im ostfränkischen Reich die Territorialfürsten nach und nach ihre Partikularinteressen durchsetzen konnten. Obwohl wiederholte Versuche der ostfränkischen Kaiser das Reich zu einen, zersplitterte sich das entstehende *Heilige römische Reich Deutscher Nation* immer mehr in unzählige weitestgehend unabhängige Staaten und Reichsstädte. Nach Reformation und Dreißigjährigem Krieg war die Macht der Kaiser nur noch eine formale.

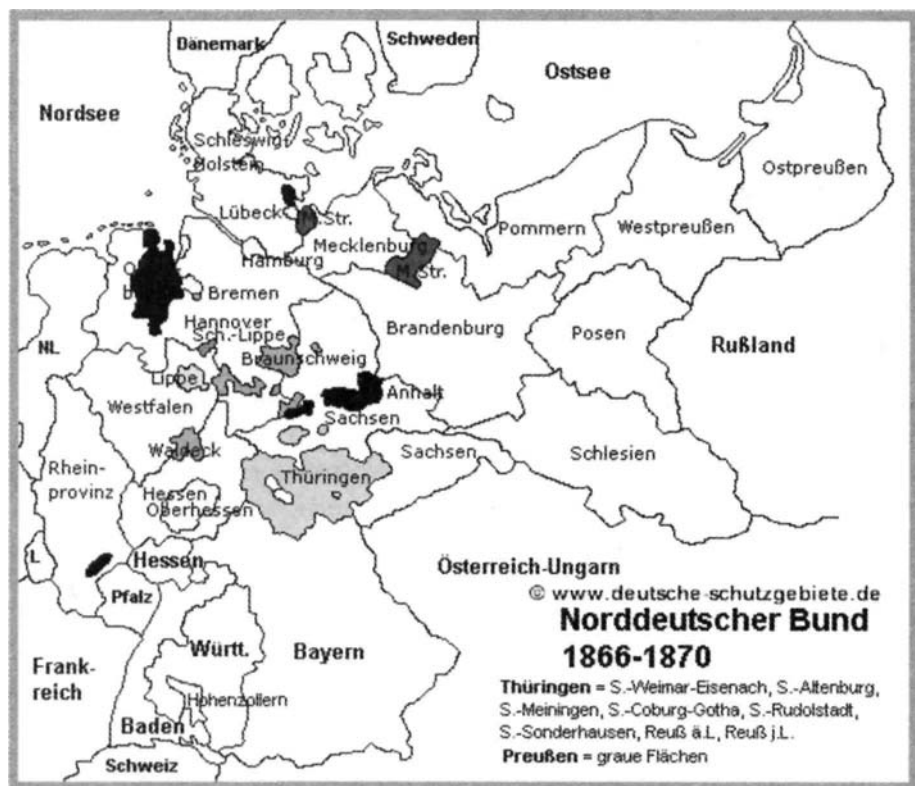
Dieser Zustand änderte sich 1806, als der Deutsche Kaiser Franz II., der zuvor 1804 auch Kaiser des österreichischen Vielvölkerstaates wurde, die Reichskrone auf Druck des französischen Kaisers Napoleon Bonaparte ablegte. Napoleon verringerte die Anzahl der Deutschen Staaten durch Zusammenlegung erheblich, deren Zahl in ihrer Blütezeit mehr als achtzig betrug und nunmehr auch ihre Unabhängigkeit verloren. Der Wiener Kongress führte die Vereinigung fort und gründete schließlich unter der Federführung Österreichs einen losen Deutschen Bund mit 38 Staaten.

Doch schon bald nach der gescheiterten nationalen und liberalen Märzrevolution von 1848/1849 kam es zur Kollision der erstarkten Preußen mit der Deutschen Großmacht Österreich um die Vormachtstellung im Deutschen Bund wie in Europa, die zum Deutschen Krieg oder auch *Bruderkrieg* genannt, von 1866 führte. Nachdem Preußen diesen Krieg für sich entschied, kam es zur Teilung und damit zur Auflösung des Deutschen Bundes, zur Annexion seiner norddeutschen Kriegsgegner durch Preußen und zur weiteren Schrumpfung der Zahl Deutscher Staaten.

Der Norddeutsche Bund war der am 1867 gegründete Staatenbund aller Deutschen Länder nördlich der Mainlinie und gleichzeitig der Vorläufer des Deutschen Reiches von 1871, als Nachfolger des *Bund der Deutschen*. Der seit 1815 bestandene lose Deutsche Bund, der alle Staaten Deutschlands umfaßt hatte, zerbrach als Folge des Deutschen Krieges von 1866 und wurde von den Fürstentümern und Hansestädten nördlich des Mains unter Führung Preußens zum Norddeutschen Bund zusammengefaßt.

Zu dessen Gebiet gehörten auch die preußischen Territorien südlich des Mains und die von Württemberg umschlossenen Hohenzollernschen Lande. Dagegen gehörte das Großherzogtum Hessen dem Bund nur mit seinem nördlichen Landesteil an. Nur das Großherzogtum Baden, die Königreiche Bayern und Württemberg, sowie das Kaisertum Österreich blieben außerhalb des Bundes. Der Norddeutsche Bund entstand aus dem Militärbündnis, welches Preußen und mehrere kleinere Staaten wie z. B. Schaumburg-Lippe während des deutsch-österreichischen Krieges verband.

Der Norddeutsche Bund.



Im Jahre 1866 wurden in Prag und in Wien infolge des deutschen und des italienisch-österreichischen Krieges Friedensverhandlungen geführt, wobei Österreich als Verlierer Venetien an Italien abtreten mußte und der Deutsche Bund aufgelöst wurde. Mit Ausnahme von Sachsen, Hessen-Darmstadt, Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie, annektierte Preußen sämtliche Gebiete der Kriegsgegner nördlich des Mains. Erst durch nachträglichen Beschluß wurde der Norddeutsche Bund zum legitimen Völkerrechtssubjekt.

Die Regierung Otto von Bismarck wurde ebenfalls nachträglich gebilligt. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 16.04.1867 ist in wesentlichen Punkten mit der Verfassung des I. Deutschen Reiches, also dem Deutschen Kaiserreich vom 16. April 1871, identisch.

Wilhelm I., König von Preußen, hatte das Präsidium des Bundes inne. Ihm unterstellt war der Bundeskanzler Bismarck, der die Exekutive des Bundes leitete.

Die einzelnen Staaten des Bundes entsandten Vertreter in den Bundesrat, der von Preußen mit 17 von 43 Stimmen dominiert war. Zusammen mit dem Bundestag übte der Reichstag, welcher aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorging, das Gesetzgebungsrecht einschließlich der Haushaltsbewilligung aus. Das Bundesgebiet des Norddeutschen Bundes umfaßte folgende Staaten:

1. Königreich Preußen mit Lauenburg
2. Königreich Sachsen
3. Großherzogtum Mecklenburg- Schwerin
4. Großherzogtum Sachsen-Weimar
5. Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz
6. Großherzogtum Oldenburg
7. Herzogtum Sachsen-Meiningen
8. Herzogtum Sachsen-Altenburg
9. Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha
10. Herzogtum Anhalt
11. Herzogtum Braunschweig
12. Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt
13. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen
14. Fürstentum Waldeck
15. Fürstentum Reuß ältere Linie
16. Fürstentum Reuß jüngere Linie
17. Fürstentum Schaumburg-Lippe
18. Fürstentum Lippe
19. Freie Stadt Lübeck
20. Freie Stadt Bremen
21. Freie Stadt Hamburg
22. Den nördlich des Mains gelegenen Teilen des Großherzogtums Hessen

Kurze Anmerkung: Sehen Sie hieraus bereits die Zusammenhänge, weshalb so viele Generäle, Admirale und dergleichen in den beiden Weltkriegen Titel trugen? Von Stauffenberg, von Hindenburg, von Schenck. Sie entstammen alle mehr oder minder Deutschen Adelshäusern, in denen das

Kriegshandwerk traditionell Pflichtstoff war. Immerhin mußte ein Fürst oder Herzog in der Kriegskunst wohl bewandert sein, wenn er sein Volk führen wollte. Selbst heute absolvieren die Thronnachfolger der Europäischen Königshäuser die Militärschule. So gibt es noch heute einen Prinzen von Schaumburg-Lippe bspw.

Aber weiter. Mit der Vorherrschaft Preußens im Norddeutschen Bund wurde international ein kontinentales und hegemoniales, also ein alleiniges Herrschaftsstreben, vermutet. Das preußische Königshaus wurde daher von Frankreich zum Verzicht der spanischen Thronfolge aufgefordert, was jedoch einen Ehrverlust bedeutet hätte und als unannehmbar galt - immerhin war dies eine innere Angelegenheit, in die es sich nicht einzumischen hatte.

Als Bismarck jedoch die französische Forderung zurückwies, erklärte Frankreich Deutschland den Krieg (Emser Depesche am 19.07.1870). Aufgrund von Ressentiments gegenüber Frankreich herrschte in den deutschen Staaten Kriegsbegeisterung und so schlossen sich dem Norddeutschen Bund auch die süddeutschen Staaten ohne Österreich zusammen. Mit dieser schlagkräftigen deutschen Armee wurden die Franzosen bei Metz und Sedan erfolgreich geschlagen. Diese Schmach trug bei den Franzosen tiefe Wunden nach sich, die sie lange nicht vergaßen und sich später mit dem *Versailler Vertrag* von 1918 dafür revanchieren konnten. Im Namen der Deutschen Fürsten folgte mit der auf den Kaiserbrief des bayrischen Königs Ludwig den II. die Proklamation Wilhelms dem I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal in Versailles, löste den Norddeutschen Bund auf und ging zusammen mit den süddeutschen Staaten ohne Österreich in das Deutsche Reich über. Da Österreich selbst nicht in das Deutsche Reich überging, sprach man von der *kleindeutschen Lösung*.

Das II. Deutsche Reich - Das Kaiserreich .

Deutsches Reich ist die offizielle Bezeichnung des auf Betreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck 1871 gegründeten ersten Deutschen Nationalstaates. In Verbindung mit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG) vom 22. Juli 1913 für seine Reichsangehörigen, wurde er in Anerkennung der 12 Haager Friedensabkommen vom 18.10.1907 weltweit im Jahre 1910 anerkannt. Das Deutsche Kaiserreich bezeichnete die konstitutionelle Monarchie des Deutschen Reiches vom 18. Januar 1871 durch die Ernennung König Wilhelm dem I. in Versailles zum ersten Deutschen Kaiser, die am 9. November 1918 mit der

Abdankung durch Wilhelm dem II. durch den Verrat des Herrn Max von Baden zugunsten von demokratisch gesinnten Parteien schließlich endete.

Die offizielle Bezeichnung *Staat Deutsches Reich* jedoch blieb auch nach 1918 weiterhin bestehen und wurde mit Inkrafttreten der Weimarer Verfassung dann als Staat II. Deutsches Reich bezeichnet. Mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung am 16. April 1871 schien zunächst die Deutsche Frage geklärt, die ein Ringen liberaler Kräfte mit den konservativen Adelshäusern um ein wiedervereintes und freies Deutschland mit der *kleindeutschen* Lösung hielt. Auf den folgenden Wirtschaftsaufschwung - den Gründerjahren - folgte schließlich die wirtschaftliche Depression, die Gründerkrise.

Der Kaiser - zugleich auch König von Preußen - hatte weit reichende Vollmachten. Ihm allein oblag die Ernennung und Absetzung der Reichsregierung, er konnte internationale Verträge schließen, bestimmte über Krieg und Frieden und hatte den Oberbefehl über die Streitkräfte. Die Monarchen der süddeutschen Staaten hatten jedoch das Sonderrecht, über das Militär in Friedenszeiten zu verfügen. Des Weiteren durfte der Kaiser den Bundesrat sowie den Reichstag einberufen und ihn ebenso wieder auflösen. Unter dem Kaiser stand der Reichskanzler, der zugleich preußischer Ministerpräsident und Vorsitzender des Bundesrates war. Stärkstes Organ war der Bundesrat, der sich aus 58 Vertretern der 25 Länder zusammensetzte. Die Landesparlamente selbst wurden in weiten Teilen des Reiches nach dem Dreiklassenwahlrecht bestimmt.

Der Reichstag, dessen Vertreter durch ein allgemeines Wahlrecht bestimmt wurde, hatte nur eine schwache Stellung. Von demokratischen Elementen getragen und repräsentiert, fiel ihm nur das Ressort der Etatbewilligung zu. Zwar wurden in ihm auch Gesetze erlassen, jedoch bedurften sie stets der Zustimmung des Bundesrats. Zuerst auf alle drei Jahre gewählt, war der Reichstag ab 1888 nur noch alle fünf Jahre wählbar. Zwischen Kaiser und Reichskanzler sah die Reichsverfassung wohl ein ausgewogenes Machtverhältnis vor, aber sie hinkte enorm in der Praxis hinterher: Bis 1918 waren nur Männer mit einer Stimme wahlberechtigt, während Fürsten und der andere Adel zwei oder drei Stimmen abgeben konnten. Außerdem wurde der Reichskanzler als alleiniger verantwortlicher Ministerpräsident nicht vom Parlament gewählt, sondern wurde vom Kaiser ein- oder abgesetzt. So war bis 1888 die Politik eher von Bismarck, danach mehr von Wilhelm dem II. geprägt.

Kaiser Wilhelm der I.

Bismarck zeichnete sich zwischen 1871 bis zum Tode Wilhelm dem I. 1888 durch seine spezielle Politik aus. Außenpolitisch versuchte Bismarck durch Bündnisse mit anderen Ländern einen Zwei- Fronten- Krieg zu verhindern. Innenpolitisch kämpfte er gegen die Katholiken und deren Romtreue, in denen er eine Bedrohung der deutschen Einheit sah, als auch gegen die Sozialisten, welche die Standesunterschiede im politischen und wirtschaftlichen System anprangerten. Trotzdem schuf er zugleich eines der fortschrittlichsten Sozialsysteme seiner Zeit, um den sozialen Frieden zu fördern und damit revolutionären Kräften die Stirn zu bieten.

Kaiser Friedrich der III.

Zum Zeitpunkt seines Regierungsantritts war dieser bereits todkrank und konnte wegen seines Kehlkopfkrebsses nicht mehr sprechen. Aufgrund seiner kurzen Amtszeit wird er auch als 99-Tage-Kaiser bezeichnet.

Kaiser Wilhelm der II.

Aufgrund des besonders hohen Wirtschaftswachstums dieser Zeit stieg in der deutschen Bevölkerung das Selbstvertrauen enorm in ihr eigenes Können. Kolonien in Afrika, Asien und Australien wurden gegründet, die vom Kaiser unterstützt wurden. Die Bündnispolitik Bismarcks wurde aufgegeben und eine Hochseeflotte gegründet. Nun begann ein Rüstungswettlauf mit Europa und speziell mit England, was letztlich in den I. Weltkrieg und schließlich zum Ende des Deutschen Kaiserreichs führte.

Die Deutschen Kolonien - Deutsche Schutzgebiete.

Länder und Regionen, die anderen Mächten unterworfen wurden, sind so alt wie die Menschheit selbst. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Die klassischen Kolonialmächte waren Portugal, Spanien, Frankreich und England, die sich die damalige Welt weitgehend unter sich aufteilten. *Teile und Herrsche*. Deutschland selbst zeigte nach der Gründung des Deutschen Reiches nur ein geringes Interesse an kolonialen Unternehmungen. Reichskanzler Bismarck konnte sich für territoriale Erwerbungen nicht begeistern - er hielt sie allenfalls als Versorgungsposten für gut.

Daher wurden die ersten kolonialen Bestrebungen vor allem durch Privatpersonen initiiert, insbesondere durch den Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz und Dr. Carl Peters.

Lüderitz (1843 - 1883) erwarb 1882 die Gebiete um Angra Pequena im späteren Deutsch-Südwestafrika, während Carl Peters (1856 - 1918) die ersten Verträge in Ostafrika abschloß und 1885 Deutsch-Ostafrika gründete. 1897 wurde er übrigens wegen verschiedener ihm zur Last gelegten Grausamkeit gegen Eingeborene von seinem Dienst entlassen. Erst unter Kaiser Wilhelm dem II. versuchte das Deutsche Reich gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit der Eroberung weiterer Kolonien in den Rang einer Weltmacht aufzusteigen, was ein äußerst kostspieliges Unterfangen für das Reich selbst war und immer wieder mit Frankreich und England aneinander geraten ließ.

Da die gegründeten *Deutsche Schutzgebiete* - so die offizielle Bezeichnung der Kolonien - private Handelsvertretungen waren, bedurften sie ständiger Subventionen. Für das Reich war es ein Minus-Geschäft. Auf dem Höhepunkt umfaßten die Kolonien ca. drei Millionen qkm mit rund 14 Millionen Einwohnern. Darunter waren etwa 24.000 Deutsche. Auf eine Kriegsführung in Übersee war das Reich 1914 nicht vorbereitet. Schließlich wurden die Kolonien von den Kriegsgegnern überrannt, obwohl die Kolonialmächte 1885 vereinbarten, daß im Falle eines Krieges diese als neutral zu betrachten seien.

Am 3. Oktober 1918 ernannte der deutsche Kaiser den liberalen Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler, der seinerseits am 9. November 1918 sein Kanzleramt verfassungswidrig an den MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert abgab. Am 9. November 1918 dankte der deutsche Kaiser Wilhelm der II. unter erheblichem innenpolitischem Druck und aufgrund des Verrats Max von Baden ab und begab sich am 10. November 1918 ins holländische Exil. Am frühen Nachmittag des 10. November 1918 wurde der Rat der Volksbeauftragten aus den Mitgliedern der MSPD und der USPD gebildet. Das war der Beginn der Wirren und Unruhen im Deutschen Reich, denen kein Volksvertreter wirksam Herr werden konnte.

**„Es gibt ein Komitee von 300 Leuten, die unsere Welt regieren
und deren Identität nur ihresgleichen bekannt ist.“**

Walter Rathenau

Die Weimarer Republik

Als *Weimarer Republik* wird die Zeit von 1920 - 1933 der deutschen Geschichte bezeichnet, in der das Deutsche Reich ein demokratischer Bundesstaat war. Das Parlament war der Reichstag, mit Hauptstadt Berlin. Den Namen erhielt die erste Republik vom Tagungsort Weimar, in der die verfassungsgebende Nationalversammlung einberufen wurde, da man sich nicht den Unruhen in Berlin aussetzen wollte. Hier spielte der *Geist von Weimar* eine tragende Rolle, an der Goethe einen erheblichen Einfluß hatte und diesen dem *Geist von Potsdam* der Preußen entgegenbrachte.

Auch waren noch die Wunden und Erinnerungen des verlorenen I. Weltkrieges frisch. Die Entstehung der Republik ist zum einen unmittelbar mit dem Untergang des Kaiserreiches und dem Diktat des Versailler Vertrags verbunden, zum anderen auch ihr eigener Untergang mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten. Nach der Märzrevolution 1848 war sie der zweite und auch erfolgreichere Versuch, dem aufkommenden liberalen und freiheitlichen Geist dieser Zeit Rechnung zu tragen und diesen zu etablieren. Die Verfassung enthielt viele kleine Schwächen. Da es keine prozentualen Wahlhürden gab, konnten selbst Kleinst- und Splitterparteien Einzug in den Reichstag erhalten. Meist waren siebzehn verschiedene Parteien in ihm vertreten, selten waren es weniger als elf.

Streit schwächt, aber Einigkeit macht stark.

Somit war ein konstruktiver Konsens nur sehr schwer und unter erheblichen Anstrengungen zu erreichen, was die junge Republik zusätzlich von innen her schwächte. Zu viele Parteien hatten von ihren Vorgängern aus Kaisertagen eine ideologische Ausrichtung übernommen, die im Widerspruch zur Idee der Republik standen. Zumal die vertretene Klientel der Parteien selbst fragil war und kaum Kontinuität erkennen ließ. Die Weimarer Koalition von SPD, DDP und Zentrum verlor denn auch bereits 1920 ihre Mehrheit mit der ersten Reichstagswahl und konnte sie nie wieder erlangen, obwohl SPD und Zentrum noch die stabilste Kraft darstellte.

Den Rest besorgte unter anderem die *Dolchstoßlegende*. So gab es in nur vierzehn Jahren zwanzig Kabinettswechsel. Sogar elf Minderheitenkabinette regierten mit der Gnade des Reichspräsidenten unabhängig mit Hilfe des Artikels 48 der Verfassung. Die junge Demokratie hatte ein schwe-

res Erbe angetreten, Verwaltung und Justiz rekrutierten sich aus dem Personal der Kaiserzeit.

Auf eine grundlegende Demokratisierung des Beamtenapparats wurde verzichtet. Viele Richter urteilten politisch voreingenommen und verurteilten rechte Straftäter milder als linke. Der zeitgenössische Statistiker Emil Julius Gumbel wies diese Tatsache nach. Im Ebert-Groener-Pakt unterstellte sich die Heeresführung der neuen Regierung und sicherte ihr militärische Unterstützung gegen linksradikale Revolutionäre zu. Die spätere Reichswehr entzog sich jedoch unter dem Kommando des Generals Hans von Seeckt weitgehend der demokratischen Kontrolle und führte eine Parallelexistenz als *Staat im Staate*.

Der I. Weltkrieg hatte grausame Wunden geschlagen. Die Bedingungen des Versailler Vertrages waren kaum aufzubringen. Die geforderten Reparationen standen mit einer Geldleistung von 138 Milliarden Goldmark und horrenden Sachleistungen in keinem Verhältnis und führten zur weiteren Depression. Die *galoppierende Inflation* war so gravierend, daß zeitweise Löhne und Gehälter zweimal am Tag ausbezahlt werden mußten. Wenn ein Laib Brot am Vormittag zehntausende Reichsmark kostete, konnte dieser am selben Abend eine Million Reichsmark kosten. Der Zustand war für das Reich eine Katastrophe. Ich möchte hier auch nicht weiter auf die harte Nachkriegszeit eingehen. Das würde den Rahmen des Buches sprengen. Es gibt hierzu schon reichlich Literatur.

Der Groll der Deutschen gegen die Sieger stieg. Doch nicht nur Deutschland empfand Unmut gegen die Besatzer: Die Bewohner der Deutschen Kolonien forderten die Verlängerung des Deutschen Mandats, weil die Siegernationen ein wesentlich härteres Regiment führten. Die meisten Kolonialgebiete wurden von Deutschland selbst zu einem beträchtlichen Teil auf friedlichem Wege erworben, während die Briten schon zu Zeiten des Burenkrieges die ersten Konzentrationslager für eben diese errichten ließen.

Hierbei sei ausdrücklich betont: Die späteren KZs (richtige Bezeichnung ist KL) waren keine Erfindung der Deutschen, sondern die der Engländer. Hier drei Beispiele, daß die Deutschen in ihren Kolonien nicht unbeliebt waren:

In Togo wurde von den Engländern eine Volksabstimmung durchgeführt, in der die Bevölkerung sich entweder für die englische, oder deutsche Schutzherrschaft entscheiden sollte. Die überwiegende Mehrheit

stimmte für die deutsche Seite. Als Antwort darauf wurden alle für die deutsche Seite stimmenden Häuptlinge durch die Briten zur Zwangsarbeit ins Exil deportiert.

Als im Februar 1916 die Kameruner Schutztruppe einer zehnfachen Übermacht nach zähem Kampf gewichen und auf spanischen Boden getreten war, folgten ihnen freiwillig 600.000 Einheimische mit ins Exil.

Im Jahre 1920 fertigten 117 Kameruner Häuptlinge eine Eingabe, in der sie darum baten, beim Deutschen Reich zu verbleiben. Laut Versailler Vertrag hatte das Deutsche Reich neben vielen anderen Bedingungen der Siegermächte auch seine Kolonien an diese abzutreten. Mit Ausnahme von Namibia wurden die meisten deutschen Siedler Entschädigungslos vertrieben. Noch heute finden sich dort Spuren dieser imperialen Epoche.

Ich möchte es an dieser Stelle nur mal gesagt haben. Jedes Volk hat in irgendeiner Epoche einen dunklen Punkt. Die Spanier, die Franzosen, die Briten, die Portugiesen. Wirklich fast jede christianisierte *Zivilisation*. Es gilt, nicht darüber zu Richten. Das muß endlich aufhören. Aber es kann auch nicht sein, daß Deutschland und sein Volk sehr oft einseitig als durch und durch böse hingestellt wird. Wir haben unsere *Vergangenheit*. Aber sie ist eben vergangen, und verlief weitaus unblutiger, als man es uns hypnotisch einzuhämmern versucht. Die USA hat ihre Vietnam-, Korea-, China-, Afghanistan-, Irak-, Japan- und andere-mehr-Vergangenheit und eine nicht weniger blutige Gegenwart. Und davon wird heute nicht viel geredet. China hat seine Tibet-Gegenwart. Die Russen ihre mit Afghanistan, einigen anderen und sich selbst. Also nochmals: Ich will in keiner Weise Unrecht zu Recht erklären und schon gar nicht herunter spielen. Aber was Recht ist, muß dann auch Recht bleiben.

„Wenn wir eine Diktatur hätten, wäre alles weiß Gott viel einfacher, solange ich der Diktator bin.“

George W. Bush, am 18. Dezember 2000 vor der endgültigen Wahlentscheidung

Die Entwicklung der Verfassung von Weimar

Nachdem am 19. Januar 1919, also ein Jahr nach Abdankung des Kaisers, die ersten Wahlen zur Nationalversammlung in der Weimarer Republik stattfanden, trat die Nationalversammlung am 6. Februar 1919 zum ersten Mal zusammen. Hauptaufgabe des Organs war, eine Verfassung zu

entwickeln, in der freiheitliche demokratische Grundordnungen rechtsgültig festgeschrieben werden sollten Für deren Ausarbeitung und ersten Entwurf der neuen und innovativen Verfassung war der linksliberale jüdischen Glaubens Hugo Preuß, der später Reichsinnenminister werden sollte, beauftragt. Als überzeugter Demokrat und Gegner des Obrigkeitsstaates des Kaiserreiches war er schon während des Krieges bekannt geworden, als er zu dessen Zeit einen Vorschlag für eine demokratisch überarbeitete Verfassung des Deutschen Reiches vorgelegt hatte. Er sagte selbst in der Begründung seines Entwurfs: *Das Deutsche Volk zur sich selbst bestimmenden Nation zu bilden, zum ersten Mal in der Deutschen Geschichte den Grundsatz zu verwirklichen: Die Staatsgewalt liegt beim Volk. - Das ist der Leitgedanke der freistaatlichen Deutschen Verfassung von Weimar.*

„Du sollst Dich nicht fragen, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst.“

John F. Kennedy

Preuß` Aussage verdeutlicht die Hoffnungen all jener, die sie in die neue Staatsform und in die Verfassung legten und daß die Volkssouveränität für sie die größte Bedeutung hatte. Zwischen den verschiedenen politischen Lagern löste der Entwurf jedoch heftige Diskussionen aus, da nahezu alle politische Elemente aus dem Kaiserreich nun bedeutungslos wurden und die neue Verfassung einen klaren Neuanfang darstellte, dem sich konservative Kräfte entgegen stellten. Schließlich wurde am 31. Juli 1919 die Verfassung in ihrer endgültigen Form von der Nationalversammlung angenommen und am 11. August 1919 vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Schwarzburg unterzeichnet.

Daraufhin beschloß die Reichsregierung diesen Tag zum nationalen Feiertag zu erklären, um an die *Geburtsstunde der Demokratie* zu erinnern, die sie zweifellos auch war. Die Verfassung hatte zwar einen demokratischen Charakter, aber sie wurde dennoch von vielen als Kompromisslösung angesehen, weil viele Parteien mit unterschiedlichen Interessen an ihr beteiligt waren. Obgleich sie mehr Kritiker als Anhänger fand, blieb sie in ihrer ursprünglichen Form bis heute rechtlich bestehen. (Zwar wurde sie im III. Reich durch Hitler manipuliert (Ermächtigungsgesetz), aber dennoch nie wirklich völkerrechtlich offiziell aufgehoben.

Nachdem die Alliierten das Ermächtigungsgesetz und die damit verbundene Gesetzgebung der Nationalsozialisten aufgehoben und die Wei-

marer Verfassung wieder hergestellt hatten, ist es wieder völkerrechtlich vollumfänglich geltendes Recht für Deutschland geworden. So steht selbst im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Artikel 140:

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Das ist schon der erste Hinweis daß es ein Gesetz geben muß, welches dem GG übergeordnet und damit rechtskräftig ist. Denn wie kann ein angeblich erloschenes Gesetz Bestandteil eines anderen Gesetzes sein? Leider starb die junge Demokratie nach wenigen Jahren. Zu viele Lasten trug sie auf ihren Schultern, als daß sie diese hätte noch lange alleine tragen können. Am 31.01.1933 übernahmen die Nationalsozialisten das Zepher und veränderten damit das gesamte Europa.

Das III. Deutsche Reich - Deutschland im Nationalsozialismus.

Über das III. Reich selbst will ich hier der bundesdeutschen Justiz Willen nicht viele Worte verlieren. Darüber gibt es bereits ausreichend Bücher, wenngleich die meisten diese Zeit sehr einseitig und verfälscht darstellen. Der Begriff III. Reich im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus steht für das Deutsche Reich vom 24.03.1933 bis 08.05.1949, das mit dem Anschluß Österreichs auch Großdeutsches Reich genannt wurde. Somit war für Adolf Hitler und das deutsche Volk die *kleindeutsche* Lösung vom Tisch.

An dieser Stelle möchte ich aber auch darauf hinweisen, daß die Nationalsozialisten nicht die Macht *ergriffen* haben, sondern Adolf Hitler vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung mit überwältigender Mehrheit zum Reichskanzler gewählt wurde. Auch und besonders in der Zeit der Nationalsozialisten fanden wichtige Beschlüsse stets mit Zustimmung des deutschen Volkes statt (Wiederangliederung des Saarlandes, Austritt aus dem Völkerbund u.v.m.).

Und zwar immer unter Mithilfe der verfassungsrechtlich garantierten Volksentscheide, auf die wir in der BRD noch immer vergeblich warten. Von einer Nazi-Diktatur kann daher kaum die Rede sein. Dieses Recht der Selbstbestimmung wurde hierzulande bereits BRDigt.

Den Begriff III. Reich übernahm die NSDAP aus einem Buch von Arthur Moeller van den Bruck. Die Nationalsozialisten suggerierten damit, daß der von ihnen errichtete NS-Staat die Nachfolge des von Heinrich

dem I. (919 - 936) gegründeten und bis 1806 bestandenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bestandenen I. Reiches und Bismarcks II. *kleindeutsches* Reich angetreten habe. Bekannt ist es auch heute noch als Tausendjähriges Reich.

Den Begriff III. Reich nutzten jedoch die Machthaber nur kurz, denn am 10.07.1939 wies das Reichspropagandaministerium die Deutsche Presse an, den Begriff III. Reich zu meiden. Gegner der NS-Herrschaft hatten den Ewigkeitsanspruch mit *IV. Reich* persifliert. Sicher gab es noch andere Gründe hierfür. Jedenfalls setzte sich dieser Begriff für die Zeit von 1933 - 1945 durch.

Am 21.03.1943 verlangte das Reichspropagandaministerium von der Presse die zukünftige Verwendung Das Reich analog zum englischen Wort *Empire*. Der offizielle Name lautete bis 1945 Deutsches Reich, danach nur noch Deutschland. Ursprünglich stammte der Begriff III. Reich aus der religiösen Ideenwelt des Chiliasmus und wurde von Joachim von Fiore geprägt. Seiner Auffassung nach unterteilt sich die Geschichte in drei Zeitalter oder drei Reiche: Das Zeitalter des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.

Arthur Moeller van den Bruck beschrieb in seinem Buch *Das dritte Reich* (1923) das utopische Modell einer autoritären Gesellschaft, die aus einer Verbindung von Nationalismus und Sozialismus hervorging und die Nachfolge des Kaiserreichs antreten sollte. Die nationalsozialistische Weltanschauung war denn mehr eine religiöse. Die eigentliche, politische Karriere Adolf Hitlers begann mit seiner nationalen Revolution - bekannt als Hitler-Putsch-, die am 9. November 1923 vor der Münchener Feldherrnhalle unter den Schüssen der Landespolizei zusammenbrach, Hitler zur Festungshaft verurteilt wurde und dort *Mein Kampf* verfaßte. Ebenfalls fand am 9. November 1938 die so genannte *Reichskristallnacht* statt.

Anmerkung: Mittlerweile wird mit dem Begriff III. Reich in unserer Zeit sehr inflationär umgegangen. Wenn ich heute in Gesprächen *Deutsches Reich* in den Mund nehme, kann ich fast sicher sein, daß ich gründlich mißverstanden werde. Sofort werde ich mit *Nazi-Deutschland* in Verbindung gebracht und als *rechter* oder *Neo-Nazi* verunglimpft. Es hat den Anschein, als assoziierten die meisten mit dem Deutschen Reich das nationalsozialistische III. Deutsche Reich. Sie, lieber Leser, haben es da besser. Sie wissen nun, was damit gemeint ist. Doch geben Sie Acht: Wenn Sie wie ich in der Öffentlichkeit über dieses Thema reden, sollten Sie schon

ein fundiertes Wissen mitbringen. Zwar wird man Ihnen dann auch eine *rechte Gesinnung* oder *Faschismus* nachsagen, aber Sie wissen es nach dem Buch hoffentlich besser.

Überhaupt: Alles, was nicht in das Konzept der BRD paßt, ist entweder *rechts*, oder *antisemitisch*. Dazwischen gibt es nichts mehr. Und wer will schon eines von beiden sein? Wer weiß schon, was Semiten sind? Also: Semiten sind ein Volksstamm, zu denen Hebräer, Palästinenser und Äthiopier gehören. Obgleich mit *Antisemitismus* Judenfeindlichkeit gemeint ist, haben Juden und Semiten sehr wenig miteinander zu tun. Ein Israeli muß nicht Jude sein.

Es kommt auch nicht selten vor, daß manch einer der den Mund aufmacht, unter Vormundschaft gestellt wird. Manche werden auch ohne ausreichende Anklagen und ohne unterschriebenen Haftbefehl weggesperrt, oder schlimmer noch, sie verschwinden in der Heilanstalt. Und deutsche, wie auch ausländische Revisionisten, werden hierzulande verfolgt wie in keinem anderen Land - außer in Österreich noch. Nachfolgende Zitate zahlreicher Promis- und Politgrößen können einen Ansturm der Entrüstung hervorrufen und so manchen Freidenker in arge Bedrängnis führen.

Zitate

„Wir machten aus Hitler ein Monstrum, einen Teufel. Deshalb konnten wir nach dem Krieg auch nicht mehr davon abrücken. Hatten wir doch die Massen gegen den Teufel persönlich mobilisiert. Also waren wir nach dem Kriege gezwungen, in diesem Teufelsszenario mitzuspielen. Wir hätten unmöglich unseren Menschen klarmachen können, daß der Krieg nur eine wirtschaftliche Präventivmaßnahme war.“

US- Außenminister James Baker III. im „Spiegel“, Ausg. 13 von 1992

„Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem II. Weltkrieg war der Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welthandelssystem herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mehr mitverdienen konnte.“

Winston Churchill in seinen Memoiren (Der Schlesier 05.06.1992)

"Wir stehen im Krieg mit Deutschland seit Hitlers Machtübernahme."

„Jewish Chronicle“, am 8. Mai 1942

„Seit Monaten führt jede jüdische Gemeinde den Kampf gegen Deutschland bei jedem Vortrag, bei jedem Kongreß, in den Gewerkschaften. Es gibt Gründe zu der Annahme, daß unser Beitrag zu diesem Kampf eine allgemeine Bedeutung hat. Wir werden zum geistigen und materiellen Angriff der gesamten Welt auf Deutschland einsetzen. Deutschland trachtet danach, wieder eine große Nation zu werden, seine verlorenen Gebiete und seine verlorenen Kolonien wieder zu bekommen. Die jüdischen Interessen verlangen indes die totale Vernichtung Deutschlands. Im Ganzen wie im Einzelnen stellt Deutschland eine Gefahr für uns Juden dar.“

*Wladimir Jabotinsky, Gründer des Irgun, in „Marcha Rjetsch“,
1. Januar 1934*

„Die Bürger demokratischer Gesellschaften sollten Kurse für geistige Selbstverteidigung besuchen, um sich gegen Manipulation und Kontrolle wehren zu können“

Noam Chomski

„Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert, als diejenigen es sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen stehen“

Benjamin Disraeli, englischer Politiker 1844

„Wir haben gottlob einen Rechtsstaat. Aber leider ist er nicht identisch mit dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.“

Johannes Gross in „Capital“, Nr. 1/1994

„Und handeln sollst Du so, als hinge von Dir allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wäre Dein“

Johann Gottlieb Fichte, 1762-1814

„Ich denke immer an die nächste Bundestagswahl. Deswegen rate ich uns ja, daß wir uns jetzt alle am Riemen reißen und in dieser Koalition eine gute Arbeit machen.“

CDU/CSU- Fraktionschef Volker Kauder im „Spiegel“ Nr. 42/2006

„Ich hatte nicht den Mut, an dem eingeübten Ritual etwas zu ändern und 6,5 Millionen zu nennen.“

*Frank-Jürgen Weise, Chef der privaten Bundesagentur für Arbeit
am 9. April 2005 zu „BILD“ zu den aktuellen Arbeitslosenzahlen*

„Demokratie ist keine Harmonieveranstaltung“

Volker Kauder zum „Spiegel“ Ausg. 42/2006

„... Über der Europäischen Kultur schwebt eine ernsthaft drohende Gefahr. Die Bedrohung geht von einer Massenkultur aus, die über den Atlantik kommt. ... Man kann sich in der Tat nur wundern, daß eine starke, zutiefst intelligente und von Natur aus humane Europäische Kultur zurückweicht vor dem primitiven Trubel von Gewalt und Pornographie... und billiger Gedanken.“

Michail Gorbatschow:

„Perestroika“, S. 271

„Die Staatsmänner werden billige Lügen erfinden und der Nation, die angegriffen wird, die Schuld geben, und jedermann wird über solche das Gewissen beschwichtigende Fälschungen erfreut sein, und er wird sie eifrig lernen und es ablehnen, irgendwelche Gegenargumente zu prüfen.“

Mark Twain

„Welcher Bundespräsident war kein Nazi? Man weiß, daß der Ex-Bundespräsident Scheel vorher als Nazi Außenminister geworden war. Deswegen konnte doch Werner Nachmann, der Direktor des Kuratoriums der Juden in Deutschland, im Außenministerium die Korrespondenz diktieren, nicht der Außenminister. Wieso konnte er diktieren, wieso konnte er alles erfahren? Bitte, das ist Tatsache. Dann wurde Scheel Präsident der Bundesrepublik. Warum? Normalerweise bleibt man zwei Legislaturperioden Bundespräsident. Mit Scheel (FDP) machte man eine Ausnahme. Die CDU wollte sich rächen, weil die FDP sich von ihr getrennt und eine SPD/FDP-Regierung gebildet hatte. Also sollte Carstens (CDU) Bundespräsident werden. Die Gegenseite ließ sofort durchblicken, daß Carstens offizieller Nazi war. Die CDU gab zurück nach dem Leitsatz *Haust du meinen Juden, haue ich deinen Juden* und verriet, daß auch Scheel ein Nazi war.“

Der jüdische Publizist J. G. Burg in „jüdisch-deutscher Dialog“

„Nichts, was nicht gerecht geregelt wurde, wurde geregelt.“

Abraham Lincoln

„Es ist völlig richtig daß man einen Unterschied zwischen Ostpreußen, das an Rußland kam, und den Polen zugedachten Gebieten gemacht

hat. Wenn Sie aber die Papiere und Memoiren der Beteiligten lesen, werden Sie feststellen, daß die Regelung durch den Friedensvertrag nur den Sinn haben sollten, die Adjudikation vorzunehmen, d. h. gewissermaßen die Grundbucheintragung. Die vier Besatzungszonen - ich sagte es schon - wurden der Obergewalt des Kontrollrats unterstellt; Ostpreußen, Oder-Neiße-Linie nicht. Alles, was Deutschland betreffen sollte, wurde in diesen Rahmen eingezwängt. Dann kam der erste Einbruch in diese Welt, der Marshallplan, ohne den wir ohne jeden Zweifel verhungert wären.

Aber seien wir uns klar darüber - das ist kein Vorwurf, denn Geschichte und Politik bestehen nun einmal darin, daß man nach seinen Interessen handelt, daß die Amerikaner das in ihrem Interesse gemacht haben, weil sie wußten, daß, wenn in diesem Lande das Chaos ausbricht, sie letztlich als Feuerwehr würden gerufen werden müssen und daß sie dann auf einen Brandstifter stoßen würden, was sie nicht wollten. Ich werde nicht vergessen, wie mir ein amerikanischer Beamter damals sagte: *Unsere Lebensmittellieferungen für die Deutschen werden bei uns nach dem Etattitel abgerechnet: Ausgaben um zu verhindern, daß die Besatzungsarmee von ansteckenden Krankheiten befallen wird.* Das ist das berühmte Disease-Kapitel.“

Prof. Dr. Carlo Schmid am 23. Februar 1972 im Deutschen Bundestag

„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“

Bertold Brecht

„Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse unserer Alliierten vorgelegt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben auf Grund von Fälschungen entschieden.“

*Der ehemalige Premierminister George in Bezug auf Versailles,
im Oktober 1928.*

„Die Deutschen haben das Recht, ihre eigenen Bedingungen zu stellen. Sie wollen nur im Frieden leben und von den neidischen Nachbarn weder belästigt noch geteilt werden. Frankreich hat sich ständig in die deutschen Angelegenheiten gemischt...“

*Die Zeitung „Daily News“, London, am 08.09.1870 in Bezug der
Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland.*

„Vor allem gilt es doch, daß wir Engländer bisher stets gegen unsere Wettbewerber in Handel und Verkehr Krieg geführt haben. Und unser Hauptwettbewerber in Handel und Verkehr ist heute nicht Frankreich, sondern Deutschland. Bei einem Krieg mit Deutschland kämen wir in die Lage, viel zu gewinnen und nichts zu verlieren...“

Die englische Wochenzeitschrift „Saturday Review“, am 24.08.1895

„Das, was ich Ihnen zu versichern berechtigt bin, besonders nach meiner gestrigen Unterhaltung mit dem Zaren, ist der Wille, der alle drei Mächte (England, Rußland, Frankreich) beseelt, der unversöhnliche Wille, Deutschland zu zerschmettern...“

Der französische Botschafter Paloclogue am Zarenhof in Petersburg zum italienischen Botschafter Carlotti am 06.08.1914

„Der Vertrag dürfte Briganten, Imperialisten und Militaristen zufrieden stellen. Er ist ein Todesstoß für alle diejenigen, die gehofft haben, das Ende des Krieges werde den Frieden bringen. Es ist kein Friedensvertrag, sondern eine Erklärung für einen weiteren Krieg. Es ist der Verrat an der Demokratie und an den Gefallenen des Krieges. Der Vertrag bringt die wahren Ziele der Verbündeten ans Licht.“

Snowdon, später Mitglied des englischen Parlaments, zum Vertrag von Versailles, 1919

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein zurück mehr gibt.“

Ex-Premierminister von Luxemburg Jean-Claude Juncker im SPIEGEL 52/1999, der 2004 zum „goldenen Schlitzohr“ gewählt wurde und seinen EU-Kollegen sein Demokratieverständnis erklärt.

„Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt. Anlaß war der Erfolg seines Wachstums, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren Neid, Gier und Angst.“

Der Historiker und Generalmajor J. F. C. Fuller in Der zweite Weltkrieg, 1950

„Die Menschheit besteht in 1984 aus 85 Prozent Proletariern, Menschen mit hirnloser Begeisterung, absolut bedingungslos ergebene Arbeitstiere, von denen, mehr noch als von Gedankenpolizei, die Stabilität

der Partei abhing.... Sich selbst überlassen werden sie von Generation zu Generation und von Jahrhundert zu Jahrhundert weiterhin arbeiten, Kinder zeugen und sterben, und das nicht nur ohne jeden Drang zur Rebellion, sondern ohne sich auch nur vorstellen zu können, daß die Welt anders sein könnte, als sie ist.“

George Orwell

„Jetzt steht fest, daß vor der ganzen (Wehrmachts-) Ausstellung gewarnt werden muß. Warum hat kein deutscher Historiker die vielen Fehler und Täuschungen aufgedeckt? Die Antwort geben Geschichtswissenschaftler nur, wenn uns einer verspricht, seinen Namen nicht zu nennen: Jeder Historiker hat sofort gesehen, wie schlampig und suggestiv die Ausstellung eingerichtet war, aber wer hat schon Lust, sich öffentlich fertig machen zu lassen? Die Verfolger Andersdenkender haben es weit gebracht.“

Chefredakteur Helmut Markwort in seinem wöchentlich erscheinenden

„FOCUS-Tagebuch“ 43/1999

„Wenn die Leute jemals herausfinden würden, was wir getan haben, dann würden wir die Straßen hinuntergejagt und gelyncht werden“

George C. Bush zu Sarah

McClendon, Reporterin des White House,

„Es geht heute darum, wie analphabetisiert das bundesdeutsche Volk ist, wie desinformiert, veridiotisiert, damit es nichts begreifen soll. Mit der schlafenden Mehrheit haben Sie Recht. Und damit die schlafende Mehrheit, die deutsche und die jüdische, nicht erwachen soll, dafür sorgen die bundesdeutschen Politiker. Die grausam - aber es ist die Wahrheit - im Dienste der aggressiven Zionisten stehen. Im Dienst der 5. Kolonne der Bundesrepublik. Die wissen, wie gefährlich es werden kann, wenn die Leute geweckt würden. Sie hatten doch Eschenburg zitiert. Solche Posten und Pöstchen würden zusammenfallen. Deshalb helfen sie mit, daß die Menschen weiterhin so eingekullt werden. Sonst würde man auch keine Bücher verbieten und beschlagnahmen und Maulkorbgesetze einführen. Das ist der beste Beweis.“

Der jüdische Publizist J. G. Burg in „jüdisch-deutscher Dialog“

„Alles was das Böse braucht, um zu triumphieren ist, daß die guten Menschen nichts tun.“

Edmund Burke, amerikanischer Philosoph, 1729-1797

„Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler, den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.“

„Frankfurter Allgemeine“ vom 18.09.1989

„Ich warne die Europäer, daß die USA im Rahmen der Neuen Weltordnung keine Skrupel haben würden, auch in Europa zu intervenieren. Unsere Armee wird überall eingreifen, wo unsere Interessen gefährdet sind. Und zwar mit allen Mitteln, einschließlich Atomwaffen. Die USA würde eine europäisch nukleare oder wirtschaftliche Großmacht nicht lange dulden.“

Der Ex- Justizminister Ramsey Clarke in „L'autre Journal“, März 1991

„Ist Euch denn gar nicht aufgefallen, daß die Amis immer von Massenvernichtungswaffen reden? Das ist angeblich der Grund, eine Nation mit Krieg zu überziehen. Und habt ihr nicht gemerkt, daß gerade die USA diese schrecklichen Waffen eingesetzt haben? So blind könnt Ihr doch nicht sein? Und welches Land hat bisher keine UNO-Resolutionen erfüllt? ISRAEL. Das müßt Ihr doch mitbekommen. Gangster, Mafia, Porno, Drogen, Austausch der russischen Kultur gegen amerikanischen Einheitsdreck, das sind die Markenzeichen der neuen Lebensweise. Wer arm ist und den Mut aufbringt, selbst etwas auf die Beine zu stellen, der wird von den Finanzhaien abgekocht.“

General a. D. Anatoly Wolkow: „Völker, hört die Signale.“

„Die Zukunft Deutschlands, wahrscheinlich für den Rest des Jahrhunderts, wird von Außenstehenden entschieden werden und das einzige Volk, das dies nicht weiß, sind die Deutschen.“

Der „Londoner Spectator“, 16.11.1959

„Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges wird Europa sein und nicht die Vereinigten Staaten.“

Caspar Weinberger, ehem. Verteidigungsminister, 1982

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“

Senator Hiram Johnson, 1917

„Unser Ziel ist die Vernichtung von so viel Deutschen wie möglich. Ich erwarte die Vernichtung jedes Deutschen westlich des Rheins und innerhalb des Gebietes, das wir angreifen.“

*General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Westalliierten
und späterer Präsident der USA.*

„Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.“

*Lord Halifax, englischer Botschafter in Washington,
1939 u. Mitglied im Komitee der 300*

„Deutschland den Juden zu überlassen und die Deutschen unter den anderen Völkern dieser Erde aufzuteilen.“

*Die Forderung Lionel de Rothschild gegenüber John Colville,
dem Sekretär Churchills am 22.10.1939*

„Ich werde Deutschland zermalmen.“

Frank Roosevelt, 1932 aus: „Wider Willkür und Machtrausch“, S. 241

„Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht.“
Winston Churchill 1936, als er die wirtschaftlichen Erfolge sah, nachdem sich Hitler von der Zinsknechtschaft der internationalen Banken löste und die Arbeitswährung einführt, welche das Deutsche Reich autark machte und einen bislang nie da gewesenen wirtschaftlichen Wohlstand für das Reich brachte.

„Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert werde. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es keinen Korridor (über die freie Stadt Danzig - Anm. d. Verf.) geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein Zweites Tannenberg.“

Die polnische Zeitung „Gazeta Gdanska“, am 09.10.1925

„Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte...“

*Marshall und Generalinspekteur Rydz-Smignly,
1939 in einem öffentlichen Vortrag vor polnischen Militärs.*

„Die Völker werden zu der notwendigen Einsicht kommen, daß Nazideutschland verdient, aus der Völkerfamilie ausgerottet zu werden.“

„The American Hebrew“, 30. April 1937

„Der Gerichtshof ist an die üblichen Grundsätze der Beweisführung nicht gebunden.“

Artikel 19 der Statute des Internationalen Militärtribunals

„Vor dem Nürnberger Tribunal verurteilte ich - zusammen mit meinen russischen Kollegen - Nazi-Aggression und Terror. Heute glaube ich, daß Hitler und das Deutsche Volk keinen Krieg wollten, sondern daß wir - Großbritannien - Deutschland den Krieg erklärt haben in der Absicht, es zu vernichten in Übereinstimmung mit unserer Doktrin vom Gleichgewicht der Kräfte. Und wir wurden ermutigt von jenen Amerikanern, die Roosevelt umgaben. Wir haben Hitlers Appelle, keinen Krieg anzufangen, ignoriert. Heute müssen wir uns eingestehen, daß Hitler Recht hatte. Er bot uns die Zusammenarbeit mit Deutschland an. Statt dessen stehen wir seit 1945 der gewaltigen Macht des Sowjetreiches gegenüber. Ich empfinde Scham und Erniedrigung wenn ich sehe, daß die Ziele, wegen der wir Hitler anklagten, heute unerbittlich angestrebt werden - nur unter einem anderen Namen.“

*Sir Hartle Shawcross, Chefankläger
des Nürnberger „Kriegsverbrecher- Tribunals“ in seiner Rede in Stourbridge
am 16. März 1984.*

„Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.“

*Mitteilung an einen Beauftragten des Deutschen Widerstandes,
in Emrys Hughes' „Winston Churchill- his career in war and peace“, S. 145*

„Machen Sie sich keine Sorgen über die fünf oder mehr Millionen Deutschen... Stalin wird sich darum kümmern. Er wird mit ihnen keine Schwierigkeiten haben: Sie werden einfach aufhören zu existieren...“

*Winston Churchill zum exilpolnischen Ministerpräsidenten
Mikolajczyk am 05.10.1945*

„Deutschland geißelt sich selbst... Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn man sieht und hört, wie eine Nation nach der Peitsche greift und als Buße sich selbst züchtigt. Westdeutschland führt das vor. Diese deutsche Selbstbestrafung bekundet sich auf vielerlei Weise. Die Bereitschaft zur Zahlung kolossaler Wiedergutmachungen gehören dazu, ... und dazu gehört auch die fortwährende deutsche Erklärung: „Wir sind an allem Schuld“, die von allen deutschen Lippen träufelt...“

Die Zeitschrift „The Province“ in Vancouver und Ottawa/Kanada 1958

„Der springende Punkt ist hier, daß Hitler - im Gegensatz zu Churchill, Roosevelt und Stalin - keinen allgemeinen Kriegsausbruch 1939 wollte.“

„Blasting of the historical Blackout“, 1962

"Es ist unsere Sache, die moralische und wirtschaftliche Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu vierteilen: ... Es ist unsere Sache, endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken.“

Bernhard Lecache, in „Le droit de vivre“, am 18.11.1938

„Unsere Sache ist, Deutschland - dem Staatsfeind Nr. 1 - erbarmungslos den Krieg zu erklären.“

Bernhard Lecache, wie oben am 09.11.1938

„Die Amerikaner suchen ihre Macht bis in jeden Winkel der Erde auszudehnen und benutzen dabei ihr Kapital dazu, ein Weltwirtschaftssystem nach ihrem Gusto durchzusetzen, was das auch immer die jeweiligen Länder kosten mag. Amerikaner lieben es, Euphemismen zu erfinden. Freie Welt oder Globalisierung. Das klingt schön latinisiert und gaukelt Unvermeidbarkeit vor. Aber das ist bullshit. Globalisierung ist eine amerikanische Ideologie. Sie steht für Ausdehnung zu unseren Bedingungen und für Freihandel, solange der uns nützt.“

Der Ex-CIA-Berater und Politik-Wissenschaftler Chalmer Johnson im „Spiegel“

„Als Christen müssen wir uns vor Gott und den Menschen fragen: Was war die wirkliche Ursache, die uns durch Roosevelt in den Krieg führten? Eines steht schon jetzt fest: Es war kein *ideologischer* Krieg zur Vernichtung des Nationalsozialismus, da wir ja mit dem noch gefährlicheren Bolschewismus verbündet waren. Die einzig wahre Antwort muß heißen: Die alten Kardinalsünden der Menschheit - Selbstsucht, Gier und Habsucht

- führten unsere Nation in den Krieg. Wir wollten unter der Roosevelt-Regierung nicht zulassen, daß der Verlauf der Geschichte sich einmal umkehre, daß wir die *Habenichtse* und andere Nationen die *Habenden* wurden.

Wir wollten auch weiterhin im Überfluß leben und die anderen für immer im Mangel belassen, wollten weiterhin die Reichen sein und die anderen in ihrer Armut halten, wollten ungestört genießen, was wir an irdischen Gütern durch Eroberung, Ausrottung und Sklaverei zusammenge-
rafft hatten. Wir wünschten fortgesetzt, auf der Sonnenseite des Daseins zu leben und die anderen im Schatten zu wissen, stets oben zu sein und die anderen am Boden zu halten. Wir wollten auf unseren *American way of life* mit dem höchsten Lebensstandart bleiben, während die anderen hungerten. Vor allem aber wollten wir unseren größten und erfolgreichsten Rivalen auf dem Weltmarkt loswerden.“

„Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk“ vom deutschstämmigen Reverend Ludwig A. Fritsch von 1947. Aufgrund dieser Schrift erlaubte der US-Präsident Truman, „Liebesgabenpakete“ nach Deutschland verschicken zu können, um den hungernden Millionen einen qualvollen Tod zu ersparen. Bis dahin waren ausländische Hilfen für das deutsche Volk von den USA verboten.

„Wir haben 1945 angefangen, uns den Globus zu erobern. Die NATO wurde nicht eingerichtet, um die armen Europäer vor den Russen zu schützen, sondern um die totale Kontrolle über Westeuropa zu erlangen.“

*Der US-Präsidentschaftskandidat Al Gore
am 03.01.1999 in der „Berliner Zeitung“*

„Wir dürfen die NATO nicht als beiderseitige Allianz betrachten. In Wirklichkeit ist sie wie eine Hundeleine, mit welcher man Deutschland am Zügel hält. Sie verstehen sicher, was ich meine.“

Richard Cohen, Kolumnist der „Washington Post“ am 18. Juli 1990

„Roosevelt wußte genau, was er meinte, als er die *bedingungslose Kapitulation* forderte. Nach seiner barbarischen Auslegung schloß dieser Begriff das Recht ein, über alles zu verfügen, über Menschen und Material, Eigentum und geistige Güter. Allein die Patente und Herstellungsgeheimnisse, die unsere Truppen gestohlen und hierher gebracht haben, wiegen die Milliarden auf, die wir für die Kriegsführung ausgaben. Selbst die Ent-

führung und gewaltsame Unterbringung deutscher Wissenschaftler und Experten nach Ost und West wird als selbstverständlich betrachtet.

Im Angesicht Gottes frage ich unsere Nation, frage ich Euch, Ihr Diener des Evangeliums: Haben uns die Deutschen in unserer ganzen Geschichte jemals solches Unrecht angetan, wie wir ihnen in den beiden Weltkriegen zufügten und noch immer zufügen? Was haben die Deutschen uns Amerikanern getan, daß wir sie zweimal in einer Generation auf die grausamste und unmenschlichste Art bestrafen, wie sie die Geschichte bisher nicht gekannt hat? Ist das die amerikanische Dankbarkeit für all die schwere Arbeit und Treue, mit den deutsche Menschen hier unser Land aufbauten und unsere Siege gewannen?"

„Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk" vom deutschstämmigen Reverend Ludwig A. Fritsch von 1947.

„Die Deutschen haben den Affen erfunden. Dies ist ein russisches Sprichwort. Seine Bedeutung: Das deutsche Volk hat eine Reihe von Eigenschaften, die es befähigt, das auf die Beine zu stellen, was anderen Völkern schwer fällt. Die USA besitzen in etwa das reichste Land an Fläche und Bodenschätzen. Sie könnten aus dem Vollen schöpfen. Anstatt damit zufrieden zu sein, wollten ihre Kapitalisten aber auch noch an die Erträge der weit ärmeren Völker heran. Gerade das aber wollten sich die Leute, die den Affen erfunden hatten, nicht gefallen lassen. Ihr sprichwörtlicher Erfindergeist schuf ein künstliches Gummi, Buna genannt. Und da sie auch selber Autos bauen konnten, erfanden sie das dazu nötige Benzin aus ihrer eigenen Kohle. *Wer von uns etwas haben möchte*, sagten sie, *der kann es haben, wenn wir dafür Dinge bekommen, die wir außerdem benötigen. Und das wollen wir gleich dazu sagen: Auf Pump kaufen wir nichts. Denn Zinsen zahlen wir nicht. Weil wir meinen, das Geld kann sich nicht durch Zinsen vermehren, sondern allein durch das Schaffen neuer Werte. Also: Wer will, der kann bei uns tauschen.*

Dieser neue Affe paßte den Geldhaien ganz und gar nicht. Also erklärte man dem pfiffigen Erfinder den Krieg. *Wir wollen Zinsen*, sagten sie, *oder wir schießen wie bei einem Banküberfall. Da kennen wir uns nämlich aus.* Das traurige Ende ist allen bekannt. Die zinslose Geldwirtschaft sollte ein für alle mal ihr Leben aushauchen. Parallel dazu haben wir Russen eine ebenso bittere Erfahrung machen müssen: Unsere UdSSR zerbrach. Und wer stand Pate bei dieser Katastrophe? Die Selben Leute, die auf den Wucher in Deutschland nicht verzichten wollten. Und was haben wir daraus

gelernt? Alle vorherigen Aktionen gehörten zu der Strategie zur Beherrschung der ganzen Welt. Und wie froh wären wir, wenn wir die Erfinder des Affen an unserer Seite hätten.“

Aus dem Brief: „Völker, hört die Signale.“ Von General a. D. Anatoly Wolkow

„Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: Daß der Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.“

Eugen Gerstenmaier, ab 1954 Bundestagspräsident im „Widerstand“

„Mit Greuelpropaganda haben wir den Krieg gewonnen ... und nun fangen wir erst richtig damit an. Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, was sie etwa in anderen Ländern noch an Sympathien gehabt haben und sie selber so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun.

Wenn das erreicht ist, wenn sie beginnen, ihr eigenes Nest zu beschmutzen und das etwa nicht zähneknirschend, sondern in eilfertiger Bereitschaft den Siegern gefällig zu sein, dann erst ist der Sieg vollendet. Endgültig ist er nie. Die Umerziehung bedarf sorgfältiger, unentwegter Pflege wie englischer Rasen. Nur ein Augenblick der Nachlässigkeit und das Unkraut bricht durch - jenes unausrottbare Unkraut der geschichtlichen Wahrheit.“

Der ehemalige britische Cheffpropagandist Sefton Delmer zum deutschen Völkerrechtler Prof. Grimm nach der militärischen Kapitulation 1945

„Ich habe erfahren welche Tugenden, welchen Mut das deutsche Volk besitzt. Bei den deutschen Soldaten, die in so großer Zahl starben, kommt es mir kaum auf die Uniformen an und noch nicht einmal auf die Idee, die ihren Geist bestimmte. Sie hatten Mut. Sie waren in diesem Sturm losmarschiert unter Einsatz ihres Lebens, sie haben seinen Verlust für eine schlechte Sache hingenommen, aber wie sie es taten, hat mit dieser Sache nichts mehr zu tun. Es waren Menschen, die ihr Vaterland liebten - und dessen muß man sich gewahr werden.“

Der ehemalige Staatspräsident Frankreichs Mitterand, am 08. Mai 1995

„Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln. Wir müssen entschieden allen Versuchen entgegenzutreten, dieses Urteil abzuschwächen.“

„Dr.“ Helmut Kohl zur Regierungserklärung am 01.08.1989

„Wer die Schuld Hitlers am Ausbruch des zweiten Weltkrieges relativiert, ist mein Gegner.“

Der ehemalige Bundestagspräsident Rainer Barzel

„Ich betrachte die Einladung als große Ehre für mich persönlich und als großherzige Geste an mein Land, das mit dem von ihm begonnenen Krieg so unermesslich viel Leid über Polen gebracht hat.“

Gerhard Schröder am 01.08.2004 in Warschau zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes. Schon zu Anfang Juni „feierte“ er mit den Siegermächten in der Normandie die Niederlage Deutschlands.

„Als wir 1941 von den Faschisten „überfallen“ wurden, standen uns die USA-Kapitalisten wieder bei. War das denn kein Beweis für ihre ehrliche Hilfsbereitschaft? Oder hatten beide Seiten etwa ihre heimlichen Pläne unter dem politischen Ladentisch verborgen? Wir kleinen Leute waren damals ahnungslos. Wie überall in der Welt. Wie immer. Wir merken erst dann, was gespielt wird, wenn uns irgendwer die Rechnung präsentiert.“

Aus „Völker, hört die Signale.“ von General a. D. Anatoly Wolkow

„Für die Zwecke des Nürnberger Prozesses genügte die Unterstellung, daß der Krieg mit allen seinen Folgen auf Hitlers Aggression zurückzuführen sei. Aber diese Erklärung ist zu simpel. Sie entspricht auch nicht den Tatsachen, denn Hitler wollte alles andere als einen Weltkrieg...“

Der Britische Militärschriftsteller und Historiker Hart am 03.09.1949 in der Londoner „Picture Post“

„Das deutsche Kriegsschuldbewußtsein stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezüglichungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, daß es nicht begangen hat, es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am II. Weltkrieg aufzubürden...“

Der US-Historiker und Geschichtsphilosoph Barnes 1951

„Letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern.“

*Der ehem. US-Außenminister Kissinger am
23.10.1994 in der „Welt am Sonntag“*

„Wir werden zu einer Weltregierung kommen, ob Sie dies wollen oder nicht. Mit Ihrer Zustimmung oder nicht. Die Frage ist nur, ob diese Regierungsform freiwillig, oder durch Gewalt erreicht werden muß.“
*James Warburg, Senatsausschuß des Amts für Auswärtige Angelegenheiten CFR,
am 17. Februar 1950*

„Ich habe mich in Deutschland umgesehen. Heute würde Lenin vom deutschen Volk vielleicht nicht mehr den Eindruck haben, sie wären in der Lage, noch einmal den Affen zu erfinden. Gern will ich mich täuschen. Aber viele Gesprächspartner kamen mir wie aus einer anderen Welt vor. Sie begreifen nicht, was ihre Politiker mit ihnen treiben. Wenn ich in Deutschland leben wollte, dann nicht als Deutscher, sondern als Asylant. Oder als Jude. Die bekommen alles nachgeschmissen, was sie nur haben wollen.“

„Völker, hört die Signale.“ von General a. D. Anatoly Wolkow

„Die für die Außen- und Deutschlandpolitik zuständigen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland haben von Beginn an am Fortbestand des deutschen Staates auch nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg an der Subjektsidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem deutschen Staat und an der einen deutschen Staatsangehörigkeit festgehalten, sowie vom Fortbestand des Viermächte-Status über Deutschland als Ganzes aus.“

Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2 BVR 373/83 von 1987

„Die Amerikaner gehen davon aus, daß der III. Weltkrieg ebenso wie der I. und II. in Europa ausgefochten wird.“

US-Admiral Roque zur „Frankfurter Rundschau“ am 29. April 1981

„Definition Verfassung: Geschriebene oder ungeschriebene Grundsätze über Aufbau und Tätigkeit besonders über die Form und Willensbildung des Staates, die Rechtsstellung der höchsten Staatsorgane und der Staatsbürger, auch die diese Grundsätze enthaltene Urkunde (Verfassungsurkunde, Staatsgrundgesetz). Der Inhalt der Verfassung ist nach der Staatsform verschieden. Geschaffen wird die Verfassung vom Träger der verfassungs-

gebenden Gewalt, in der Demokratie durch die vom Volk gewählten Vertreter, bestätigt durch eine Volksabstimmung.“

„Der Brockhaus“

„Das Bonner Grundgesetz zeichnet sich in der Geschichte des Konstitutionalismus dadurch aus, daß es eine Verfassung ohne Verfassungsbe-
wegung ist.“

Theo Pirker in: „Die SPD nach Hitler“, S. 92

„Es gibt wohl kaum eine Verfassung in der Geschichte der westlichen Welt, an deren Entstehung die öffentliche Meinung so wenig Anteil genommen hat.“

Peter H. Merkl: „Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland“, S. 103

„Trotz dieses ursprünglich provisorischen Charakters hat sich das Grundgesetz im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik als Verfassung gefestigt und bewährt. Mit dem Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands am 3.10.1990 ist es durch die souveräne und bewußte Entscheidung der deutschen Bevölkerung zur gesamtdeutschen Verfassung geworden.“

www.bundesregierung.de/Gesetze-4221/.htm

„Nun, welches sind die Grundwerte, die dieses deutsche Volk haben zur Nation werden lassen? Eine Nation ist nämlich etwas anderes als eine bloße Bevölkerung und sogar etwas anderes als das, was man zu Recht unter *Volk* versteht. Nation ist kein Wachstumsprodukt, sondern ein Produkt des Willens, Nation zu sein. Das Volk ist geschichtsträchtig, die Nation geschichtsmächtig. Aber um das sein zu können, muß man den Willen haben, es zu sein.“

Prof. Dr. Carlo Schmid am 23. Februar 1972 im Deutschen Bundestag

„... daß dem deutschen Volk seit der Niederlage des deutschen Staates im zweiten Weltkrieg versagt geblieben ist, in freier Selbstbestimmung über seine politische Form zu entscheiden....“

*Auszug aus dem Urteil BVGU 2 BVR 373/83, S. 21/22 des
Bundesverfassungsgericht von 1987*

„Bestimmungen dieser Verfassung, die der künftigen Deutschen Verfassung widersprechen, treten außer Kraft, sobald diese rechtswirksam wird.“

Artikel 141 der Verfassung für Rheinland-Pfalz, von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz; 41. Aufl. Stand: 1999

„Grundgesetz und Landesverfassung regeln die rechtliche Grundordnung des Staates und schreiben das Wertfundament unseres Gemeinwesens fest. Die Verfassung als höchste Rechtsnorm hat die Aufgabe, die Leitprinzipien zu bestimmen, nach denen staatliche Macht ausgeübt werden darf, etwa das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Sie hat die gesellschaftlichen Wertentscheidungen zu treffen, *denken wir nur an die Unantastbarkeit der Würde des Menschen*. Grundgesetz und Landesverfassung sind diesen Aufgaben seit ihrem Inkrafttreten vor mehr als 50 Jahren gerecht geworden. Sie wurden behutsam geändert, um auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren oder Orientierung auf neue Fragestellungen zu bieten. Ich wünsche mir sehr, daß alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem die Schüler und Jugendlichen, bei der Lektüre dieser Textausgabe erkennen, wie wichtig es ist, sich immer wieder mit den Grundlagen unseres demokratischen Staates zu befassen. Nur so kann ein Verfassungspatriotismus entstehen und Wurzeln fassen, der uns befähigt, die Herausforderungen an unsere Gesellschaft im Geiste der Solidarität und Gerechtigkeit und unter Wahrung der demokratischen Regeln zu meistern. Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.“

*Vorwort der Textausgabe aus der Verfassung
für Rheinland-Pfalz, 41. Aufl. 1999*

„Nach wie vor ist einzuklagen, daß der Schlußartikel des alten Grundgesetzes, Artikel 146, der zwingend vorgeschrieben hat, im Fall der deutschen Einheit dem deutschen Volk eine neue Verfassung vorzulegen, nicht eingehalten worden ist. Ich bin sicher, daß wir alle einen ungeheuren und kaum auszugleichenden Schaden erleben, wenn wir weiterhin mit diesem Verfassungsbruch leben. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes der alten Bundesrepublik haben die Verfassung der Bundesrepublik als Provisorium im Hinblick auf eine später vielleicht mögliche Einheit verstanden. Dementsprechend war die Präambel formuliert und dementsprechend der Schlußartikel. Daran müssen wir uns halten.“

Günter Grass in seinem Buch „Fragen zur deutschen Einheit“

„Man mag heute darüber sagen, was man will: Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das

Strahlen einer verliebten Frau. Und die Deutschen waren verliebt - verliebt in Hitler ... Und sie hatten allen Grund zur Dankbarkeit: Hitler hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte den Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt.“

Der britische Chefpropagandist Sefton Delmer in: „Die Deutschen und ich“.

„Gerade bin ich zurückgekommen von einem Besuch in Deutschland. Ich habe nun Deutschlands berühmten Führer gesehen, auch die großen Veränderungen, die er verursacht hat. Was immer einer denkt von seinen Methoden - und diese sind bestimmt nicht jene eines parlamentarischen Landes - kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß er eine wunderbare Veränderung im Geiste der Menschen, in ihrem Benehmen untereinander, in ihrer sozialen und ökonomischen Selbstdarstellung bewirkt hat.

Es ist nicht das Deutschland des ersten Jahrzehnts nach dem Weltkrieg, das zerbrochen, niedergeschlagen, niedergedrückt, mit einem Gefühl von Unvermögen und Furchtsamkeit dahinlebte. Es ist jetzt voll von Hoffnung und Vertrauen und einem erneuten Gefühl von Bestimmung, sein eigenes Leben selbst zu lenken, ohne Einwirkung irgendwelcher Kräfte außerhalb seiner Grenzen. Das erste Mal in Deutschland nach dem Weltkrieg ist generell ein Sinn für Sicherheit unter den Menschen eingezogen. Es ist ein glückliches Deutschland. Ich habe es überall gesehen und kennen gelernt.“

*Lloyd Georges im „Daily Express“ vom 17.09.1936
nach seinem Besuch in Berchtesgaden bei Adolf Hitler*

„In der BRD kamen nur solche Leute ans Ruder, die in Washington unterschrieben hatten, die Wünsche der Amis zu erfüllen. Wie in den USA ließen sich die *richtigen Politiker* auch in der BRD einkaufen. Ja, Ihr versteht mich richtig: Alles kann man in den USA kaufen. Auch die Politiker. Warum also nicht auch in der BRD und bei Euch? Egal, wo Ihr lebt. Und wer mit diesen Regeln nicht mitspielt, der ist weg vom Futterplatz. Daß es immer nur einige wenige Leute sind, die man *mitspielen* läßt, liegt klar auf der Hand. Weil es billiger ist, ein paar Leute an den Freßkübel zu lassen als die Masse des Volkes. In Deutschland hat man also auch nur eine Hand voll Leute gebraucht, um diese *demokratische* Show abzuziehen. Die Widerborstigen, die dieses *Einkaufen* nicht mitmachen wollten, hat man ein-

gesperrt; - mit oder ohne Prozeß. Ich hörte, man ließ auch ein paar Leute umlegen.“

„Völker, hört die Signale.“ von General a. D. Anatoly Wolkow

„Der US-amerikanische Publizist Lippmann äußerte kürzlich: Als verloren könne ein Krieg nur dann gelten, wenn das eigene Territorium vom Feind besetzt ist, die führende Schicht des besiegten Volkes in Kriegsverbrecherprozessen abgeurteilt wird und die Besiegten einem Umerziehungsprogramm (Re-education) unterworfen werden. Ein nahe liegendes Mittel dafür sei, die Geschichte in der Sicht der Sieger in die Hirne der Besiegten einzupflanzen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Übertragung der moralischen Kategorien der Kriegspropaganda des siegreichen Staates in das Bewußtsein der Besiegten. Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat, und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, dann erst kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.“

„Deutscher Anzeiger“ vom 15.05.1970

„Die Umerziehung wird für alt und jung gleichermaßen erzwungen und sie darf sich nicht auf das Klassenzimmer beschränken. Die gewaltige überzeugende Kraft dramatischer Darstellung muß voll in ihren Dienst gestellt werden. Filme können hier die vollste Reife erreichen. Die größten Schriftsteller, Produzenten und Stars werden unter Anleitung der *Internationalen Universität* die bodenlose Bosheit des Nazitums dramatisieren und dem gegenüber die Schönheit und Einfalt eines Deutschlands loben, das sich nicht länger mit Schießen und Marschieren befaßt.

Sie werden damit beauftragt, ein anziehendes Bild der Demokratie darzustellen und der Rundfunk wird sowohl durch Unterhaltung, wie auch durch ungetarnte Vorträge in die Häuser selbst eindringen.

Die Autoren, Dramatiker, Herausgeber und Verleger müssen sich der laufenden Prüfung durch die *Internationale Universität* unterwerfen; denn sie sind alle Erzieher. Von Beginn an sollen alle nichtdemokratischen Veröffentlichungen unterbunden werden. Erst nachdem das deutsche Denken Gelegenheit hatte, in den neuen Idealen gestärkt zu werden, können auch gegenteilige Ansichten zugelassen werden, im Vertrauen darauf, daß das Virus keinen Boden mehr findet; dadurch wird größere Immunität für die Zukunft erreicht.

Der Umerziehungsprozeß muß ganz Deutschland durchdringen und bedecken. Auch die Arbeiter sollen im Verlauf von Freizeiten vereinfachte Lehrstunden in Demokratie erhalten. Sommeraufenthalte und Volksbildungsmöglichkeiten müssen dabei Hilfestellung leisten. Viele deutsche Gefangene werden nach Kriegsende in Rußland bleiben, nicht freiwillig, sondern weil die Russen sie als Arbeiter brauchen. Das ist nicht nur vollkommen legal, sondern beugt auch der Gefahr vor, daß die zurückkehrenden Kriegsgefangenen zum Kern einer neuen nationalen Bewegung werden. Die *Internationale Universität* ist am besten dazu geeignet, die Einzelheiten des deutschen Erziehungswesens, der Lehrpläne, der Schulen, der Auswahl der Lehrer und der Lehrbücher, kurz: Alle pädagogischen Angelegenheiten zu regeln. Wir brauchen ein *High Command* für die offensive Umerziehung.

Besonders begabte deutsche Schüler erhalten die Gelegenheit zur Fortbildung an unseren Schulen, sie werden als Lehrer nach Deutschland zurückkehren und eine neue kulturelle Tradition, verbunden mit internationalem Bürgersinn, begründen. Die Professoren sollen nach Möglichkeit deutsche Liberale und Demokraten sein. Jedes nur denkbare Mittel geistiger Beeinflussung im Sinn demokratischer Kultur muß in den Dienst der Umerziehung gestellt werden. Die Aufgaben der Kirchen, der Kinos, der Theater, des Rundfunks, der Presse und der Gewerkschaften sind dabei vorgezeichnet.

Die Umerziehung tritt an die Stelle des Wehrdienstes und jeder Deutsche wird ihr zwangsläufig unterworfen, so wie früher der gesetzlichen Wehrpflicht. Uns ist die Aufgabe zugefallen, Frieden und Freiheit zu retten; jene Freiheit, die am Berg *Sinai* geboren, in *Bethlehem* in die Wiege gelegt, deren kränkliche frühe Jugend in England verbracht wurde, deren eiserne Schulmeister Frankreich war, die ihr junges Mannesalter in den Vereinigten Staaten erlebte und die, wenn wir unseren Teil dazu tun, bestimmt ist zu leben - überall in der Welt.“

„*What to do with Germany. 1945. Distributed by Special Service Division, Army Service Forces, U.S. Army. Not for Sale.*“ :

„Ich befragte Joe Kennedy (US-Botschafter in London), über seine Unterredungen mit Roosevelt und N. Chamberlain von 1938. Er sagte, Chamberlains Überzeugung 1939 sei gewesen, daß Großbritannien nichts in der Hand habe, um zu fechten und daß es deshalb nicht wagen könne, gegen Hitler in den Krieg zu ziehen. Weder Franzosen noch Engländer

würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wenn sie nicht unablässig von Washington angestachelt worden wären. Amerika und das Weltjudentum hätten England in den Krieg getrieben.“

US-Verteidigungsminister J. Forrestal am 27.12.1945 in seinem Tagebuch „The Forrestal Diaries“, New York, S. 121 ff

„Wir Deutschen sollten die Wahrheit auch dann ertragen lernen, wenn sie für uns günstig ist“

Heinrich von Brentano

„Eine freie Presse gibt es nicht. Sie, liebe Freunde wissen das und ich weiß es gleichfalls. Nicht ein einziger unter Ihnen würde es wagen, seine Meinung offen und ehrlich zu sagen. Das Gewerbe eines Publizisten ist es vielmehr, die Wahrheit zu zerstören, geradezu zu lügen, zu verdrehen, zu verleumden, zu Füßen des Mammon zu kuschen und sich selbst und sein Land und seine Rasse wieder und wieder zu verkaufen. Wir sind Werkzeuge und Hörige der Finanzgewaltigen hinter den Kulissen. Wir sind die Marionetten, die hüpfen und tanzen, wenn sie am Draht ziehen. Unser Können, unsere Fähigkeiten und selbst unser Leben gehören diesen Männern. Wir sind nichts weiter als intellektuelle Prostituierte.“

John Swainton, Herausgeber der „New York Times“

„Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat, und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist; ... Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...Mit der Errichtung der BRD wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die BRD ist also nicht *Rechtsnachfolger* des Deutschen Reiches. ... Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den Geltungsbereich des GG. ...“

(2BvF 1/73)

„26 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion gaben eine eigene Erklärung ab, in der sie feststellten, daß es kein völkerrechtlich wirksames Dokument zur Abtretung von 108.000 Quadratkilometer von Deutschland

gebe. Bis zur Stunde bestehe Deutschland rechtlich im Gebietsstand von 1937 nach Staats- und Völkerrecht fort.“

(Nachrichten im Hessischen Rundfunk 1990)

„Ist Deutschland erst einmal wieder vereint, so hat sich der Sinn und Zweck, das Ziel des Grundgesetzes erfüllt.“

Bundesaußenminister der Bundesrepublik Deutschland Hans Dietrich Genscher am 18. Juli 1990 bei der Pressekonferenz nach dem Außenministertreffen in Paris

„Die Verfassung ist natürlich das höchste Gesetzesgut eines jeden Staates. Lebenswichtig für die Souveränität des Landes. Wie gesagt wird also nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine gewisse Anpassung der Verfassung von Nöten sein. Hier wurde auch die Präambel erwähnt. Artikel 23, um genauer zu sein, wird in Zukunft nicht mehr im deutschen Grundgesetz zu finden sein. ...“

Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik Markus Meckel am 18. Juli 1990 bei der Pressekonferenz in Paris

„Ironischerweise ist Deutschland keine souveräne Nation, ohne Friedensvertrag und mit über 70.000 US-amerikanischer Besatzungstruppen noch immer auf seinem Boden: Die USA und Großbritannien könnten die Bundestagswahl annullieren unter Deutschlands *tatsächlicher* Verfassung, dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945.“

„American Free Press“ vom 7. Oktober 2002

„Haltet Euch raus aus unserem Leben und nehmt die Finger aus unseren Taschen. Dann sorgen wir für uns selbst - in der Familie, unter Freunden und Nachbarn, im Viertel und in der Gemeinde. In unseren eigenen, freiwilligen Zusammenschlüssen. Wagt nicht uns vorzuschreiben, was wir denken und sagen dürfen. Wir sind das Volk.“

Jürgen W. Möllemann, in „Klartext für Deutschland“

„Herr Gorbatschow: - Gibt es da ein Geheimnis der deutschen Einheit, das wir nicht kennen?“ „Ja.“

Frage von Franz- Josef Wagner, „Berliner Bild- Zeitung“ am 14. September 2000 zu Michail Gorbatschow und dessen Antwort darauf

„Die weltpolitische Entwicklung insbesondere im nahen Osten läßt uns schwere Gefahren für unsere Zukunft und unsere Kinder fürchten. Dies hängt mit vielen Irrtümern und Lügen über den wahren Charakter des Ju-

dentums zusammen, die weltweit verbreitet und geglaubt werden. Insbesondere in Österreich und Deutschland sind viele Tatsachen tabuisiert und wer es wagt sie anzusprechen, setzt sich großen Gefahren aus. Im Namen des Judentums - und wir glaubenstreu Juden haben damit wirklich nicht zu tun - wird seit Jahrzehnten auf die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands massiven Druck ausgeübt. Deutschland ist nach wie vor ein besetztes Land, nach wie vor gilt die Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen für Deutschland, das heißt, Deutschland ist kein gleichberechtigtes Mitglied der UNO.

Beispiel für die unfassbare Erniedrigung Deutschlands ist es, daß ein Herr *Michel Friedmann* - der leider den gleichen Nachnamen wie ich trägt -, ein moralisch fragwürdiger Kokainbenützer und Prostituiertenbesucher, die Möglichkeit besitzt, dem deutschen Volk moralische Vorhaltungen zu machen und moralische Bedingungen zu stellen - und das alles im Namen des Judentums. In Österreich ist die Situation nur unwesentlich besser. Auch hier wird ein *Theodor Herzl* als große Persönlichkeit dargestellt, obwohl er dem Judentum in Wahrheit ungeheuren Schaden zugefügt hat, weil er gegen den Willen Gottes versucht hat, aus einer rein spirituellen, rein geistigen Religion ein politisches Machtsystem zu machen - ein Machtsystem, das wie alle politischen Machtsysteme Gegner und Feinde hat und diese bekämpft. Die Palästinenser, die Bevölkerung Palästinas, mußte logischerweise zum Feind eines solchen zionistischen Machtsystems werden.“

Oberrabbiner Moishe A. Friedmann in der Eröffnungsrede anlässlich der antizionistischen Rabbinerkonferenz am 1. Juli 2004 in Wien.

„Präsident Roosevelt und die Juden in aller Welt übten Druck auf mich aus, damit ich von jeglicher Verständigung mit Hitler absehe.“

Neville Chamberlain am 15. Januar 1952 im „New Chronicle“

„Über die Rechtsstaatlichkeit mordet man die Justitia - man mordet die Demokratie und man mordet den Rechtsstaat, Lug und Trug zuliebe. Denn mit Wahrheit macht man in der Bundesrepublik keine Karriere.“

Der jüdische Publizist J. G. Burg 1992. Aus: „Jüdisch-deutscher Dialog“

„Die Polen haben das letzte Gefühl für Maß und Größe verloren. Jeder Ausländer, der in Polen die neuen Landkarten betrachtet, worauf ein großer Teil Deutschlands bis in die Nähe von Berlin, weiter Böhmen, Mähren,

Slowakei und ein riesiger Teil Rußlands in der überaus reichen Phantasie der Polen bereits annektiert sind, muß denken, daß Polen eine riesige Irrenanstalt geworden ist.“

*Der flämische Schriftsteller Ward am 03.08.1939;
vgl: „Nie wieder München“, S. 207*

„Nichts ist leichter, als so zu schreiben, daß kein Mensch es versteht; wie hingegen nichts schwerer, als bedeutende Gedanken so auszudrücken, daß jeder sie verstehen muß.“

Arthur Schopenhauer

„Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die mittlere und untere Düna...“

Der polnische Westmarkenverband 1926, S. 6

„Die Vereinigung Deutschlands und Berlins sowie die Entscheidung, die Stadt nicht nur zur Hauptstadt, sondern auch zum Regierungssitz des vereinten Deutschlands zu machen, hat in Berlin einen ersten wirtschaftlichen Aufschwung ausgelöst.“

*Aus: „Deutschland - so schön ist unser Land“;
Verlag für Bildungssysteme GmbH 1994*

„Knapp zwei Wochen vor der Verabschiedung im Parlament klafft im Bundeshaushalt 2004 ein Milliardenloch. Rund acht Milliarden Euro sind noch nicht durch konkrete Maßnahmen finanziert, hieß es im Haushaltsausschuss am Dienstag. Gut die Hälfte der Finanzlücke resultiert aus den Ergebnissen der Steuerschätzung von vergangener Woche. Der Bundestag wird somit voraussichtlich Ende November den Etat mit dem größten Finanzloch in der Geschichte des Landes verabschieden.“

„Tagesspiegel“ am 12. November 2003

„Nach amerikanischem Gesetz ist ein Verbrechen gesühnt, wenn der Schuldige seine Strafe bekommen hat. Wir aber denken anders darüber. Wer immer dem Judentum Schaden zugefügt hat, soll niemals Vergebung finden. Wir werden alles tun, um diesem Feind der Juden das Leben unmöglich zu machen, indem wir ihm seine Stellung wegnehmen und ihn gesellschaftlich unmöglich machen.“

Der jüdische Richter Meier Steinbrink in einer Rede während der amerikanischen. B'nai B'rith-Tagung 1950; in „The Sentinel“, Chicago

„Es ist für uns Christen unvorstellbar, daß in unseren religiösen Schriften zum Lügen, Betrügen und Morden Andersgläubiger aufgefordert würde. Mit Recht könnte man uns dann eine *verbrecherische* Religion zur Last legen. Nun geschieht es aber, daß das Abgründige und die Christus- und Christenfeindschaft des jüdischen Glaubens vertuscht werden. Und wehe dem, der es wagt, diese Dinge aufzudecken. Da geschieht es etwa nach dem Motto, daß nicht der Mörder, sondern der Ermordete schuldig sei.“

Der ev. Pfarrer Borowsky in „Kommt Luzifer an die Macht?“, 1985

„Auch die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik sind im Jahre 1949 vom Fortbestand des deutschen Staates ausgegangen. Dies bekundet deutlich die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom **7. Oktober 1949**, die bis zur Verfassung vom **6. April 1968** in Kraft war. Darin heißt es in Artikel 1 Absatz 1: Deutschland ist eine unteilbare Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf...“

Urteil BVGU 2 BVR 373/83 des Bundesverfassungsgerichts von 1987

„Fort Knox am Tiergarten: Beim Richtfest der neuen US-Botschaft in Berlin wurde klar: Der Bau wird eine Festung, eines der sichersten Gebäude Europas. Selbst die neue Küche für das Obergeschoß wurde hinter Sichtblenden angeliefert, als würde dort in Wahrheit eine hochgeheime Raketenabwehr aufgebaut, was den Amerikanern auch zuzutrauen wäre.“

„Der Spiegel“, Ausg. 42/2006

„...die Europäische Union als einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gestalten.“

Jochen Stänker, Sprecher der SPD

„Rastlos in seiner Arbeit, kühn in seinem Denken, gerecht in seinem Tun, fest in seiner Sitte, sicher in seinem Recht, stark in seiner Wehr, so wandle die deutsche Nation zuversichtlich ihre Zukunftsbahn. Maßvoll im Glück, standhaft im Mißgeschick, erring` unser Volk die Vollendung seiner Einheit und bewahre den Frieden, die Freiheit, die Frohheit.“
Johannes Scherr 1817-1886 in: „Germania Zwei Jahrtausende Kulturgeschichte“

„Besser das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“

Konrad Adenauer

Die Erklärung Dönitz` zur Gefangennahme

„Der Kommandant des Lagers, in dem ich mich als Kriegsgefangener befinde, verlas am 7. Juli eine aus drei Paragraphen bestehende Anordnung, die in § 2 u. a. die Feststellung enthielt, der *Deutsche Staat* habe aufgehört zu bestehen. Der Satz wurde auf meine Einwendung nachträglich dahin berichtigt, daß es heißen sollte, die *Deutsche Regierung* habe aufgehört zu bestehen. Um Mißverständnissen über meinen Standpunkt vorzubeugen, treffe ich folgende Klarstellung:

1. Die Kapitulation ist von meinem Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht abgeschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit oberster Befehlshaber der Wehrmacht zugestellt habe und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich dadurch selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.
2. Durch die mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei Deutschen Wehrmachtsteile hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die Alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.
3. Die im Abschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebietes hat an *dieser* Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung *tatsächlich* behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.
4. Ebenso wenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben. Sie hatte nur zur Folge, daß jede tatsächliche Amtstätigkeit für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.
5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts.“

Großadmiral Dönitz, Bad Mondorf, Juli 1945

Auszug der UN-Menschenrechte

„Jeder hat das Recht, überall als Rechtsfähig anerkannt zu werden.“

*Artikel 6 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.“

*Artikel 7 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

„Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.“

*Artikel 8 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

„Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“

*Artikel 9 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

„Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.“

*Artikel 10 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

*Artikel 19 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

„Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.“

*Artikel 30 der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ ;
UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948*

Die Rede des Prof. Dr. Carlo Schmid zum „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ vor dem Parlamentarischen Rat 1948

„Gestatten Sie mir vor dem Eintreten in die eigentlichen Ausführungen, die ich Ihnen zu unterbreiten habe, einige wenige Worte zur Methode meiner Darlegungen. Sie sind nötig, weil vielleicht ein Teil der Zuhörer finden möchte, daß meine Ausführungen, zu Beginn wenigstens, lediglich die Ausführung von Theorien darstellen. Es handelt sich nicht darum zu theoretisieren; aber es handelt sich darum - so wie der Ingenieur, der mit Rechenschieber und Logarithmentafel umzugehen hat, gelegentlich sein Physikbuch hervorholt, um den Ort seines Wirkens im System der Mechanik genau festzustellen - einmal zu sehen, in welchen Bereichen wir uns denn zu bewegen haben. Theorie ist ja kein müßiger Zeitvertreib, sondern manchmal der einzige Weg, komplexe Verhältnisse zu klären und manchmal die einzige Möglichkeit, sicher des Weges zu gehen, die einzige Möglichkeit, die Lage des archimedischen Punktes zu finden, an dem wir den Hebel unserer politischen Aktivität anzusetzen haben. Nur durch eine kleine Erkenntnis dessen, was ist, können wir uns die Rechnungsgrundlagen verschaffen, deren wir bedürfen werden, um richtig zu handeln. Der Versuch, einen Tatbestand in allen seinen Bezügen denkend zu erfassen, ist die einzige Methode, die es einem ermöglicht sich so zu entscheiden, daß die Entscheidung auch verantwortet werden kann.

Meine Damen und Herren! Worum handelt es sich denn um das Geschäft, das wir zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: *Grundgesetz*? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassungsgebende *Nationalversammlung* einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine *Verfassung* zu schaffen! Was heißt aber *Verfassung*? Eine *Verfassung* ist die *Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und Inhalte seiner politischen Existenz*. Eine solche *Verfassung* ist dann die Grundnorm des *Staates*. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden brauchen, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die

Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.

Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: *Worum handelt es sich denn eigentlich?* nicht zu stellen. Dieser Begriff einer *Verfassung* gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. Freilich weiß jeder von uns, daß man Ordnungsgesetze anderer Art auch schon Verfassung genannt hat, zum Beispiel die *oktroyierten Verfassungen* der Restaurationszeiten, etwa die Chartre von 1814. Diese *oktroyierten Verfassungen* waren zweifellos gelegentlich nicht schlecht, und die Fürsten, die sie gegeben haben, mochten dann und wann gute Absichten gehabt haben; aber das Volk hat diese Dinge nie als *Verfassungen* betrachtet, und die Revolutionen von 1830 sind nichts anderes gewesen als der Aufstand der Völker Europas gegen die *oktroyierten Verfassungen*, die nicht im Wege der Selbstbestimmung freier Völker entstanden, sondern *auferlegt* worden sind. Es kam in diesen Revolutionen die Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine *Verfassung* in einer demokratischen Welt mehr sein muß als ein bloßes Reglement, als ein *bloßes Organisationsstatut*.

Die Ordnung des Behördenaufbaus, die Ordnung der Staatsfunktionen, die Abgrenzung der Rechte Individuen und der Obrigkeit sind durchaus vorstellbar und das hat es gegeben - im Bereich der organischen Artikel des absolutistischen Obrigkeitsstaates, ja auch im Bereich der Fremdherrschaft. Man wird da aber nicht von *Verfassungen* sprechen, wenn Worte ihren Sinn behalten sollen; denn es fehlt diesen Gebilden der Charakter des keinem fremden Willen unterworfenen *Selbstbestimmtseins*. Es handelt sich dabei um *Organisation* und nicht um *Konstitution*. Ob eine *Organisation* von den zu Organisierenden selber vorgenommen wird, oder ob sie der Ausfluß eines fremden Willens ist, macht keinen prinzipiellen Unterschied; denn bei *Organisationen* kommt es wesentlich und ausschließlich darauf an, ob sie gut oder schlecht funktionieren. Bei einer *Konstitution* aber ist das anders: Dort macht es einen Wesensunterschied, ob sie *eigenständig* geschehen ist oder ob sie der Ausfluß *fremden* Willens ist; denn *Konstitution* ist nichts anderes als das Ins- Leben- Treten eines Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen. Dies alles gilt auch von der Schaffung eines *Staates*. Sicher, *Staaten* können auf die verschiedenste Weise entstehen. Sie können sogar durch äußeren Zwang geschaffen werden. *Staat* ist aber dann nichts anderes als ein Ausdruck für Herrschaftsapparat, so wie die Staatstheoretiker der Frührenaissance von *il stato* sprachen.

Il stato, das ist einfach der Herrschaftsapparat gewesen, der in organisierter Weise Gewalt über ein Gebiet ausgeübt hat. Aber es ist ja gerade der große Fortschritt auf den Menschen hin gewesen, den die Demokratie getan hat, daß sie im *Staat* mehr zu sehen begann als einen bloßen Herrschaftsapparat. *Staat* ist für sie immer gewesen das In- die- eigene- Hand- nehmen des Schicksals eines Volkes, Ausdruck der Entscheidung eines Volkes zu sich selbst. Mann muß wissen was man will, wenn man vom *Staat* spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat - der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann -, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem *Staat* im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten *konstitutiven* Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt.

Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu *organisieren* hat, *konstituiert* es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es *organisiert* sich lediglich, vielleicht sehr *staatsähnlich*, aber nicht als *Staat* im demokratischen Sinn. Es ist - wenn Sie mir ein Bild aus dem römischen Recht gestatten wollen - so: Wie man dort den Freien und den Sklaven und den Freigelassenen kannte, wäre ein in dieser Weise organisiertes Gemeinwesen nicht ein Staat, sondern stünde dem Staat im selben Verhältnis gegenüber wie der Freigelassenen dem Freien. Diese Organisation als *staatsähnliches* Wesen kann freilich sehr weit gehen.

Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimer Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die *Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft*; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimer Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird *Staat* im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren. Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt *organisiert*, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein *Organismus* mehr oder weniger administrativen Gepräges.

Dieser *Organismus* mag alle normalen, ich möchte sagen, inneren Staatsfunktionen haben; wenn ihm die Möglichkeit genommen ist, sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, fehlt ihm, was den *Staat* ausmacht: Nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt, die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung. Das alles hindert nicht, daß dieser *Organismus* nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitli-

che Gewalt auszuüben vermag. Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als *Staat* nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer. Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als *staatliches* Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der *Debello*, der kriegserischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch. Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind.

Die *Debello* vernichtet für sich allein die *Staatlichkeit* nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der *Staatlichkeit* des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte. Der Sieger muß also von dem Zustand der *Debello* gebrauch machen, wenn die *Staatlichkeit* des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten: Die eine ist die *Annexion* - der Sieger muß das Gebiet des Besiegten anneklieren, seinem Gebiet *einstecken*. Oder er muß zur *Subjugation* schreiten, der *Verknechtung* des besiegten Volkes. Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der *Annexion* weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.

Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. Es ist etwas geschehen, aber nicht die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit. Aber was ist denn nun geschehen? Erstens: Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des *Staatsapparates* ist aber nicht die Vernichtung des *Staates* der Substanz nach. Wir dürfen nicht vergessen, daß in den ersten Monaten nach der Kapitulation im Sommer 1945, als keinerlei Zentralgewalt zu sehen war, sondern als die Bürgermeister der Gemeinden wie kleine Könige regierten - die Landräte auch und die

ersten gebildeten Landesverwaltungen erst recht -, alle diese Leute und alle diese Stellen ihre Befugnisse nicht für sich ausübten, nicht für die Gemeinden und für das Land, sondern fast überall für das Deutsche Reich. Es war eine Art von *Treuhänderschaft* von unten, die sich dort geltend machte.

Ich erinnere mich noch genau wie es in diesen Monaten war, wie die Landräte die Steuern einzogen, nicht etwa, weil sie geglaubt hätten, sie stünden ihnen zu, sondern sie zogen sie ein, weil jemand dieses Geschäft stellvertretend für das Ganze besorgen mußte. Ähnlich machten es die Bürgermeister und machten es auch die Landesverwaltungen. Als man z. B. in der französischen Zone die Länder veranlassen wollte einen Vertrag zu schließen, in dem ihnen zugestanden war, das deutsche Eisenbahnvermögen auf sich selber zu übertragen, da haben sich diese Länder geweigert dies zu tun und haben gesagt: Aus technischen Gründen mag der Vertrag nötig sein, wir übernehmen aber das Reichsbahnvermögen nur treuhänderisch für Deutschland!

Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als *Staat* nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft - auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig - noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen, und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten.

Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben. Gestatten Sie mir hier ein Wort zum Staatsvolk. Es hat sich in dieser Hälfte Deutschlands ungemein vermehrt durch die Flüchtlinge, durch Millionen Menschen, die ausgetrieben wurden aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten ansässig gewesen sind. Man sollte in der Welt nicht so rasch vergessen, was damit geschehen ist!

Denn wenn wir es hier zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses wissen aus unserem Bewußtsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, daß einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte! Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen! Freilich wissen wir genau, daß die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah, lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wur-

de. Trotzdem aber bleibt bestehen, daß, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist! Es gibt ein französisches Sprichwort: *On n`excuse pas le mal par le pire* - man rechtfertigt das Böse nicht durch den Hinweis auf ein noch Böseres. Damit, daß die drei *Staatselemente* erhalten geblieben sind, ist Deutschland als *staatliche* Wirklichkeit erhalten geblieben.

Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muß aber neu organisiert werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich. Es ist aber an dieser Stelle noch kurz darauf einzugehen, ob nicht vielleicht durch politische Akte, die nach dem Mai 1945 in Deutschland sich ereignet haben könnten, doch eine Auflösung Deutschlands als eines *staatlichen* Gebildes erfolgt ist. Ich glaube aber, daß nichts von dem, was seit drei Jahren geschehen ist, uns berechtigt anzunehmen, daß das deutsche Volk oder erhebliche Teile des deutschen Volkes sich entschlossen hätten, Deutschland aufzulösen.

Wenn wir uns ein Ereignis als Beispiel vorhalten, wo etwas in der Tat geschehen ist, dann sehen wir am besten daß es falsch ist, in Bezug auf Deutschland von so etwas zu sprechen: Österreich- Ungarn! Dieses ist nach 1918 nicht *juristisch* zerfallen, sondern durch den Entschluß der Völkerschaften, die es einmal ausmachten, als *staatliches* Gebilde aufgelöst worden. An seine Stelle sind neue Staaten getreten, die sich nicht als Rechtsnachfolger der alten Doppelmonarchie zu betrachten brauchten. So etwas ist in Deutschland nicht geschehen. Nun ist die Frage, ob vielleicht da und dort in Deutschland einzelne Teile Deutschlands vom Ganzen abgefallen sind und sich separieren wollten. Kann man ein solches Vorhaben aus gewissen Ereignissen schließen, die sich seit dem Sommer 1945 bei uns begeben haben? Manche mögen dabei auf diese oder jene Bestimmung dieser oder jener Länderverfassung hinweisen, in denen es etwa heißt, daß das Land bereit ist, *einem neuen deutschen Bundesstaat* oder *einem neuen Deutschland* beizutreten. Ich glaube, man sollte aus solchen Sätzen keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen. Ich jedenfalls glaube nicht, daß die Landtage und die Bevölkerungen der Länder, in deren Verfassung dieser Satz steht, doch ihre Zustimmung dazu erklären wollten, daß sich das Land von Deutschland separieren wollte.

Es handelt sich bei diesen Verfassungsartikeln um die Kodifikation eines Rechtsirrtums, der damals, als die Verfassung beraten wurde, entschuldbar und verständlich gewesen sein mag, aber nicht um mehr. Nun könnte man weiter die Frage aufwerfen, ob hier vielleicht nicht noch eine andere Betrachtung angefügt werden müßte. Erik Reger, dessen gallige Artikel zu lesen sich auch dann lohnt, wenn man sie nicht für der jeweiligen Situation voll angepaßt hält, hat jüngst geschrieben, daß es sich hier nicht um eine Rechtsfrage handle, sondern um die Bekundung des politischen Willens, die Zäsur in der politischen Kontinuität deutlich zu markieren. Nun, ich bin völlig damit einverstanden, daß man eine Zäsur

zwischen gestern und heute und noch mehr zwischen gestern und morgen markiert. Aber bedingt denn der Wechsel in einem politischen System notwendig die Vernichtung des *Staatswesens*?

Haben denn zum Beispiel die Franzosen, als sie 1870 vom zweiten Kaiserreich zur Dritten Republik übergingen, vorher den französischen Staat als staatliches Gebilde aufgelöst? Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands *interventionistischen* Charakter. Was heißt *Intervention*? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das *Völkerrecht eigentlich verwehrt*, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen. Es hat keinen Sinn darüber zu jammern, daß es so ist.

Daß es dazu kommen konnte, hat seine guten Gründe: Man kann verstehen, daß unsere Nachbarn sich nach dem, was im deutschen Namen in der Welt angeordnet worden ist, ihre Sicherheit selber verschaffen wollen. Ob sie sich dabei immer klug angestellt haben oder nicht, soll hier nicht diskutiert werden; das ist eine andere Geschichte! Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen! Völkerrechtlich muß eine interventionistische Maßnahme entweder durch einen *vorher* geschlossenen Vertrag oder durch eine *nachträgliche* Vereinbarung legitimiert sein, um dauernde Rechtswirkungen herbeizuführen.

Ein vorher geschlossener Vertrag liegt nun nicht vor: Die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen. So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als Recht anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben. Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß diese interventionistische Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen Grunde, daß das deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet. Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor - drücken wir es doch so aus, wie es ist - eine Art von negativem Plebiszit, durch das das Deutsche Volk zum Ausdruck bringt, daß es für Zeit auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist.

Man sollte sich jedoch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: Nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkungen einzurichten, sondern zur Volkssouveränität gehört - wenn das Wort einen Sinn haben soll - auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird! Solange das nicht geschieht - und es hat seine guten Gründe, daß es nicht geschieht -, werden wir die Legalität der interventionistischen Maßnahmen zum mindesten für Zeit anerkennen müssen. Das ist ja gerade

die juristische Bedeutung der Resistance in Frankreich gewesen, daß infolge des Sich-nicht-unterwerfens die Maßnahmen der *Zwischenregierung* nicht als legal zu gelten brauchten.

Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität - in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten - der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar. Ich glaube sagen zu können, daß dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen! Sie wurde ursprünglich völlig gesperrt!

Dann wurde diese Sperrung stückweise von den Besatzungsmächten zurückgezogen, immer weitere Schichten der deutschen Volkssouveränität wurden zur Betätigung freigegeben. Zuerst die Schicht, aus der heraus die Selbstkonstituierung und Selbstverwaltung der Gemeinden erfolgte, dann die Schicht, aus der heraus die politische und administrative Organisation von Gebietsteilen etwa in der Gestalt unserer Länder erfolgte. Die *regionale* Schicht der deutschen Volkssouveränität wurde hier unter Vorbehalt des Ganzen freigelegt. Aber geben wir uns keinem Irrtum hin: Auch bei diesen konstitutiven Akten handelte es sich nicht um freie Ausübungen der Volkssouveränität. Denn auch da war immer die Entscheidung weithin vorgegeben, am weitestgehenden dadurch, daß ja die Besatzungsmächte selber es gewesen sind, die den größten Teil der Länder abgezirkelt und damit bestimmt haben.

In der britischen Zone hatten die Länder bis heute noch keine Möglichkeit, sich auch nur formell selbst zu konstituieren. Dort wird am besten deutlich, in welchem Umfang Existenz und Konfiguration unserer Länder im wesentlichen Ausfluß des Willens der Besatzungsmächte sind. Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?

Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen! Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes! Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar! Sie ist auch räumlich nicht teilbar! Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk in den drei Westzonen aber nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort *La Nation une et indivisible* - die Eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität

auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte deutsche Volk kann volkssouverän handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn er legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte. Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja! Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich - zumindest offiziell - darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller - auch der Besatzungsmächte - vorübergehen soll. Es scheint mir nicht unser Interesse zu sein, einer Besatzungsmacht durch ein Tun unsererseits einen Vorwand für die Verwandlung des heutigen Provisoriums der Separation der einzelnen Zonen in das Definitivum der Separation Ost-Deutschland zu liefern.

Aber das ist eine politische Entscheidung. Können wir sie treffen? Können wir sie treffen in einem Zustand, in dem uns die Möglichkeit genommen ist, den Umfang des Risikos zu bestimmen, das Deutschland dabei treffen müßte? *Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können.* Das setzt aber voraus entweder die Einigung der vier Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik, oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. Mag sein, daß mancher Mann mit diesem Gedanken spielt; es lohnt sich aber vielleicht, diesen Gedanken zu meditieren.

Was bedeutet denn Gewalt in diesem Zusammenhang? Entweder die Vertreibung einer Besatzungsmacht, die einer gesamtdeutschen demokratischen Einigung widerstrebt - könnte daraus etwas anderes werden als eine Katastrophe für die ganze Welt? Oder aber es bedeutet endgültige Abtrennung einer Zone durch Gewaltanwendung einer Besatzungsmacht mit gleichzeitiger politischer Entmanung des deutschen Volkes in dieser Zone, und damit die endgültige Verminderung Deutschlands auf den Teil, der über sich noch in Freiheit bestimmen könnte. Auch das wäre eine Katastrophe; auch eine Weltkatastrophe, nicht nur eine deutsche. Man sollte daher nichts tun was dazu beitragen könnte, eine solche Katastrophe wahrscheinlicher zu machen, als sie aus sich selber heraus vielleicht heute schon ist.

Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung. Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die *Militärbefehlshaber* den *Ministerpräsidenten* übergeben haben, dann erkennt man, daß die Besatzungsmächte sich eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen

Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse! Die erste Einschränkung ist, daß uns für das *Grundgesetz* bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das *Grundgesetz* - nachdem wir es beraten und beschlossen haben - den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen. Dazu möchte ich sagen: Eine *Verfassung*, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität des Genehmigungspflichtigen!

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen. Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen. Die Autonomie die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht. Vierte Einschränkung: *Verfassungsänderungen* müssen *genehmigt* werden.

Also: Auch die jetzt freigegebene Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz: Um einen Staat im Vollsinn zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen - es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber - was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde - Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden. Solange das nicht geschehen ist, können wir - wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen - keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn vorläufig lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich ein Grundgesetz für ein Staatsfragment!

Die eigentliche Verfassung die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt werden sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassungen effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt. Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt ist, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der

Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine Verfassung gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen.

Aber das wäre dann eine Sache des deutschen Volkes selbst und nicht staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen. Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt. Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen! Wir haben keinen Staat zu errichten!

Wir haben etwas zu schaffen das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten. Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive, und braucht eine Gerichtsbarkeit! Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber einem Vollstaat, gegenüber der Voll-Verfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können: Erstens - das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinem inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen.

Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung erhält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: ***An dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt!***

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinn niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen. Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen.

Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig wie möglich erschweren. Schließlich bleibt die Frage, ob nicht die Teile Deutschlands, die außerhalb des Anwendungsgebietes des Grundgesetzes verbleiben müssen, die Möglichkeit sollen erhalten können, an den gesetzgebenden Organen sich zu beteiligen, die das Grundgesetz schaffen wird. Über das Wie und die Frage, ob sie es allgemein sollen tun können, wird hier noch zu sprechen sein. Aber eine Voraussetzung scheint mir dafür vorliegen zu müssen: Es müssen freie Wahlen möglich sein; es muß die Möglichkeit bestehen, Vertreter hierher zu entsenden.

Dies trifft heute schon auf Berlin zu und deshalb sollte das Grundgesetz die Bestimmung vorsehen, daß Vertreter Berlins in die gesetzgebenden Körperschaften zu berufen sind. Ich weiß man kann sagen, das sei nicht logisch, denn es sei nicht logisch, Vertreter von Gebieten an der Gesetzgebung zu beteiligen, auf die von ihnen mit beschlossenen Gesetze keine Anwendung fänden. Ich gebe zu, daß es in der Tat nicht sehr logisch ist. Aber hier handelt es sich nicht so sehr darum, Logik zu betreiben, als politisch zu sein. Ich meine, man könnte das nicht auf wirksamere Weise tun, als durch das Sichtbarmachen der Tatsache, daß nur äußere Gewalt verhindere, daß hier alle Deutschen vertreten sind!

Das Dritte, in dem das Fragmentarische zum Ausdruck kommen muß, ist die innere Begrenzung der Organe auf die durch äußeren Zwang heute noch eingeschränkten Möglichkeiten. Da stellt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, das Problem des Aufbaus der Organe z. B. die Frage: Soll ein Oberhaupt, ein Bundespräsident vorgesehen werden? Braucht man in einem Staatsfragment - in Betracht der erforderlichen Dignität einer solchen Funktion - diese Funktion heute schon ins Leben zu rufen? Ist es nicht besser, statt des Präsidenten ein bescheideneres Organ mit den Aufgaben zu betrauen, die vernünftigerweise sonst ein Präsident zu erledigen hat? All das sind Fragen, die sich von einer grundsätzlichen Betrachtung aus stellen lassen.

Aber wenn auch die Ordnung die wir gestalten sollen, nur die Ordnung eines Staatsfragmentes ist, so kann und sollte sie doch unserer Meinung nach doch so ausgestaltet werden, daß bei Ausweitung der heute gewährten Freiheitssphäre die geschaffene Organisation fähig ist, sie voll auszufüllen. Und darüber hinaus möchte ich noch sagen: Man sollte diese Organisation so stark und vollständig machen, daß sie fähig werden kann, durch ihr Wirken eine solche Ausweitung in Fluß zu bringen und durchzusetzen. Nun ergeben sich aus dem Wesen des Provisoriums eine Reihe praktischer Fragen für das Grundgesetz. Da ist zunächst das Problem, ob darin der Weimarer Verfassung Erwähnung getan werden soll oder nicht. Sicher besteht die Weimarer Verfassung - das ist meine persönliche Meinung - als Ganzes nicht mehr.

Die Desorganisation Deutschlands durch die Nazi-Herrschaft und durch die Besetzung hat ihr zum mindesten auf weiten Strecken den Garaus gemacht. Auf

der anderen Seite ist durch die bisherige Rechtsprechung herausgestellt worden, daß sie - wenigstens zum Teil - noch gilt! Es besteht also auf diesem Gebiet zum mindesten eine Rechtsunsicherheit. Es ist die Frage, ob man dieser Rechtsunsicherheit nicht dadurch abhelfen sollte, daß das Grundgesetz der Weimarer Verfassung Erwähnung tut, etwa so, daß es ausspricht, soweit ihre Bestimmungen in Widerspruch zu diesem Grundgesetz stehen, ruht.

Weiter werden Bestimmungen in das Grundgesetz aufgenommen werden müssen, die die Frage der Weitergeltung von Gesetzen und Verordnungen betreffen, welche vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassen wurden, sei es von den Ländern nach Sachgebieten, die künftig nicht mehr den Ländern zustehen sollen, sei es von Zonenorganen, sei es vom Wirtschaftsrat. Schließlich werden wir noch Bestimmungen für die Überleitung gewisser Kompetenzen auf etwa neu zu schaffende Organe vorsehen müssen.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren grundsätzlichen Kapitel: Wo liegen die Hoheitsbefugnisse, auf Grund derer wir dieses Grundgesetz beraten und beschließen? Wer wird dabei durch uns tätig? Wird durch uns tätig das deutsche Volk? Oder werden durch uns tätig die Länder als in sich geschlossene Gebietskörperschaften? Diese Frage zu beantworten ist nicht müßig. Ich glaube vielmehr, daß der Umstand, wie wir sie beantworten, entscheidend für das ganze Werk ist. Deutschland ist - das glaube ich bewiesen zu haben - als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiter besteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk.

Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden. Das deutsche Volk ist aber keine amorphe Masse; es ist in Länder gegliedert, und es ist in seiner Geschichte bisher noch immer in dieser Gliederung in Länder politisch aufgetreten. Das deutsche Volk handelt auch, wenn es als das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Hessen usw. auftritt, als deutsches Gesamtvolk. Darum ist es sicher, daß das Grundgesetz unseres Staatsfragments nicht auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Länder zu entstehen braucht, weil die Quelle der Hoheitsgewalt nicht bei den Ländern liegt, sondern beim deutschen Volk.

Von dieser Auffassung scheinen auch die Besatzungsmächte auszugehen. Die Dokumente Nr. I und II sind in diesem Punkt ganz deutlich. Nach Dokument Nr. II sollen die deutschen Ministerpräsidenten Vorschläge über die Änderung von Ländergrenzen machen; wohlgedacht: Alle Ministerpräsidenten für jeden beliebigen Teil des deutschen Staatsgebietes. Das ist nur möglich, wenn man als Auffassung der Besatzungsmächte annimmt, daß die Ministerpräsidenten treuhänderisch in Wahrung gesamtdeutscher Interessen handeln sollen. Denn wie

käme etwa der Ministerpräsident von Württemberg- Baden dazu, zu erklären, er sei nicht damit einverstanden, daß die Grenzen z. B. Schleswig-Holsteins so und nicht anders verlaufen? Dazu ermächtigt ihn doch seine Landesverfassung nicht; dazu ist er doch nur ermächtigt, wenn man davon ausgeht, daß eine Möglichkeit bestehe, gesamtdeutsche Interessen heute schon unmittelbar zu repräsentieren.

Weiter: Der Parlamentarische Rat ist fraglos ein gesamtdeutsches Organ. Wir hier, meine Damen und Herren, vertreten nicht bestimmte Länder, sondern wir vertreten die Gesamtheit des deutschen Volkes, soweit es sich vertreten lassen kann. Der Umstand, daß das deutsche Volk in der Gliederung in Länder auftritt, kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Wahl der Abgeordneten für dieses Hohe Haus durch die Landtage erfolgt und darin, daß der Beschluß zu dem wir kommen werden, in den Ländern zu ratifizieren ist. Notabene: Nur zu ratifizieren, und nicht etwa als Gesetz zu verkünden! Schließlich - und das scheint mir jeden Zweifel auszuschließen - weise ich auf die Bestimmung hin, daß das Grundgesetz für das ganze Gebiet der elf Länder auch dann gelten wird, wenn nur zwei Drittel der Länder zustimmen.

Wie sollte es die Möglichkeit geben, daß zwei Drittel ein Drittel majorisieren, wenn man nicht von vorneherein ausgeht, daß ein deutsches Staatsvolk, eine deutsche Staatswirklichkeit schon besteht und nicht erst entsteht, eine Staatswirklichkeit, die imstande ist, eine *volonte generale* herzustellen auch dort, wo eine *volante de tous* nicht gegeben ist? Das alles ist nicht müßige Theorie, sondern eine Feststellung, die mir notwendig erscheint. Denn wir müssen wissen, bei wem der Anspruch ruht; ob Deutschland unter Ländern ausgehandelt werden muß, oder ob das deutsche Volk sich selbst sein Haus zu bauen hat.

Noch eine weitere Frage: Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben, einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. *Nomina sunt omina*. Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll. Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße Bezeichnung das Bessere wäre. Es wird hier von diesem Hohem Haus eine sehr politische Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube nicht daß es möglich ist, von irgendeiner Seite her den Beweis zu führen, daß diese oder daß jene Antwort auf die gestellte Frage die richtige ist. Man muß sich da eben entscheiden.

Aber welcher Name auch immer gegeben werden mag, und ob ein Name gegeben wird oder nicht: In dem Gebiet, für daß das Grundgesetz gilt, wird nicht eine separate westdeutsche Gebietshoheit ausgeübt, sondern gesamtdeutsche Hoheitsgewalt in Westdeutschland. Das sollte bei der Bezeichnung der Organe zum Ausdruck kommen. Denn was hier geschieht, ist zwar räumlich auf einen Teil Deutschlands beschränkt, aber wir sollten nie vergessen, daß es sich ableitet aus

dem Rechte des gesamten deutschen Volkes! Wir werden uns überlegen müssen, ob wir dieses Grundgesetz mit einer Präambel einleiten sollen. Ich für meinen Teil halte es für notwendig; denn die Präambel charakterisiert das Wesen des Grundgesetzes. Sie sagt aus was sein soll und sie wird insbesondere aussagen müssen, was das Grundgesetz nicht sein soll. Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.

Weitere Frage: Soll dieses Staatsfragment Symbole erhalten, Farben und Flaggen; sollen es allgemeine Symbole sein, die dem ganzen Volk eigen sind, oder soll man sich mit Zwecksymbolen begnügen, etwa für die Schifffahrt, für Auslandsvertretungen usw.; oder soll man in das Grundgesetz überhaupt nichts über Symbole schreiben? Soll man sich auf ein künftiges Flaggengesetz verlassen, oder wie soll man sich sonst verhalten? Auch das wird eine politische Entscheidung erfordern. Aber eines scheint mir sicher zu sein: Wenn sich dieses Hohe Haus für ein Symbol entscheiden sollte, dann kann es nur ein gemeindeutsches Symbol sein, und ich glaube, daß hierfür nichts anderes in Betracht kommen kann als die schönen Farben der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung - die Farben Schwarz-Rot-Gold!

Meine Damen und Herren!

Es ist uns aufgegeben worden, ein Grundgesetz zu machen, das demokratisch ist und ein Gemeinwesen des föderalistischen Typs errichtet. Was bedeutet das? Welche allgemeinen Inhalte muß danach das Grundgesetz haben, wenn diesen Auflagen Gerechtigkeit erwiesen werden soll? Was heißt denn eigentlich bei Verfassungen demokratisch? Gerade heute gefällt man sich darin, die Demokratie weiter zu entwickeln, indem man progressistische Demokratien erfindet. *Lucus a non lucendo*. Mir persönlich liegt es, wenn von Demokratie gesprochen wird, eher dabei an die klassische Demokratie zu denken, für die bisher die Völker Europas gekämpft haben.

Wenn wir das so Er kämpfte betrachten, dann finden wir, daß offenbar einige Merkmale erfüllt sein müssen, wenn von einer demokratischen Verfassung soll gesprochen werden können. Das Erste ist, daß das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muß, was in zwei Dingen zum Ausdruck kommt.

Einmal im rechtsstaatlichen Postulat, daß jedes Gebot und Verbot eines Gesetzes bedarf, und daß dieses Gesetz für alle gleich sein muß; und zweitens durch das volksstaatliche Postulat das verlangt, daß jeder Bürger in gleicher Weise an dem Zustandekommen des Gesetzes teilhaben muß. Ob das in der Form der plebiszitären unmittelbaren Demokratie erfolgt oder in der Form der repräsentativen Demokratie, wird im allgemeinen eine Zweckmäßigsfrage sein, bei der das quantitative Element den Ausschlag wird geben müssen. Das Entscheidende

ist, daß jeder Hoheitsträger mittelbar oder unmittelbar auf einen Wahlakt muß zurückgeführt werden können. Der Beamte z. B. muß durch einen Minister ernannt sein, der selber durch ein allgemein gewähltes Parlament bestätigt und eingesetzt worden ist.

Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Freiheit und Gleichheit völlig uneingeschränkt und absolut sein; soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik z. B. den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? Auch diese Frage wird in diesem Hohen Haus beraten und entschieden werden müssen. Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben! Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen!

Das Zweite, was verwirklicht sein muß - wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will - ist das Prinzip der Teilung der Gewalten. Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe. Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die drei Staatsfunktionen - Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung - in den Händen Gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen, und zwar deswegen in den Händen verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können.

Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ diese Macht mißbrauchen wird. Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat und wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.

Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann.

Heute ist es wieder nötig, von diesen alten Dingen zu sprechen, denn gerade die Demokratie, die sich als progressistisch bezeichnet, will die Teilung der Gewalten aufgeben. In den Richtlinien für eine deutsche Verfassung, die der deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, finden sich z. B. eine Reihe von Bestimmungen, die

nichts anderes sind als der Ausdruck dafür, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten zugunsten der Allmacht des Parlaments nicht mehr gelten soll. Wenn man so vorgeht, dann hat man alle Voraussetzungen für die Installierung einer Diktatur verwirklicht und darum sollte man in dem Grundgesetz - das wir zu beschließen haben - klar zum Ausdruck bringen, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten realisiert werden muß.

Als drittes Erfordernis für das Bestehen einer demokratischen Verfassung gilt im Allgemeinen die Garantie der Grundrechte! In den modernen Verfassungen finden wir überall Kataloge von Grundrechten, in denen das Recht der Personen - der Individuen - gegen die Ansprüche der Staatsräson geschützt wird. Der Staat soll nicht tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfährigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können! Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren; sie dürfen nicht nur ein Anhängsel des Grundgesetzes sein, wie der Grundrechtskatalog von Weimar ein Anhängsel der Verfassung gewesen ist.

Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Ländergrundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, auf Grund jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes, vor den Gerichten soll Klage erheben können! Nun wird die Frage sein, wie weit man den Anfang dieses Grundrechtskatalogs ziehen will. Sollen lediglich die so genannten Grundrechte aufgenommen werden - also die Rechte der Individualperson -, oder auch die Rechtsbestimmungen über die so genannten Lebensordnungen, die so zahlreich über unsere neuen Länderverfassungen hin verstreut sind: Wirtschaft, Kultur, Familie usw.? Vielleicht wird es sich bei einem Provisorium empfehlen, keine endgültige Gestaltung der Lebensordnungen zu versuchen und sich statt dessen zu begnügen, einen recht klaren und wirksamen Katalog von Individual-Grundrechten aufzustellen, so wie in den klassischen Bill-of-Rights der angelsächsischen Länder verfahren worden ist.

Aber auf der anderen Seite sollte das Grundgesetz die Länder nicht daran hindern, von ihren weitgehenden Grundrechten und Ordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen. Die Frage wird auch sein, ob diese Grundrechte betrachtet werden als Rechte, die der Staat verliehen hat, oder als verstaatlichte Rechte - als Rechte, die der Staat schon antrifft, wenn er entsteht und die er lediglich zu gewährleisten hat und zu beachten hat. Auch das ist nicht nur von theoretischer, sondern von eminent praktischer Bedeutung, insbesondere für die Entscheidung der Frage, ob diese Grundrechte auch sollen auf Schranken stoßen können: Sollen sie schlechthin absolut unberührbar sein? Ich glaube, daß man bei den Grundrechten eine immanente Schranke wird anerkennen müssen: Es soll sich jener

nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung!

Wir wollen nicht mehr, daß man sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit berufen kann nur zu dem einen Zweck, die Republik zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Diktatur zu setzen, die keine Pressefreiheit mehr kennen wird! Wir wollen auch nicht haben, daß man diese Grundrechte mit einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt versieht, wie das etwa in den Verfassungsrichtlinien des Volksrats und in einigen Ländern der Ostzone der Fall ist. Wenn ich jedes Grundrecht durch Gesetz einschränken kann, dann ist es sinnlos, es durch die Verfassung zu garantieren, dann ist es eine bloße Deklamation und keine effektive Wirklichkeit! Der allgemeine Gesetzesvorbehalt entwertet das Grundrecht, reduziert es auf Null!

Man wird aber bei einigen Grundrechten ohne einen beschränkten Gesetzesvorbehalt nicht auskommen können. Ich erinnere nur an alles, was sich aus der Notwendigkeit z. B. der Wohnungsbewirtschaftung ergibt, der Einquartierungen und anderem mehr. Aber man sollte von diesen beschränkten Vorbehalten nur einen äußerst sparsamen Gebrauch machen und keinesfalls sollen die Möglichkeiten des Gesetzgebers so weit gehen, daß er das Grundrecht in seiner Substanz kränken kann. Und nun das Entscheidende: Soll der Staat den Grundrechten gegenüber vom Staatsnotstandsrecht Gebrauch machen können, sodaß er, wenn er mit den ordentlichen Mitteln nicht fertig werden kann, die Grundrechte aufhebt, um Ruhe und Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen? Man wird sich diese Frage sehr genau überlegen müssen!

Man wird sich fragen müssen, ob die Tatsache der Unberührbarkeit der Grundrechte in sich selber ein nicht so hohes Gut ist, daß der Staat auch in Zeiten des Notstands vor ihnen soll zurücktreten müssen. Vielleicht kann eine Untersuchung der möglichen Tatbestände zeigen, daß bei Notständen wie sie bei uns denkbar sind, der Staat im Allgemeinen mit den gewöhnlichen polizeilichen Mitteln wird fertig werden können. Vielleicht wird man aber auch zu der Erkenntnis kommen, daß diese Mittel nicht genügen könnten und daß dann das Individuum vor dem Notstand des Staates zurückstehen muß. Sollte man zu dieser Überzeugung kommen, wird man aber darauf bedacht sein müssen, daß auch im Fall des Notstands nur bestimmte Grundrechte suspendiert werden dürfen und auch dann nur für Zeit und nur unter der Kontrolle demokratischer Institutionen!

Meine Damen und Herren!

Jede Verfassungswirklichkeit hängt letzten Endes von dem Wahlrecht ab, das in einem bestimmten Raume gilt. Ich glaube, daß man sich auch in diesem Hause mit dieser Frage des Wahlrechts wird beschäftigen müssen, und sei es nur, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Bestimmungen über die Modalitäten eines Wahlgesetzes in dieses Grundgesetz aufgenommen werden sollen oder

nicht. Notabene: Bis heute scheint mir noch keine Klarheit darüber zu bestehen, wer das Wahlgesetz zur Wahl der ersten parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes erlassen soll, ob es von den Militärbefehlshabern erlassen werden soll oder den Ministerpräsidenten. Bisher scheint mir nur das Eine festzustehen, daß es nicht der Parlamentarische Rat erlassen soll. Die Frage ist nun, ob nicht durch uns allgemeine Bestimmungen für ein solches Wahlgesetz in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Ich für meinen Teil würde darin einen Nachteil sehen. Man soll Wahlgesetze nicht allzu sehr unter Verfassungsschutz stellen.

Man sollte Wahlgesetze beweglich lassen, damit sich bestimmte Erfahrungen auswirken können und damit sich auch ein Stilwandel im politischen Leben konkret auswirken kann. Aber ich glaube, daß etwas anderes in den Kreis unserer Erwägungen mit einbezogen werden sollte, nämlich das Phänomen der politischen Partei! Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen, von der Existenz der politischen Parteien keine Notiz nehmen. Freilich ist es sicher: Die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen politischen Wert. Nun scheint es mir richtig zu sein, daß man sehr bald ein Parteiengesetz erläßt und mir scheint weiter richtig zu sein, daß man in diesem Grundgesetz Mindestbestimmungen für ein solches Parteiengesetz aufnimmt - Bestimmungen, die für die politischen Parteien einen gewissen demokratischen Mindeststandard vorsehen.

Ich denke dabei nicht an Lizenzzwang! Ich halte es für eine schlechte Sache, politische Parteien unter Lizenzzwang zu stellen. Aber ich denke, man könnte vielleicht vorsehen, daß die politischen Parteien über die Mittel die ihnen zufließen, periodisch Rechnung legen müssen, oder daß sie ihre Kandidaten in Urwahlen aufstellen müssen, oder daß sie einmal im Jahr in Mitgliederversammlungen über ihr Tun Rechnung legen müssen oder ähnliches. Ich könnte mir vorstellen, daß sich auf diese Weise bei uns einiges zum Nutzen einer echten Demokratie ändern könnte! Vielleicht könnte man sogar daran denken, ob nicht in diesem Grundgesetz eine Bestimmung vorgesehen werden soll, die wie ich glaube, voreilig in die Länderverfassungen aufgenommene Bestimmungen über das jeweilige Wahlsystem gegenstandslos macht. Aber das ist nur ein Gedanke, den ich zur Erwägung geben möchte!

Meine Damen und Herren!

Zur Demokratie gehört weiter die Anerkennung des Satzes, daß Recht vor Macht geht, und ich glaube und möchte behaupten, daß ein Staat sich heute nur dann als Volldemokratisch bezeichnen kann, wenn er diesem Prinzip im Verhältnis zu den anderen Staaten Ausdruck gibt. Ich brauche hier nicht an die großartigen Gedanken Immanuel Kants zu erinnern, dort in seiner Schrift vom Ewigen

Frieden, wo er sagt, daß der Staat selber den Menschen nur dann ins Recht einzubetten vermöge, wenn er selber im Verhältnis zu den anderen Staaten in das Recht eingebettet sei! Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte die besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts unmittelbar geltendes Recht in diesem Lande sind, daß also das Völkerrecht von uns nicht ausschließlich als eine Rechtsordnung, die sich an die Staaten wendet betrachtet wird, sondern auch als eine Rechtsordnung, die unmittelbar für das Individuum Rechte und Pflichten begründet!

Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten. Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen, dann wird in jedem Falle ein Verfassungs- änderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen.

Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neu gegliederte überstaatliche Welt weit öffnen! Wir wollen uns doch nichts vormachen: In dieser Zeit gibt es kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte. So wie die Ursache aller unserer Nöte eine übernationale Grundlage hat, so können wir auch die Mittel dieser Nöte Herr zu werden, nur auf übernationaler Grundlage finden. Freilich sollen die Internationalisierungen die geschehen, echte Internationalisierungen werden und nicht einseitige Hypotheken zu Lasten des deutschen Volkes! Und dann stellt sich ein weiteres Problem - das Problem der Sicherheit dieses Gebietes! Wir werden keine Wehrmacht mehr haben!

Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmacht zu Ende zu gehen scheint, und daß die Wehrmachthoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschließen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird. Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten. Manche meinen es genüge, daß sich ein Staat durch seine Verfassung neutralisiert. Dieser Wunsch ist verständlich. Jeder blickt gern nach der Schweiz hinüber. Aber so einfach geht es nicht.

Es gibt keine Institution Neutralisierung, die man einseitig schaffen könnte - es gibt nur Gebiete, die durch internationale Verträge neutralisiert sind. Und wenn ich eine Reihe von Nachbarstaaten verpflichte lasse, die Neutralität dieses Gebietes zu garantieren, dann muß ich ihnen auch das Recht geben, sich um die Politik

dieses Gebietes zu kümmern; denn wenn hier falsche Politik gemacht wird, engagiert das ja ihre Verpflichtungen! Man kann niemandem zumuten, Verpflichtungen zu übernehmen, ohne korrespondierende Rechte zu übertragen. Aus diesem Grunde sollte man nicht so leichtfertig nach Neutralisierung rufen!

Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, die jeden unter Strafe stellt, der das friedliche Zusammenleben der Völker stört und Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten! Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch den Turnverein, in dem Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten! Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen! Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, es als Recht anzuerkennen! Weder im Westen, noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie! Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben - eine Demokratie aber nicht!

Wir lesen gegenwärtig in den Zeitungen wieder viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, daß es überall an den Grenzen Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, daß man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muß, die 1814 vielleicht modern gewesen sind. Diese Probleme können nur auf internationaler Grundlage richtig gelöst werden. Man kann sich von Staat zu Staat über die Lösung der Schwierigkeiten einigen, die da und dort durch den Lauf der Grenzen begründet sein mögen und braucht da nicht gleich Gebietsforderungen zu erheben! Wenn man entschlossen ist, sich in seinem eigenen Lande nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man auch verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht!

Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der Sicherheitspolitik auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn offenbar bei uns einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren! Ich glaube, es lohnt sich darüber einige Worte zu verlieren! Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß die Sicherheit unserer Nachbarn durch verfassungstechnische Kunststücke garantiert werden kann? Ich glaube nicht, daß die Föderalisierung Deutschlands als solche eine Sicherheitsgaran-

tie für unsere Nachbarn ist. Ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte.

Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Frieden gesicherter gewesen, als er in dem sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland von damals gewesen ist. Der föderalistische Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein mächtiges Zentralparlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert. Was zur Frage des Föderalismus zu sagen ist, darüber nur einige Worte: Was heißt denn föderalistische Ordnung? Ich glaube, daß sich darauf so viele Antworten geben lassen, wie auf die Frage: Was heißt Demokratie?

Es gibt eine Reihe von historischen Verfassungsmodellen, die man übereingekommen ist, föderalistisch zu nennen. Sie differieren außerordentlich untereinander. Ich glaube aber doch, daß einige Charakteristika festzustellen sind, die realisiert sein müssen, wenn einer Verfassung das Prädikat föderalistisch gegeben werden soll. Das erste scheint mir zu sein, daß das Staatsgebiet in einer Reihe differenzierter Gebietskörperschaften eigener Ordnung gegliedert sein muß; zweitens, daß eine Bundesgewalt bestehen muß, die innerhalb ihrer Zuständigkeit der Gewalt der Glieder vorgeht; drittens, daß auf bestimmten Sachgebieten eine eigenständige ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Glieder bestehen muß; viertens, daß die Glieder an den Organen zu beteiligen sind, die den gesetzgeberischen Willen des Bundes bilden; und schließlich fünftens, daß ein qualifizierter Schutz gegen Änderungen der föderalistischen Struktur der Verfassung vorhanden ist.

Es ist für uns kein Zweifel, daß die deutschen Länder die Grundlage des Gebietes sein müssen, das wir jetzt organisieren, und daß sie eigene Verfassungshoheit und Organisationshoheit haben müssen, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, und eine vom Bunde getrennte Finanzwirtschaft alles dies im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes. Weiter ist es für uns kein Zweifel, daß eine Bundesgewalt geschaffen werden muß, die nicht die Summe der Ländergewalten ist, sondern eine eigenständige Gewalt, die im Rahmen des Grundgesetzes den Vorrang vor den Ländergewalten haben muß. Bundesrecht soll Landesrecht brechen! Schwieriger wird es sein, das Verhältnis zu bestimmen, in dem auf beiden Stufen sie ausführenden Gewalten zueinander stehen sollen. Ich will hier aber nichts vorwegnehmen, was morgen aus berufenerem Munde dazu ausgeführt werden soll. Lassen sie mich hier nur noch einiges Grundsätzlich andeuten: Es wird nötig sein, daß wir die Gesetzgebungskompetenz nach Sachgebieten abgrenzen. Die Frage ist, wie wir dabei verfahren sollen. Ich würde es bedauern, wenn man dabei auf Grund irgendwelcher formalistischer Standpunkte - auf Grund eines formalen Föderalismus oder eines formalistischen Unitarismus - verfahren würde. Wir sollten überhaupt bei diesen Dingen nicht

deduktiv, sondern induktiv verfahren, das heißt, nach dem Prinzip der sachlichen Zweckmäßigkeit.

Ich glaube, daß es dafür zwei Grundsätze gibt, über die wir uns sollten einigen können. Der erste ist: Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikuläre Egoismen gefährdet werden. Der zweite Satz lautet: Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, das soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe. Aufbau von unten, aber Planung von oben! Nur wenn dieser zweite Satz auch mit ausgesprochen wird, ist der erste richtig! Zu der Frage, wie die Länder an der Bildung des Bundes zu beteiligen sind, wird wohl morgen referiert werden, wenn über den Aufbau der Organe gesprochen werden wird. Ich will hier nur noch über einen Sonderfall sprechen: Die Frage der territorialen Gliederung des Bundesgebietes. Soll die Gliederung des Bundesgebietes unverrückbar so bleiben, wie sie heute ist?

Soll das geschichtlich Gewordene als letztes Kriterium gelten, oder sollen rationelle Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage walten? Ich bin der Meinung - und mit mir meine Freunde - , daß ein gesunder Föderalismus nur möglich ist, wenn gegeneinander vernünftig ausgewogene Länder vorhanden sind und nicht nur pure Zufallsgebilde, die größtenteils nicht älter sind als drei Jahre und ihre Entstehung dem Zufall der Demarkationslinie zwischen zwei Infanteriedivisionen verdanken. Jetzt sollen die Herren Ministerpräsidenten dieses Problem regeln.

Sie wollen - bevor unsere Arbeiten abgeschlossen sind - die Neugliederung Deutschlands im Wege einer Änderung der Ländergrenzen vorgenommen haben. Werden sie Erfolg haben oder nicht? Wir können es nur ahnen, aber nicht wissen. Nehmen wir an, es würde ihnen nicht gelingen, sollen wir uns dann endgültig mit dem Zustand begnügen, mit dem die Ministerpräsidenten nicht fertig werden konnten? Wir werden uns schlüssig werden müssen: Soll das Grundgesetz die Möglichkeit vorsehen, eine Neugliederung des Bundesgebietes vom Bunde her zu schaffen? Soll diese Neugliederung durch die Länder selbst vorgenommen werden, etwa im Wege gegenseitiger Verträge und Vereinbarungen? Bei den bisher mit diesem System gemachten Erfahrungen werden, glaube ich, alle am bisherigen Zustand Interessierten ihren Schlaf weiter in Ruhe genießen können. Soll, wenn die Neugliederung durch Bundesgesetz vorgenommen werden soll, der Wille der beteiligten Bevölkerungen mit in Betracht gezogen werden? So oder anders?

Alles das werden Fragen sein, um die man sich hier wird bemühen müssen. Ich glaube jedenfalls nicht, daß wir um diese Fragen herumkommen werden. Aber eines möchte ich sagen: Sollte es je einmal gelingen, die Gliederung Deutschlands nach vernünftigen Gesichtspunkten durchzuführen, dann sollte man

es bei dem geschaffenen Zustand sein Bewenden haben lassen! Dann sollte man ruhig konservativ verfahren.

Meine Damen und Herren!

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Sie sind Ihnen vielleicht gelegentlich ein wenig theoretisch vorgekommen. Aber glauben sie mir, es ist mir nicht um Spekulationen gegangen! Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient! Mit Illusionen und Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen! Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen.

Mein Anliegen ist gewesen, klare Einsicht zu vermitteln und dabei nüchtern zu verfahren. Klare Einsicht, und Nüchternheit und leidenschaftliche Liebe zum deutschen Volke und brennende Sorge um den Frieden Europas werden die sozialdemokratische Partei bei ihrer Arbeit im Parlamentarischen Rate leiten. Einsicht und Nüchternheit gebieten, die Begrenzungen zu erkennen, denen unsere Möglichkeiten unterworfen sind. Je mehr wir bei voller Ausschöpfung dieser 31 Möglichkeiten dieser Realität Rechnung tragen, desto wirksamer wird das Instrument sein, das wir zu schmieden haben. Wofür schmieden wir dieses Instrument? Schmieden wir es, um Deutschland zu spalten?

Wir schmieden es, weil wir es brauchen, um die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen zurückzulegen! Noch liegen die weiteren Etappen außerhalb unseres Vermögens! Möchten die Besatzungsmächte sich der Verantwortung bewußt sein, die sie übernommen haben, als sie sich zu Herren unseres Schicksals aufwarfen! Diese Verantwortung schließt die Pflicht ein, um des Friedens Europas willen Deutschland endlich den Frieden zurückzugeben und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, von seinem unvernichtbaren Recht auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz Gebrauch zu machen!

Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rate der Völker hat, wird ein besserer Garant des Friedens und Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund!"

-Ende der Rede-

Und zu guter Letzt: Die Feindstaatenliste der UN Kriegserklärungen an Deutschland:

1939

01.09. Polen, Tschechoslowakei

03.09. Großbritannien, Frankreich, Australien*, Bangladesch*, Birma*, Ceylon*, Indien*, Israel (Erkl. des Zionistischen Weltkongresses), Jordanien*, Kambodscha*, Laos*, Marokko*, Monaco, Neuseeland, Pakistan*, Tunesien*, Vietnam*, Südafrikanische Union

10.09. Kanada

1940

09.4. Dänemark, Grönland*, Island, Norwegen

10.4. Belgien, Luxemburg, Niederlande, Indonesien*

1941

06.04. Griechenland, Jugoslawien

22.06. UdSSR

09.12. China

11.12. Costa Rica, Dominikanische Republik, Guatemala, Cuba,
Nicaragua, Philippinen, Puerto Rico

12.12. El Salvador, Haiti, Panama

13.12. Honduras

1942

22.05. Mexiko

22.08. Brasilien

01.12. Äthiopien

1943

16.01. Irak*

07.04. Bolivien

09.9. Persien (Iran)

13.9. Italien

27.9. Kolumbien

1944

27.01. Liberia
26.06. Rumänien
08.09. Bulgarien
15.09. Finnland
30.12. Ungarn

1945

08.02. Paraguay
13.02. Peru
16.02. Venezuela
22.02. Uruguay
23.02. Chile, Türkei
26.02. Ägypten, Syrien
27.2. Libanon
01.2. Saudi-Arabien
27.03. Argentinien

Bei mit * gekennzeichneten Staaten handelt es sich um solche, die zum Zeitpunkt des Kriegseintritts in kolonialer Abhängigkeit einer Krieg führenden Macht standen.

Kriegserklärungen Deutschlands an andere Staaten:

1941

11.12. USA

Sehenswerte Weltnetz-Adressen

Haftungshinweis/Haftungsausschluß:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die
Inhalte dieser Weltnetzseiten.

Für den Inhalt der Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich!

www.unglaublichkeiten.com
www.infokrieg.tv
www.justizirrtum.de
www.zeb-org.de
www.brd-matrix.de
www.wisnewski.de
www.gerard-menuhin.de
www.bavaria-for-ron-paul.blogspot.com
www.geldcrash.de

Haben Sie Kritiken, Anregungen, Vorschläge oder Material? Dann lassen Sie uns wissen! Vielleicht wird ein zweiter Band daraus.
Kontakt unter:

[**r.u.hill@j-k-fischer-verlag.de**](mailto:r.u.hill@j-k-fischer-verlag.de)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein souveräner Staat und das Grundgesetz ist unsere Verfassung. So wird es uns seit 1990 hypnotisch eingetrichtert und beinahe jedermann glaubt es. Aber stimmt das wirklich so? Oder wird im angeblich *freiesten Staat Deutscher Geschichte* nur Augenwischerei betrieben? Wenn Sie an Tatsachen und nicht an Märchen interessiert sind, sollten Sie weiter lesen. Wenn Sie aber weiterhin den gleichgeschalteten Massenmedien unter US-Hoheit Glauben schenken möchten, dann legen Sie es besser wieder weg, denn die Fakten könnten Sie vielleicht überfordern! Dieses Buch offenbart Ihnen erstmals, dass die BRD kein souveräner Staat, sondern ein weiterhin fortbestehendes besatzungsrechtliches Mittel der Alliierten ist; warum sich die bundesdeutsche Politik weiterhin nach US-Vorgaben auszurichten hat; oder warum seit 1990 keine gesamtdeutschen Wahlen stattfinden! Sie finden hier erstmals alle Beweise und Fakten die es ihnen selbst ermöglichen, die in diesem Buch vorgetragenen Behauptungen selbst zu überprüfen. Das Traurige an diesem Buch ist die Wahrheit darin. Derzeit sitzen wir nach offiziellen bundesdeutschen Angaben auf rund zwei Billionen, also 2.000 Milliarden Euro Schulden, die niemals getilgt werden können, sondern stetig wachsen. Wie setzt sich dieser Betrag zusammen? Wie wirkt sich das auf unsere Zukunft aus? Hier erfahren Sie es. Sie sind vielleicht der Meinung, das sei alles weit hergeholt? Dann wissen Sie sicher auch, weshalb Sie einen *Personalausweis* und keinen *Personenausweis* besitzen! Aber wessen Personal sind Sie? Und sicher haben Sie auf Ihrem *Bundespersonalausweis* schon lange den gehörnten Teufel den *Baphomet* entdeckt und kennen seine Bedeutung. Vielleicht sind Sie sich auch wirklich ganz sicher, daß Deutschland mit dem *2plus4-Vertrag* von 1990 einen Friedensvertrag hat. Selbstverständlich ist auch das *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* unsere Verfassung - auch das wird sogar in Schulen so gelehrt. Sie können hoffentlich mit diesen und mehr Enttäuschungen umgehen, denn genau dies wird dieses Buch mit Ihnen tun: Es wird Sie **Ent-Täuschen** und Ihnen ungeschminkt die verschwiegenen Fakten präsentieren, vor denen sich die Bundespolitiker aller Fraktionen so sehr fürchten. Die US-amerikanische *American Free Press* schrieb am 7. Oktober 2002: Ironischerweise ist Deutschland keine souveräne Nation, ohne Friedensvertrag und mit über 70.000 US-amerikanischer Besatzungstruppen noch immer auf seinem Boden: Die USA und Großbritannien könnten die Bundestagswahl annullieren unter Deutschlands **tatsächlicher** Verfassung, dem Londoner Abkommen vom **8. August 1945**. Dies ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf weitere Enthüllungen und Fakten dieses Buches. Unter anderem erfahren Sie - warum die BRD kein Staat, sondern eine private Organisationsform ist - warum die BRD keine Rechtsgrundlage für Ihr Handeln besitzt - warum die bundesdeutschen Regierungen und alle Wahlen seit 1990 illegal sind - weshalb Berlin kein Bundesland der BRD sein kann - weshalb jeder Bundesdeutsche staatenlos ist - wieso es keine Staatsangehörigkeit „Deutsch“ gibt - wieso Sie einen roten und keinen blauen Reisepass besitzen - wofür und für wen Sie hohe Steuern zahlen - warum Deutschland weiterhin von den USA besetzt ist - was das Grundgesetz *für* die Bundesrepublik Deutschland wirklich ist - warum Deutschland keinen Friedensvertrag hat, den die BRD nicht abschließen kann - warum Deutschland noch immer unter mittelbarem Kriegsrecht steht - weshalb der Euro keine legale Banknote ist und keinen Bestand haben wird - warum Bundeswehrsoldaten Söldner und keine Soldaten im Sinne des Völkerrechts sind - warum sich die BRD nicht an das Völkerrecht hält und vieles mehr!

Vergessen Sie die "freie Presse"! Vergessen Sie die "freien Medien"! Vergessen Sie die "frei gewählten Politiker"! Vergessen Sie alles, was man Ihnen bisher erzählte und prüfen Sie den Inhalt des Buches auf seinen Tatsachengehalt selbst nach! Aber Vorsicht: Sie werden künftig die Welt mit ganz anderen Augen sehen!